Dienstag, 8. April 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

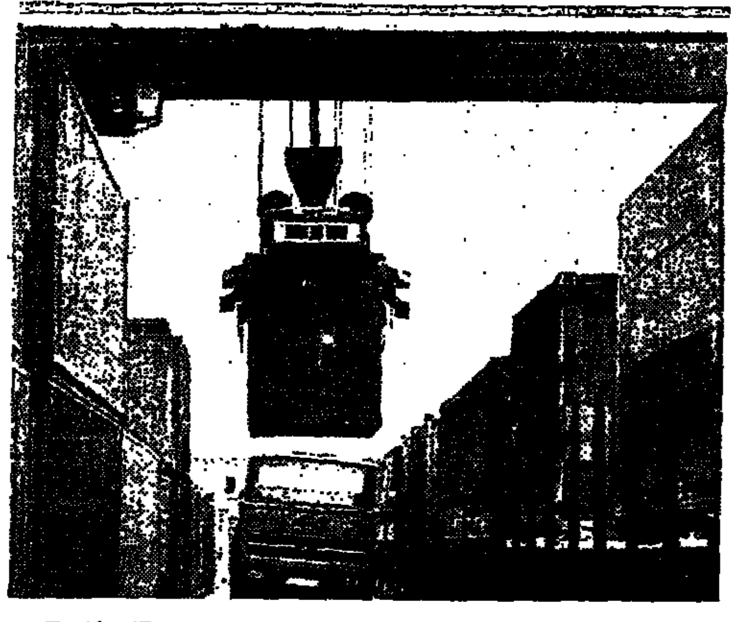
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 81 - 15.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Fällt Deutschland unter die Räuber?

Im „Europäischen Bermuda-Dreieck" rund um den Brenner einschließlich Norditalien, werden jährlich rund zweitausend LKW-Ladungen gestohlen – nicht selten containerweise (Foto). So verschwanden zum Beispiel in einem Jahr 25 Kaffee-Transporter. Nur zwei von ihnen tauchten wieder auf. Im heutigen Serienteil beschreibt der baden-württembergische Landespolizeipräsident Alfred Stümper die „Internationalisierung" des organisierten Verbrechens. Seite 6

POLITIK

Polen: Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher haben dem polnischen Außenminister Orzechowski in Bonn die Bereitschaft erklärt, die Zusammenarbeit mit Polen „auf allen Sachgebieten zu vertiefen". (S. 12)

SDI: CSU-Chef Strauß hat der Auffassung von Außenminister Genscher widersprochen, die SDI-Abkommen hätten ausschließlich zivilen Charakter. Er forderte mehr Offenheit in der SDI-Diskussion. (S. 12)

Anschläge: Auf vier Strecken der Bundesbahn in Bayern sind offenbar von Gegnern der atomaren Wiederaufbereitungs-Anlage in Wackersdorf Anschläge verübt worden. (S. 5)

Gedenkstätte: Ein Ort der Besinnung, an dem in Bonn politische Besucher entsprechend internationalem Protokoll einen Kranz niederlegen können, soll geschaffen werden. Das Vorhaben wird zum Diskussionspunkt zwischen den Fraktionen. (S. 5)

Flucht: Der Ostberliner Professor Harry Maier hat sich nach einer Dienstreise nach Österreich in die Bundesrepublik abgesetzt. Der hochdekorierte Ökonom war stellvertretender Institutsleiter für Wirtschaft bei der „DDR"-Akademie der Wissenschaften.

Israel: Ministerpräsident Peres hat den Rücktritt des rechtsgerichteten Finanzministers Modai gefordert und damit eine neue Regierungskrise ausgelöst. Modai hatte die Wirtschaftspolitik des Regierungschefs scharf kritisiert.

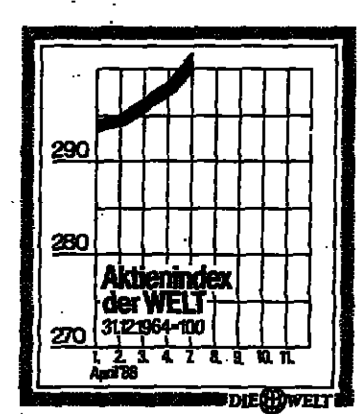
Indien: Die Regierung hat für die Polizei des Landes die höchste Alarmstufe ausgelöst, um möglichen Terroranschlägen extremistischer Sikhs während des bevorstehenden indischen Neujahrsfestes vorzubeugen.

Philippinen: US-Verteidigungsminister Weinberger hat Manila umfangreiche Wirtschafts- und „die notwendige Militärhilfe" zugesagt, um die Regierung Aquino zu stabilisieren.

WIRTSCHAFT

Lufthansa: Um weitere vier Jahre soll der bis 1987 laufende Vertrag mit Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau nach Informationen der „Bild-Zeitung" vom Montag verlängert werden. Um Ruhnau hatte es zuletzt Diskussionen gegeben.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte präsentierten sich zum Beginn der Woche in einer festen Verfassung. Am Rentenmarkt blieb die Tendenz bei mittleren Umsätzen uneinheitlich. WELT-Aktienindex 301,84 (298,58). BHF-Rentenindex 107,476 (107,430). BHF-Performance-Index 104,100 (104,027). Mittelkurs des Dollar 2,3997 (2,3803) Mark. Goldpreis je Feinunze 336,50 (334,50) Dollar.



KULTUR

Pastelle: Die Impressionen des flüchtigen Augenblick besser festzuhalten, als es die Ölmalerei gestattet – der Louvre zeigt hervorragende Beispiele dieser Technik in der Ausstellung „Pastelle des 19. Jahrhunderts". (S. 23)

Außenseiter: E. M. Cioran ist ein in die Ewigkeit verliebter Humorist, ein lächelnder Melancholiker. Er versteht sich auf die Kunst, auch die traurigsten Dinge charmant auszusprechen. Heute wird Cioran 75 Jahre alt. (S. 23)

SPORT

Tennis: In Marco Island (Florida) verlor die Saarbrückerin Claudia Kohde das Finale gegen die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd mit 2:6 und 4:6. (S. 10)

Tischtennis: Bei den Europameisterschaften in Prag schlugen die deutschen Damen Rumänien mit 3:0. Die Herren gewannen mit 5:1 ebenfalls gegen Rumänien.

AUS ALLER WELT



Karat: „Diamanten sind der Frauen beste Freunde", sagt Modell Irmgard (Foto) und trägt sie hochkarätig, in einem Wert von mehreren Millionen Mark. (S. 24)

Wein: Der italienische Landwirtschaftsminister Pandolfi will heute seine Amtskollegen in Bonn und Paris davon überzeugen, daß nicht alle Weine aus seinem Land vergiftet sind. Rom versucht, die Schäden aus dem Weinskandal für die heimische Wirtschaft in Grenzen zu halten. (S. 24)

Umwelt – Forschung – Technik Seite 6
Leserbriefe und Personalien Seite 9
Fernsehen Seite 22
Wetter: Freundlich und warm Seite 24

Bundesregierung dämpft die Befürchtungen der Bauern

Kiechle zur WELT: „Es gibt kein akutes Problem durch EWS-Änderung"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die deutsche Landwirtschaft wird von den jüngsten währungspolitischen Beschlüssen jetzt nicht getroffen. Dies haben gestern Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und Finanzminister Gerhard Stoltenberg ausdrücklich festgestellt, nachdem es zuvor Kritik von der Opposition, aber auch neue Forderungen vom Deutschen Bauernverband gegeben hatte.

Wie Kiechle im Gespräch mit der WELT betonte, hat sich allenfalls das politische Umfeld für die laufende Brüsseler Preisrunde verändert. Die neue französische Regierung könnte geneigter sein, den Vorschlägen der EG-Kommission zuzustimmen, als dies zuvor der Fall war.

Für eine gewisse Unruhe hatten die jüngsten Beschlüsse gesorgt, da heute in der Stadthalle von Bad Godesberg eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes stattfindet, auf der neue Forderungen beschlossen werden sollen, um die Einkommenssituation der Bauern zu verbessern.

Am Montag trifft Bundeskanzler Helmut Kohl in der Nähe von Hannover mit den Spitzen des Bauernverbandes zusammen, bevor am Mittwoch nächster Woche das Bundeskabinett über die Marschroute für Ignaz Kiechle in der Brüsseler Preisrunde und über flankierende Maßnahmen für die deutschen Bauern beschließen wird.

Kiechle und Stoltenberg haben gestern noch einmal auf den Beschluß der EG-Finanzminister vom Wochenende zur Leitkursänderung im Europäischen Währungssystem und auf die Folgen für die Agrarpreise hingewiesen. Einstimmig hatten die EG-Minister beschlossen: „Ungeachtet anderer Regionen werden Mitgliedstaaten, die an dem Wechselkursmechanismus des Währungssystems teilnehmen, für die negative Währungsausgleichsbeträge entstehen oder geändert werden, keinerlei Veränderungen in den Ausgleichsbeträgen vor dem Ende der gegenwärtigen Agrarpreisrunde beantragen. Es wird festgestellt, daß die Kommission keinerlei Vorschläge machen wird, die eine solche Auswirkung haben könnten."

Im Klartext bedeutet dies: Die französische Regierung verzichtet bis zum Ende der laufenden Preisverhandlungen darauf, nach den Währungsbeschlüssen die Preise für ihre Landwirte in nationaler Währung um bis zu sechs Prozent anzuheben.

Für die deutsche Landwirtschaft, so Kiechle, passiere im Augenblick durch die Auf- und Abwertungen überhaupt nichts. Wegen der Aufwertung der Grünen Europäischen Währungseinheit kommt es in der Bundesrepublik nicht zu einem Grenzausgleich. Dies hat seinen Grund in der 1984 auf deutschen Wunsch erfolgten Änderung des Systems.

„Es gibt eigentlich kein sachliches, nur ein politisches Problem. Und dies wird erst dann relevant und akut, wenn der Abbau der jetzt vorhandenen negativen Grenzausgleiche erfolgt", betonte Kiechle. Zwar wollten die Franzosen möglichst rasch abbauen, aber darüber sei ein Urteil erst nach Abschluß der Preisverhandlungen möglich.

Angesichts der schwierigen Preisverhandlungen in Brüssel hat Kiechle die Absicht, mit Kanzler und Finanzminister noch einmal über die Probleme zu reden. Immerhin habe die Kommission jetzt zum dritten Mal Vorschläge auf den Tisch gelegt, die auf eine Preissenkung hinausliefen. Mißlich sei die Situation deshalb, weil in Brüssel kein Geld mehr vorhanden sei, um eine leichte Preiserhöhung zu finanzieren. Das Geld werde benötigt, um Produktionen, die niemand haben will, zu verschenken.

Die Forderungen aus dem Bauernverband, die Ausgleichsbeträge für die Krankenversicherung und die Altershilfe der Landwirte aufzustocken, stoßen bei Kiechle auf offene Ohren. Diese Maßnahmen hätten den Vorteil, daß sie national durchgesetzt und sozial gestaltet werden könnten. Stoltenberg brachte gestern eine weitere Erhöhung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete um 100 Millionen Mark ins Gespräch.

Die neuen Wechselkurse

	Ankauf Mark	Verkauf Mark
100 Belgische Franc	4,787	5,007
100 Luxemburg. Franc	4,787	5,007
100 Dänische Kronen	26,400	27,615
100 Französ. Franc	30,030	31,410
1 Irisches Pfund	2,933	3,068
1000 Italienische Lira	1,3460	1,5175
100 Holländ. Gulden	86,780	90,770

USA fordern europäische Aktivitäten

Reaktion auf Terror / Burt: Khadhafi vom diplomatischen Verkehr „exkommunizieren"

FRITZ WIRTH, Washington

„Es gibt klare Anzeichen dafür, daß Libyen beim Anschlag in Berlin seine Hände mit im Spiel hatte", erklärte der Bonner US-Botschafter Richard Burt gestern in einem Fernseh-Interview in New York. Burt machte Andeutungen, daß dieser Anschlag möglicherweise von einem libyschen „Volksbüro" im Osten ausgegangen sei. Die US-Regierung habe schon Tage vor dem Anschlag Hinweise über mögliche Terrorakte in der Stadt erhalten und sofort Kontakt mit ostdeutschen und sowjetischen Behörden aufgenommen. „Wir sagten ihnen, daß wir besorgt seien über die Möglichkeit einer Attacke, die von einem Volksbüro im Osten ausgeht", sagte Burt. Auch die „DDR" und die Sowjets hätten „eine wichtige Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit der Stadt haben".

Burt wies die Vermutung zurück, daß dieser Anschlag ein Signal für eine neue anti-amerikanische Welle in Deutschland sei: „Ich hoffe jedoch, daß dieser Anschlag das europäische Bewußtsein über die Bedrohung durch Khadhafi und den internationalen Terrorismus geschärft hat. Wir sprechen mit den Europäern darüber, Maßnahmen zu unternehmen und die Bedrohung durch Khadhafi zu erkennen und zu tun, was ich schon vor zwei Monaten beauftragt worden war zu tun, nämlich Khadhafi von normalen diplomatischen Beziehungen zu exkommunizieren."

Ebenso wie Burt haben in den letzten Tagen eine Reihe anderer Regierungsbeamte wachsenden Druck auf europäische Bündnispartner zu erkennen gegeben, Khadhafi diplomatisch wie wirtschaftlich weiter zu isolieren. Robert Oakley, der Leiter der Anti-Terrorismus-Abteilung im US-Außenministerium, beklagte, daß die internationale Kooperation im Kampf gegen Khadhafi nicht ausreichend sei und wandte sich gegen jene, die den Kampf gegen Khadhafi als „einen amerikanischen Kreuzzug" oder eine „amerikanische Besessenheit" bezeichnen.

Oakley wies mit Statistiken nach, daß nicht die Amerikaner die Hauptleidtragenden des Terrors seien. So seien im Jahre 1985 insgesamt in der Welt 928 Menschen durch Terroranschläge getötet worden, von denen nur 23 Amerikaner gewesen seien. Er rief die US-Bürger außerdem auf, sich durch diese Terrorakte nicht in eine „Festung-Amerika-Mentalität" versetzen zu lassen, sondern ihre Reisetätigkeit nach Europa wie gewohnt fortzusetzen.

CIA-Direktor William Casey hat zwischen den Terrorakten und einer umfassenden sowjetischen Kampagne mit dem Ziel, die Verbündeten der USA in der ganzen Welt zu schwächen, einen Zusammenhang hergestellt. Um der wachsenden Drohung des weltweiten Terrorismus zu begegnen, hätten die USA ihre „strategische Zusammenarbeit" mit den Geheimdiensten Israels und der gemäßigten arabischen Staaten verstärkt.

Uni-Präsident Turner neuer Senator

Auch FDP stimmt Umbildung im Abgeordnetenhaus zu / Kewenig Nachfolger Lummers

D. DOSE/D. GOOS, Berlin

Unmittelbar nach dem Rücktritt von Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer sowie Bausenator Klaus Franke, beide CDU, präsentierte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen gestern seine neue CDU-Senatsmannschaft. Bei der FDP war Umweltsenator Horst Vetter erst nach längerem und beharrlichem Zögern am Nachmittag zum Rücktritt bereit. Einen Nachfolger konnten die Liberalen ihrem CDU-Koalitionspartner zunächst noch nicht nennen.

Das Bürgermeisteramt wird Schul- und Sportsenatorin Hanna-Renate Laurien zusätzlich übernehmen. Der bisherige Ressortchef für Wissenschaft und Forschung, Professor Wilhelm Kewenig, rückt auf den Stuhl des Innensenators. Rupert Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, war nicht dazu zu bewegen, Lummers Nachfolger als Innensenator zu werden.

Die beiden Neulinge im Senat konnte Eberhard Diepgen in Westdeutschland für Berlin gewinnen: Das Ressort für Wissenschaft und Forschung übernimmt Professor George Turner, Präsident der Universitätsklinik Hohenheim bei Stuttgart. neuer Bausenator wird Wiegand Hennicke, derzeit Vorstandsmitglied der Deutschen Girozentrale in Frankfurt/Main. Der parteilose Professor Turner (51), gebürtiger Ostpreuße, hat während seiner Tätigkeit an der Spitze der Westdeutschen Rektorenkonferenz – von 1976 bis 1979 als Vizepräsident und dann bis 1983 als Präsident – die Hochschulpolitik der Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Beiträge

Wiegand Hennicke (57), waschechter Berliner aus dem Stadtteil Zehlendorf, gehörte 1948 zu den Gründern der Freien Universität. Der promovierte Volkswirt gehört seit 1955 der CDU an und war 14 Jahre Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, zehn Jahre leitete er dort den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen. 1972 wechselte Hennicke in die Wirtschaft und wurde in Frankfurt zunächst Vorstandsmitglied der Deutschen Pfandbriefbank.

Die Berliner CDU will Lummer („Das ist schon seit 20 Jahren mein Wunsch") 1987 in den Bundestag entsenden. Außerdem soll er nach Aufgabe des Senatsamtes Mitglied im Landesvorstand werden.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, will den Hinweisen auf Verbindungen des zurückgetretenen Innensenators Lummer und des in die Berliner Schmiergeldaffäre verwickelten Autohändlers Otto Putsch zum Bundesnachrichtendienst (BND) nachgehen. Er kündigte an, dieses Thema in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Bundestages zur Sprache zu bringen.

In Panama noch keine Einigung

DW. Panamastadt

Wegen anhaltender Meinungsunterschiede zwischen den Vertretern der mittelamerikanischen Staaten sind die Beratungen auf der Contadora-Konferenz in Panama unterbrochen worden. Bei den Verhandlungen am Wochenende sei über 90 Prozent der Fragen eines Friedensvertrags für Mittelamerika ein Konsens erzielt worden, erklärte der Außenminister von Panama, Abadia. Umstritten blieben die Fragen der ausländischen Interventionen in der Region und eines Terminplans für die Verhandlungen bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Weltbank warnt vor Versteppung

DW. Addis Abeba

Nur ein groß angelegtes Aufforstungsprogramm kann verhindern, daß noch bewaldete Gebiete im Zentrum und Süden Äthiopiens in den nächsten 20 Jahren zu Wüsten werden. Das hat die Weltbank in einer Untersuchung festgestellt. Seit Beginn dieses Jahrhunderts seien die Waldgebiete von 40 auf drei Prozent des äthiopischen Staatsgebiets zurückgegangen. Der stellvertretende äthiopische Landwirschaftsminister. Aklu Girgire, teilte seinerseits mit, daß in diesem Jahr auf einer Fläche von 192 000 Hektar über 850 Millionen Bäume geplanzt werden sollen.

Preise im März gesunken

DW. Wiesbaden

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist im März um 0,2 Prozent im Vergleich zum Februar gesunken. Der Index lag damit nur um 0,1 Prozent über dem Stand vom März des vergangenen Jahres. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bestätigte mit diesen Angaben gestern seine Vorausberechnung vom 26. März, die aufgrund der Ergebnisse von vier Bundesländern errechnet wurde. Im Januar und Februar 1986 hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat 1,3 beziehungsweise 0,7 Prozent betragen.

DER KOMMENTAR

Wer alles zerredet

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Nachdem der Qualm, der in den letzten Tagen von den deutschen Äckern aufgestiegen ist, etwas verflogen ist und nicht mehr den Blick auf die jüngsten währungspolitischen Beschlüsse verstellt, steht fest, die deutschen Landwirte sind besser über die Runden gekommen, als ihre Standesvertretung den Anschein erweckt. Jedenfalls bietet das, was jetzt innerhalb des Europäischen Währungssystems abgesegnet wurde, keinen Anlaß für neue Ausgleichsforderungen, auch wenn dieses heute auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes in der Stadthalle von Bad Godesberg wieder auf den Tisch kommen wird. Aber Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle will für die notwendige Klarstellung sorgen.

Geändert hat sich in diesem Bereich allenfalls die politische Gefechtslage. Da die Franzosen unter bestimmten Kautelen einen nationalen Spielraum für ihre Bauern erhalten könnten, besteht nur die vage Möglichkeit – so vorsichtig muß schon formuliert werden –, daß Paris den Preisvorschlägen der EG-Kommission, die von Bonn abgelehnt werden, jetzt eher zustimmt als vorher.

Überhaupt stehen die Bauern vor dem Problem, daß ihre Sorgen nicht mehr ernst genommen werden, wenn der Berufsstand überzieht. Die Kirche, um bei einer alten Volksweisheit zu bleiben, sollte schon im Dorf bleiben. Es ist leicht, eine Regierung dadurch, daß eine immer größere Begehrlichkeit in den eigenen Reihen geweckt wird, schlecht aussehen zu lassen. Paradiesische Zustände sind der Wunsch vieler. Auch wenn heute neue Forderungen der Bauern präsentiert werden, kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung bereits neue Subventionen so gut wie beschlossen hat.

Wer alles zerredet, der macht auch die Hilfsbereitesten mutlos. Daß sich diese Regierung für die Bauern in die Bresche schlägt, sollte anerkannt werden. Dies ist sinnvoller, als alles und jedes darauf abzuklopfen, ob sich daraus nicht immer neue Forderungen ableiten lassen.

Mitterands Kampf gegen die Isolation

DW. Paris

Mit einer „Gegenregierung" zum Kabinett Chirac wehrt sich der französische Staatspräsident Mitterrand gegen die Isolation, in die ihn die Bürgerlichen drängen wollen. In seinen neuen Führungskreis hat er eine Reihe ehemaliger Minister berufen, die den Status von Präsidentenberatern erhalten. Das Gremium soll ihm Argumentationshilfen liefern und außerdem die alten Verbindungen zu den Ministerien aktivieren, um sich Zugang zu Informationen zu sichern.

Seite 8: Die „Gegenregierung"

Blüm appelliert an Gewerkschaften

gba. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat an die Gewerkschaften appelliert, mehr Kraft für gemeinsame Aktionen mit Arbeitgebern und Staat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzuwenden, als für ihre Proteste gegen die Regierung. Im Gespräch mit der WELT machte der Minister auch deutlich, daß er sein Amt fortführen möchte: „Eine Legislaturperiode ist zu wenig für eine gute Sozialpolitik."

Seite 12: Für Arbeitslose einsetzen

45 Länder stellen in Hannover aus

DW. Hannover

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird heute in Hannover die diesjährige Industrie-Messe eröffnen. Mit mehr als 5500 Ausstellern aus 45 Ländern gilt sie als größte Wirtschaftsausstellung der Welt. In 22 Hallen soll der neueste Stand der industriellen Technik gezeigt werden. Nach Auffassung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber wird die Messe die deutsche Spitzenstellung in der Technik bestätigen.

Seite 2 und 13: Weitere Beiträge

Sacharows Frau schreibt Kanzler

DW. Bonn

Die Frau des nach Gorki verbannten sowjetischen Regimekritikers Andrej Sacharow hat an Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert, sich weiter für die Aufhebung der gegen den Atomphysiker verhängten Sanktionen einzusetzen. In einem Brief aus den USA, wo sie sich zur ärztlichen Betreuung aufhält, dankte Frau Bonner Kohl zugleich für seine bisherigen Bemühungen um ihren Mann. Die WELT dokumentiert den Brief:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hiermit möchte ich mich bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie so vieles getan haben, was Ihr Interesse an dem Los Andrej Sacharows beweist. Auch danke ich Ihnen sehr für die Hilfe, die Sie unseren Kindern geleistet haben bei deren Bemühungen uns – meinem Gatten und mir – zu helfen.

Ich befinde mich momentan bei meiner Familie in den Vereinigten Staaten, wo ich die ärztliche Hilfe erhielt und erhalte, die mir unbedingt notwendig war. Es scheint mir aber richtig, daß damit der Fall Sacharow durchaus nicht gelöst ist. Nach wie vor bleibt Andrej Sacharow isoliert und hilflos in der widergesetzlichen Verbannung in Gorki und die Situation wird sich nach meiner Rückkehr in die Sowjetunion nicht ändern, falls nichts Neues geschieht.

Deswegen möchte ich hoffen und Sie darum bitten, daß Sie in der Zukunft alles weiter tun, damit diese Situation menschlich und vernünftig gelöst wird.

Nochmals mit vielem Dank und den herzlichsten Grüßen

Elena Bonner Sacharowa"

Regierung in Warschau will Arbeitsgesetz verschärfen

Bericht einer Untergrund-Zeitschrift über geheimes Protokoll

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

Nach Darstellung der polnischen Untergrund-Zeitschrift „Obraz" wird seit Juli 1985 „nahezu konspirativ" ein neues, verschärftes Arbeitsgesetz von der Warschauer Führung vorbereitet. Wie die Zeitschrift schreibt, geht das aus einem vertraulichen Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrates (Nr. 9/85) vom Juli vergangenen Jahres hervor. Die Ministerrunde gelangte damals zur Feststellung, daß das inzwischen elf Jahre alte Arbeitsrecht, das in der Solidarność-Ära zu Gunsten der Arbeitnehmer novelliert wurde, zu sehr die Arbeitnehmerrechte ausgebaut hat. Im alten Arbeitsrecht ist noch von mehreren Gewerkschaften die Rede, denen sich die Arbeiter anschließen können, und von besonderen Rechten der Gewerkschaftsfunktionäre.

Der Arbeiter müsse indessen mehr Verantwortung für seine Leistung tragen, die Arbeitsdisziplin verschärft werden, empfiehlt das Geheimprotokoll. Die neuen Staatsgewerkschaften sollen mehr Rechte erhalten. Ebenso soll der Handlungsspielraum der Betriebsdirektoren und der Arbeitsgerichte wieder ausgebaut werden. In dem Protokoll werden die am neuen Arbeitsgesetz arbeitenden KP-Theoretiker angewiesen, bis auf weiteres auch das Recht auf die arbeitsfreien Samstage, wie sie die Solidarnosc-Gewerkschaft der Regierung abtrotzte, zu kassieren. Das neue Gesetz soll auch „gewisse Formen des Arbeitszwanges" beinhalten.

Das bisher gültige „Modell des Arbeiters" als herausragende Figur des Sozialismus soll jedoch abgebaut werden. Der Arbeiter solle folgsamer werden und bescheidenere Ansprüche stellen, heißt es in den Anweisungen des Geheimprotokolls.

Inzwischen wurde das verschärfte Gesetz der neuen nationalen Front, PRON, ebenfalls in geheimer Sitzung vorgelegt. Gleichzeitig berieten die neuen Staatsgewerkschaften in einer solchen Sitzung das Gesetz. Beide haben nach Angaben der offiziellen polnischer Presse dem verschärften Inhalt jetzt zugestimmt.

Seite 2: Übereilte Antwort

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Übereilte Antwort

Von Enno v. Loewenstern

Er führe ja die Finanzverhandlungen mit Polen nicht, sagte Bundesaußenminister Genscher, „aber wer den Menschen helfen und nicht kurzfristig Schlagzeilen machen will", täte gut daran, eine Verbesserung der Beziehungen anzustreben. „Alle Menschen, die in der Vergangenheit von Junktim geredet haben, haben nichts erreicht. Dagegen haben die etwas geschaffen, die durch eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses schwierige, auch schwierigste humanitäre Fragen Schritt für Schritt lösbar gemacht haben."

Dies war Genschers Antwort an den Vertriebenen-Präsidenten Herbert Czaja, der ein Junktim zwischen Bonner Kreditzusagen und polnischen Zugeständnissen im humanitären Bereich gefordert hatte. Sie liest sich auf den ersten Blick sehr diplomatisch-erfahren und realitätspolitisch, zumal da wir immer wieder hören, daß die Regime im Osten sich prinzipiell nichts abnötigen ließen. Ein Entspannungspolitiker läßt sich auch nicht durch den Hinweis irritieren, daß Bonn sich bei Südafrika usw. keineswegs geniert, die Menschenrechte öffentlich einzufordern – im Stehen, nicht auf dem Sofa.

Junktims sind in der Tat bei kaum einem Regime durchzusetzen, *das nicht vor der Selbstaufgabe steht. Andererseits* werden humanitäre Fragen nie allein durch bessere Beziehungen *gelöst – Zwangsregime lassen niemanden* um unserer blauen Augen willen gehen –, sondern allein durch Geld, verbunden mit Druck.

Ein Außenpolitiker sollte sich Forderungen, wie Czaja sie aussprach, gegenüber dem Besucher diplomatisch zunutze machen als legitime Ansprüche der öffentlichen Meinung, anstatt diese Forderungen öffentlich abzubügeln. Letzteres ermutigt den Besucher in seiner harten Haltung und läßt den Eindruck entstehen, der Besucher und die „Beziehungen" seien im Namen einer falsch verstandenen Kontinuität ein Wert an sich; wichtiger als das, was dort erreicht werden könnte. Wir haben schon etliche Milliarden in Polen investiert, von denen die polnischen Menschen selbst nichts hatten; die Gegenleistungen an uns sind sehr umstritten und würden vielleicht eher überzeugen, wenn nicht jeder Hinweis auf das do-ut-des-Prinzip gar so eilfertig zurückgewiesen würde.

Scheitert Contadora?

Von Günter Friedländer

Die Contadora-Länder (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) und ihre im allgemeinen passive Hilfsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) haben ihre Tätigkeit wieder einmal niedergelegt. Sie sind an der Unnachgiebigkeit Nicaraguas gescheitert.

Am Wochenende hatte die Gruppe, die sich das Aushandeln eines Friedensvertrags zwischen Nicaragua und den Nachbarländern zum Ziel gesetzt hat, die Länder Mittelamerikas aufgefordert, endlich den Junibeginn als Datum für die Unterschrift eines Friedensvertrags festzulegen. Die Contadora-Bemühungen waren fast fünf Monate lahmgelegt gewesen, weil Nicaragua Wahlen in den Nachbarländern zum Vorwand genommen hatte, die Verhandlungen zu unterbrechen. Der wirkliche Grund war aber die Unwilligkeit der Sandinistas gewesen, ihre *Pflichten im Rahmen eines Friedensvertrages festzulegen: Die* Begrenzung ihrer Aufrüstung, die Entlassung der ausländischen militärischen Berater und den Dialog mit den „Contras".

Nach dem neuesten Scheitern sprechen Beobachter abermals vom Ende der Contadora. Die beteiligten Länder hatten allerdings ihre Bemühungen kompromittiert, indem sie die von Reagan geplante Hilfe für die „Contras", die in Nicaragua *gegen das kommunstische Regime kämpfen, diffamierten*: Sie behaupteten, daß diese Hilfe „in nicht umkehrbarer Weise" die Friedensverhandlungen in Mittelamerika beeinträchtigen würde, und nannten das eine „diplomatische" Ablehnung des Reagan-Plans. Dabei gingen sie nicht darauf ein, daß der Präsident die Hilfe für notwendig hält, gerade weil die Sandinistas sich in längeren direkten Geheimverhandlungen mit den USA völlig unwillig zeigten, einen Frieden in Mittelamerika auszuhandeln – sie denken nicht daran, auf ihre weltrevolutio*nären Expansionspläne zu verzichten, solange nicht* militärischer Druck sie dazu zwingt.

Würde die Contadora-Gruppe die Versuche der USA ergänzen, in Mittelamerika zu einem Kompromiß zu gelangen, könnte sie Erfolg haben. Wenn sie es vorzieht, an der Seite Nicaraguas die Rolle der USA in Mittelamerika herabzusetzen, bleibt sie zum Scheitern verurteilt.

Murdochs neuer Streich

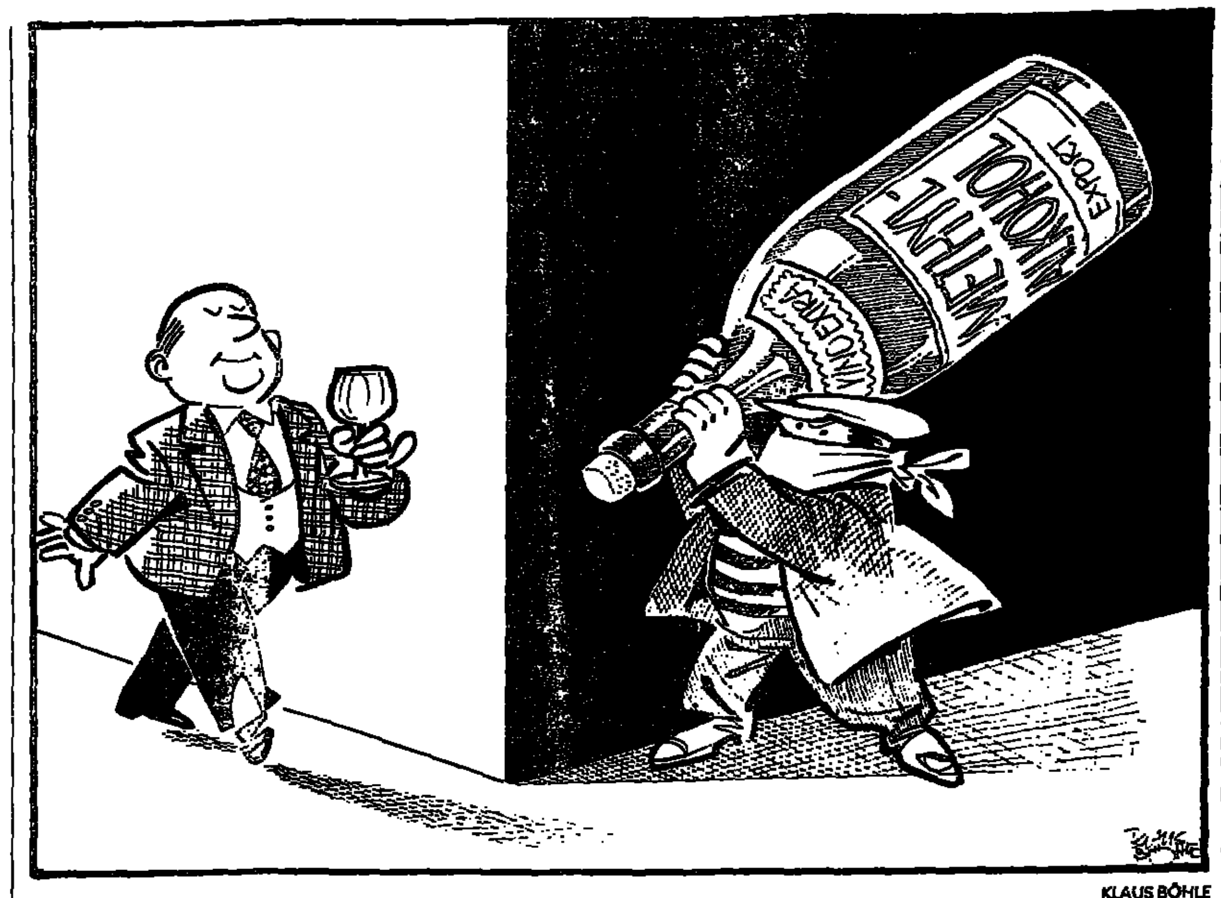
Von Reiner Gatermann

Rupert Murdoch hat die englischen Gewerkschaften wieder einmal in Verlegenheit gebracht. Im Januar verlegte er überraschend Redaktion und Druck seiner vier britischen Tages- und Sonntagszeitungen aus der Gray's Inn Road in der Bannmeile der Fleet Street ein paar Meilen östlich nach Wapping. Die traditionellen Druckergewerkschaften *ließ er* damit vor der Tür. Jetzt teilte er den Gewerkschaften ebenso überraschend mit, daß er *ihnen* das Gebäude *in der Gray's Inn* Road mit dem gesamten Druckereibetrieb schenke.

In gewisser Hinsicht müßte die Übernahme der voll intakten Druckerei den Gewerkschaften gelegen kommen, denn eine ihnen nahestehende Gruppe bereitet die Herausgabe der „News on Sunday" vor und hat noch keine Druckerei. Zwar hat diese Gruppe noch Schwierigkeiten, die erforderlichen (umgerechnet) 28 Millionen Mark aufzubringen. Aber daran kann das Vorhaben nicht scheitern; soviel Geld haben die Gewerkschaften allemal. Nur: Nähmen sie die Offerte an, müßten sie sich erstmals in ihrer Geschichte als Arbeitgeber versuchen. Das wäre vielleicht für das britische Wirtschaftsleben gar nicht so schlecht. Denn dann müßten sie wohl bald einsehen, wie unrealistisch ihre Forderungen an die Arbeitgeber sind, nicht zuletzt im Zeitungsgewerbe.

Das, und die Gefahr *des Scheiterns als Unternehmer, stellt* ein Risiko für die Gewerkschaften dar. Ihnen ist natürlich auch nicht das deutsche Beispiel entgangen, wo es sich gezeigt hat, wie leicht man Ansprüche an andere stellen kann und wie schwer es ist, wenn man beweisen muß, daß die Forderungen auch wirklich erfüllbar sind.

Dementsprechend reagierten die Gewerkschaften auf das 210-Millionen-Mark-Angebot zurückhaltend: Man müsse es genauer prüfen; es könne nur Bestandteil eines größeren Übereinkommens sein, in dessen Mittelpunkt die Wiedereinstellung oder Abfindung der knapp sechstausend streikenden und entlassenen *Murdoch-Mitarbeiter stehe*. Aber gerade dieser Forderung begegnete der Verleger, indem er die Druckerei anbot – nun müssen die *Gewerkschaften erklären, warum* sie dort nicht ihre Mitglieder beschäftigen wollen.



KLAUS BÖHLE

Aufatmen in Berlin

Von Herbert Kremp

Aufatmen geht nicht nur durch die Reihen der regierenden Parteien in Berlin und Bonn. Die Senatskrise in der alten Metropole Deutschlands schädigte nicht nur den Ruf einer großen Stadt. Berlin ist ein Symbol, Ausweis für den Wert und für die Kraft freiheitlicher Lebensform und gleichzeitig ihr empfindlichster, am leichtesten und schnellsten verletzbarer politischer Punkt. Noch eine Senatskrise, ein Wiedererwachen der Gewaltätigkeit gegen die alliierten Schutzmächte – und das Gerede von der unrettbaren, der sterbenden Stadt macht sich wieder breit.

Sind sich die Parteien dieser Gefahr bewußt, der nationalen Verantwortung, die nicht erst das internationale Echo zum Bewußtsein bringt? Wer immer glaubte, das Viermächteabkommen von 1971 habe Berlin in eine „Stadt wie jede andere" verwandelt, glaubte etwas *Falsches. Sie ist auch nicht eine* „besondere" Stadt, wie modische *Konfliktscheu meint, sondern nach* Bedeutung und Umfeld eine *gewaltige Herausforderung*. Parteien, die Macht verteilen wie ein Bärenfell, werden ihr nicht gerecht.

Die Daten Berlins: die Erfolge seiner Wirtschaftspolitik, die steigenden Zahlen der Zuwanderung und des Reiseverkehrs, das reiche Kulturleben und die gekräftigte Zuversicht in der Stadt stehen zu dem politischen Tief, das sie überzieht, in seltsamem Widerspruch. Seit Richard von Weizsäcker 1981 den Stab in die Hand genommen hatte, machen sich Auftriebskräfte bemerkbar. Sein Nachfolger Diepgen erzielte für die CDU das beste Wahlergebnis in der Kanzlerzeit Helmut Kohls. Die chaotischen Kräfte, die das politische Haus des Interims-Bürgermeisters Hans-Jochen Vogel besetzt hielten, wurden zurückgedrängt. Das zählt nicht nur für die Berliner. Innensenator Lummer, von Weizsäcker seinerzeit ins Amt berufen und vom Abgeordnetenhaus gewählt, besitzt daran einen wesentlichen Anteil. *Dies erklärt seinen Rückhalt in der* Bevölkerung. Der „Heinrich fürs *Grobe*", der „*Lummi*", wie ihn seine Anhänger nennen, ist ein Mohr, *der seine Pflicht getan hat, die ihm* geheißen ward, und der nun gehen muß – auch weil er so schwarz ist.

Die Krise mitten im Erfolg – woher kam sie *eigentlich? Entstieg sie* der Luft des *Milieus*, wie es sich ballt und bläht, wenn eine Weltstadt geographisch isoliert und finanziell subventioniert ihre Geltung behaupten muß? Ist die Krise eine Krise des Personals?

Weltkrisen hat Berlin hervorragend überstanden, „das Normale" bekam ihm nicht so gut. Diepgen *ist nicht der erste Regierende Bürgermeister*, der im aufsteigenden Bodensatz des Milieus die Orientierung zu verlieren drohte. Zwei Sozialdemokraten, Schütz und Stobbe, fuhren das Schiff auf Grund, bevor der Wellenschlag der Wahlen wieder Wasser unter den Kiel brachte. Weizsäcker holte frische Talente, Freiwillige aus dem „Reich" – von der bodenständigen CDU zwar begrüßt, aber doch nicht allzu gern gesehen. Sie wäre seit *jeher lieber „unter sich" geblieben.*

Diepgen, selber Berliner und im Amte bitter belehrt, bemühte sich über Wochen um attraktive Zuwanderer von außen. Im Bundesgebiet und bei der eigenen, eifersüchtigen Parteiorganisation in der Stadt rannte er jedoch zunächst gegen zugehaltene Türen. Die FDP, gern *in der Regierung, solange der größere Partner Lasten und Verantwortung trägt, wollte von ihrem Senator Vetter nicht lassen*. Daraus entstanden Verzögerungen, die am Ansehen des Bürgermeisters zehrten und Zweifel an seiner Führungsenergie nährten. Die Lösung, die er jetzt gefunden hat, ist den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend. Senator Kewenig, in der *Hochschulpolitik erfolgreich*, löst Lummer ab, der frühere Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Turner, wird Wissenschaftssenator, den heiklen Bausenat übernimmt das Vorstandsmitglied in der Deutschen Girozentrale, Wiegand Hennecke.

Ist die Kommunal-Krise damit überwunden? *Die CDU*, der Bürgermeister und seine Koalition haben *Schaden genommen. Die* neuen Senatoren müssen vom Stadtparlament gewählt werden, die Opposition, Sozialdemokraten und Alternative, werden nicht auf die Chance verzichten, den Senat (und damit indirekt die Bundesregierung in Bonn) zu bekämpfen. Rückschrit auf Berlin zählt im „Wahljahr" 1986 nicht. Die Auseinandersetzung bleibt auf Partei-Niveau, obwohl die Affäre und ihre Lösung auf einen Zusammenhang hinweisen, der unterschiedslos alle Parteien betrifft: In Berlin zeigte sich nur in besonders krasser Form, was es bedeutet und wozu es führt, wenn der Staat und die von ihm dirigierte Verwaltung von Personen geführt werden, die in ihrem Leben nichts anderes gelernt und geleistet haben, als sich in der Organisation politischer Parteien *hochzuarbeiten* und durchzusetzen. Der Politiker, der von außen *kommt, aus dem Risiko des Berufslebens*, ist zur Seltenheit geworden. *Nach ihm müssen Suchkommissionen fahnden.*

Der jüngste Fall Berlin gilt fürs Ganze: Die Schule des Berufs ist die Schule der Nation. Erst die Lebenserfahrung bietet die Zurüstung für das politische Amt. Der Berufspolitiker führt eine subventionierte Existenz, er ist von Abhängigkeiten, eben vom Milieu, bedroht. Die Parteien sind in diesem Sinne schlecht durchlüftet. Das Bild eines Verantwortlichen, der sich auf einem Empfang ein Geldkouvert für den Kassenwart der Partei zustecken läßt, wird unweigerlich zur Karikatur. Damit fängt sozusagen harmlos an, was böse endet. Die Veränderung des Milieus *beginnt nicht mit Regierungsumbildungen*, sondern mit der unab*hängigen Persönlichkeit*. Sie ist schwer zu finden; aber nur sie *macht wirklich Staat*.


Unabhängige Persönlichkeiten suchen: Diepgen FOTO: DPA

IM GESPRÄCH George Turner

Kein bequemer Mann

Von Paul F. Reitze


Managertyp an der Hochschule: Berlins neuer Wissenschaftssenator Turner FOTO: DPA

Die Nachricht *schlug* an der Universität Stuttgart-Hohenheim wie die sprichwörtliche Bombe ein. „Wir sind sprachlos", hieß es. Man wolle „nicht recht daran glauben". Dann kam die Bestätigung: Professor George Turner, seit 1970 Präsident der Hochschule, wird neuer Wissenschaftssenator in Berlin. Der bisherige Amtsinhaber, Professor Wilhelm A. Kewenig, übernimmt das Amt des Innensenators.

Turner, 1935 als Sohn eines Landwirts in Insterburg/Ostpreußen geboren, ist ein auf Innovation setzender, die Schlagzeilen suchender Managertyp. Von Haus aus Spezialist für bergrechtliche Fragen, hat er früh die Liebe zur Hochschulpolitik entdeckt, mit steiler Karriere. Seit 1976 war er Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK). Als Professor Hansjürg Steinlin (Freiburg) auf seine Wiederwahl als Präsident dieser Organisation aus Gesundheitsgründen kurzfristig verzichten mußte, stellte sich Turner zur Verfügung. Er bekleidete das Amt von 1979 bis 1983. Immer wieder gab es Gerüchte, Turner dränge es in die Politik.

Der parteilose Jurist verordnete Stuttgart-Hohenheim als erster deutschen Hochschule eine Organisations- und *Wirtschaftlichkeitsprüfung* durch eine unabhängige Gesellschaft. Die kräftige Erweiterung der einstigen Landwirtschaftlichen Hochschule ist zu einem gut Teil sein Werk. Früh setzte er sich für eine enge Kooperation von Universität und Wirtschaft ein. Es gelang ihm, Industrielle zu großen Stiftungen zu animieren.

Mit seinem Vorgänger Kewenig ist sich Turner darin einig, daß der Studienbetrieb in der Bundesrepublik neu gestaltet werden muß, aus zwei Gründen. Der *Studentenstrom soll* kanalisiert werden, damit die Quali*tätsstandards wieder besser werden*. Zugleich soll das Gros der Absolventen *früher in den Beruf gehen* können. Turner hat, ähnlich Kewenig, ein abgestuftes System vorgeschlagen. Er ist *überzeugt* davon, daß, wie fast überall in Europa, die Schulzeit bis zum Abitur verkürzt werden kann. Nach drei Jahren sollen dann rund *drei Viertel aller Studenten mit einem* berufsqualifizierenden Abschluß die Alma mater verlassen; heute liegen die durchschnittlichen Studienzeiten *doppelt so hoch*. Nur einer Elite möchte Turner das Recht auf einen weiteren Verbleib an der Hochschule einräumen, etwa zur Promotion.

Ein Lieblingsthema des neuen Senators: Seit Jahren fordert er, die für die *Numerus-clausus-Fächer* zuständige „Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen" (ZVS) in Dortmund aufzulösen. Wer von den Hoch*schulen einen effizienteren Betrieb* fordere, müsse ihnen auch gestatten, ihre Studenten selber auszuwählen, nach dem Beispiel der USA.

Turner *ist ein untersetzter, bulliger* Typ. Im Gespräch entwickelt er *Charme, ist ein guter Zuhörer*. Sein Arbeitsstil ist sehr direkt. Reibungsverluste, an den Hochschulen alltäglich, bringen ihn zur Weißglut. Als Präsident der WRK war Turner für die Politiker kein bequemer Partner.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchner Merkur

Er schreibt zur Politik des Vatikans:

Johannes Paul II. hat von Beginn an die „Politisierung des Evangeliums", wie sie von dem Begründer der Befreiungstheologie, dem Peruaner Guatierrez, und seinen Geistesverwandten gepredigt wird, strikt abgelehnt. Als Hauptgefahr sieht der polnische Papst, daß sie die Grenzen zum Marxismus einebnen und damit Gewaltherrschaften den Weg bereiten, die schlimmer sind als die Unrechtsregierungen, von denen sie die Armen der Ärmsten in der Dritten Welt befreien wollen. Die neue Instruktion vermeidet jede namentliche Bezeichnung wie „Marxismus", „Kapitalismus" und geht von dem Seelsorgeprinzip aus, daß die „Freiheit von der Sünde" die Grundlage aller anderen Freiheiten sei, ja daß die Voraussetzungen für Gewalt- und Terrorregime der Gegenwart die seit der Renaissance aufgekommene Verweltlichung und Gottferne seien.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie kommentiert die EWS-Änderungen:

Ganz gleich, ob Frankreich von *Bürgerlichen oder Sozialisten* oder, wie zur Zeit, von beiden regiert wird, *in einem Punkt der Politik herrscht* Kontinuität: Zuerst kommt das Wohl der „*grande nation*" und *dann alles* andere.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung geht auf dasselbe Thema ein:

Das Europäische Währungssystem hat erneut demonstriert, wie gesunder Menschenverstand über politisches Dogma und akademische Pedanterie triumphieren kann. Die reibungslose und in freundschaftlicher Atmosphäre übers Wochenende von den europäischen Finanzministern beschlossene Neufestsetzung der Währungsparitäten innerhalb des EWS sollte sich als mehr als nur ein kleines Ärgernis für Mr. Nigel Lawson erwiesen haben, der, wie üblich, an dem Treffen in Ootmarsum nur als passiver Beobachter teilnahm, da die Zeit für eine volle Mitgliedschaft Britanniens im EWS „noch nicht reif" war. Wenn frühere Erfahrungen als Anhaltspunkt gelten können, dann wird die gestern vereinbarte sechsprozentige Abwertung des französischen Franc gegenüber der Deutschen Mark eine feste Grundlage für eine weitere ausgedehnte Periode der Währungsstabilität im EWS bilden.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt meint zum Anschlag in Berlin:

Es gehört wohl zu den Schwächen der Opfer, in erster Linie also der westlichen Gesellschaften, daß sie die grundsätzliche terroristische Bedrohung nicht als existentielle Herausforderung begreifen wollen. Die Bundesrepublik und einige andere Europäer haben erst vor wenigen Wochen dem libyschen Maulhelden einen glänzenden Sieg auf das Tablett gelegt, als sie die geforderte Solidarität mit den USA und damit gegen den Terrorismus verweigerten. Noch ist zwar nicht gesagt, daß die Bombe in einem Berliner Tanzschuppen zu jenem Krieg gehört, den Khadhafi nach der verlorenen Machtprobe im Mittelmeer gegen die USA ausgerufen hat ... Überraschen würde ein solcher Zusammenhang jedenfalls nicht.

Wo man die wirkliche Lage der Republik erfährt

Trotz mancher Abgänge: Die Hannover-Messe behält ihre Bedeutung / Von Gerd Brüggemann

Wenn Bundespräsident Richard von Weizsäcker *heute* abend die Industriemesse in Hannover eröffnet, *so ist das ein singuläres Ereignis*. Bisher blieb das den *jeweiligen Bundeswirtschaftsministern* vorbehalten. Gelegentlich, *vor allem* in Wahljahren, kam auch schon einmal ein Bundeskanzler.

Aber die Messe in Hannover, die von morgen an bis zum 16. April ihre Tore für Hunderttausende Besucher aus aller Welt geöffnet hat, ist über ihre kommerzielle Basis längst hinausgewachsen und hat sich unabhängig von den Zwängen von Soll und Haben zu einer überragenden Leistungs- und Exportschau der deutschen Industrie entwickelt. Insofern ist sie mehr als *die Summe* ihrer Teilnehmer, Unternehmen und Besucher und ver*dient entsprechende* Beachtung der Politiker.

Es gibt kaum eine andere Veranstaltung, die ein so zutreffendes Bild der Bundesrepublik weltweit verbreitet. Während das im Ausland existierende Medienbild dieses Landes allzu oft Randerscheinungen, Minderheitenmeinungen *und unvermeidliche* Skandälchen als Hauptsache ausgibt, vermittelt die Industrieschau an der Leine eine vergleichsweise positive Zustandsbeschreibung der Republik und ihrer wirtschaftlichen Lage.

Es ist interessant, daß daran auch der nun schon seit Jahrzehnten anhaltende Auszug von vielen und bedeutenden Wirtschaftszweigen, die sich an anderem Ort oder zu anderer Zeit eigene Veranstaltungen geschaffen haben, praktisch kaum etwas geändert hat. Selbst das Fortgehen der so attraktiven *Kommunikations- und Informationstechnik*, die erstmals in *diesem Jahr* und vier Wochen vor der größten Industrieschau ihre eigene Messe auf dem Gelände von Hannover veranstaltete, wird der Bedeutung der Messe, wenn überhaupt, nur vorübergehend Abbruch tun. Zwar werden naturgemäß die Rekordzahlen früherer Jahre nicht gleich wieder erreicht, aber das ist, wie die Erfahrung lehrt, nur eine Frage der Zeit. Der Grund für diese einzigartige Stellung der Messe in Hannover liegt darin, daß ein Industrieland wie die Bundesrepublik eine solche Veranstaltung braucht, um sich, losgelöst von den Problemen des Alltäglichen, von individuellen Erfolgen und Mißerfolgen, kollektiv darzustellen.

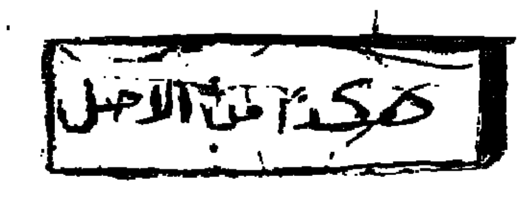
Das ist um so nötiger, als die Welt sehr viel kleiner geworden ist. Die Zeiten, in denen sich Wertarbeit aus Deutschland problemlos verkaufen ließ, sind lange vorbei. In vielen anderen Ländern wird Hervorragendes *geleistet und in* anderen wird es zumindest ver*sucht. Am Weltmarkt*, von dem für die wirtschaftliche Sicherheit und den Wohlstand dieses Landes so viel abhängt, herrscht nicht nur Wettbewerb, sondern auch Wettbewerbsverfälschung und die ständige Gefahr des Protektionimus.

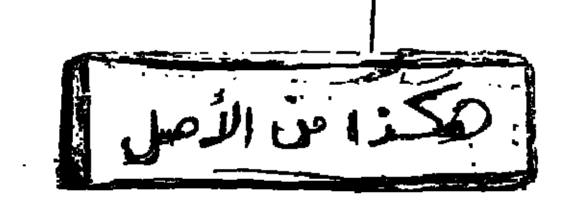
Daß die deutsche Wirtschaft sich an diesem Markt bisher sehr erfolgreich behauptet hat, zeigen die Zahlen. Die Exportkraft ist nach einigen Jahren der Schwäche wieder voll entwickelt. Im Welthandel mit industriellen Gütern liegt die Bundesrepublik mit einem Anteil von siebzehn Prozent hinter den USA, die es auf zwanzig Prozent bringen, aber noch vor den Japanern mit sechzehn Prozent auf dem zweiten Platz. Nach einer Analyse des amerikanischen Wissenschaftlers Peter F. Drucker im Wall Street Journal (die WELT vom 8. März 1986) bedeutet dies, daß die Deutschen pro Kopf der Bevölkerung viermal so stark sind wie die Amerikaner und immerhin doppelt so stark wie die Japaner.

Während aber die Japaner, deren Vordringen in den vergangenen Jahrzehnten teilweise lähmenden Schrecken auslöste, ihre Exporterfolge lediglich in vier Branchen erzielen (Stahl, Autos, Halbleiter und Verbraucher-Elektronik), ist die deutsche Wirtschaft nahezu in allen Wirtschaftsbereichen mit wettbewerbsfähigen Produkten vertreten. Die deutschen Exportmärkte sind überdies auch regional breit gestreut. Die Exportwirtschaft der Japaner erzielt fast die Hälfte ihrer Umsätze in den USA; bei der deutschen Industrie liegt der US-Anteil bei zehn Prozent. Solche Daten *sind natürlich nicht neu; man muß* nicht nach Hannover reisen, um sie zu erfahren.

Aber wie nirgendwo sonst wird in Hannover sichtbar, was sie bedeuten – und was sie nicht bedeuten. Denn wer will, kann auf der Industrieschau auch einiges über die Schwachstellen der deutschen Wirtschaft erfahren, vor allem ihre hohen Arbeitskosten oder ihr regionales Strukturgefälle. Da sie nicht ausgestellt werden, sind sie nicht sichtbar. Aber das bedeutet nicht, daß sie vergessen wären.

Um so eindrucksvoller ist deswegen das Bild, das die Industrie in *Hannover* darbietet. Es ist solide fundiert und zukunftsorientiert. Der Bundespräsident war gut beraten, als er sich für seinen Besuch in der niedersächsischen Landeshauptstadt entschied. Die Messe in Hannover ist eine der wirkungsvollsten Repräsentations-Veranstaltungen dieses Landes. Warum sollte sie nicht von seinem höchsten Repräsentanten eröffnet werden?





Nach dem Geistesblitz beginnt die Arbeit des Erfinderzentrums

Am Anfang steht die Idee, die Erfindung. Doch die Erfahrung, daß dies zum wirtschaftlichen Erfolg nicht ausreicht, haben viele kluge Köpfe machen müssen. Für sie erfanden die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein das Erfinderzentrum Nord in Hannover.

Von DOMINIK SCHMIDT

An den Erfolg seiner Erfindung hat Alfred Reinhold zwar von Anfang an geglaubt. Daß er aber sehr bald schon ein gesuchter und umworbener Geschäftspartner für internationale Elektronik-Konzerne sein würde, konnte selbst er nicht wissen. Reinhold, gelernter Diplom-Ingenieur für angewandte Physik aus Wunstorf bei Hannover, hatte eine Röntgenröhre erfunden, die alles, was bislang auf dem Markt war, in den Schatten stellte. Das ist jetzt vier Jahre her. Aus dem Erfinder ist inzwischen ein Unternehmer geworden, der über Zuwachsraten nicht spricht, weil diese Werte dreistellige Prozentzahlen beinhalten.

An die ersten Schritte auf dem Weg zur Selbständigkeit erinnert sich der Niedersachse aber noch sehr gut. Da galt es zu prüfen, ob ähnliche Entwicklungen anderswo bereits realisiert waren. Patentanwälte mußten gesucht und gefunden werden, um weltweit Schutzrechte eintragen zu lassen. Vor allem aber war es notwendig, die Frage der Wirtschaftlichkeit zu klären. Welche Märkte und Einsatzgebiete gab es? Würde das Interesse an seiner Röntgenröhre den Aufbau einer eigenen Fertigung rechtfertigen?

Das EZN übernimmt die Patentrecherchen

Reinhold stieß bei der Suche nach Antworten auf eine Einrichtung, die die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein 1981 ins Leben gerufen hatten: das Erfinderzentrum Nord (EZN) mit Sitz in Hannover.

Zweifel an der Güte der Reinholdschen Röntgenröhre waren schnell ausgeräumt. Damit war zugleich die Voraussetzung für die Förderungswürdigkeit der Erfindung geschaffen. Das EZN übernahm weltweit die Patentrecherchen und half bei der Registrierung der Schutzrechte. Die wichtigste Hilfestellung aber erfuhr Reinhold im Sommer 1982: Auf einer Messe in Orlando/Florida, an der das EZN beteiligt war, knüpfte der Erfinder den entscheidenden Kontakt zu einem US-Unternehmen, das lebhaft an dem Gerät interessiert war. Mit dem ersten Kunden war zugleich der Grundstein für die neue Existenz gelegt.

Inzwischen ist Reinholds Firma, die Feinfocus GmbH, ein respektabler Betrieb mit 30 Mitarbeitern. Wachstumsgrenzen sind nicht zu erkennen. Zu seinen wichtigsten Aufgaben, so sagt er, gehört das Selektieren von Aufträgen: „Nein-Sagen wird immer wichtiger." Auf dem von ihm gewählten Anwendungsgebiet, der Kontrolle von Halbleitern und Mikrochips, hat Feinfocus einen Marktanteil von 70 Prozent – nicht national, sondern weltweit.

Selbst für technische Laien ist die Leistungsfähigkeit des Feinfocus-Röntgenmikroskops imponierend: Die Auflösung der Bilder ist zehnmal so hoch wie die eines Tomographen. Für die Halbleitertechnik zum Beispiel bedeutet dies, daß auch das kleinste Detail der Mikrostruktur sichtbar wird. Die Fehlerquelle eines Chips läßt sich auf diese Weise fixieren, ohne daß das Objekt – wie bisher üblich – zerstört werden muß. Irgendwann, so Reinhold, wird auch der Einstieg in die Medizintechnik erfolgen. Basisversuche auf diesem Gebiet habe es bereits gegeben. Vielversprechend sei der Einsatz des Geräts zum Beispiel bei Gewerbeuntersuchungen, etwa im Bereich der Mammographie.

Lothar Schaar, der Leiter des Erfindungszentrums, macht kein Hehl daraus, daß der „Fall Reinhold" zu den Erfolgserlebnissen in der noch jungen Geschichte des EZN gehört. Erfindungen dieser Qualität sind eher die Ausnahme. Die Frage nach der Existenzberechtigung des Zentrums allerdings betrachtet er als Provokation. Wenn es das EZN nicht gäbe, so Schaar, müßte es schnellstens erfunden werden: „In Europa sind wir die einzige Stelle, bei der sich Erfinder innerhalb kürzester Zeit weltweit über den Stand der Technik informieren können." Etwas anderes kommt hinzu. Erst das EZN hat Aufschluß darüber gebracht, welches Potential an neuen Ideen überhaupt vorhanden ist.

Noch 1981 gingen Schätzungen der renommierten Fraunhofer-Gesellschaft davon aus, daß nur 50 „bewertbare" Erfindungen pro Jahr zu bearbeiten seien. Die Bilanz des EZN sieht anders aus. Nach vierjähriger Tätigkeit registriert Schaar über 10 000 Direktkontakte mit Erfindern, Firmen und potentiellen Lizenznehmern. Daraus ergaben sich für die 15 Mitarbeiter des Zentrums fast 3000 Gespräche. In vielen Fällen scheiterte die Realisierung an der mangelnden Wirtschaftlichkeit. Wie bedeutsam aber die Koordinierungsfunktion des EZN ist, zeigt die Tatsache, daß über 500 eingegangene „wirklich gute Ideen" bereits vermarktet oder patentrechtlich geschützt waren; die Kontakte der Hannoveraner zu 600 Datenbanken in aller Welt brachten das an den Tag.

Freilich muß sich Schaar und seine Mannschaft gelegentlich auch mit „Über-Erfindern" beschäftigen. Manch einer glaubt, dem Perpetuum mobile auf der Spur zu sein. Der beharrliche Hinweis auf den Bestand der Naturgesetze beendet dann meist die Diskussion. Selbst bei derartigen nicht zu realisierenden Vorschlägen würden aber oft intelligente Lösungsansätze sichtbar. Regelrechte „Spinner" haben beim EZN bislang nicht vorgesprochen. Schaar: „Die Hut-Absetz- oder Kerzen-Ausblasmaschinen sind uns erspart geblieben."

„Eine hervorragende qualitative Ausbeute"

Alles in allem gibt es nach Schaars Einschätzung nicht den geringsten Grund zur Unzufriedenheit. Die qualitative Ausbeute der eingereichten Vorschläge sei hervorragend. Der Anteil der „brauchbaren" Ideen liegt bei fünf Prozent; als verwertbar, also in die Praxis umgesetzt, erwiesen sich ein Prozent der Erfindungen. Angesichts der Tatsache, daß bundesweit nur drei Prozent aller patentrechtlich angemeldeten Erfindungen auch wirtschaftlich nutzbar sind, ist die „Trefferquote" des EZN erstaunlich hoch.

So gesehen relativiert sich auch die Zahl von 30 Projekten, die mit Hilfe des EZN bisher zur Marktreife gebracht wurden. Weiteren 70 technischen Ideen und Verfahren bescheinigt Schaar gute Erfolgsaussichten. Sie wurden als chancenreich genug bewertet, um in die Förderung aufgenommen zu werden.

Unter diesen Projekten befinden sich zwei, die internationales Interesse auslösen. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Dispergierung durch chemische Reaktion (DCR-Verfahren) im Rahmen eines Forschungsauftrags an der Universität Hannover. Das Verfahren ermöglicht die unschädliche Beseitigung großer Mengen giftigen Abfalls und ist in den Niederlanden bereits erprobt worden. Durch Vermischen mit Pulver und einem chemischen Reaktionsmittel wird hochgefährlicher Giftmüll so gefestigt, daß ein Eindringen in das Grundwasser dauerhaft verhindert wird.

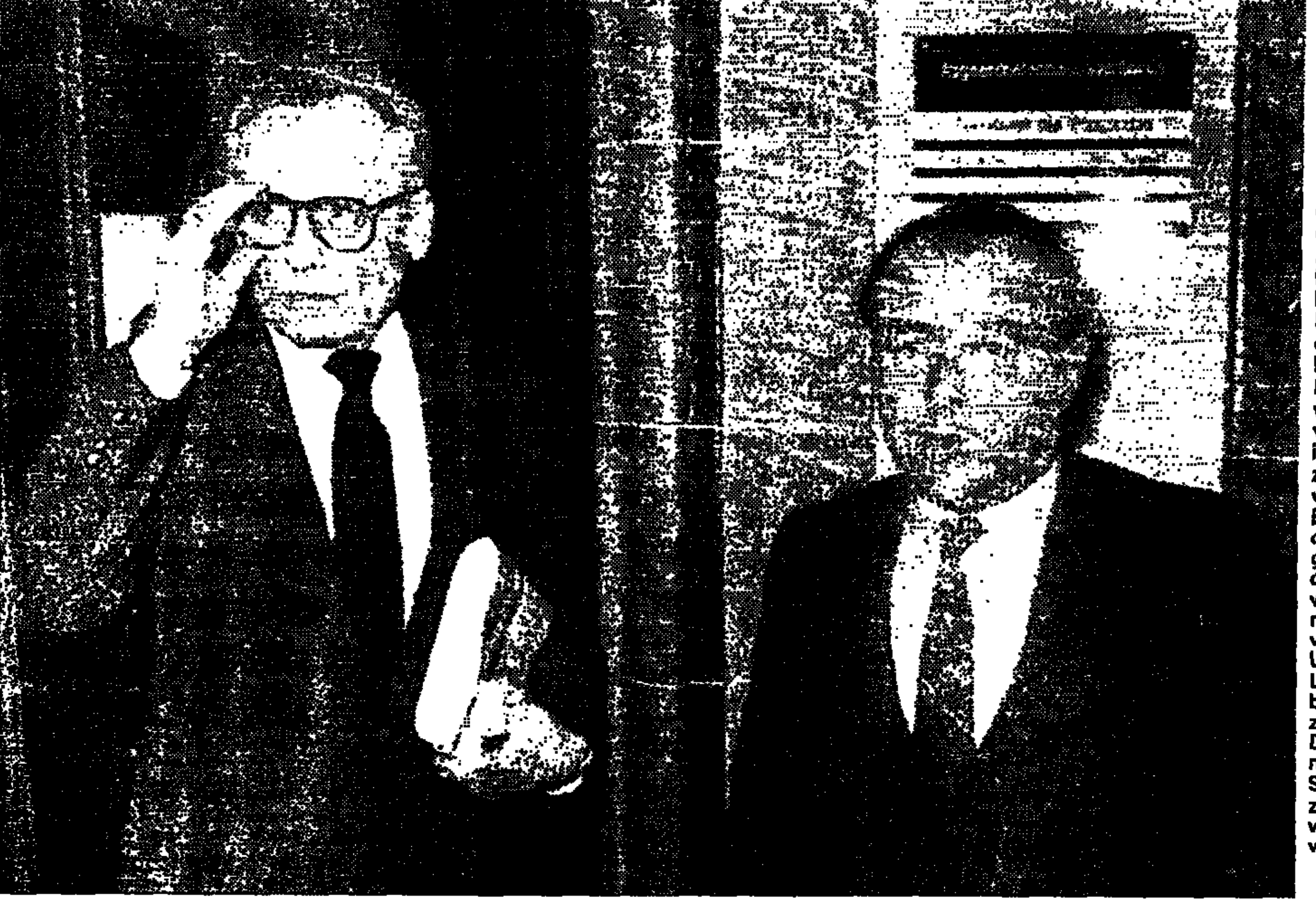
Die Erfinderschmiede wird privatisiert

Ein spektakulärer Erfolg zeichnet sich bei der Lösung des Gülleproblems ab. Das ebenfalls vom EZN geförderte Verfahren sieht die biologische Umwandlung tierischer Exkremente zu Humusdünger in fester Form vor. Nicht nur die Bodenschädlichkeit wird stark gemindert; der Dünger ist zugleich geruchlos und sehr hochwertig. Nach den Worten Schaars geht es jetzt nur noch darum, den Markt für dieses Produkt zu öffnen.

In seiner jetzigen Form wird das Erfinderzentrum noch bis Ende dieses Jahres bestehen. Die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein betrachten ihre Geburtshelferfunktion für das EZN als nicht mehr notwendig und entlassen die Erfinderschmiede in die private Trägerschaft, werden aber bei Bedarf auch künftig als „Sponsoren" zur Verfügung stehen. Bislang flossen gut zehn Millionen Mark dem EZN zu. Mehr als die Hälfte davon kamen aus der freien Wirtschaft. Die Personal- und Betriebskosten übernahmen die Länder.

Schaar ist guten Mutes, auch ohne das schützende Dach der öffentlichen Hände überleben zu können. Vorgesehen ist die Gründung einer GmbH mit den jetzigen Mitarbeitern als Gesellschafter. Das Interesse an Kooperationsverträgen mit dem EZN sei beachtlich. Auch andere Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin, suchten die Zusammenarbeit. Die Kontakte des EZN reichen aber weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Schon in den nächsten Tagen erwartet Schaar Besuch aus Japan. Dann steht der Abschluß zweier Kooperationsverträge an.

Auch nach der Privatisierung allerdings wird das Schwergewicht der Arbeit des Erfinderzentrums auf dem norddeutschen Raum liegen. Bislang kamen vier von fünf Vorschlägen aus heimischen Regionen. Mit dem steigenden Bekanntheitsgrad wächst aber auch der Anteil von Eingaben aus dem Ausland. Sie unterliegen den gleichen Bewertungskriterien. Entscheidend für alle Projekte ist aus niedersächsischer Sicht die positive Wirkung für die heimische Wirtschaft. Bislang profitierten ausschließlich norddeutsche Unternehmen von den umgesetzten Ideen, entweder als General-Lizenznehmer oder aber als Hersteller der neuentwickelten Produkte.



Zwei Ex-Senatoren nach einem schweren Gang: Bausenator Klaus Franke und Innensenator Heinrich Lummer haben soeben dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses den Rücktritt erklärt. Franke sagte danach: „Ich habe mit meiner Frau zusammen viel Geld verdient. Das ist doch wohl zulässig. Daß wir unsere Einkünfte durch die Bank gewinnbringend angelegt haben, wird uns doch niemand verdenken." Und Heinrich Lummer: „Ich bin für Berlin zurückgetreten. Das hat aber nichts mit Schuldvorwürfen zu tun. Für Berlin will ich auch weiter arbeiten." FOTO: DPA

Das dritte Opfer fiel am schwersten

Einig war man sich, daß der politische Ballast der Berliner Affären mit personellen Entscheidungen über Bord geworfen werden müsse. Doch ob auch die FDP ein Koalitions-Opfer zu bringen habe – darüber wurde bis zuletzt gestritten. Dann gab auch Horst Vetter auf.

Von DIETHART GOOS

Nach dem Motto „Wenn die Wölfe heulen, muß einer vom Schlitten" hat die Berliner CDU gehandelt. Sie opferte gleich zwei ihrer Exponenten in dem scheinbar unentwirrbaren Geflecht von Affären und Intrigen.

Heinrich Lummer, vom monatelangen Kesseltreiben gegen ihn ohnehin zermürbt und ohne seinen früher so gerühmten Kampfeswillen, hat sein Innenressort und das Bürgermeisteramt gestern morgen abgegeben. Auch Bausenator Klaus Franke mußte demissionieren, um dem Regierenden Bürgermeister und CDU-Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen freie Hand für ein attraktives Revirement zu ermöglichen. Die Notwendigkeit seines Rücktritts hat der zackige Seeoffizier Franke allerdings auch gestern früh nicht recht einsehen wollen. Doch er beugte sich schließlich der Parteiräson.

Für die Berliner Liberalen, die seit gut drei Jahren mit der CDU im Regierungsboot der alten deutschen Hauptstadt sitzen, sind Partei- und Fraktions-Disziplin dagegen nahezu unbekannte Begriffe. Immer wieder hat die zwölfköpfige FDP-Fraktion, die nur zur Hälfte wirklich hinter der Wende steht, im Abgeordnetenhaus für Überraschungen gesorgt und dem Koalitionspartner reichlich Anlaß zu Verdruß gegeben. Wer mit sich selbst uneins ist und über die rechte Lehre streitet, so mußte die CDU erfahren, kann nur schwer taxiert werden.

Mit kurzen Unterbrechungen hat die Berliner FDP an sozialdemokratischer Seite mit Bürgermeistern wie Willy Brandt, Heinrich Albertz, Klaus Schütz und Dietrich Stobbe gemeinsam regiert oder zumindest kooperiert. Doch sie ging auch mit der maroden, von Krisen und Affären geschüttelten SPD 1981 unter. Der damalige FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Lüder, der zugleich Bürgermeister und Wirtschaftssenator war, scheiterte ebenso wie sein Koalitionspartner Dietrich Stobbe als Senatschef.

Auf äußerst schmerzliche Weise hatte die FDP erfahren müssen, daß von nun an auf lange Sicht mit den Sozialdemokraten nicht mehr zu rechnen sein würde, und das bereits etwa 18 Monate vor der Bonner Wende. Der neue Hoffnungsträger für die Berliner Liberalen hieß von nun an Richard von Weizsäcker, der es beharrlich verstand, die Basis seines Minderheiten-Senats in Richtung FDP zu verbreitern. Regierungspartner wurden die Liberalen aber erst mit Weizsäckers Weggang nach Bonn und der Amtsübernahme des neuen Senatschefs Eberhard Diepgen.

Wegbereiter dieser heiklen Kursänderung war der Kaufmann Horst Vetter, seit 1975 an der Spitze der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Gegen teilweise massiven Widerstand des starken linksliberalen Lagers gelang es ihm in mühsamer Kleinarbeit, seinen Landesverband mehrheitlich auf die CDU-Linie einzuschwören. Sicher hat ihm der Bonner Wechsel und die überzeugende Bundestagswahl im März 1983 mit dem starken Vertrauensbeweis für die Koalition aus CDU/CSU und FDP bei diesem schwierigen Geschäft geholfen, die linksorientierte FDP in Berlin zu überflügeln.

Mit dem in einem Stadtstaat wie Berlin besonders wichtigen Doppelressort für Stadtentwicklung und Umweltschutz wurde Fraktionschef Vetter bei der Senatsneubildung am 17. März 1983 für seine Politik belohnt. An Vetter ging kein Weg vorbei, auch wenn ihm parteiinterne Kritiker die Fähigkeit absprachen, das wichtige Regierungsamt mit Sachkompetenz und Einfallsreichtum auszufüllen, damit das Ansehen der Blau-Gelben zu mehren und sie vom Odium der Umfaller und Wechselkarrieristen zu befreien. Vetters Gegner konnten noch so laut polemisieren und ihn immer wieder attackieren – der deftige Urberliner des Jahrgangs 1927 hatte über Jahre zielstrebig im Nordberliner Stadtbezirk Reinickendorf starke Partei-Bataillone um sich geschart, die ihm immer wieder Rückhalt verschafften.

Doch die Unzufriedenheit mit dem Umweltsenator artikulierte sich mit zunehmender Amtszeit immer deutlicher. Er lasse sich von Senatskollegen der CDU in wichtigen Fragen die Butter vom Brot nehmen, könne das Partei-Image in Sachen Umweltschutz einer breiteren Öffentlichkeit nur unzureichend verdeutlichen und sei für potentielle FDP-Wähler nicht mehr das frühere Zugpferd.

Besonders der neue FDP-Landes- und Fraktionschef Walter Rasch sah in Vetter wie auch in der Person des früheren Justizsenators Hermann Oxfort immer mehr eine Belastung für die neue FDP. Im Zuge der Senatsneubildung nach der Abgeordnetenhaus-Wahl vom März 1985, als die Liberalen mit 8,5 Prozent wider eigene Erwartung respektabel abschnitten, wollte Rasch Oxfort und Vetter aufs Altenteil abschieben. Doch es gelang ihm nur im Falle seines Ziehvaters Oxfort. Vetter überlebte politisch, wenn auch mit deutlichen Blessuren.

Bei der erneuten Nominierung für das Umweltressort stimmten drei Mitglieder der FDP-Fraktion gegen ihn, und bei der Senatorenwahl im Abgeordnetenhaus erhielt Vetter peinlicherweise im ersten Durchgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit. Erst im zweiten Anlauf wurde er bestätigt.

Als der Umweltsenator nun gar in den Strudel von Spendenaffären gezogen wurde und die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen angeblich verschwiegener 40 000 Mark anstrengte, war Vetter für die Saubermänner in beiden Koalitionslagern unhaltbar geworden.

Je mehr Diepgen selber in den letzten Tagen ums politische Überleben kämpfen mußte, wollte der Regierende die Schmach nicht nur auf christliche Schultern verteilen, sondern verlangte auch ein FDP-Opfer. Vetter stand im Fadenkreuz, denn die beiden FDP-Neulinge im Senat, Günter Rexrodt (Finanzen) und Cornelia Schmalz-Jacobsen (Jugend), boten keinen Anlaß zum Auswechseln.

Ende letzter Woche, als sich Lummers und Frankes Abgang herauskristallisierte, schien auch Vetter zum Rücktritt bereit. Doch am Wochenende ließ er sich durch seine politischen Freunde ermutigen und sah nun plötzlich überhaupt keinen Grund mehr für seine Demission. Die Staatsanwaltschaft habe das Ermittlungsverfahren in der Spendenaffäre gegen ihn eingestellt, er habe sich nichts vorzuwerfen, warum solle gerade er zurücktreten?

Bestärkt wurde er in dieser Haltung durch den früheren Landesvorsitzenden Wolfgang Lüder, der dabei allerdings weniger an Vetter als an sich selbst dachte. Denn Lüder strebte Anfang nächsten Jahres neben Fraktionsvize Hans-Günter Hoppe das zweite der Berliner FDP zustehende Bundestagsmandat an. Der Wechsel nach Bonn ist ihm nun aber wahrscheinlich verbaut. Denn Horst Vetter hatte schon vor Tagen darüber nachgedacht, daß er selbst starkes Interesse an diesem Bundestagsmandat haben könnte, falls er als Senator zurücktreten würde.

Seit gestern dürften damit seine Gedanken sich langsam auf den Weg von Berlin nach Bonn machen.

Auch FDP-Senator Horst Vetter mußte von Bord FOTO: PAUL GLASER

Ein „Drehtüren-Mensch" macht in Washington das große Geld



Der Star unter den Lobbyisten: Michael Deaver FOTO: DPA

Seit er das Weiße Haus verließ, macht er Millionen. Konzerne und Staaten reißen sich um seine Dienste als Lobbyist, denn der Reagan-Freund Michael Deaver hat eine besondere Stärke: die genaue Kenntnis des Machtapparats. Sein Erfolg ist inzwischen nicht nur der Konkurrenz, sondern auch dem Rechnungshof unheimlich.

Von FRITZ WIRTH

Michael Deaver ist ein unscheinbarer Mann. Kleingewachsen, hohe Stirn, eine Brille, die fast sein halbes Gesicht bedeckt, ein scheues Lächeln um die Mundwinkel. Als Michael Deaver noch im Weißen Haus arbeitete, war er einer der wichtigsten und einflußreichsten Männer in der Umgebung Ronald Reagans. Er war vier Jahre lang vor allem damit beschäftigt, den Präsidenten ins rechte Licht zu rücken. Er tat es so perfekt, daß er bald respektvoll der beste Image-Macher genannt wurde, der je im Weißen Haus arbeitete. Michael Deaver ist ein wichtiger Handwerker an der Erfolgsstory des Ronald Reagan.

Seine Arbeit hatte einen Haken. Sie wurde – nach den Maßstäben des internationalen Public-Relations-Geschäfts – mit einem Hungerlohn bezahlt. Sein Jahresgehalt im Weißen Haus lag bei 72 600 Dollar. Deshalb beschloß Michael Deaver vor einem Jahr, sich selbst einmal ins rechte Licht zu setzen. Und so wurde aus ihm ein „Drehtüren-Mensch".

„Drehtüren-Menschen" sind im Washingtoner Jargon Regierungsbeamte, die ihren Job aufgeben, um dann durch die gleiche Tür, doch im privaten Auftrag, wieder in ihr Ministerium zurückzukehren. Beamte also, die zu Lobbyisten wurden. Was „Drehtüren-Menschen" von normalen Lobbyisten unterscheidet: Sie wissen besser als jeder andere, wie der Regierungsladen läuft und wo man ansetzen muß, um Einfluß für andere zu gewinnen.

Seit ein paar Wochen nun macht Michael Deaver, der sein Leben lang damit beschäftigt war, für andere Schlagzeilen zu machen, selbst Schlagzeilen. Der Grund: Michael Deaver ist, seit er von außen durch die Drehtüren der Macht geht, seinen Kritikern auf beängstigende Weise erfolgreich. Und einige glauben auch zu wissen, warum: Er mache zu intensiv und unverschämt seine guten Kontakte zum Weißen Haus zu Geld und bringe damit die Reagans selbst, mit denen Deaver seit 25 Jahren eng befreundet ist, in Verlegenheit.

Der angesehene Kolumnist William Safire nannte Deaver daraufhin in der „New York Times" böse „Reagans Billy Carter". Das war vor allem deshalb böse, weil Safire damit Deaver in eine Vulgär-Kategorie einordnete, die nicht der „Sophistication" eines Michael Deaver gerecht wird. Deaver begnügte sich damit, sich von dieser unangemessenen Kumpanei mit der Feststellung zu distanzieren: „Ich mache kein Bier."

Im Dienste von Rockwell, CBS, Kanada und Mexiko

Doch er macht gute Public Relation. So gut, daß er innerhalb von wenigen Monaten nach seinem Auszug aus dem Weißen Haus zur heißesten Ware im sonst gewiß nicht lauwarmen Washingtoner Lobby-Geschäft wurde. Nicht nur große Unternehmen wie der Technologie- und Rüstungskonzern Rockwell und die Fernsehgesellschaft CBS heuerten seine Dienste an; es standen, kurz nachdem er seine Firma eröffnet hatte, gleich fünf Regierungen vor der Tür, um seinen Einfluß in ihre Dienste zu nehmen, die von Kanada, Mexiko, Singapur, Südkorea und Saudi-Arabien. Während die Kanadier ihn für ein Jahres-Salär von 105 000 Dollar unter Vertrag nahmen, legen ihm die Saudis jährlich gleich eine halbe Million Dollar auf den Tisch.

Dieser Erfolg des Michael Deaver hat unverzüglich die Konkurrenz aufgeschreckt, und zwar so intensiv, daß sie einsah, es sei besser, sich mit ihm zu verbünden, statt gegen ihn zu kämpfen. So bot ihm die Public-Relation-Firma „Saatchi & Saatchi", die bei den beiden letzten britischen Unterhauswahlen sehr erfolgreich das Image der Margaret Thatcher gepflegt hat, an, das frisch gegründete Deaver-Unternehmen zum Preis von 18 Millionen Dollar aufzukaufen. Zur Stunde hat Deaver den Kaufvertrag zur Unterschrift auf seinem Schreibtisch liegen. Man nimmt an, daß er verkaufen wird, zumal der Vertrag vorsieht, daß er weiterhin mit einem fürstlichen Gehalt Chef seiner Firma bleiben wird.

Ein White-House-Salär von 72 600 Dollar innerhalb eines Jahres in einen Profit von 18 Millionen Dollar umzuwandeln, ist auch für amerikanische Begriffe ein spektakuläres Ereignis, das nicht nur Neider und Journalisten, sondern auch den Kongreß aufschreckte. So hat sich also seit einigen Wochen das „General Accounting Office", der Rechnungshof des Kongresses, an Deavers Fersen geheftet, um herauszufinden, ob er gegen das sogenannte „Drehtürengesetz" verstoßen habe, das jedem Beamten für zwölf Monate nach dem Ausscheiden aus seinem Ministerium untersagt, mit ehemaligen Kollegen dieses Ministeriums über Privatgeschäfte zu diskutieren.

Ein Sinneswandel, der Verdacht erregt

Der Rechnungshof des Kongresses wurde auf Deavers Aktivitäten aufmerksam, als Ronald Reagan vor wenigen Wochen in der Frage des „sauren Regens", der seit Jahren das politische Klima zwischen Kanada und den USA belastet, plötzlich eine sehr viel konziliantere und für die Kanadier verständnisvollere Haltung einnahm. Viele vermuten hinter diesem Meinungswechsel die Hand des Michael Deaver. Der jedoch versichert: „Ich habe, seit ich das Weiße Haus verlassen habe, mit niemandem in der Administration über ‚sauren Regen' gesprochen. Offen gestanden: Ich weiß bis heute nicht, was ‚saurer Regen' eigentlich ist."

Aufsehen erregte auch die Tatsache, daß Deaver kürzlich mit dem amerikanischen Budgetdirektor Miller Gespräche über die weitere Produktion von B-1-Bombern über 1988 hinaus gesprochen hat. Der B-1-Bomber wird vom Deaver-Klienten „Rockwell International" gebaut und liegt in Konkurrenz mit dem Stealth-Bomber der Firma Northrop.

Deaver leugnet nicht, das Gespräch mit Miller geführt zu haben, beharrt jedoch darauf: „Wenn ich wirklich den exzellenten Zugang zum Präsidenten haben sollte, den man mir nachsagt, warum sollte ich dann in dieser Sache zu James Miller und nicht direkt zum Präsidenten gehen? Ich würde jedoch meine Freundschaft zu den Reagans niemals zum Vorteil irgendeines meiner Klienten mißbrauchen."

Und auch sonst überrascht ihn, daß seine Kritiker nun über seine Arbeit und seinen Erfolg im Public-Relation-Geschäft überrascht sind: „Was glauben denn diese Leute, wie ich nach meiner Kündigung im Weißen Haus mein Geld verdienen würde, als Gehirn-Chirurg?"

Das Weiße Haus dementierte inzwischen, daß es über Art und Erfolg des „Drehtüren-Menschen" Michael Deaver einen „sauren Reagan" gebe.

FDP: Umfragen in Niedersachsen nicht günstig

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten in Niedersachsen müssen nach Ansicht der FDP-Führung in Bonn jetzt ihren Wahlkampf für die Landtagswahl am 15. Juni ankurbeln. Die Umfragen seien für die FDP zwar nicht entmutigend, aber auch „nicht so berauschend", sagten der stellvertretende Vorsitzende Baum und Generalsekretär Haussmann gestern nach einer Präsidiumssitzung.

Haussmann wies darauf hin, die Landtagswahl sei vorentscheidend für die Bundestagswahl 1987. Außerdem werde darüber entschieden, ob die Bonner Koalitionparteien im Bundesrat die Mehrheit behielten.

Ein Konzept, das die Hoffnung der Deutschen wieder bestärken soll

Von MICHAEL JACH

Am niedersächsischen Zonenrand, zwischen Schnackenburg und Duderstadt, ist die seit 1976 von der CDU-Landesregierung geschaffene Kette der „Deutschlandpolitischen Informationszentren" unmittelbar an der innerdeutschen Grenze jetzt fast geschlossen. Als „Demonstration, daß Politik auch im Angesicht dieser Grenze nicht in Tatenlosigkeit erstarrt", hat Bundesratsminister Wilfried Hasselmann gestern im spätmittelalterlichen Welfenschloß Schöningen nahe Helmstedt die neunte von geplanten 10 derartigen Einrichtungen des „Grenzinformationsdienstes Niedersachsen" eröffnet. Die Begleitangebote des – für andere Bundesländer vorbildlichen, in Schleswig-Holstein und Bayern inzwischen „kopierten" – Grenzinformationsdienstes richteten sich an die stetig wachsende Zahl von Grenzbesuchern; allein in Niedersachsen wurde im Vorjahr eine Million gezählt.

Das Hasselmann-Ministerium und die gut 600 ehrenamtlichen Mitarbeiter des Besucherdienstes (großteils von Zoll und Bundesgrenzschutz) wollen vermieden wissen, daß der am strukturschwachen Zonenrand hochwillkommene Strom von Gästen allzu vordergründig einer „Tourismusattraktion" gilt. In Schöningen wies der Minister darauf hin, daß eine solche Auffassung durch den von der „DDR" betriebenen optischen „Charakterwandel" der Sperranlagen gezielt begünstigt wird: Über weite Strecken habe die Grenze „sich ein fast friedvolles Aussehen zugelegt". Nach der „Rücknahme der perfekten Absperrmechanismen in das Hinterland" werde es „manchmal schon schwer, Besuchergruppen die Unmenschlichkeit dieser Grenze noch zu verdeutlichen".

Im Schöninger Informationszentrum soll allerdings der Blick nicht auf die Grenze selbst eingeengt, sondern mustergültig „darüber hinweg"



geweitet werden auf den abgetrennten Teil Deutschlands. Und zwar als Anregung, „so intensiv wie möglich von den Reisemöglichkeiten Gebrauch zu machen" und in Mitteldeutschland „den Menschen und den Zeugen einer gemeinsamen Vergangenheit zu begegnen". Ein Konzept, das auch das letzte Glied der Zehnerkette in Duderstadt prägen wird. Die älteren Zentren Bleckede, Schnakkenburg, Bergen an der Dumme, Wittingen, Hornburg (Harz), Eckertal bei Bad Harzburg, Bad Lauterberg und Walkenried müssen zum Teil noch ergänzt werden.

Ein Konzept im übrigen, das ausdrücklich zugleich die Hoffnung der Deutschen bestärken soll. Hasselmann: „Mögen die Jüngeren unter uns noch den Tag erleben, an dem das Deutschlandpolitische Informationszentrum in eine Erinnerungsstätte an eine in Frieden und Freiheit aufgelöste innerdeutsche Grenze umgewidmet werden kann."

Die „Jüngeren unter uns" sind für die deutschlandpolitische Informations- und Bildungsarbeit in Niedersachsen überhaupt die wichtigste Zielgruppe. Mit einigem Stolz verweist das Ministerium für Bundesangelegenheiten auf jährlich an die 400 Schulklassen und Jugendgruppen mit etwa 11 000 jungen Niedersachsen, die dank Reisezuschüssen von Land und Bund „unmittelbar dem Erlebnis DDR ausgesetzt sind". Im Etat 1986 stehen dafür 865 000 Mark bereit, davon 600 000 Mark Bundesmittel. „Maßgeschneiderte pädagogische Vorbereitungsprogramme", so heißt es, „führen zu den erwarteten deutschlandpolitischen Effekten": einem die Jungen selbst „zutiefst überraschenden Empfinden fortbestehender Gemeinsamkeiten".

Hasselmann persönlich hatte dieses Programm vor Jahren, kurz nach dem CDU-Regierungsantritt in Hannover, in Gang gesetzt, als einer Schulklasse aus Springe am Deister das Geld für eine Fahrt in die „DDR" vorn und hinten nicht reichte und er damals nur mit „Feuerwehrmitteln" aushelfen konnte.

Die stetige Jugendpolitik wird nun auch in Schöningen präsentiert: Die Gestaltung der Dauerausstellung geht zu guten Teilen auf Vorschläge von Jugendlichen zurück.

Höhere Zahl von Übersiedlern

W. K. Bonn

Im ersten Vierteljahr 1986 haben 8279 Bewohner der „DDR", darunter 7093 Übersiedler, ihren neuen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland genommen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hat sich die Zahl der Übersiedler damit mehr als verdoppelt. Im ersten Quartal 1985 waren lediglich 3003 Übersiedler verzeichnet worden. Verringert hat sich dagegen die Zahl der Flüchtlinge. In den ersten drei Monaten konnten nur zwölf Personen (1985: 19) die Grenzsperren überwinden. In Bonn wurden keine Prognosen abgegeben, ob der Trend bei den Übersiedlern anhalten werde.

Verbesserungen der Zahnmedizin

dpa, Köln

Mikroprozessoren sollen die Arbeit des Zahnarztes präziser und die Behandlung auch für den Patienten schonender machen. Sie gehören zu den zahnmedizinischen Neuerungen, die bei der Internationalen Dental-Schau in Köln vorgestellt werden. Es sind vor allem Verbesserungen im Detail, wie etwa genauere Steuerungsmöglichkeiten der Instrumente. Die Lasertechnik wird künftig zur Wundbehandlung und besseren Durchblutung des Zahnfleisches eingesetzt. Die neuen „gläsernen Zähne" sind völlig metallfrei und können deshalb auch mit Röntgenstrahlen durchleuchtet werden.

Breit schreibt an Ministerpräsidenten

rtr. Düsseldorf

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, hat jetzt an die Ministerpräsidenten der Länder geschrieben, der Neufassung des Neutralitätsparagraphen 116 AFG im Bundesrat nicht zuzustimmen. Er forderte die Regierungschefs auf, im Interesse des Friedens und der Demokratie Einspruch zu erheben. Eine „gute Beteiligung" an der Arbeitnehmerumfrage zur Änderung des AFG registrierte der DGB überall dort, „wo eine Befragung möglich war". Zugleich räumte er ein, daß es einige unvorhergesehene organisatorische Probleme gegeben habe.

Im Streit um die Hymne der Nation sind alle einig

Stuttgarts Kultusminister zum Problem der drei Strophen

HARALD GÜNTER, Stuttgart

„Das Lied", so wünschte sich einst Deutschlands erster Reichspräsident Friedrich Ebert, „soll nicht Mißbrauch finden im Parteienkampf, es soll nicht der Kampfgesang derer werden, gegen die es gerichtet war, es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Überhebung". Er konnte nicht wissen, wie schwer sich manche in seiner Partei mit diesem Lied, dem „Lied der Deutschen", gut 60 Jahre später tun würden. Doch der in Baden-Württemberg ausgebrochene Streit um die Behandlung der Nationalhymne im Schulunterricht (WELT vom 18. März) hatte sich ausgeweitet. Es ging – spätestens seit der Parlamentsanfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Solinger – um den deutschen Nationalbegriff schlechthin.

Die Reaktion ließ nicht lang auf sich warten. Natürlich, so ließ die Stuttgarter Abgeordnete umgehend wissen, habe sie den Nationalbegriff in einer „nationalistisch expansionistischen Bedeutung" gemeint. Und der sei nun wirklich überholt. „Das war vielleicht etwas unpräzise formuliert", räumt Fraktionssprecher Uli Graf ein und beeilt sich, den sprachlichen Schnitzer auszuwetzen. Aus gutem Grund: Neben Helga Solinger hatten 33 von 41 sozialdemokratischen Abgeordneten die Parlamentsinitiatve „Nationalhymne im Schulunterricht" mit unterzeichnet. Unter ihnen auch der (noch) amtierende Landes- und Fraktionsvorsitzende Ulrich Lang. Was blieb, war die leicht gekünstelte Freude darüber, daß der Minister seinerseits dem Nationenbegriff von Brandt und Vogel zu folgen vermag.

Mayer-Vorfelder erinnert an Zitat von Brandt

Zwar spricht Helga Solinger inzwischen von einem abwegigen „Ausweichen in eine Scheindiskussion". Angezettelt aber hatte sie diese Diskussion selbst. Denn der Antrag der Germanistin und Ex-Schauspielerin, in der Grundschule nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes auswendig lernen zu lassen, gipfelte in der sonderbaren Hoffnung, daß „der im 19. Jahrhundert entstandene Begriff der Nation heute hoffentlich endgültig überholt" sein möge.

Das war Wasser auf die Mühlen Mayer-Vorfelders. Genüßlich zitiert der Kultusminister in seiner gestern veröffentlichten Stellungnahme nicht nur die Worte des Reichspräsidenten Ebert zum Verfassungstag 1922. Er erinnert auch daran, wie zeitgenössische Sozialdemokraten, allen voran Altkanzler Willy Brandt und SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, über die Nationdenken oder zumindest reden. Und das klingt anders als bei Helga Solinger. Brandt immerhin ging noch während seines legendären Erfurt-Besuchs „von der fortdauernden und lebendigen Wirklichkeit einer deutschen Nation" aus.

In der Sache rennen die Genossen im Kultusministerium ohnehin (fast) alle Türen ein. „Bei der Behandlung der Nationalhymne in der Grundschule soll von der dritten Strophe ausgegangen werden", stellt Mayer-Vorfelder ein- für allemal klar. Nichts anderes sieht auch der Lehrplan für die Klassenstufen 3 und 4 vor.

Nach „pädagogischem Ermessen" des Lehrers

„Einigkeit und Recht und Freiheit" steht da in der Liederliste unter „Deutsche Nationalhymne". „Daß es bei einer dritten Strophe aber auch eine erste und zweite gibt", schreibt der Minister, „werden die Schüler sehr häufig selbst feststellen und dann danach fragen." In diesem Fall könne der Lehrer entsprechend seinem „pädagogischen Ermessen" auch die beiden anderen Strophen „behandeln".

Dagegen indes hat nicht einmal Frau Solinger etwas einzuwenden. „Selbstverständlich", sagt sie, „muß es Lehrern erlaubt sein, Fragen nach der ersten und zweiten Strophe angemessen zu beantworten". Womit sich alle im Prinzip doch wieder einig wären.



Franz Niedermaier FOTO: AP

Verfassungrichter Franz Niedermaier ist gestorben

Sein sehnlichster Wunsch zum 60. Geburtstag ging nicht in Erfüllung. Franz Niedermaier konnte seinen lange verwaisten Platz im I. Senat des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr einnehmen. Der gebürtige Münchner, der im Gegensatz zu vielen seiner Karlsruher Richterkollegen wenig Aufsehen von seiner Person gemacht hat, ist am Samstag nach schwerer Krankheit verstorben.

Auch wenn der Beamtensohn erst seit Juli 1983 die scharlachrote Robe der obersten Verfassungshüter trug, so hatte doch sein Wort bei den Beratungen des achtköpfigen „Grundrechtssenats" Gewicht. Der langjährige Vorsitzende des Beamtenrechtssenats am Bundesverwaltungsgericht in Berlin vertrat seinen Standpunkt stets mit großer Beharrlichkeit und notfalls auch mit Härte, die allerdings nie verletzend wirkte.

Die Lücke, die er im Bundesverfassungsgericht hinterläßt, war im I. Senat schon während seiner Krankheit spürbar. Sie zu schließen, dürfte nicht einfach sein. Denn Richterpersönlichkeiten wie Franz Niedermaier gibt es unter den 300 Richtern der fünf obersten Bundesgerichte nur wenige. H. F.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Pharmazie

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Braunschweig	Bonn
2	Braunschweig	D'dorf
3	Braunschweig	Freiburg
4	Braunschweig	Hamburg
5	Braunschweig	Kiel
6	Braunschweig	Münster
7	Berlin	Bonn
8	Berlin	Braunschweig
9	Berlin	Düsseldorf
10	Berlin	Erlangen
11	Berlin	Frankfurt
12	Berlin	Freiburg
13	Berlin	Heidelberg
14	Berlin	Hamburg
15	Berlin	Kiel
16	Berlin	Marburg
17	Berlin	Münster
18	Berlin	Mainz
19	Berlin	Tübingen
20	Freiburg	Frankfurt
21	Freiburg	Heidelberg
22	Freiburg	Mainz
23	Kiel	Hamburg
24	Marburg	Bonn
25	Marburg	Düsseldorf
26	Marburg	Freiburg
27	Marburg	Hamburg
28	Marburg	Kiel
29	Marburg	Münster
30	Mainz	Saarbrücken

Betriebswirtschaft

I. Semester

Nr.	von	nach
1	Berlin	Hamburg
2	Gießen	Frankfurt
3	Gießen	Hamburg
4	Gießen	Kiel
5	Gießen	Odenburg

Tiermedizin (Fortsetzung)

Nr.	von	nach
6	Göttingen	Hamburg
7	Lüneburg	Berlin
8	Lüneburg	Hamburg
9	Mannheim	Berlin
10	Mannheim	Frankfurt
11	Mannheim	Hamburg
12	Mannheim	Köln
13	Mannheim	Kiel
14	Mannheim	Lüneburg
15	Mannheim	Münster
16	Mannheim	Oldenburg
17	Marburg	Erlangen
18	Marburg	Frankfurt
19	Marburg	Hamburg
20	Marburg	Kiel
21	Marburg	Oldenburg
22	Marburg	Würzburg
23	Münster	Köln

Zahnmedizin

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Berlin	Aachen
2	Berlin	Bonn
3	Berlin	Göttingen
4	Berlin	Hannover
5	Berlin	Köln
6	Berlin	Mainz
7	Erlangen	Bonn
8	Erlangen	Münster
9	Erlangen	Mainz
10	Erlangen	Tübingen
11	Frankfurt	Aachen
12	Frankfurt	Bonn
13	Frankfurt	Düsseldorf
14	Frankfurt	Hamburg
15	Frankfurt	Münster
16	Frankfurt	Mainz
17	Freiburg	Bonn
18	Göttingen	Mainz
19	Heidelberg	Göttingen
20	Hamburg	Heidelberg
21	Köln	Bonn
22	Kiel	Aachen
23	Kiel	Göttingen
24	Kiel	Hamburg
25	Marburg	Bonn
26	Marburg	Düsseldorf
27	Marburg	Göttingen
28	Marburg	Köln
29	Mainz	Bonn
30	Regensburg	Bonn
31	Regensburg	Köln
32	Regensburg	Münster
33	Regensburg	München
34	Ulm	Aachen
35	Ulm	Bonn
36	Ulm	Düsseldorf
37	Würzburg	Bonn
38	Würzburg	Düsseldorf
39	Würzburg	Köln

Humanmedizin

1. vorklin. Semester

Nr.	von	nach
1	Bochum	Berlin
2	Berlin	Freiburg
3	Berlin	Göttingen
4	Berlin	Hamburg
5	Berlin	Köln
6	Berlin	München
7	Berlin	Tübingen
8	Essen	Hamburg
9	Erlangen	Münster
10	Freiburg	Heidelberg
11	Freiburg	Tübingen
12	Göttingen	Bonn
13	Göttingen	Hannover
14	Heidelberg	Göttingen
15	Heidelberg	Münster
16	Heidelberg	München
17	Hamburg	Freiburg
18	Hamburg	Göttingen
19	Hamburg	München
20	Köln	Bonn
21	Köln	Münster
22	Tübingen	Aachen
23	Tübingen	Bonn
24	Tübingen	Köln
25	Würzburg	Göttingen
26	Würzburg	Hamburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1985/86

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Hoering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen, Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 918, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

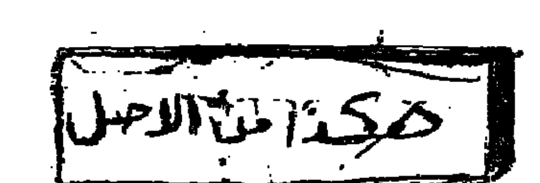
Herstellung: Werner Koziak

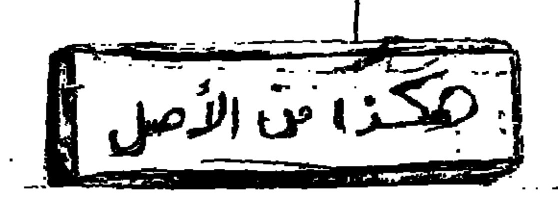
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





Bauzaun mit Spezialsägen zerschnitten

hd. **München**

Kernkraftgegnern ist es am Sonntag erstmals gelungen, den als unzerstörbar geltenden Zaun um das Baugelände der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf aufzusägen. Bisher waren die Sicherheitsbehörden davon ausgegangen, daß der über fünf Kilometer lange, aus Spezialstahl gefertigte Zaun allenfalls durch Überklettern bezwungen werden könnte. Ein Sprecher der Einsatzleitung äußerte sich enttäuscht darüber, daß „der Superzaun so leicht zu knacken ist". Vermutlich hatten die Täter neuartige, mit Diamanten besetzte Sägeschnüre verwendet. Sie waren bei ihrer Aktion von Polizisten beobachtet worden, hatten deren Eingreifen jedoch durch Abschießen von Stahlkugeln und Steinwürfe verhindert. Im Taxölderner Forst ist das Loch im Bauzaun inzwischen wieder geschlossen worden. Ein Sprecher der WAA-Betreibergesellschat hält erhöhte Wachsamkeit für die einzige Möglichkeit effektiver Sicherung.

Wenige Stunden nach dem Zwischenfall am Bauzaun legten Kernkraftgegner mehrere Strecken der Bundesbahn nördlich und südlich der Donau lahm, indem sie an Seilen befestigte Eisenhaken über die Fahrdrähte warfen. Die unter 15 000 Volt Spannung stehenden Leitungen wurden jeweils von dem ersten durchlaufenden Zug zerrissen. In der Nähe der vier Tatorte in den Landkreisen Main-Spessart, Kitzingen und Donau-Ries wurden Flugblätter mit der Aufschrift „WAA-nie" sichergestellt. Nach ersten Schätzungen der Bundesbahn ist durch die Anschläge ein Schaden in Höhe von rund 30 000 Mark entstanden. Der Fahrverkehr konnte jeweils über die nicht betroffenen Gegengeleise geführt werden. Personen waren nicht in Gefahr, weil die Leitungen unmittelbar nach ihrem Aufprall auf die Waggons automatisch abgeschaltet wurden. Die vier Anschläge ereigneten sich zwischen 1.40 und 4.56 Uhr. Allein aus dem zeitlichen Ablauf der Aktionen und ihrer Gleichartigkeit ist nach Meinung von Sicherheitsbeamten eine zentrale Steuerung erkennbar. Dennoch werden die Ermittlungen gegenwärtig von den örtlich zuständigen Polizeidienststellen geführt. Das bayerische Landeskriminalamt wird zwar über die Ergebnisse laufend informiert, hat sich jedoch noch nicht direkt eingeschaltet.

Mahnmal und/oder Gedenkstätte? Vielleicht bleibt auch alles beim alten

Von EBERHARD NITSCHKE

Die Tagesordnung der Sitzung des Deutschen Bundestages für den 17. April zeigt auf, wie schwierig es in Bonn ist, sich auf eine Stätte zu einigen, an der politische Besucher – wie im internationalen Protokoll üblich – einen Kranz niederlegen können.

Die drei Anträge von Koalition, SPD und Grünen, die am 17. April erwartungsgemäß an den Bundestags-Innenausschuß zur weiteren Beratung weitergeleitet werden, lassen bereits in ihren Überschriften erkennen, wie weit die Fraktionen sich in dieser so einfach erscheinenden Sache in den letzten Monaten auseinanderbewegt haben. Bei der SPD heißt das gedachte Bauwerk „Mahnmal", bei den Grünen (die es völlig ablehnen) „Zentrale Mahn- und Gedenkstätte", bei der Union und der FDP „Zentrale Gedenkstätte der Bundeshauptstadt".



Gedenkstätte auf dem Bonner Nordfriedhof: „Den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft" FOTO: POLY-PRESS

Nachdem es zunächst so aussah, als ob man sich beim Text für die Gedenkstätte auf eine Passage aus der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 einigen würde, erscheint es jetzt der Union mit der Begründung nicht mehr sinnvoll, „inhaltliche Vorgaben aus einer zeitlich bedingten Rede könnten zu Einengungen und Akzentuierungen führen", die ein auf lange Zeit gedachtes Denkmal nicht aufweisen solle. Für die SPD ist damit die Basis einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage entfallen.

Dabei hatten die parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/CSU und FDP im Bundestag, Friedrich Bohl und Klaus Beckmann, die Bundesregierung in einem Papier am 24. Januar dieses Jahres aufgefordert, „die Gedenkstätte alsbald zu verwirklichen und einen größtmöglichen Konsens über ihren Inhalt und die Gestaltung zu erreichen".

Mit Recht wurde dabei darauf hingewiesen, daß das Kranz-Provisorium auf dem Bonner Nordfriedhof, das „den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft" gewidmet ist, schon aufgrund seiner Lage nicht als zentrale Gedenkstätte verstanden würde. Es ist dies ein Metallkreuz auf dem Ehrenfriedhof umgeben von Gräbern vor allem deutscher Soldaten zweier Kriege, und das um die Aluminiumtafel mit Aufschrift bereichert wurde, die bis vor einigen Jahren im Bonner Hofgarten vor dem akademischen Kunstmuseum (der früheren Anatomie der Universitäts-Mediziner) angebracht war.

Vorgänger dieses Provisoriums von 1963 war ein Basaltpfeiler gewesen, an den Bundeskanzler Adenauer seine Staatsbesucher zur Kranzniederlegung führte, und mit dessen Aufstellung in den fünfziger Jahren die Stadt Bonn ihrer 1933-45 umgebrachten jüdischen Mitbürger gedenkt.

In dem Antrag der Koalition zum künftigen Denkmal/Mahnmal heißt es, die zentrale Gedenkstätte solle „Zeichen der Trauer und Erschütterung und zugleich der Hoffnung und Versöhnung sein". Der Respekt vor den Toten gehöre zum sittlichen Erbe der Menschen. In der Arbeit des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge" habe dieser Gedanke beispielgebend Ausdruck gefunden.

Daher wurde, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl im November 1983 im Deutschen Bundestag die Errichtung des Mahnmals „für die Opfer von Haß und Gewalt und die Toten der Kriege" als wichtiges Vorhaben bezeichnet hatte, „das jetzt endlich Gestalt annehmen muß", zu Vorarbeiten ein Konsortium bestellt, in dem der „Volksbund" obenan genannt war.

Dazu gehörten das Deutsche Rote Kreuz, der Bund der Vertriebenen, der Zentralverband der Widerstandskämpfer, der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V., der Deutsche Bundeswehr-Verband, der Ring deutscher Soldatenverbände und der Heimkehrer-Verband.

Die SPD ließ sofort erkennen, daß sie diesen Überhang des Soldatischen nicht will. Schon in der ersten Fassung ihres Antrages im Bundestag hieß es, die Bundesrepublik Deutschland brauche kein „nationales Ehrenmal", und das Parlament werde keinem Mahnmal zustimmen, „das die Fragen nach Verantwortung und Schuld verschleiert und die Opfer im Kampf gegen das Unrechtsregime verschweigt".

Vor allem wolle man kein Mahnmal, das sich auf die Opfer der Gewaltherrschaft und die deutschen Toten des Krieges beschränke.

Die SPD-Forderung, die Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1985 mit der Passage, an wen man sich an einem solchen Tage zu erinnern habe, ist dann zunächst voll in die Überlegungen zur „Gedenkstätte" eingegangen. Dieser Text und Weizsäckers Rede zur Totenehrung am 17. November wurde als „Grundlage für einen Wettbewerb" zur Gestaltung der Anlage gedacht, deren Standort noch schwierigere Fragen aufwirft.

Die Sachverständigen-Anhörung, die jetzt durch Weiterleitung der drei Parteien-Anträge an den Bundestags-Innenausschuß ausgelöst wird, kann zumindest für die „breite Diskussion" sorgen, an der manchen Politikern in dieser Sache so sehr gelegen ist. Daß der bisherige Denkmals-Text so schlecht nicht ist, wurde vielen von ihnen schon deutlich.

Ost-Berlin verschweigt Aufruf von Bischof Forck

Synode der Evangelischen Kirche / Sorgen von Jugendlichen

DW/A. E., **Berlin**

Mit Fragen der kirchlichen Jugendarbeit hat sich am Wochenende die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche in der Ostberliner Stephanusstiftung beschäftigt. Die Synode ist auf fünf Tage anberaumt und endet am heutigen Dienstag. In einer von Beobachtern als aufsehenerregend eingestuften Rede zu Beginn der Tagung hatte Bischof Gottfried Forck die Christen in der „DDR" aufgerufen, die „tiefe Resignation" in Fragen des Glaubens und des gesellschaftlichen Lebens zu überwinden. Gelegentlich werde heute gesagt, man könne es im Grunde niemanden zumuten, „aus dem Worte Jesu Konsequenzen für sein Leben in einer durch Atheismus bestimmten Umwelt zu ziehen".

Mancherorts, fügte Forck hinzu, werde „von der Bibel für unser christliches Leben kaum noch etwas erwartet". Der Bischof warnte vor einer Auflösung der Kirche „in alle möglichen Interessengemeinschaften". Nach seinen Worten muß die Bibel „wieder mehr in den Mittelpunkt rücken". Er sprach auch von einer Militarisierung der Gesellschaft und dem Verdacht einer nicht gleichberechtigten Behandlung von Christen in der Gesellschaft der „DDR". In der „DDR"-Presse wurden diese Äußerungen verschwiegen.

Zuversicht verbreitet

Die Ostberliner Zeitung „Neue Zeit" schrieb dazu: „In seinem Vortrag vor der Synode hatte sich der Berlin-brandenburgische Bischof Dr. Gottfried Forck unter dem Thema 'Zum Weg unserer Kirche' mit dem gegenwärtigen Stand und dem weiteren Weg der Landeskirche beschäftigt. Dabei stellte er nach einer Situationsbeschreibung fest, daß die Probleme der Kirchengemeinden und der Welt in der Perspektive der Auferstehung Christi von den Toten zu Aufgaben würden, die mit Zuversicht aufgegriffen werden dürften."

Mit keinem Wort ging die Ostberliner Zeitung ebenfalls auf die Äußerungen von Bischof Forck zum Umweltschutz ein. Er hatte gesagt, daß bei vielen Bürgern der Eindruck bestehe, der Staat führe „notwendige Maßnahmen nur halbherzig" durch. Gegen die Umweltverschmutzung „durch die Manöver und Übung der Streitkräfte und durch die volkswirtschaftlich wichtigen Betriebe" werde nach weitverbreiteter Ansicht gar nichts unternommen.

Kein Thema für die „DDR"-Presse bei der Berichterstattung über die Tagung der Synode war die Jugendarbeit der evangelischen Kirchen in der „DDR". Sie erreicht nach Informationen der WELT gegenwärtig im Höchstfall vier Prozent aller Jugendlichen. Gesprächsthemen ihrer Treffen sind neben Grundsatzfragen des christlichen Glaubens Probleme mit Eltern und Vorgesetzten, Partnerschaft und Sexualität.

Die Angst vor dem Staat

Zur Sprache kommen immer wieder auch Identitäts- und Sinnfragen, die Suche nach beruflichen Perspektiven und einer eigenen Lebenskultur. Das bestätigte der Potsdamer Landesjugendpfarrer Jürgen Schwochow vor der Synode in Ost-Berlin. Er nannte das Bedürfnis junger Leute, ihre Freizeit in Gruppen Gleichaltriger zu verbringen, eine wiederkehrende Erfahrung kirchlicher Jugendarbeit. Dies wirke auf Erwachsene nicht selten verunsichernd oder beängstigend. Schwochow sagte, daß Jugendliche in der „DDR" vor allem über die undurchlässigen Grenzen klagten und darüber , daß es nur geringe Möglichkeiten gebe, „offen seine Meinung ohne Angst vor Benachteiligung in Schule und Betrieb zu äußern". Der starke Druck zur Anpassung an die jeweilige Autorität und an die bestehenden Normen mache den Jugendlichen schwer zu schaffen.

Die Ostberliner Zeitung „Neue Zeit" berichtete außer über die Synoden-Tagung in der Stephansstiftung auch über das Treffen der Landessynode der Evangelischen Landeskirche Greifswald. Dort sei ein einstimmig angenommener Beschluß zu den „brennendsten Fragen der Gegenwart" gefaßt worden. Dazu gehört die Ablehnung des amerikanischen Raketenabwehrprogramms im Weltraum, SDI. In der Begründung heißt es: „Dabei gebietet uns die Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung ein klares Nein zur Strategischen Verteidigungsinitiative SDI."

Parteien-Streit um U-Ausschuß in Hamburg

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Der von der CDU-Bürgerschaftsfraktion in der Hansestadt erzwungene Untersuchungsausschuß zum Thema "Strafvollzug" ist auf dem besten Wege, in den Sog des beginnenden Wahlkampfes zu geraten. Zwischen der sozialdemokratischen Regierungspartei und den oppositionellen Christdemokraten ist es zu juristischen Auseinandersetzungen darüber gekommen, welche Teile des Untersuchungsauftrages in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen.

Anlaß dafür waren die Person und die Aussagen des Strafgefangenen Werner Fischer, der am 2. April unter massiven Sicherheitsvorkehrungen als Zeuge vor dem Ausschuß erschienen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen worden war. Der Gefangene, der 1972 wegen Anstiftung zum Mord an einer Prostituierten zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, hatte im September 1984 einen Urlaub aus der Strafanstalt Fuhlsbüttel zur Flucht benutzt und war schließlich in Athen gefaßt worden.

Den Auftritt Fischers unter Ausschluß der Öffentlichkeit hatte der Ausschußvorsitzende Hans-Jürgen Grambow mit einer rechtlich erforderlichen Rücksicht auf anhängige oder bevorstehende Strafverfahren begründet. Die der CDU angehörenden Ausschußmitglieder wiesen dieses Argument gestern im Hinblick auf die wichtigsten Aussagen Fischers zurück und verlangten von der Justizbehörde, sich mit einer öffentlichen Behandlung brisanter Fragen einverstanden zu erklären.

Die CDU möchte in öffentlicher Ausschußsitzung abhandeln, wie es zu den Vollzugslockerungen für den Gefangenen kam, in welcher Form er ausgeführt wurde, und welchen Inhalt sein persönlicher Schriftwechsel mit der Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) hatte. Ferner wünschen die Christdemokraten, daß die Öffentlichkeit etwas über unerlaubte Geldgeschäfte erfährt, die Fischer in der Haft getätigt haben soll, sowie über sexuelle bzw. materielle Abhängigkeiten zwischen diesem Häftling und Vollzugsbediensteten. Wenn die Behörde ihre Zustimmung verweigert, wollen die Christdemokraten im Ausschuß den Fall gerichtlich klären lassen.

Mit Teelicht und Löffelspatel

Mitmachen – die Umwelt retten" verheißt der Untertitel: „erstmals konkrete Tips für den aktiven Umweltschutz" die Buch-Werbung. Und so schwebt – zum „Themenkreis Luft" – majestätisch auf einer Farbdoppelseite ein Astronaut mit Raketenantrieb durchs All. Drei Seiten weiter verfährt man zum gleichen Thema nach traditioneller Man-nehme-Manier: „Wir entzünden zwei Teelichter und stülpen über eines ein Marmeladenglas . . .". Verdutzt fragt sich der Rezensent beim weiteren Durchblättern, ob ihm nicht doch zufällig das Beilagenheft eines Chemie-Baukastens in die Hände gefallen ist. Der Eindruck verstärkt sich. Nur: Aus der *Experimentierkasten-Anleitung* für den angehenden Jung-Chemiker wird, so ist nachzulesen, ein Ökotestplatz, oder, besser noch, gleich ein Umweltlabor mit Löffelspatel und *Probierglasbürste*.

Schon das Vorwort stellt klar: „Das durch die Lektüre dieses Buchs erworbene Wissen befähigt uns, in Übereinstimmung mit der Natur und nicht gegen sie zu leben." Also hinein ins Vergnügen und auf zum 49. von insgesamt 80 Versuchen. Der beginnt wie folgt: „*Die Wassertemperatur eines Baches läßt sich leicht mit Hilfe eines Thermometers und eines Becherglases bestimmen.* Dabei tragen wir Gummihandschuhe und -stiefel. Wir schützen uns so vor eventuell vorhandenen Schadstoffen und *Krankheitserregern*." Im Bild rechts daneben steht so ein Öko-Tester im Bach und trägt – natürlich – Gummistiefel. Wer will sich bei der Aktion schon nasse Füße holen ? Stop! Und wo sind die Handschuhe, fragt sich der *umweltbewußte Zeitgenosse*? Fazit: Dieses Wässerchen ist wohl gerade nicht verseucht.

Schade, daß da teilweise gut aufbereitete Information, eindrucksvolle Farbfotos und exzellente Grafiken, so – um in Bild zu bleiben – den Bach hinuntergehen.

D. T.

„Das Öko-Testbuch" von Manfred Häfner. Analysen und Experimente zur Eigeninitiative. Band 4160, 320 Seiten, über 500 Farbfotos, Falken-Verlag, Niedernhausen 1986. 29,00 Mark.

Dem Strahler geht ein Licht auf

Lösen Halogen-Metalldampflampen auch bald im Haushaltsbereich die Glühbirne ab?

Von ARNO NÖLDECHEN

Metalldampflampen liefern *drei- bis viermal mehr Licht* pro Watt als unsere heutigen Haushaltsglühbirnen. Daher lassen sich mit ihnen recht drastische Stromeinsparungen erzielen. Der Grund für die besseren Ausbeuten liegt auf physikalischem Gebiet: Es werden Plasma-Entladungen genutzt und nicht mehr – wie bei Glühlampen – temperatur-angeregte Atome.

Die lichttechnische Sensation der diesjährigen Hannover-Messe sind *Metalldampflampen für den Haushalts-* und Wohnbereich. Trotz höherer Kosten pro Einzellampe können sie die Stromkosten in einem durchschnittlichen Haushalt um gut ein *Drittel verringern*. Und das bei einer vergleichbar hohen Lichtleistung.

Diese Energieeinsparung ergibt sich aus einer fast vierfach höheren Umsetzung von elektrischer Energie in Licht im Vergleich zu herkömmlichen Glühlampen. Glühlampen *liefern etwa 15 bis 20 Lumen* (Einheit des Lichtstromes; Abk.: lm) pro Kilowatt. Metalldampflampen schaffen jedoch 70 bis 890 lm/kW.

Extrem hohe Leuchtdichte

Die Umwandlungsquote ist aber technisch bedingt besser, je höher die Lumen-Leistung der Metalldampflampen liegt. Das war einer der Gründe, warum die Industrie diese Lampen hauptsächlich für Flutlichtanlagen und zur Straßenbeleuchtung konstruieren konnte. Die *Leuchtdichten können bei derartigen Metall*dampflampen sogar noch die Leuchtdichte der Sonne überschreiten.

Die Leistungsaufnahme solcher künstlichen Sonnen schwankt – je nach Bauart und Typ – zwischen 250 und 1000 Watt. Sie so „klein" zu *bauen, daß sie den Lichtbedürfnissen* in der Wohnung entsprechen, war keine leichte ingenieurtechnische Entwicklungsarbeit. Eine Hochleistungs-Metalldampflampe für *Flutlichtanlagen mißt 50 x 10 cm und* liefert 300 000 Lumen bei 3500 Watt Leistungsaufnahme. Die neuen „Haushalts-Strahler" sind dagegen Zwerge: Sie sind lediglich 8 x 2,5 cm groß. Je nach ihrer Leistungsaufnahme können sie aber dennoch *zwischen 2400 und 12 000 Lumen* als durchschnittlichen Lichtstrom liefern.

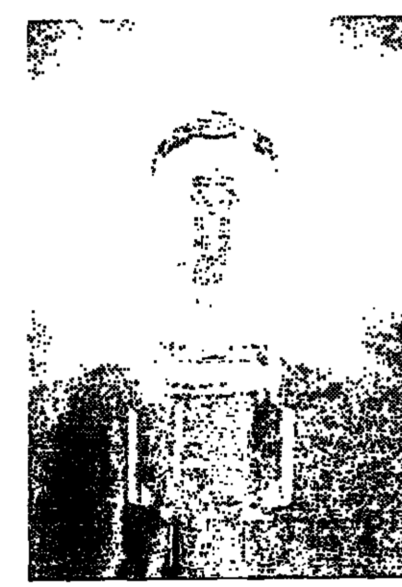
Demgegenüber liefert die am häufigsten im Haushalt benutzte 60-Watt-Birne etwa 600 Lumen. Eine der neuartigen Halogen-Metalldampf*lampen, die jetzt auf den Markt* kommt, gibt viermal mehr Licht, eben 2400 Lumen ab. So gesehen kann eine Metalldampflampe vier normale Glühbirnen ersetzen. Auf den Stromverbrauch bezogen würde in etwa eine 35-Watt-Metalldampflampe mit vier 60-Watt-Lampen zu vergleichen sein. So wird verständlich, daß ein Mehr an Licht mit erheblich weniger elektrischer Energie möglich ist.

Als zweiter wichtiger Vorteil kommt die *Lebensdauer der Metall*dampflampen hinzu. Während eine Glühbirne hoher Qualität etwa eine Lebensdauer von tausend Brennstunden erreichen kann, schaffen Metalldampflampen *6000 bis 7000* Betriebsstunden.

Im Haushalt mag das nicht so auffallen, daß zwei- bis dreimal jährlich ein Lampenwechsel nötig ist, aber in Büros oder in kommunalen Betrieben wird mit deutlich spitzerem Bleistift gerechnet. Geschäftsinhaber, die ihre Ware im Schaufenster ins rechte Licht setzen, haben die Vorteile der Metalldampflampen schon erkannt. Ähnliche Vorteile winken Garten*baubetrieben, die ihre Erträge mit die*sem sonnengleichen Licht steigern können.

Metalldampflampen sind schon relativ lange bekannt, aber erst neuere Erkenntnisse der physikalischen Vorgänge und die Beherrschung neuer *Werkstoffe und Gläser in der Ferti*gungstechnik haben den Bau dieser kleinen Strahler möglich gemacht.

Die Ausschüttung von sogenannten Photonen in nahezu sonnenartiger Dichte, die wir als Licht wahrnehmen, *vollzieht sich in einem zweistufigen* Kreisprozeß. Dabei werden ab einer bestimmten „Brennspannung" Quecksilber und andere Metalle so weit ionisiert, daß die Elektronen soviel Energie enthalten, daß *sie sich* nur unter Freisetzung von Photonen wieder entlasten können. Da dieser Prozeß jedoch nicht gleichmäßig, also linear ablaufen kann, benutzt man hochfrequente *Wechselströme*, um wechselseitig die Metallatome anzuregen und wieder „abzukühlen".



Der „Plasma-Brenner" ersetzt vier 60-Watt Glühbirnen FOTO: OSRAM

Halogene als „Anreger"

Die Lichtausschüttung erfolgt also *keineswegs gleichmäßig, sondern* in Schüben. Nur spielen sich diese Vorgänge in Sekundenbruchteilen ab, die das menschliche Auge kaum oder überhaupt nicht wahrnimmt.

Wie wissenschaftliche Forschungen gezeigt haben, reicht aber die *atomare Anregung von Quecksilber* allein nicht aus, um hohe Lichtströme in der Intensität zu erzeugen. Man hat daher nach Möglichkeiten gesucht, weitere chemische Elemente ausfin*dig zu machen, die sich auf* relativ einfache Weise „anregen" lassen. Dazu zählen in erster Linie chemische Elemente aus der 7. Hauptgruppe, die sogenannten Halogene wie Chlor, Brom oder Jod.

Sie können einmal im angeregten *Zustand leicht mit Metallen* reagieren und können außerdem selbst relativ leicht angeregt werden. In Kombination mit Quecksilber kommt es nun zu komplizierten, sich aufschaukelnden Reaktionen. Es kommt dann zu einer kaskadenartigen Reaktion von *Photonenaussendungen, bis schließ*lich die Metalldampflampe eine sonnengleiche Helligkeit annimmt.

Zur Steuerung der elektrischen Energie regelt ein Vorschaltgerät Spannung und Strom so, wie es zum optimalen Lampenbetrieb erforder*lich ist. Sprach man* früher noch von Hoch- und Höchstdruck-Quecksilberdampflampen, handelt es sich – physikalisch gesehen – tatsächlich aber um regelrechte „Plasmabrenner".

Für die „Anfärbung" des ausgestrahlten Lichts steht heute eine ganze Serie von Metallen zur Verfügung. Neben Natrium, das das *Lichtspektrum im* rotgelben Bereich prägt, werden einige seltene Erden wie Dysprosium, Holmium, Thulium, Thallium und Indium zugesetzt. Je nach der zugesetzten Menge lassen sich spektrale Verschiebungen in die als „warm" empfundenen Lichttöne *erreichen*.

WELT-Serie: Fällt Deutschland unter die Räuber? (III)

Diebstahl. Betrug. Computer-Kriminalität und Subventionsschwindel

Das Betätigungsfeld der organisierten Kriminalität ist weit gespannt: Bank- und Juwelierüberfälle sind an der Tagesordnung, Erpressungen gehören *zum* täglichen Geschäft. Ähnlich lukrativ sind Diebstähle von Lastkraftwagen und Luxus-Personenkraftwagen.

Die süßesten Früchte liefern nur die „großen Tiere"

Unerlaubte Abladung von Giftmüll FOTO: DARCHINGER

Von ALFRED STÜMPER

Die *organisierte Kriminalität* ist auf nahezu allen Feldern der „konventionellen" Kriminalität zu finden, jedoch in quantitativ und qualitativ angehobener Form.

Bank- und Juwelierüberfälle spielen eine Rolle; Schutzgelderpressungen allerdings scheinen auf die Dauer lukrativer und – da die Zeugen spätestens vor Gericht ihr Gedächtnis zu verlieren pflegen – auch sicherer. Der Diebstahl von Luxus-Pkw ist ein gro*ßes Geschäft geworden mit etwa* vierzehntausend jährlich allein aus der Bundesrepublik Deutschland entwendeten Wagen; vor allem im Nahen und Mittleren Osten bestellen Auftraggeber Wagen einer bestimmten Ausführung und Farbe – Mercedes, BMW, Porsche; letztere sind auch von amerikanischen Auftraggebern gefragt – und können mit pünktlicher Lieferung rechnen.

Diebe aus Südamerika räumen in Stuttgart ab

Dazu kommt die Ausräumung von Lkw-Ladungen, Anlagebetrug, umfassende Aktionen im Rauschgift-, Waffen- und Falschgeldbereich, systematische Vorbereitung von Kon*kursdelikten (man kauft sich in Fir*men mit einem gut eingeführten Namen ein, die in beengten finanziellen Verhältnissen leben, steigert den Bestellungsumsatz gewaltig und geht dann in Konkurs, nachdem man die Gegenwerte in Sicherheit gebracht *hat). Fertigung von Raubkopien, ins*besondere auf dem Videomarkt, sind zu einem Riesengeschäft geworden. Es sind sogar Fälle des Taschendiebstahls durch organisierte Kriminalität bekannt geworden; so wurde vor fünf Jahren eine Taschendiebstahlsbande *aus Südamerika nach Stuttgart einge*flogen, die dort systematisch abräumte.

Greifen wir das Beispiel der Lkw-Ladungsdiebstähle heraus. Im „Europäischen Bermuda-Dreieck" rund um den Brenner einschließlich Nord*italien, werden jährlich etwa* zweitausend Lkw-Ladungen gestohlen. Dabei verschwinden bestimmte Lkw-Ladungen völlig und tauchen erst nach vielen Jahren wieder auf.

Im Jahre 1976 wurden in New York dreieinhalbtausend Spiegelreflexka*meras und Objektive der Marke* Yashica entwendet. Erst nach Jahren tauchten einhundertachtzig Exemplare als Sonderangebot in Kaufhäusern in München, Stuttgart, Passau *und Wien auf. Weitere Exemplare* bezog ein Stuttgarter Fotohändler per Post von einer Londoner Firma, welche die Fotogeräte von einer Firma in Brooklyn in Kommission erhalten hatte. Im Bundesgebiet wurden in drei Jahren 25 Lastkraftwagen mit *Kaffeeladungen im Gesamtwert von* 375 000 Mark entwendet, wobei nur in *zwei Fällen das Diebesgut* sichergestellt werden konnte. Über den Verbleib der restlichen 23 Kaffeeladungen gibt es nur Spekulationen.

Es verschwinden aber auch hochverderbliche Lebensmittel. Dabei spricht sehr viel dafür – leider kann ich mich hier nicht noch präziser ausdrücken –, daß diese Güter sehr rasch als Frischware in Verbraucherketten als Sonderangebote untergebracht werden. Was das für eine gut funktio*nierende Organisation von Fachleu*ten erfordert, kann sich jeder vorstellen.

Eine bemerkenswerte Phantasie entwickeln die Täter beim Ausfindigmachen, Ausloten und Ausfüllen neuer Möglichkeiten kriminellen Vorgehens. Dies erfolgt *sowohl* methodisch auf den bekannten Gebieten als auch bei der Suche nach neuen Tätigkeitsfeldern. Nehmen wir erst einmal die Methodik. Da finden wir *eine ganze Skala neuer Begehenswei*sen von Straftaten.

Dazu gehören umfassende Kreditbetrügereien unter Abgabe falscher Expertisen durch verschiedene Sachverständige, Betrug durch Ausnützung der modernen Verrechnungs*möglichkeiten, so beispielsweise* in Form der White-Plastic-Card-Kriminalität, oder weltweit ausgelegte Markenpiraterie (Mißbrauch von Markenzeichen wie dem Lacoste-Krokodil oder von Boss-Plaketten; oder aber man verändert den Namen leicht *und schreibt – kein erfundenes* Beispiel! – statt Henkel Pattex etwa Hembel Pertrix); man bietet angeblich werkseigene, indes minderwertige Ersatzteile bestimmter Automobilfirmen, gesundheitsschädliche Kosmetika, minderwertige Schmerzmittel, ja selbst *sogar Herzschrittmacher* mit begrenzter Genauigkeit und Lebensdauer an.

Markenpiraterie mit 60 Milliarden Mark Schaden

Der Geschäftsführer der deutschen Gruppe der internationalen *Handels*kammer, Jens Bredow, schätzt den Schaden, der allein dadurch den Entwicklern, Herstellern, Händlern und nicht zuletzt den Verbrauchern entsteht, auf weltweit jährlich 60bis 90 Milliarden Dollar. Auch werden in von vornherein krimineller Absicht Firmen gegründet: Nach den Erhebungen des Verbands der Vereine der Creditreform war im Jahr 1983 von den einunddreißigtausend Firmen*neugründungen jede zehnte Firma* unseriös.

Aber das moderne Leben bringt auch viele neue Tätigkeitsbereiche für systematisch geplantes kriminelles Handeln mit sich.

So beispielsweise den sogenannten *„Abfall-Tourismus": Fässer mit Giftstoffen, die man nirgends losbekommt, werden verschoben* und im Transport so oft gewechselt, daß man den Verbleib später nicht mehr feststellen kann; sie werden irgendwo heimlich auf einer Mülldeponie oder sonst an irgendeiner geeigneten Stelle versteckt.

Ein weiteres typisches Beispiel ist die illegale Einschleusung und Arbeitsvermittlung: Das starke wirtschaftliche und soziale Gefälle in den westlichen Staaten sowie moderne *Reisemöglichkeiten werden genutzt*, um aus anderen Ländern Arbeitskräfte auf den deutschen Markt zu bringen, die – oft persönlich noch ausgebeutet – zu Billigtarifen arbeiten und für *die keinerlei Versiche*rungs- und Sozialbeiträge abgeführt werden.

Manipulationen am Input ergeben mehr an „out"

Eine breite Palette spektakulärer *Gewinnmöglichkeiten bieten* die neuen EDV-gestützten Verrechnungssysteme der Banken und verschiedener Institutionen. Wer es da versteht, auch nur die zweite Stelle hinter dem Komma anzuzapfen, kann sich Millionen zuschieben, ohne daß *der einzelne Geschädigte etwas* merkt – wer kümmert sich schon darum, ob er bei irgendeinem Tausender-Betrag zusätzlich zwanzig oder dreiundzwanzig Pfennig hätte bekommen müssen? Wem fällt auf, daß an einem bestimmten Tag, einem Fei*ertag vielleicht*, der *Kursgewinn* dieses Tages nicht weitergegeben wurde?

Die wirtschaftlichen Steuerungsmaßnahmen innerhalb von ländergreifenden Wirtschaftsräumen eröffnen immer wieder neue Wege zu *manchmal gewaltigen Subventions*abschöpfungen. In nahezu einhundert Prozessen, die in der zurückliegenden Zeit in Italien stattfanden, stellte sich heraus, daß dort die EG-Agrarmarktordnung systematisch durch organisiertes Vorgehen ausge*nützt wird, um Zuschüsse zu erhal*ten, die nicht berechtigt sind.

So werden Subventionen für Olivenbäume kassiert, die nie gepflanzt werden – im Gegenteil, in manchen Gegenden hat man sogar den Eindruck, daß Olivenbäume nicht mehr ordnungsgemäß bestellt werden können, wegen des Klimas, der Bodenbeschaffenheit oder des Arbeitskräftemangels. Oder es werden Subventionen für die Vernichtung von Orangen und Mandarinen erschlichen, die dennoch auf den Markt kommen. Die süßesten Früchte liefern allerdings nur die „großen Tiere", denn Subventionen hängen höher als die sprichwörtlichen Trauben.

Morgen lesen Sie:
Prostitution und Umweltdelikte

„Weit mehr als nur ein Scheine-Sammler . . ."

Ein Gespräch mit Prof. Nepomuk Zöllner anläßlich der 92. Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin

Von LOTTE LUDWIG

„Ein Arzt ist mehr als ein Mediziner." Diese Worte stellte der Direktor der Medizinischen Poliklinik München, gleichzeitig Vizepräsident der *Universität, Prof. Dr.* Nepomuk Zöllner an den Anfang seiner Eröffnungsansprache. Als Leitthema der am Sonntag in Wiesbaden begonnenen 92. Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin – einer Veranstaltung mit 5500 Teil*nehmern aus 23 Ländern* – hatte er „die Erziehung zum Arzt" gewählt.

„Ein Arzt wird immer Berater und Freund seines Patienten sein und diesen – vielleicht auch die gesamte Familie – als *Hausarzt* oder Internist für viele Jahre seines Lebens begleiten, besonders dann, wenn er chronische Krankheiten zu behandeln hat." Zöllner weiter: „Er ist weit mehr als nur ein Scheinesammler, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellender *oder Rezepte unterschreibender Me*diziner, wenn auch viele Bürger ihm diesen Stempel aufdrücken möchten."

Trotz der Zulassungsbeschränkungen ist die *Zahl* der Studienanfänger auf dem Gebiet der Humanmedizin in der Bundesrepublik Deutschland mit 19 auf 1000 Einwohner noch um das *Dreifache höher als in Großbritan*nien, den Niederlanden und der USA mit 6 bis 7 auf 1000. Trotzdem plädiert Professor Zöllner für die Einführung des französischen Systems, nach dem aus Gründen der Chancengleichheit alle sich für das Studium der Medizin *einschreibenden Studenten* zugelassen werden. Die Fakultät entscheidet dann nach einem Jahr darüber, ob der angehende Arzt die fachliche und menschliche Qualifikation zur Weiterführung seines Studiums besitzt. Die Auswahl der Tüchtigsten findet also erst nach diesem Studienjahr statt.

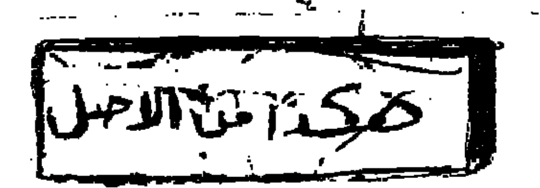
Mit Nachdruck fordert der Mediziner, daß von Anfang an nicht nur naturwissenschaftliches Fachwissen, sondern humanitäre Themen wie Logik, Erkenntnistheorie und Moral*lehre zu vermitteln sind*, um später den weitgesteckten Aufgaben gerecht werden zu können: „Wenn dann von dem Arzt verlangt wird, daß er die Verantwortung für einen Schwangerschaftsabbruch, die Grenzen der Gentechnologie und die Entscheidung über die Beendigung nicht mehr lebenswerten Lebens zu tragen hat, *muß er während seines Studiums* darauf vorbereitet werden. Das geschieht aber nicht."

Infolge der heute noch bestehenden Mängel in der Approbations- und Prüfungsordnung lernt der angehende Mediziner oft nur für sein Examen, um möglichst *viele der multiple*choice-Fragen beantworten zu können. „Es wird darüber versäumt, die Vorlesungen zu besuchen, die ein weit umfassenderes Wissen vermitteln als sich aus Büchern anlernen läßt."

Mit dem Wissenschaftsrat ist sich Professor Zöllner darin einig, daß den Universitäten in der Ausbildung weit mehr Raum und Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden muß, als zur Zeit vorhanden ist. Auch sollte seiner Meinung nach die mündliche Prüfung wieder eingeführt werden. Denn: „Was nützt das erworbene Fachwissen, wenn der angehende Arzt nicht damit umzugehen weiß und es bei seinem Patienten nicht anwenden kann. *Daher ist die Forde*rung durchaus berechtigt, von vornherein den Kontakt zur Klinik zu schaffen. Nur wer sich zutraut, die *fachlichen und menschlichen* Anforderungen zu erfüllen, sollte sich daher für das Studium der Medizin entscheiden."

Bis zum 10. April werden vier große Themenkreise auf dem Internistenkongreß abgehandelt. Ein *Hauptpunkt wird der „leise Beginn* chronischer Krankheiten, ihre Früherkennung und Behandlung im Hinblick auf die häufigen Zivilisationskrankheiten" sein.

Auf der Tagesordnung stehen auch interdisziplinäre Themen wie „die *Grundlagenforschung als Vorausset*zung medizinischen Fortschritts am Beispiel von Genetik, Gentechnologie und Immunologie", „die Gemeinsamkeiten von innerer Medizin und Chirurgie, Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Erkennung ihrer Grenzen", sowie „Ernährung und Krankheit – ihre Probleme und Lösungen." Zu dieser Thematik nehmen die Internisten und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung gemeinsam Stellung.



هكذا من الأصل

Grüne Zweige wachsen nicht nur am großen Boom.

Madrid und Ost-Berlin vertiefen Beziehungen

„DDR"-Besuch des Außenminister / Kommt auch Juan Carlos?

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der erste offizielle Besuch eines spanischen Außenministers in Ost-Berlin soll der allgemeinen Verdichtung der Beziehungen Spaniens zu Osteuropa dienen. Außenminister Francisco Fernandez Ordoñez betonte am Sonntag nach seiner Ankunft auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld der spanischen Zeitung „El Pais" (regierungsnahe): „Europa besteht weder aus den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft, noch aus den 21 Mitgliedsländern des Europarates, sondern aus insgesamt 35 Ländern."

Wie Ostberliner Diplomaten in Madrid äußerten, ist damit zu rechnen, daß der Staatsratsvorsitzende Honecker in seinem Gespräch mit dem spanischen Außenminister eine Einladung an König Juan Carlos aussprechen wird. Offiziell verlautet darüber nichts in Madrid. Es fiel jedoch auf, daß König Juan Carlos bei seinem Besuch in West-Berlin vor kurzem zwar die Mauer sah, sich aber nur äußerst vorsichtig über die Teilung Deutschlands äußerte.

Der zwei Tage währende Besuch des spanischen Außenministers in Ost-Berlin fällt nur zufällig mit der für die Zeit vom 19. bis 23. Mai festgelegten Reise des spanischen Ministerpräsidenten Felipe González in der Sowjetunion zusammen. Ein ursprünglich für den Sommer 1985 vorgesehener Ost-Berlin-Besuch mußte verschoben werden, weil nur wenige Tage vorher bei einer Regierungsumbildung in Spanien auch der Außenminister ausgewechselt wurde.

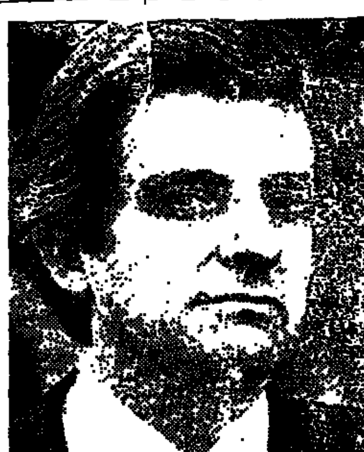
Die diplomatischen Beziehungen zwischen Madrid und Ost-Berlin als dem ersten Ostblockstaat wurden im Jahre 1973 aufgenommen. 1975 wurden sie für zwei Jahre ausgesetzt. Anlaß waren die Todesurteile, die in Madrid über linksextremistische Terroristen verhängt worden waren.

Im Hinblick auf das Treffen von González mit der sowjetischen Führung sondiert Fernández Ordóñez in Ost-Berlin mit seinen Gesprächspartnern – neben Honecker Ministerpräsident Stoph und Außenminister Fischer – die Position des Ostens bei der KSZE in Wien sowie der nächsten Phase der KSZE-Beratungen über vertrauensbildende Maßnahmen in Stockholm. Die multilateralen Beziehungen zwischen Spanien und den Ostblockstaaten erscheinen jedenfalls bei dem derzeitigen Berlin-Besuch – kurz nach dem spanischen Bekenntnis zur NATO – von vorrangiger Bedeutung.

Felipe González hat der Moskauer Führung ein Jahr vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im Oktober 1982 einen ersten inoffiziellen Besuch abgestattet. Damals stimmten González und die sowjetische Führung darin überein, daß es für die beiderseitigen Beziehungen gut sei, wenn Spanien nicht der NATO beitrete oder – im Falle des tatsächlich von der damaligen bürgerlichen Regierung Spaniens vollzogenen Beitritt – wieder austrete.

Jetzt dürften der Besuch des spanischen Außenministers nach Ost-Berlin und der des Ministerpräsidenten nach Moskau dazu dienen, den Ostblock von den friedenspolitischen Absichten und den wirtschaftlichen Aspekten des spanischen Verbleibs in der NATO zu informieren.

Mit Importen in Höhe von 83 Millionen Dollar aus der „DDR" und Exporten von 24 Millionen Dollar sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Madrid und Ost-Berlin – an zweiter Stelle der Ostblockländer nach der Sowjetunion – nur von geringfügiger Bedeutung. Sie sollen jedoch erheblich ausgebaut werden. (SAD)



Chefdenker Jean-Pierre Chevenement FOTO: SVEN SIMON



Zuständig für Außenpolitik ist Roland Dumas FOTO: CAMERA PRESS



Pierre Beregovoy berät in Wirtschaftsfragen FOTO: SVEN SIMON

Mit einer „Gegenregierung" wehrt sich Mitterrand gegen die Isolation

Ehemalige Minister als Berater / Zugang zu Informationen soll gesichert werden

PETER RUGE, Paris

Im Elysée ist eine „Gegenregierung" zum Kabinett Chirac eingerichtet worden. Staatspräsident François Mitterrand versammelt um sich abgedankte Minister der sozialistischen Regierung Fabius, denen ein Status von Präsidentenberatern gegeben wurde.

Mit dieser Maßnahme versucht Mitterrand, den Ausbruch aus einer Isolation, in die ihn die Bürgerlichen zunehmend hineinzumanövrieren drohen: Durch Kappen von Informationskanälen. Beim Präsidenten, so heißt es in seiner Umgebung, verstärkt sich das Gefühl, von den Vorgängen in der Welt abgeschnitten zu sein – wir sind jetzt doppelt angespannt, die alten Verbindungen zu unseren Leuten in den Ministerien zu nutzen.

Zu dem neuen Führungskreis um Mitterrand zählen Ehemalige wie Außenminister Dumas, Innenminister Pierre Joxe, Kultusminister Jacques Lang, Wirtschaftsminister Beregovoy sowie der Chefdenker der Partei, Chevenement. Diese Mini-Regierung soll dem Staatspräsidenten zumindest das Vertrauensgremium ersetzen, das er mit dem Machtwechsel am 16. März verloren hatte: ein Forum, das ihm nun wieder mit fachlichem Rat beiseite steht, Argumentationshilfen liefert, agiert.

Daß vor allem das außenpolitische Feld von Mitterrand seinem Gegenspieler Chirac nicht kampflos überlassen wird, macht die Berufung Dumas in diese Mini-Regierung sichtbar. Die ersten Reisepläne des neuen Premierministers durchkreuzte der Elysée bereits: Vor Chiracs Besuch an der Elfenbeinküste am 12. April wird sich der Präsidentenberater Guy Penn nach Afrika begeben.

Obwohl die „Cohabitation", die Zusammenarbeit des sozialistischen Staatschefs mit einer bürgerlichen Regierung, nach außen hin inzwischen von beiden Seiten als „den Umständen entsprechend angemessen", bezeichnet wird, läßt das Vorgehen Mitterrands erkennen, daß einer weiteren Machtverschiebung in Richtung Hôtel Matignon, dem Amtssitz des Premiers, ein Riegel vorgeschoben werden soll.

Die Mini-Regierung wird aber nicht nur ein Gegengewicht zu den Bürgerlichen zu bilden haben. Jean-Pierre Chevenement sieht darin auch ein parteiinternes Instrument. Erklärtes Ziel: Sich im Beisein Mitterrands so abzustimmen, daß ein neues Bild der Geschlossenheit der sozialistischen Reihen der Öffentlichkeit vermittelt wird.

Gespannt wartet Frankreich auf die für heute angekündigte „Botschaft" des Präsidenten an die 577 Abgeordneten. Da sie mehr ist als nur eine Grußadresse, lautet die Frage: Wie politisch wird sich Mitterrand geben? Chirac dürfte auch hier das letzte Wort haben: Seine Regierungserklärung ist für morgen vorgesehen, daran wird sich eine Vertrauensabstimmung anschließen.

Streikwelle erfaßt drei skandinavische Länder

Stabilität gefährdet / Gewerkschaften werden militanter

JOCHEN SCHILDE, Oslo

Trotz der warnenden Worte ihrer politischen Ziele wird in drei skandinavischen Ländern gestreikt. Diese im Norden Europas ungewohnten Herausforderungen könnten das Bild von der modellhaften Stabilität Skandinaviens nachhaltig verändern. Das jüngste Beispiel für die zunehmende Militanz der nordischen Gewerkschaften bildet Finnland, dessen staatliche Bedienstete seit dem 2. April unbefristet streiken.

Sogar der greise Urho Kekkonen muß sich mit zwei Bediensteten zufriedengeben, während sein Nachfolger Präsident Koivisto aufgrund mangelnder Hilfe in seinem Präsidentenpalast nicht mehr bleiben konnte. Er zog mit seiner Familie ins Gästehaus der finnischen Regierung, das von einem streikfreien Hotelpersonal versorgt wird.

In Island, mit knapp 300 000 Einwohnern das kleinste der skandinavischen Länder, wollen die Polizisten mehr Geld. Auch die mahnenden Worte von Präsident Vigdis Finnbogadotir halfen nicht weiter.

Die Ordnungshüter sind unzufrieden, weil sie seit Jahren am unteren Ende der Gehaltsskala liegen. In Norwegen sind es die Lehrer, die 25 Prozent mehr Gehalt fordern. „Undiskutabel" – meint die bürgerliche Regierung. Die staatlichen Krankenschwestern verlangen mindestens zehn Prozent mehr Lohn und auch die Pfarrer, die in Norwegen Beamte des Staates sind, fühlen sich finanziell benachteiligt.

Daneben stehen die Metallarbeiter, die Hotel- und Restaurantfacharbeiter, die Chauffeure, die Erdölarbeiter. Wenn die Techniker nicht zufriedengestellt werden, dann wird am 3. Mai die Übertragung des Europäischen Grand-Prix-Musikwettbewerbes ausfallen.

Am Sonntag haben 670 Norweger es geschafft, die wichtigste Einnahmequelle des Königreiches lahmzulegen, sämtliche Bohrinseln der Nordsee werden bestreikt, weil Köche, Tellerwäscher und Kellner es nicht mehr mit ansehen können, daß die Erdölarbeiter mehr als sie verdienen.

Immerhin bekommt ein Koch auf einer Bohrinsel im Jahr ohne Überstunden umgerechnet 55 000 Mark. Er möchte jetzt als Festgehalt jedoch 65 000 Mark haben. Zähneknirschend müssen die Erdölarbeiter die Insel seit zwei Tagen per Hubschrauber verlassen. Der Staat verliert pro Tag 40 Millionen Mark an Steuern.

Doch der Kernpunkt des Streites zwischen Norwegens Arbeitgebern und der Gewerkschaft ist eine typisch skandinavische Wohlfahrtsstaats-Vereinbarung, die 1980 eingeführt, keinen der beiden Partnern zufriedengestellt hat. Es dreht sich um die Verdienstgarantie für die niedrigen Einkommensstufen. Sie sollen mindestens 85 Prozent des Durchschnittsgehalts des Industriearbeiters erhalten. Alle Gewerkschaftsmitglieder zahlen 12 Pfennig ihres Stundenlohnes in den Fonds, die Betriebe geben zwischen 0,18 bis zu 3,03 Mark pro Stunde dazu.

Hotel- und Restaurantangestellte waren ebenso wie Bedienstete der Küstenschiffahrt die Hauptempfänger; dies zum Ärger der Bezahlenden. Denn bei der ersten Gruppe wurden Trinkgelder nicht mitgerechnet, bei der anderen nicht die Steuererleichterungen. Die Arbeitgeber wollen das System vollständig abschaffen, die Gewerkschaft will den einseitigen Einsatz der Arbeitgeber.

Island, Finnland und Norwegen sind Europas teuerste Länder. Schon von daher kommt der Unmut der Bevölkerung. Doch auch in Schweden, mit Dänemark das „billigste" Land im Norden, wollen die in der Privatwirtschaft Angestellten streiken.

Gewerkschaft UGT folgt der Politik Gonzalez'

Modernisierung rangiert vor Sozialismus / Kongreß beendet

ROLF GÖRTZ, Madrid

Mit der Wiederwahl ihres Generalsekretärs Nicolas Redondo endete in Madrid der 34. Kongreß der Allgemeinen Arbeiter-Union (UGT). Die sozialistische Gewerkschaft, etwa gleich stark wie die kommunistischen Comisiones Obreras, ist der regierenden Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) als Richtungsgewerkschaft angeschlossen.

Mit ihrem jetzt beschlossenen Programm einer stärkeren Autonomie, die den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft folgen will, nimmt die UGT Abschied von ihrer bisherigen Orientierung in Richtung einer marxistisch-leninistischen Klassengesellschaft. Sie folgt dabei dem Vorbild der Partei und schlägt den von der Regierung vorgezeichneten Weg einer marktorientierten Wirtschaftspolitik ein.

Erhobene Fäuste

Mehrfach ertönte bei dem Madrider Gewerkschaftskongreß die Internationale. Man erhob auch die Fäuste und bekräftigte das Endziel, die „sozialistische Gesellschaft". In ihrem politischen Gehalt aber zeigt sich die UGT pragmatisch und folgt der Zielsetzung von Ministerpräsident Felipe Gonzalez.

Die erheblichen Spannungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung – entstanden durch die Ablehnung der NATO durch Redondo – erschienen schon zu Beginn des Kongresses weitgehend beigelegt. Gonzalez erhielt den gebührenden Beifall des großen Chefs. Die NATO spielt auf der Bühne der sozialistischen Gewerkschaft keine Rolle mehr.

Die Politik der sozialistischen Gewerkschaft wird sich in Zukunft nicht mehr an den stärksten Rivalen, den Comisiones, orientieren. Die auf dem Kongreß beschlossene Trennung vom Klassenkampf gibt der UGT die Chance, ideologische Scheuklappen abzulegen und einen Kurs einzuschlagen, der dem deutschen DGB immer ähnlicher sieht. Dies wird aus den einzelnen Arbeitsthesen und Beschlüssen deutlich: So wie sich die PSOE auf einer Linie bewegt, die das Godesberger Programm in den Schatten stellen könnte, so steuert die UGT nach außen hin die unpolitische Interessensvertretung der Arbeitnehmer an.

Äußeres Zeichen dieses Wandels ist der Beschluß, eine Art DAG zu gründen, die ähnlich dem deutschen Vorbild auch Personen höherer Gehaltsstufen ansprechen soll. An die Stelle marxistischer Anachronismen treten Vorhaben wie die Gründung von Wohnungsbaugesellschaften, die Anpassung an die Forderungen der technologischen Innovationen und schließlich die Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank.

Aber schon die Übernahme „nordischer" Thesen von der Arbeiterbeteiligung und Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen – ein neuer Sozial- und Wirtschaftsrat soll die Gewerkschaften sogar an der Wirtschaftspolitik beteiligen – lassen eine Entwicklung erkennen, vor denen der Dachverband der Unternehmerorganisation CEOE mehrfach deutlich warnte: Das Diktat des Staates in der Wirtschaftspolitik geht in Spanien nicht mehr über die Verstaatlichung. In der Finanzpolitik wird ein verfeinerter Weg des modernen Sozialismus erkennbar. Hier kontrolliert der Staat über die Bank von Spanien 56 Prozent der Bankeinlagen durch ein System, das den Mindestreserven der Banken in der Bundesrepublik ähnlich ist, das in Spanien aber auch die Investitionspolitik der Wirtschaft steuern kann.

Pragmatischer Kurs

Banken und die meist staatlich kontrollierte Großindustrie zeigen sich jedoch mit dem bisherigen pragmatischen Wirtschaftskurs eines – wenn auch kontrollierten – Kapitalismus weitgehend einverstanden. Dies wurde schon während der NATO-Kampagne deutlich, als die zehn wichtigsten Banker Gonzalez unterstützten. Die Banker trennten sich in diesem Punkt ganz bewußt von den bürgerlichen Oppositionsparteien.

Der Gewerkschaftskongreß, der das Motto „Modernisierung" über den „Sozialismus" stellte, trug allgemein zur Stärkung der PSOE für die noch in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen bei. (SAD)

Murdochs Angebot: Drucker lehnen ab

AP, London

Führende Vertreter der britischen Druckergewerkschaften (SOGAT) haben das Angebot des Großverlegers Rupert Murdoch abgelehnt. Der Australier hatte ihnen die ehemaligen Verlagsgebäude der Zeitungen „Times" und „Sunday Times" als Entschädigung für entlassene Drucker angeboten (WELT vom 7.4.). SOGAT-Generalsekretärin Brenda Dean erklärte jetzt, der Vorschlag sei keine Lösung. „Man kann nicht einfach mit Menschenleben Monopoly spielen", sagte sie in London. Labour-Chef Neill Kinnock dagegen nimmt das Angebot Murdochs ernst und kündigte Gespräche mit der Gewerkschaft über die Gründung einer linksorientierten Zeitung an.

USA aktiver im Nahen Osten

DW. Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat erklärt, daß sich die Vereinigten Staaten wieder verstärkt an der Suche nach einer Friedenslösung für den Nahen Osten beteiligen wollen. Wie in Jerusalem mitgeteilt wurde, wird US-Außenminister Shultz in den nächsten Monaten Israel und andere Länder dieser Region aufsuchen. Dieser Besuch sei in der vergangenen Woche während des Aufenthalts von Peres in den USA vereinbart worden. Shultz soll dabei Arbeitsgruppen bilden, an denen Israel, Jordanien und auch die Palästinenser teilnehmen werden. Streitig ist dabei die Frage, wer die Palästinenser vertreten soll. Israel lehnt die PLO als Gesprächspartner ab.

Streikwelle in Griechenland

SAD, Athen

Mindestens eine Million griechische Arbeitnehmer haben gestern am bisher massivsten Streik seit der Regierungsübernahme durch den Sozialisten Papandreou vor knapp fünf Jahren teilgenommen. Durch ihre Arbeitsniederlegung protestierten sie in erster Linie gegen den Lohnstop, den die Regierung in Athen im Rahmen eines rigorosen Sparplans zur Sanierung der griechischen Wirtschaft bis Ende 1987 verhängt hat. Ebenfalls fordern sie die Aufnahme von neuen Tarifverhandlungen, die die sozialistische Regierung praktisch eingefroren hat. Zu dem Streik hatten die Gewerkschaften in Athen und 29 weiteren Städten Griechenlands aufgerufen.

In Argentinien greift die Verarmung um sich. Streit um obdachlose Kinder

Folgen der drastischen Sparmaßnahmen / Alfonsin vor seiner größten Herausforderung

WERNER THOMAS, Miami

In Argentinien ist ein Streit über obdachlose Kinder entbrannt. Ramon Odaro, ein Vertreter der Radikalen Bürgerunion (UCR), berichtete, allein in den Straßen von Buenos Aires würden 30 000 streunen. Familienminister Enrique de Vedia dementierte energisch: höchstens 7000. Das Massenblatt „Clarin" kritisierte „jene Leute, die sich nicht getrauen, die Existenz der ‚Geisterkinder' zu gestehen".

Die ungewöhnliche Diskussion illustriert die Situation: Die reiche Nation Argentinien durchleidet einen Verarmungsprozeß. Fast jeder Bürger klagt über einen rapiden Rückgang seines Lebensstandards.

Die „Geisterkinder" fallen allen Passanten der Hauptstadt auf. Sie betteln, singen, wischen Autoscheiben oder öffnen Taxitüren. Sie schlafen in den Häusereingängen. Die Alfonsin-Regierung ließ die Einwanderungsbestimmungen verschärfen, Lebensmittel-Hilfsprogramme erweitern und eine Studie veröffentlichen, die diese Misere reflektiert: 7,6 Millionen Argentinier leben unterhalb der Schwelle des Existenzminimums, fast ein Viertel der Bevölkerung.

Die Weltstadt Buenos Aires wirkt heruntergekommen. Verwahrloste Parks, verschmutzte Straßen, klapprige Busse. Die Fußgängersteige gleichen Kraterlandschaften. Das überaltete Telefonsystem scheint noch schlechter geworden zu sein. Die Postzustellung ist Glückssache.

Enrique Szewach von der „Stiftung für Lateinamerikanische Wirtschaftsforschung" führt wie viele Beobachter die Probleme auf die Schocktherapie der Alfonsin-Regierung zurück, den im Juni vergangenen Jahres in Kraft getretenen antiinflationären „Plan Austral". Szewach: „Die Wirtschaft konnte nicht wachsen. Der ‚Plan Austral' sollte lediglich stabilisieren." Am vergangenen Freitag wurde Phase zwei des Planes verkündet.

Raul Alfonsin, der charismatische Präsident, befindet sich in einer kritischen Phase seiner Amtszeit. Er hat sein politisches Schicksal mit der Lösung der wirtschaftlichen Probleme verbunden und verteidigt die Radikalkur als einzig denkbaren Weg. Die Bevölkerung wird jedoch langsam unruhig. Je länger die Durststrecke dauert, desto mehr Leute flüchten in das Lager der Kritiker. Die mächtige peronistische Gewerkschaftsorganisation „Allgemeiner Arbeiterverband" (CGT) steht an der Spitze dieser Front.

Die von dem energischen CGT-Generalsekretär Saul Ubaldini gesteuerte CGT-Organisation hat der Regierung den Kampf angesagt. Sie möchte die Regierung mit einer Serie von Generalstreiks zermürben. Ermutigt von der wachsenden Resonanz dieser Aktionen, soll Ende des Monats ein 36stündiger Streik stattfinden. Die nur zehnstündige Arbeitspause am 25. März erzielte nach Angaben des CGT eine Beteiligungsrate von 60 Prozent.



Kinder, um die sich niemand kümmert. Sind es 7000 oder 30 000 allein in Buenos Aires? FOTO: HENNING CRISTOPH

Die Wirtschaftsstrategen Alfonsins wollen hart bleiben. Sie gewährten bereits Lohnerhöhungen von fünf Prozent und planen nun neue Konzessionen, die aber mit Sicherheit die Gewerkschaften nicht zufriedenstellen. Ubaldini beklagt nach wie vor „diese Hungerlöhne". Da die Regierung auch die Erhöhung von Tarifen beabsichtigt, erwartet die CGT weiteren Zulauf. Sie lehnt Alfonsins Dialog-Angebot ab, solange der „Plan Austral" nicht zur Disposition steht.

Die CGT-Führung will den „Plan Austral" kippen, der strikte Lohn- und Preiskontrollen verordnet. Er habe bisher lediglich einen Rückgang des Realeinkommens um 28 Prozent, eine Schrumpfung des Bruttosozialprodukts im vergangenen Jahr um vier Prozent und eine auf acht Prozent verdoppelte Areitslosenrate gebracht, argumentiert sie.

Die Erfolge des Stabilisierungsprogramms bleiben unberücksichtigt: Die Inflationsrate sank von monatlich 30 Prozent auf zwei bis drei Prozent. Im Juni 1985 erreichte die Inflation eine Jahresrate von 1400 Prozent. In diesem Jahr werden zwischen 25 und 30 Prozent erwartet.

Alfonsins Sprecher und Vertrauter José Ignacio Lopez versicherte, die Regierung kenne die Stimmung des Volkes. Er zog diesen Vergleich: „Wenn man einen Berg besteigt, kommt manchmal ein Augenblick der Erschöpfung. Man meint, man könne den Gipfel nicht schaffen." Lopez glaubt, daß sich die Argentinier als Volk erfolgreicher Bergsteiger auszeichnen werden.

Ob der Gipfel bereits in diesem Jahr bezwungen wird, bezweifelt auch Raul Alfonsin, der trotz aller Probleme der populärste Politiker Argentiniens geblieben ist. „Ein äußerst schwieriges Jahr", warnte der Präsident. „Es wäre töricht, die ernste Situation zu unterschätzen."

Ungarn bereitet sich auf Gipfel vor

AFP, Budapest

Ein Gipfeltreffen der sieben Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakt wird „in Kürze" in der ungarischen Hauptstadt stattfinden. Aus diesem Anlaß wird es auch zu einem offiziellen Ungarn-Besuch des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow kommen. Dies verlautete aus gutunterrichteten Kreisen in Budapest. Als wahrscheinliches Gipfel-Datum wurde Juni genannt. Unsicher ist noch, ob der Kremlchef seinen Besuch unmittelbar vor oder nach dem Gipfel abstattet. Das letzte Treffen des Warschauer Pakts hatte am 21. November 1985 in Prag stattgefunden.

London droht mit mehr Soldaten

rtr, Belfast

In Nordirland haben protestantische Jugendliche in der Nacht zum Montag erneut Häuser von Polizisten mit Steinen, Flaschen und Benzinbomben angegriffen. Nach Angaben der Polizei dauern die nächtlichen Angriffe schon seit Montag vergangener Woche an, als ein Demonstrationsmarsch protestantischer Jugendlicher durch die Stadt Portadown untersagt worden war. Der britische Nordirlandminister Tom King erklärte unterdessen, er sei bereit, mehr britische Soldaten zu entsenden, um die Ordnung in der britischen Provinz wiederherzustellen.

Terror mit Bomben, die Röntgenaugen entgehen

Die Gruppe „15. Mai" gilt als eine der gefährlichsten

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Die spektakuläre Bombenexplosion an Bord einer TWA-Maschine im Anflug auf Athen am vergangenen Mittwoch hat eine bis dahin weitgehend unbekannte Terror-Gruppe in die Schlagzeilen gebracht: die Organisation „15. Mai".

Israelische und amerikanische Geheimdienste hatten diese Formation jedoch schon seit langem im Visier. Auch die Infrastruktur dieser Terror-Gruppe ist Experten kein Geheimnis mehr. Noel Koch, Chefkoordinator für operative Terrorismusbekämpfung im Pentagon, spricht vom Führer der „15. Mai-Organisation" nur vom „Mann mit der Bombe", gemeint ist Muhamad Amri, in der nahöstlichen Terro-Szene besser bekannt unter dem Namen Abu Ibrahim.

Die Dimension eines Terror-Anschlags mit einer neuartigen Bombe, die von den Röntgenaugen der Kontrollgeräte auf den Flughäfen nicht geortet werden kann, hatten auch israelische Experten immer wieder in ihr Kalkül gezogen. Für die Fachleute in Tel Aviv gilt daher auch das Abu-Ibrahim-Kommando neben den Killern von Abu Nidal derzeit als die gefährlichste Gruppierung unter den Gruppen des internationalen Terrorismus, die gegen die USA, die NATO und Israel eingesetzt werden.

Die „arabische Organisation des 15. Mai" zählt zwischen 50 bis 70 Mitglieder. Ihren Namen leitet die Gruppe vom Datum des Angriffs arabischer Armeen auf den gerade gegründeten israelischen Staat am 15. Mai 1948 ab. Die Abu-Ibrahim-Gruppe galt Geheimdiensten lange Zeit als ein Ableger des irakischen Nachrichtendienstes in Bagdad, wo die Truppe auch ihr Hauptquartier besitzt. Irak unterstützt Abu Ibrahim finanziell, militärisch und stellt auch die Ausbildungsstätten zur Verfügung.

Geheime Infrastruktur auch in Europa

In den letzten Jahren etablierte dieser Terror-Kader aber auch eine geheime Infrastruktur in Kuwait, in Libanon sowie in Europa. Eine spezielle Taktik der Terror-Gruppe „15. Mai" in Europa ist es, ihre Mitglieder mit europäischen Frauen zu liieren, um dadurch bei der Planung eines Terror-Aktes bessere logistische Bedingungen zu erzielen. Die Abu-Ibrahim-Terroristen haben zu westlichen und palästinensischen Terror-Gruppen Verbindungen geknüpft.

Auffällig dabei war stets der Einsatz qualifizierter und hochtechnologischer Methoden. Geheimdienste in Israel kennen das Bemühen Abu Ibrahims um ausgeklügelte Sprengstoffattentate. Zwei Anschläge mit explosivem Material, das im Handgepäck verborgen war und El-Al-Maschinen von Tel Aviv nach London sowie von Frankfurt nach Tel Aviv zum Absturz bringen sollten, schlugen am 23. und 25. Dezember 1983 fehl.

Israels Experten wissen, daß die Bombe in einem Restaurant in West-Berlin am 15. Januar 1982 von Abu Ibrahims Terroristen gelegt wurde. Dabei kam damals ein Gast ums Leben, 24 weitere wurden verletzt. 1980 waren zwei Iraker mit Diplomatenpässen in West-Berlin festgenommen worden. Sie hatten einen Aktenkoffer mit Sprengstoff, mit dem eine Kurden-Tagung angegriffen werden sollte.

Ein anderer schwerer Anschlag ging ebenfalls auf das Konto der „15. Mai-Organisation". Am 20. Dezember 1981 explodierte auf dem israelischen Schiff „Orion" kurz vor dem Einlaufen in den Hafen von Haifa eine Bombe. Zwei Passagiere wurden getötet, zwei Frauen zum Teil erheblich verletzt; das Schiff selbst schwer beschädigt.

Beim TWA-Attentat waren Experten am Werk

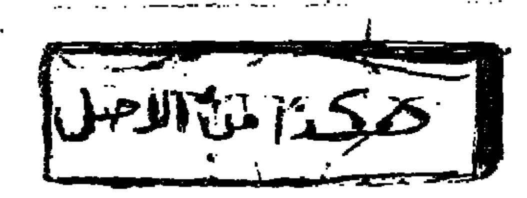
Bei der jüngsten Explosion an Bord der TWA-Maschine scheint nun die jahrelange Arbeit mit „High-tech-Bomben" durch die Abu-Ibrahim-Gruppe von „makabrem Erfolg" gekrönt worden zu sein. Amerikanische Experten sprechen von dem dabei benutzten Sprengstoff, von „Detasheet". Dabei handelt es sich um explosives Material, das wie Teerpapier aussieht.

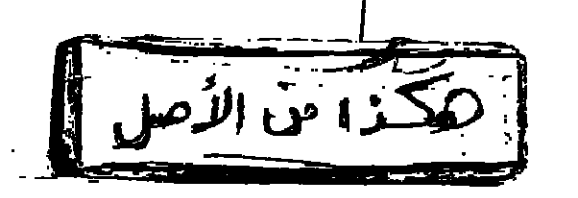
Das herausgerissene Innenfutter eines Handgepäckstückes kann beispielsweise durch dieses Material ersetzt werden, und kein Röntgenschirm könnte den Sprengstoff entdecken. Weitere Indizien bei der Analyse der Explosion in der TWA-Maschine weisen auf eine Sprengkapsel hin, die auf der Basis eines Höhenmessers arbeitet oder mit einem solchen gekoppelt ist.

Hohen Sachverstand bescheinigte denn auch ein deutscher Sprengstoffexperte den Terroristen im Umfeld des TWA-Attentats. „Die Täter haben zweifelsfrei Foliensprengstoff benutzt. Interessant ist, daß sich die Explosion ereignete, als sich die Maschine im Sinkflug befand. Dies läßt darauf schließen, daß es sich beim Zündmechanismus um eine druckabhängige Zündung gehandelt haben muß", sagte der Fachmann der WELT.

Und weiter: „Das Ganze in eine effektive Funktion zu setzen, ist ebenfalls nicht ganz einfach. Ich vermute, daß die Konstrukteure des Sprengsatzes eine elektronische Einrichtung als Zählwerk benutzt haben, wodurch der Zeitpunkt der Explosion und auch die Höhe, in der sie sich ereignen sollte, exakt programmiert werden konnten."

Angesichts dieser Erkenntnisse und ersten Analysen scheinen sich nicht nur die Brutalität der jüngsten Terror-Anschläge, sondern auch die dabei benutzten Methoden mehr und mehr zu potenzieren.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Absichtserklärungen

„Ein Schönwettertext": WELT vom 3. April

Sehr geehrter Herr Schell,

die Glosse von Günter Zehm bezeugt eine ungewöhnliche Voreingenommenheit und läßt zudem jeden Sinn für die Realitäten im geteilten Deutschland vermissen. Der Text des Kulturabkommens besteht nicht aus „schwammig formulierten Erwartungen", sondern aus konkreten Absichtserklärungen der Abkommenspartner, auf allen Feldern des kulturellen Gebietes unter Einschluß von Bildung und Wissenschaft und in allen erdenklichen Formen Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit fördern zu wollen. Im Abkommenstext sind dabei neben den in Frage kommenden Institutionen ausdrücklich auch die kulturellen Vereinigungen und die auf dem kulturellen Gebiet tätigen Personen als Beteiligte genannt.

Das Kulturabkommen verbessert die allgemeinen Bedingungen und stellt eine Berufungsgrundlage dar, die es bisher nicht gab. Deshalb wird das Kulturabkommen – und dies ist eine durchgängige Erfahrung – besonders auch in der DDR von den Künstlern und den sonstigen dort im kulturellen Bereich tätigen Personen begrüßt.

Die Einbeziehung Berlins ist nicht nur in Form der sogenannten „Frank-Falin-Formel" generell vereinbart worden, sondern auch in der Praxis sichergestellt. Die Einbeziehung Berlins bezieht sich über die vorgesehenen Arbeitspläne hinaus auf den ganzen Bereich der detaillierten Fach- und Sachartikel. Von einer „Schutzlosigkeit" Berlins kann also keine Rede sein. Herr Zehm sollte auch abwarten, wie sich die DDR-Seite künftig gegenüber der Stiftung Preußischer Kulturbesitz verhalten wird.

Wenn abschließend der Verfasser „das Prinzip Verantwortung" gegen „das Prinzip Hoffnung" ausspielt, muß man ihm erwidern, daß gerade die Verantwortung für die Bundesregierung die treibende Kraft bei den Kulturverhandlungen war: Es geht um den Auftrag, die Einheit der Nation zu bewahren und die Gemeinsamkeit von Geschichte, Kultur und Sprache im kulturellen Miteinander zu pflegen und bewußt werden zu lassen. Das Mögliche ist bei diesen Verhandlungen erreicht worden. Das Abkommen gibt uns Chancen für die kulturelle Zusammenarbeit der Menschen im geteilten Deutschland. Das ist das Neue und Positive. Wir wollen diese Chancen nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Olaf Klar,
Pressesprecher
Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Bonn

Zahlen-Spiel

„Sie halten uns für schizophren": Beilage 40 Jahre die WELT vom 2. April

Ihr Pariser Korrespondent, Herr Peter Ruge, merkt an, nur elf Prozent der Westdeutschen wünschen die Wiedervereinigung. Diese Zahlenangabe ist hochgradig dubios. Aus welcher Quelle stammt die Information?

Die folgenden Befragungsergebnisse seriöser Institutionen ergeben ein wesentlich positiveres Bild.

● So fand 1984 die respektierte Forschungsgruppe Wahlen heraus, daß 79,6 Prozent der befragten Bundesbürger die Wiedervereinigung wünschen. Nur magere 3,9 Prozent sprachen sich dagegen aus.

● In den beginnenden achtziger Jahren, als die deutsche Frage wieder auftauchte, ermittelte Allensbach Mehrheiten für eine Wiedervereinigung in einem selbstbestimmten Deutschland. Auch unsere Lansleute in Mitteldeutschland (DDR) denken nicht anders.

● Wie ein Bonner Nachrichtenbrief in diesem Jahr berichtete, ergab eine kürzlich durch DDR-Stellen vorgenommene Befragung der mitteldeutschen Bevölkerung, daß etwa 70 Prozent, also eine absolute Mehrheit, ebenfalls die Wiedervereinigung wünschen. Motto: „Es gibt nur ein gemeinsames Deutschland". Ernst Moritz Arndt schrieb im Jahre 1807 folgende Worte: „Wie ihr auch getrennt seid, wie man euch auch geteilt und verschieden genannt hat – ihr seid Kinder einer Sprache, seid durch sie ungetrennt und werdet eins werden, wenn ihr euch nicht selbst aufgebt."

Daran müssen wir uns ständig erinnern. Insbesondere aber sollten das unsere politischen Entscheidungsträger tun.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Helmut R. Kollai,
Nürnberg 1

Wie gehabt

„Die Suggestiv-Befragung": WELT vom 1. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von der Gewerkschaftsführung für die Befragung gewählte Formulierung ist nicht nur suggestiv, sondern auch perfide: wer mit Nein stimmt, weil er die Änderung des Paragraphen 116 für sinnvoll hält, stimmt damit gleichzeitig gegen die Erhaltung der „Streikfähigkeit der Gewerkschaften" und zeigt damit, was für ein schlechter Mensch er doch ist.

Offensichtlich hat das Streben nach einem möglichst hundertprozentigen Ja-Ergebnis bei der Formulierung Pate gestanden. Da solche Ergebnisse eher für Diktaturen charakteristisch sind, fragt man sich, ob die cleveren Formulierer von allen guten Geistern verlassen waren.

Peinlicherweise erinnert die Formulierung nämlich an eine Schein-Abstimmung Ende der 40er Jahre in der damaligen SBZ mit der Formulierung „Ich bin für den Frieden und stimme daher für die Kandidaten der Nationalen Front".

Mündige Arbeitnehmer sollten sich für solche Mätzchen zu schade sein.

Mit freundlichen Grüßen
Jochen Niemeyer,
Berlin 41

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Briefe zum Jubiläum

Liebe WELT,

neben den Größen der Zeit (Kohl, Strauß, Brandt, Bangemann) hat auch ein namenloser WELT-Leser wie der unterzeichnete Leserbriefschreiber das Recht, sich unter die Gratulanten einzureihen, die der WELT zu ihrem 40jährigen Wirken gratulieren. Er fühlt sich aus dankbarem Herzen dazu gedrängt, weil er soviel Kurzweil in gedrängter Fülle selten geboten bekommt. Das Bücherlesen bekommt wieder Auftrieb in der Jugend, die Fernsehkonkurrenz läßt nach. Aber die Zeitung hat nie an Popularität veloren.

Nun diese dicke WELT-Sonderausgabe, eine Lese-Aufgabe für Tage und lange Abende, wenn das Käuzchen ruft, wenn die Umwelt versinkt und der Weltgeist seine Flügel schlägt. Zum Lachen kann die Zeitung uns bringen, zum Weinen allerdings nicht.

Es lebe die große Welt und ihr Abbild, die WELT mit großen Buchstaben.

Ein dankbarer Leser
Ulrich Strech,
Wissen (Sieg)

*

Sehr geehrte Herren P. Gillies und M. Schell,

als Leser – auch vieler anderer guter Tageszeitungen – hat mir die WELT in der Hektik des politischen Alltags immer wieder Einblicke in die wirklichen Zeitprobleme und der sie tragenden Kräfte und Gruppen vermittelt: Die WELT bringt dazu ungeschminkten Klartext und nicht Doppeldeutigkeit, welch letzterer Sinn heute das professionelle Politdasein aus eigenstem Selbsterhaltungswillen überwiegend beherrscht.

Ich möchte der WELT für ihre Klartext-Berichterstattung danken. Viel Erfolg für viele Jahrzehnte, die uns noch bevorstehen.

Mit freundlichem Gruß
Josef Bodenmiller,
München 40

*

Guten Tag, meine Damen und Herren,

zum großen Jubiläum gestatte ich mir, Ihnen meine Glückwünsche auszusprechen. Seit dem 2. 4. 1946 liegt Ihre Zeitung fast immer pünktlich in meinem Briefkasten. Ich bin jetzt also 40 Jahre Ihr Leser. Wenn auch nicht immer, aber doch meistens ging ich mit Ihren Ansichten und Meinungen einig. Ihr Blatt war und ist für mich Pflichtlektüre. Zuerst kam die WELT und dann erst die anderen Zeitungen.

Sie haben Feinde, aber auch viele gute Freunde, zu denen ich mich zähle. Besonders habe ich mich immer über Ihre Beilagen gefreut. Ihre Jubiläumsausgabe war großartig.

Behalten Sie Ihre starke Haltung und Ihr Niveau. Ich jedenfalls bleibe Ihr treuer Leser, solange ich lesen kann.

Herzliche Grüße
Karl Westermann,
Aachen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem 40jährigen Jubiläum möchte ich Ihnen als schlichter, einfacher Leser meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Diese Gelegenheit benutze ich, Ihnen zu danken für alles, was Sie bisher geleistet haben. Die klare, eindeutige und vernünftige Linie, die die WELT stets verfolgt hat, ist beeindruckend. Es wäre zu wünschen, daß die von Ihnen und Ihrem Redaktionsstab vertretene Meinung wie auch begründete und positive Kritik einem größeren Kreis bekannt würde, denn bedauerlicherweise wird die Masse der Öffentlichkeit von Rundfunk, Fernsehen und Druck-Erzeugnissen mit mehr oder weniger starkem Linksdrall überflutet und beeinflußt. Davon hebt sich die WELT wohltuend ab.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern alles erdenklich Gute in der Überzeugung, daß Sie Ihren bisherigen geradlinigen Weg weiterverfolgen und Ihren Lesern zu einer objektiven Meinungsbildung verhelfen.

Zeit meines Lebens werde ich Ihrer Zeitung die Treue halten.

Carl-Boie Salchow,
Hamburg 60

Wort des Tages

❝ Unbegründeter Tadel ist manchmal eine feine Form der Schmeichelei. ❞

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

Churchill-Bild

„Kassandras Warnungen oder Die Teilung Europas beginnt": Geistige WELT vom 8. März

Den Ausführungen von Dr. Kremp über Churchills Weitsicht, sein staatsmännisches Format, über ihn als tragischen Weltpolitiker und Propheten möchte ich schärfstens widersprechen.

Es dürfte keinen ernst zu nehmenden neuen Historiker oder politisch/militärischen Schriftsteller geben, und zwar mehr noch im englisch/amerikanischen Bereich als bei uns, der diese ursprüngliche Klischeevorstellung heute noch vertritt.

Liddel Hart im Jahre 1969: „Churchill hatte immer eine tief verwurzelte Neigung, bei der Konzentration auf ein Problem die anderen Probleme zu vergessen, die mit seiner Lösung verbunden waren. Ihm ging die Fähigkeit ab, einen Teil zu dem anderen in Beziehung zu setzen, ebenso wie die Teile zu dem Ganzen. Daher auch seine Blindheit in bezug auf die große Strategie des Krieges."

Der Historiker A. J. P. Taylor in seiner Analyse über Churchills berühmte Unterhausrede am 13. Mai 1940, wo er als einziges Kriegsziel „Victory at all costs" verkündet hatte: „Sieg, selbst wenn dies bedeutete, das britische Empire zur Schachfigur der Vereinigten Staaten zu machen; Sieg, selbst wenn es auf die sowjetische Beherrschung Europas hinauslief ..."

Einige Bemerkungen über Churchills tief verwurzelte Lust am Kriege, die ihn himmelweit entfernt von einem Staatsmann machen. Am 28. Juli 1914 in einem Brief an seine Frau: „Alles tendiert auf Katastrophe und Zusammenbruch. Ich bin interessiert, aufgewühlt und glücklich. Ist es nicht furchtbar, so strukturiert zu sein? Ich bete zu Gott, daß er mir solche Anwandlungen vergeben möge."

1927 der Nationalökonom Lord Keynes über ihn: „Mr. Churchill verhehlt nicht sein Vergnügen im großen Maßstab Krieg zu führen ... er findet ein wirkliches Gefallen am Krieg und genießt ihn." Lord Hankey, langjähriger Sekretär im Britischen Kabinett: „Winston Churchill war unter seinen Kollegen ein Mann von total verschiedenem Typ. Er hatte ein wirkliches Vergnügen am Krieg."

Friedrich K. v. Pfeil,
Hamburg 52

Moderne heute

„Sie wurden zu Mördern der Stadt": Geistige WELT vom 22. März

Es heißt in Siedlers Beitrag: „Voller Bewunderung stehen die Enkel vor ... dem Barcelona-Pavillon (Mies van der Rohe) ... dem Dessauer Bauhaus (Gropius) ... dem Guggenheim-Museum (Frank Lloyd Wright) ... der Kapelle von Ronchamp (Le Corbusier) ... aber benommen durchwandern sie die stadtfeindlichen Agglomerate, die aus der gedanklichen Erbschaft jener großen Männer geboren wurden." „Sie wurden zu Mördern der Stadt ... " heißt es dramatisch in der Überschrift.

Wie seit 25 Jahren übersieht W. J. Siedler das Entscheidende, und er müßte es inzwischen eigentlich wissen: Richtig ist, daß in der Wilhelminischen Gründerzeit wie etwa bei der Neuen Heimat eine brutale Spekulation nach der Maxime Länge x Breite x Geld die tatsächliche Stadtentwicklung bestimmt hat. Die Architektur (oder gar die vielfältigen Stadträume der Modernen) haben dabei nie die geringste Rolle gespielt. Wenn man von der Fassadenkosmetik einmal absieht, wie sie jetzt wieder bei den Postmodernen fröhliche Urständ feiert – den Spekulanten ist es völlig egal, wie sie ihre Häuser dekorieren –, muß man die Moderne, die diesen Namen verdient, und hier gibt sich W. J. Siedler ja einige Mühe, mit der Lupe in dem gräßlichen Häuserbrei suchen.

Die Moderne von heute träumt nicht mehr von Welterlösung und hat große Zweifel daran, ob moralisch begründete Ziele in der Politik auch durchzusetzen sind. Sie ist ausgerichtet, das möglich Bessere durchzusetzen, und das ist schon schwer genug. In jedem Fall geht es hier um das Gesamte, um politische und wirtschaftliche Voraussetzungen für eine bessere Struktur des Wohnens ganz im Sinne ihrer Väter, daß das Bauen ja mit persönlicher Gestaltung nahezu nichts zu tun hat, sondern aus den Bedingungen der Zeit, die hier zu ändern sind, entsteht. Der eklektizistische Kulissenstil mit vagen historischen Anklängen der Postmoderne wird sich vielleicht in der Tendenz „öfter mal was Neues" noch einige Zeit halten, aber zu den anstehenden Problemlösungen gar nichts beitragen können.

Dr.-Ing. Josef Lehmbrock,
Düsseldorf 30

Personalien

GEBURTSTAGE

Wieland Herzfelde, der Gründer des in der Weimarer Republik bedeutenden Malik Verlags, begeht am Freitag in Ost-Berlin seinen 90. Geburtstag. Herzfelde, Bruder des Künstlers **John Heartfield**, wurde in der Schweiz geboren, wuchs in Österreich und Wiesbaden auf und ging 1914 nach Berlin. Mitten im



Wieland Herzfelde
FOTO: DPA

Ersten Weltkrieg gab Herzfelde die literarische Zeitschrift „Die Neue Jugend" heraus. Nur einige Jahre später leitete er mit dem Malik Verlag bereits ein Unternehmen, das die Werke von **Gorki**, **Tolstoi**, **Upton Sinclair** und **Ilja Ehrenburg** herausgab. Immer wieder mit Prozessen und Zensurmaßnahmen verfolgt, ging Herzfelde 1933 nach Prag, wo er die „Neuen deutschen Blätter" edierte. Nach der Flucht aus Prag 1938 kam Herzfelde nach New York, wo er 1944 schließlich den Aurora-Verlag gründete. Als letztes Buch seiner Verlegertätigkeit erschien 1947 „Morgenröte. Ein Lesebuch für deutsche Kriegsgefangene" mit einer Einleitung von **Heinrich Mann**. Anschließend arbeitete er an der Universität Leipzig als Professor für Soziologie der Literatur. Seit 1949 lebt Herzfelde in Ost-Berlin.

*

Alois Niederalt, Bundesminister a. D., feiert am Donnerstag in Pullach bei München seinen 75. Geburtstag. Niederalt, Jurist, war 1946 in die bayerische Verwaltung gegangen und wurde in Bonn im Range eines Regierungsdirektors Stellvertreter des bayerischen Bevollmächtigten. Dem deutschen Bundestag gehörte er von 1953 bis 1969 an. Niederalt machte sich insbesondere als Haushaltsexperte einen Namen und wurde Ende 1961 zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe gewählt. Überraschend berief ihn Bundeskanzler **Konrad Adenauer** Anfang Januar 1963 als Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder in sein Kabinett. Im Dezember 1966 – bei Bildung der Großen Koalition – wurde Niederalt in diesem Amte von **Carlo Schmid** abgelöst.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Werner Schreyer** vom Lehrstuhl für Mineralogie und Petrologie der Ruhruniversität Bochum und derzeit geschäftsführender Direktor des Instituts für Mineralogie der Ruhruniversität Bochum, ist zum Vizepräsidenten der französischen Gesellschaft für Mineralogie und Kristallographie für das Jahr 1986 gewählt worden.

KIRCHE

Dr. **Rudolf Kilank** (48), Dompfarrer an der St.-Petri-Kirche in Bautzen, ist zum ersten Vorsitzenden des kürzlich in Mitteldeutschland gegründeten Cyrill-Methodius-Werks gewählt worden. Sein Stellvertreter wurde **Martin Lehmann** (52), Pfarrer in Ralbitz. Die beiden Vorsitzenden wurden von einer Versammlung der sorbischen Geistlichen des Bistums Dresden-Meißen gewählt. Der Bischof der Diözese, **Gerhard Schaffran**, bestätigte die Wahl. Sitz des Cyrill-Methodius-Werks ist Bautzen. Das als „innerkirchlicher Zusammenschluß sorbischer Priester und Laien" gegründete Werk soll sich „mit allen kirchlich-religiösen Belangen der Katholiken sorbischer Nationalität" befassen.

MILITÄR

Der niedersächsische Ministerpräsident **Ernst Albrecht** gibt am Dienstag abend (15. April) im historischen Museum in Hannover einen Empfang für 230 Obersten und Generale des Heeres. Die Obersten und Generale sind Teilnehmer einer Kommandeurstagung in der Heeresoffizierschule I in Hannover, zu der der Heeresinspekteur **Hans-Henning von Sandrart** eingeladen hat. Thema der Tagung ist die Heeresstruktur und ihre zukünftige militärische Entwicklung. Mit dem Empfang im historischen Museum will die niedersächsische Landesregierung nach den Worten Albrechts „die enge Verbundenheit Niedersachsens mit dem Heer verdeutlichen".

AUSZEICHNUNGEN

Elf junge Mitarbeiter verschiedener Rundfunkanstalten sind in Frankfurt am Main mit dem Kurt-Magnus-Preis der ARD ausgezeichnet worden. Der mit insgesamt 50 000 Mark ausgestattete Preis erinnert an den Mitbegründer des deutschen Rundfunks. Der Preis wurde zugesprochen: **Maximilian Schönherr** (Bayerischer Rundfunk), **Rolf Müller** (Hessischer Rundfunk), **Lothar Müller** (Norddeutscher Rundfunk), **Michael Conrad** (Saarländischer Rundfunk), **Jadwiga Zeleszkiewicz** und **Waclaw Stawny** (Sender Freies Berlin), **Angelika Bierbaum** (Südwestfunk), **Karin Sarholz** (Westdeutscher Rundfunk), **Jens Schmidthammer** (Deutschlandfunk), Dr. **Gudrun Stegen** (Deutsche Welle) und **Gabriela Mönnig** (RIAS Berlin). Alle Preisträger sind zwischen 30 und 40 Jahre alt.

*

Der Münchner Facharzt für Innere Medizin, Dr. **Hans-Peter Schultheiß** (36), hat am Sonntag in Wiesbaden den mit 20 000 Mark dotierten Theodor-Frerichs-Preis erhalten. Er nahm die Auszeichnung zum Beginn des 92. Internisten-Kongresses für Arbeiten über die schädigenden Mechanismen bei der Entzündung und Vergrößerung des Herzmuskels entgegen.

Peter Brugger, einer der einflußreichsten Politiker Südtirols, ist am Sonntag in Bozen im Alter von 66 Jahren an Krebs gestorben. Brugger, einer der Führer der „Südtiroler Volkspartei" (SVP), galt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von **Silvius Magnago**, der die Führung der SVP und der



Peter Brugger

Bozener Landesregierung aufgeben will. Brugger vertrat die SVP seit 1968 im Römischen Parlament als Senator. 1971 war er in das Europaparlament gewählt worden. Die Trauerfeier für Brugger findet am Mittwoch auf dem Ritten oberhalb von Bozen statt.

*

Der langjährige Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Gießen und des Max-Planck-Instituts für Physiologische und Klinische Forschung in Bad Nauheim, Professor Dr. **Rudolf Thauer**, ist im Alter von 80 Jahren in Gießen gestorben. Rudolf Thauer, der Mitglied der Leopoldina zu Halle war, galt als einer der bedeutendsten Vertreter der biomedizinischen Forschung in Deutschland. Professor Thauer hat in den 50er und 60er Jahren entscheidend dazu beigetragen, daß das „Herzzentrum Bad Nauheim" erneut zu einem internationalen Begriff wurde.

TENNIS

Evert-Lloyd noch zu stark

dpa, Marco Island

Es bleibt dabei: Claudia Kohde kann gegen Chris Evert-Lloyd einfach nicht gewinnen. Obwohl die 21jährige Saarbrückerin eine großartige Leistung zeigte, verlor sie das Endspiel beim mit 150 000 Dollar dotierten Turnier in Marco Island (US-Bundesstaat Florida) gegen die zweitbeste Spielerin der Welt in 77 Minuten mit 2:6, 4:6. Die Siegerin kassierte für ihren Erfolg 45 000, die Verliererin 22 000 Dollar.

Trotz der Niederlage war Claudia Kohde, die außer ihrer Finalgegnerin schon alle anderen Weltklassespielerinnen bezwungen hat, nicht unzufrieden: „Ich habe alles richtig gemacht, ich habe sehr gut gespielt, aber Chris bekommt einfach jeden Ball. Manchmal ist es zum Verzweifeln: Da macht man einen tollen Schlag, denkt, man hat den Punkt schon sicher, und dann hat sie als Antwort einen noch besseren Schlag parat."

Auch die 31jährige Chris Evert-Lloyd war von der Leistung der Weltranglisten-Fünften angetan: „Sie hat mich heute überrascht. Sie bekam viele Bälle noch, die vor einem Jahr für sie unerreichbar gewesen wären." Doch nach dem von 2500 Zuschauern bei glühender Mittagshitze im ausverkauften Tennis-Stadion von Marco Island verfolgten Match wies Chris Evert-Lloyd auch auf die Mängel der Deutschen hin: „Ihre Aktionen sind oft zu durchsichtig, sie muß mehr überraschende Schläge zeigen."

Claudia Kohde hatte im Verlauf des Turniers gegen schwächere Gegnerinnen etliche Probleme, doch im Endspiel zeigte sie sich sehr konzentriert. Im zweiten Satz gelang ihr sogar ein Break zum 3:2, doch nach ihrer 4:2-Führung gab sie die folgenden vier Spiele und das gesamte Match ab. Das Fazit der Saarbrückerin nach diesem Spiel: „Ich bin dicht an Chris dran, aber an einigen Dingen muß ich noch arbeiten. Dazu gehört mein Aufschlag, und ich muß meine Netz-Angriffe gegen eine Spielerin von ihrem Format noch besser vorbereiten."

Ihr Stiefvater Jürgen Kilsch meinte: „Claudia spielt im Moment ganz gut, aber nicht sehr gut. Sie ist offenbar doch ein bißchen müde, und ich bin froh, wenn es nach Beendigung des Florida-Circuit erst einmal nach Hause geht."

TISCHTENNIS: Böser Eklat bei der deutschen Mannschaft während der Europameisterschaft in Prag: Verbale Ausrutscher

Georg Böhm beleidigte Bundestrainer Roesch und reiste ab

OLAF BROCKMANN, Prag

Ein Zitat, das bei den Tischtennis-Europameisterschaften in Prag in aller Munde ist, löste einen handfesten Skandal aus: „Herr Roesch, Sie sind ein Arschloch!" Mit diesem verbalen Angriff machte der deutsche Meister Georg Böhm seinem Unmut Luft, als er von Bundestrainer Charles Roesch für das Gruppenspiel gegen Polen nicht aufgestellt worden war.

Und um gleich alles klarzumachen, fügte der 23jährige in der Mannschaftsbesprechung noch hinzu: „Unter Ihnen, Herr Roesch, spiele ich nicht mehr!" Das war's dann also – der Rückzug des Georg Böhm aus der Nationalmannschaft. Gestern fuhr Böhm mit seinem Bruder Josef zurück nach Deutschland.

„Wir haben keinen Spieler nach Hause geschickt. Sondern ein Mensch hat sich selbst verabschiedet", kommentierte Verbandspräsident Hans-Wilhelm Gäb den Fall, „wir hätten ihn aber nie mehr mit einem anderen Spieler auf dem Doppelzimmer lassen können. Das wäre Selbstmord für die Nationalmannschaft gewesen." Und für Sportwart Eberhard Schöler war es die „logische Konsequenz", daß Böhm zurückmußte.

Roesch selbst hatte auf die Attacke ganz ruhig reagiert: „Was geht mich Georg Böhm an? Er fühlte sich beleidigt. Aber besser wäre gewesen, wenn er einen Einsatz in der Nationalmannschaft gerechtfertigt hätte." Georg Böhm fühlte sich zu Unrecht von den Einsätzen gegen die CSSR und Polen ausgeschlossen. „So schlecht hatte ich zuvor nicht gespielt. Roesch hat mich schon oft übergebührend kritisiert. Jetzt war das Maß voll. Wir hatten nie eine optimale Zusammenarbeit. Ich lasse mich im Training nicht in ein festes Schema drängen."

Da ihm das Training von Roesch nicht paßt, hatte Böhm schon vor der Saison auf die Teilnahme an Lehrgängen verzichten wollen. Doch der Verband machte Böhm klar, daß er dann nicht mehr in der Nationalmannschaft spielen könne. So gab Böhm noch einmal nach.

In Prag kamen jetzt aber alle Differenzen wie bei einem Vulkanausbruch auf einmal zum Vorschein. Noch während des Polen-Spiels (3:5) bereute Böhm aber seinen Angriff. Er hielt zwar die Kritik an Roesch aufrecht, signalisierte aber Gäb zugleich den Wunsch, wieder in der Nationalmannschaft zu spielen. „Doch die Entscheidung war nicht mehr zu regulieren", meinte Sportwart Eberhard Schöler. Der frühere Vize-Weltmeister sagte Böhm zwei Stunden nach dem Vorfall, daß er sich wieder als „Privatmann" fühlen solle. Schöler räumte ein, daß Charles Roesch ein „unangenehmer Trainer" sei: „Jeder weiß, daß er kritisch und hart ist. Aber nur mit Kritik kann man sich verbessern. Böhm hat mehrmals zu erkennen gegeben, daß er so gut sei, daß er keinen Trainer brauche. Ich habe ihm jetzt gesagt, daß er über sich nachdenken soll."

Der Verband buchte für den gebürtigen Rumänen Georg Böhm noch das Flugticket um. Doch der deutsche Meister wollte dann mit seinem Bruder Josef mit dem Auto zurückfahren.

Josef Böhm sah hinter dem ganzen Fall eine gezielte Kampagne: „Die Mafia um Gäb wollte uns doch nur loswerden. Sie haben auf eine günstige Gelegenheit gewartet." Josef Böhm, der als Zuschauer in Prag war, wurde auch das Gefühl nicht los, „daß die Funktionäre etwas gegen unsere Abstammung haben". Dies brachte Gäb dann doch auf die Palme: „Wie sehr haben wir uns dafür eingesetzt, daß Georg für Deutschland spielen konnte. Wie sehr haben wir uns bemüht, daß Olga Nemes eine gesicherte Ein- und Ausreise in Prag erhalten hat. Einfach absurd!"

Hier bremste Georg Böhm seinen Bruder, sah jedoch den Machtkampf zwischen Düsseldorf (wo Gäb und Schöler gespielt haben) und seinem Klub Saarbrücken. Georg Rebmann, Saarbrückens Manager, behielt die Übersicht: „Man muß versuchen zu kitten, was noch zu kitten ist. Böhm braucht die Nationalmannschaft und das Team braucht Böhm!"

Der stets besonnene Eberhard Schöler deutete auch in der Ferne liegende Kompromisse an: „Man soll nie ‚nie' sagen. Wenn die EM vorbei ist, kann man in Ruhe über die Zukunft reden."

NATIONALELF / WELT-Interview mit Dieter Hoeneß – Forderte Gaby Schuster eine Million Mark für die WM-Teilnahme?

„Ich werde mich schon durchbeißen"

BERND WEBER, Rheinfelden

Otto Rehhagel hatte die Rückkehr von Dieter Hoeneß in die Nationalmannschaft zuerst gefordert. An dem Münchner rieben sich die Kritiker immer wieder: mal hölzern und ungelenk, dann aber wieder ein gefährlicher Torjäger. Weil für das Länderspiel gegen die Schweiz in Basel am Mittwoch (20.00 Uhr, live in der ARD) fast alle Stürmer ausfallen, erhält Dieter Hoeneß eine Bewährungsprobe. Die WELT sprach mit dem Münchner, der seine beiden ersten Länderspiel 1979 gegen Irland und Island (drei Tore) bestritt.

WELT: Nun sind Sie also nach sieben Jahren wieder im Kreis der Nationalmannschaft, hat sich sehr viel verändert?

Hoeneß: Im Grundsatz sicherlich nicht, aber im Detail empfinde ich die Atmosphäre doch sehr viel entspannter und gelockerter als früher. Ich denke schon, dieses ist das Verdienst der beiden Führungspersönlichkeiten Franz Beckenbauer und Horst Köppel.

WELT: Sie stehen ganz schön unter Erfolgsdruck.

Hoeneß: Ich bin inzwischen 33 Jahre alt, stehe sozusagen am Ende meiner Karriere, dennoch ist nicht sicher, ob ich meinen Vertrag bei den Bayern verlängern werde. Also, ich glaube schon, daß ich das große Nervenflattern nicht bekommen werde.

WELT: Auch wenn der Versuch, den Beckenbauer mit Ihnen unternimmt, ziemlich einmalig ist. Es geht um ein einziges Spiel, das entscheidend für Ihre Mexiko-Fahrkarte ist.

Hoeneß: Ich bin davon überzeugt, daß bei vielen solche sehr simplen Rechnungen aufgemacht werden. Schieße ich Tore gegen die Schweiz, zumindest ein Treffer ist in der öffentlichen Meinung sozusagen Pflicht, dann bin ich in Mexiko dabei. Gelingt mir kein Tor – Mexiko adé. Ich bin überzeugt davon, daß Beckenbauer und Köppel die Dinge ein wenig differenzierter betrachten. Natürlich kann es sein, daß mir gegen die Schweiz kein Treffer gelingt. Aber ob man mich zur Weltmeisterschaft mitnimmt oder nicht, ist doch wohl eher eine kozeptionelle Frage.

WELT: Mithin hängt doch nicht alles nur am morgigen Spiel?

Hoeneß: Torjäger, das weiß jeder, können auch mal vorbeizielen. Klar ist andererseits, daß es eine wesentliche Entscheidungshilfe für alle wäre, wenn ich treffen würde.

WELT: Sind Sie eigentlich überrascht, daß Sie gerade zum Ende Ihrer Laufbahn noch einmal so groß herausgekommen sind?

Hoeneß: Es freut mich ganz ungemein, denn es beweist mir, daß ich letztendlich mit meiner Art, den Fußball zu präsentieren, richtig lag, obwohl ich zeitweise sehr vielen Schmähungen ausgesetzt war. Ich habe mich aber immer bemüht, ehrliche Arbeit abzuliefern. In der Öffentlichkeit hat sich zuletzt ein ziemlich starker Wandel vollzogen – sie hat es anerkannt.

WELT: Ihr Comeback wird nicht gerade dadurch begünstigt, daß die deutsche Mannschaft sehr stark ersatzgeschwächt antreten muß.

Hoeneß: Natürlich, das ist ein Handicap. Vor allem Karlheinz Rummenigge hätte ich gerne im Angriff an meiner Seite gehabt, denn wir haben uns schon bei Bayern immer sehr gut verstanden. Aber ich bin gewohnt, Schwierigkeiten zu bekämpfen, ich werde mich schon durchbeißen.

Schusters böser Streich

BERND WEBER, Rheinfelden

Auch nachdem er sein Comeback und damit die Teilnahme an der Fußball-Weltmeisterschaft abgesagt hat – Bernd Schuster, der blonde Mittelfeld-Star des FC Barcelona, ist derzeit mal wieder das große Gesprächsthema bei der deutschen Nationalmannschaft. Aber vieles deutet darauf hin, daß dies zum letzten Mal der Fall ist.

Der Grund für die neue Aufregung: Die „Bild-Zeitung" hat berichtet, daß keineswegs – wie Schuster offiziell bekanntgegeben hatte – der konditionelle Rückstand nach seiner dreimonatigen Verletzungspause der wahre Grund für seine WM-Absage ist, vielmehr soll der Comeback-Verzicht durch die Nicht-Erfüllung finanzieller Bedingungen, die Gaby Schuster in einem Telefonat mit Teamchef Franz Beckenbauer gestellt hatte, zustande gekommen sein. Konkret: Frau Schuster habe eine Million Mark netto, die entweder der Deutsche Fußball-Bund oder Privatfirmen aufbringen sollten, für die WM-Teilnahme ihres Mannes gefordert.

Beckenbauer dementierte gestern energisch, daß er mit den Schusters zu irgendeinem Zeitpunkt über solche Geldforderungen gesprochen habe. Zitat des Teamchefs: „Ich bin auch der Meinung, daß der Bernd viel zu sehr Fußballer ist, als daß er bei seinen ganzen Überlegungen Geldfragen in den Vordergrund gestellt hat." Aber es besteht der Verdacht, daß Beckenbauer mit seinen Äußerungen den Spanien-Profi vor allzu wütenden Attacken aus der Öffentlichkeit nur schützen wollte. Immerhin nämlich gab der Teamchef zu, er habe schon geraume Zeit Kenntnis davon gehabt, daß Schuster sehr intensiv versucht habe, bei der Herzogenauracher Sportartikelfirma adidas eine Verbesserung seiner vertraglichen Bezüge zu erreichen.

Bei den Nationalspielern stieß die neue Schuster-Nachricht auf Unverständnis, aber sie löste keineswegs Überraschung aus. Bayern-Stürmer Dieter Hoeneß meinte: „Bei uns in München wird schon seit langem davon gesprochen, daß Schuster besondere WM-Zugaben gefordert hat." Der Hamburger Felix Magath sagte: „Für mich ist das Kapitel Schuster und die Nationalmannschaft endgültig beendet." Auch wenn Beckenbauer sich innerlich weiterhin dagegen sträubt – für alle Beteiligten wäre es am besten.

STAND●PUNKT

Borrmanns Rückkehr

Elmar Borrmann ist wieder da – und das ist für den einen oder anderen im Deutschen Fechterbund (DFeB) gar keine gute Nachricht. In der Stuttgarter Ausgabe der „Bild"-Zeitung kündigte der Degen-Weltmeister von 1983 bereits an, juristische Schritte gegen seinen Präsidenten Klaus Dieter Güse und den Hamburger Journalisten Andreas Schirmer zu erörtern. Die beiden haben nämlich in dem am Karfreitag bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Stuttgart erschienenen Buch „Faszination Fechten" Borrmann als ein über die Planche trampelndes und stampfendes Fecht-Monster beschrieben.

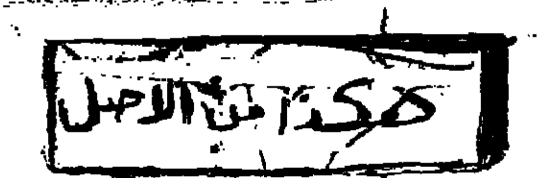
In Heidenheim beim Weltcup-Turnier wurde Borrmann am Sonntagabend Siebenter, was zugleich seine Rückkehr in die Weltspitze der Degenfechter war, die er nach dem Mannschafts-Olympiasieg 1984 in Los Angeles verlassen hatte. Borrmanns Rückkehr unter die Zunft der Weltbesten bringt nun zwangsläufig Ärger mit sich, denn der Stuttgarter hat schließlich noch nie zu den Bequemen im Lande gehört. Der Kabarettist und Sportjournalist Werner Schneyder sagte einmal über ihn: „Elmar Borrmann gehört zu jenen Leuten, die sich nicht alles gefallen lassen. Aber Brave haben wir ja schon genug."

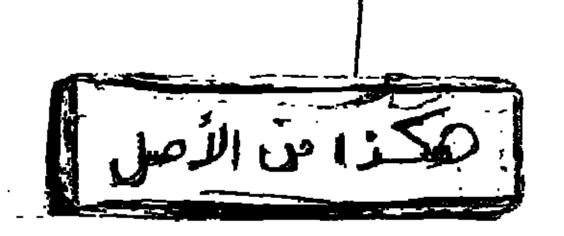
Der somit Gekennzeichnete, neben Alexander Pusch der einzige deutsche Degen-Weltmeister, hatte sich das Recht herausgenommen, sich ureigenst selber zu vermarkten – ohne den Mentor Emil Beck einzuschalten. Aber was soll es, die beiden sind sich ohnehin spinnefeind, auch wenn das nach außen hin vertuscht wird. Der angeblich heilen Tauberbischofsheimer Fechter-Welt zuliebe.

Borrmann, der sich seit 1979 für alle Weltmeisterschaften und olympischen Turniere qualifiziert hat, nahm sich daraufhin im letzten Jahr sogar die Freiheit, einmal vom Fechter-Streß auszuspannen. Das kostete ihn die Qualifikation für die Weltmeisterschaften in Barcelona, und eine solche Ungeheuerlichkeit hat bis auf den heutigen Tag fast das gesamte Präsidium gegen ihn aufgebracht.

Borrmann, der Nachdenkliche, der Unbequeme. Borrmann, das Ärgernis.

K. Bl.





BUNDESLIGA

Gladbach hofft auf Thorstved

DW. **Bonn**

Beim Nachholspiel zwischen dem 1. FC Köln und Mönchengladbach (20.00 Uhr) feiern zwei Kölner Spieler ein Jubiläum: Torwart Harald Schumacher bestreitet sein 400. und Torjäger Klaus Allofs sein 300. Fußball-Bundesligaspiel. Ebenfalls heute abend spielen: Leverkusen – Mannheim (19.30 Uhr) und Saarbrücken – Uerdingen (20.00 Uhr).

Erst heute mittag ab 13.00 Uhr wird das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mündlich darüber verhandeln, ob der Gladbacher Torwart Erik Thorstved in Köln spielen darf. Der Norweger war am Samstag im Spiel gegen Dortmund vom Platz gestellt worden. Die Gladbacher hatten offiziell Protest eingelegt. Muß Thorstved aussetzen, wird mit Uwe Kamps der Torwart Nummer drei eingesetzt. (Die WELT berichtete darüber in ihrer gestrigen Ausgabe.)

SPORT-NACHRICHTEN

Brunnenmeier verhaftet

München (sid) – Unter dem Verdacht, einen Tankstellen-Überfall begangen zu haben, ist der ehemalige Fußball-Nationalspieler Rudi Brunnenmeier am Sonntag in München verhaftet worden. Der 45jährige, der mit dem TSV 1860 München deutscher Meister und Pokalsieger war, wird verdächtigt, bei dem Überfall 135 Mark erbeutet zu haben.

Bayern holen Dorfner

München (sid) – Der deutsche Fußball-Meister Bayern München holt für die neue Saison seine Leihgabe Hans Dorfner vom 1. FC Nürnberg zurück. Der 20 Jahre alte Mittelfeldspieler muß sich wahrscheinlich einer Meniskus-Operation unterziehen.

Boris Becker muß warten

Atlanta (dpa) – Wimbledon-Sieger Boris Becker muß bei der WCT-Weltmeisterschaft erst in der Nacht von Freitag auf Samstag zu seinem ersten Spiel antreten. Er trifft auf den Sieger der Begegnung Paul Annacone (USA) gegen Miloslav Mecir (CSSR).

SAT 1 kauft Bundesligaspiel

Bremen (dpa) – Werder Bremen, Tabellenführer der Fußball-Bundesliga, erhält für die Direktübertragung des Schlagerspiels gegen Borussia Mönchengladbach am 17. April vom privaten Fernsehsender SAT 1 knapp 300 000 Mark. Weiterhin ungewiß ist die Live-Übertragung des Spiels gegen Bayern München.

Uli Sude vor Operation

Mönchengladbach (sid) – Torhüter Uli Sude vom Fußball-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach muß am Meniskus operiert werden und fällt für den Rest der Saison aus.

Frankfurt vor Aufstieg

Freiburg (sid) – Nach einem 7:4-Erfolg beim EHC Freiburg steht Eintracht Frankfurt vor dem Aufstieg in die erste Eishockey-Bundesliga. Vor den letzten beiden Spieltagen der Aufstiegsrunde fehlt den Hessen nur noch ein Punkt.

Niederlage für Waregem

Madrid/Brüssel (sid) – Vier Tage nach dem 0:4 im Halbfinal-Hinspiel des UEFA-Pokals beim 1. FC Köln verlor der SV Waregem in der belgischen Fußball-Meisterschaft sein Heimspiel gegen SC Charleroi mit 0:2. Atletico Madrid, Gegner von Bayer Uerdingen im Europapokal der Pokalsieger, kam am 32. Spieltag der spanischen Meisterschaft zu einem schwer erkämpften 1:0-Heimsieg über Union Las Palmas.

Rekorde bei Billard-EM

Bruay sur Escault (dpa) – Mit dem neuen Europarekord von 343 Punkten gewann Jean Bessems (Niederlande) bei den Billard-Europameisterschaften im Kunststoß die Goldmedaille. Gerd Tiedtke (Bendorf) verbesserte in Bruay sur Escault seine eigene deutsche Bestmarke um drei Punkte auf 282. Er wurde damit allerdings nur Achter.

US-Agentur für Moskau

Hamburg (dpa) – Die besten sowjetischen Tennis-Spieler stehen künftig unter Vertrag des amerikanischen Marketing-Unternehmens „ProServ". Außerdem wird die Agentur ein internationales Tennis-Turnier in Moskau organisieren und andere sowjetische Spitzensportler managen.

Niemczyk für die Herren

München (sid) – Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV), will ab Herbst 1986 den jetzigen Damen-Bundestrainer Andrzej Niemczyk im Herren-Bereich einsetzen. Die Damen soll dann der Amerikaner Arie Selinger (49) betreuen, der 1984 die USA in Los Angeles zur Silbermedaille bei den Frauen geführt hat.

Sport in Zahlen

TENNIS

Damen-Turnier in Marco Island (Florida), Finale, Evert-Lloyd (USA) – Kohde (Deutschland) 6:2, 6:4. – **Grand-Prix-Turnier der Herren in Atlanta**, Finale, Curren – Wilkison (beide USA) 7:5, 7:6. – **Herren-Turnier in Houston**, Finale: Arias (USA) – Wilander (Schweden) 6:2, 2:6, 6:1. – **Hallen-Turnier der Herren in Köln**, Doppel-Finale: Evernden/Hooper (Neuseeland/USA) – Lundgren/Gunnarsson (Schweden) 6:4, 6:7, 6:3.

TISCHTENNIS

Europameisterschaft in Prag, Mannschaftswettbewerb, Herren, erste Kategorie, Gruppe B: Deutschland – Polen 3:5 (Stellwag – Grubba 14:21, 18:21, Rebel – Dryszel 24:22, 19:21, 21:12, Roßkopf – Kucharski 22:20, 21:23, 20:22, Rebel – Grubba 16:21, 13:21, Stellwag – Kucharski 14:21, 20:22, Roßkopf – Dryszel 21:14, 19:21, 21:13, Rebel – Kucharski 21:15, 21:18, Roßkopf – Grubba 14:21, 18:21) – Deutschland – Rumänien 5:1 (Roßkopf – Fejer 22:20, 21:14, Wosik – Toma 22:20, 21:15, Rebel – Florea [illegible], Wosik – Fejer 21:16, 21:15, Roßkopf – Florea 21:14, 21:13, Rebel – Toma 21:17, 21:18) – **Damen, erste Kategorie, Gruppe B**: Deutschland – Bulgarien 3:1 (Nemes – Stalewa 21:14, 21:14, Nolten – Filipowa 21:11, [illegible] Wenzel/Schreiber – Iwanowa/Stalewa 18:21, 19:21, Nemes – Filipowa 21:8, 21:9). – Deutschland – Rumänien 3:0 (Nolten – Badescu 21:17, 21:19, Nemes – Alboiu 21:19, 16:21, 21:16, Nemes/Nolten – Badescu/Alboiu 21:12, 15:21, 23:21).

EISHOCKEY

Europameisterschaft der B-Junioren, dritter Spieltag: Gruppe A in Krefeld: Schweden – Finnland 0:6, Norwegen – Rumänien 8:5. – Gruppe B in Düsseldorf: CSSR – UdSSR 3:3, in Ratingen: Deutschland – Schweiz 9:2.

MOTORSPORT

Tourenwagen-Europameisterschaft, zweiter Lauf in Donington (England): 1. Walkinshaw/Percy (England) Rover Vitesse, 2. Ravaglia/Berger (Italien/Österreich) BMW 635 CSI, 3. Grunberg/Olofsson (Schweden) Volvo.

HANDBALL

Europapokal der Pokalsieger, Frauen, Halbfinal-Rückspiel: Automobilist Baku (UdSSR) – Radnicki Belgrad 19:16 (Hinspiel: 20:27). – Damit im Finale: VfL Engelskirchen – Radnicki Belgrad.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 20, 35, 37, 38, 39, 40, Zusatzspiel: 19. – **Rennquintett, Rennen A**: 2, 5, 9. – **Rennen B**: 23, 31, 35. (Ohne Gewähr)

Bonn will in Polen Lage der Deutschen verbessern

Genscher appelliert an Orzechowski: Mehr Ausreisen zulassen

BERNT CONRAD, Bonn

Der erste Besuchstag des polnischen Außenministers Marian Orzechowski in Bonn stand im Zeichen nachdrücklicher Bemühungen der Bundesregierung, das lange Zeit abgekühlte Klima im Verhältnis zu Warschau wieder zu erwärmen und gleichzeitig Verbesserungen für die in Polen lebenden Deutschen zu erreichen.

Die politische Bedeutung der Visite wurde durch die prominente Reihe der Gesprächspartner unterstrichen: Orzechowski konferierte nicht nur mit seinem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher, sondern auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt.

Um das gegenseitige Kennenlernen zu erleichtern und die Atmosphäre aufzulockern, hatte Genscher seinen erst seit November 1985 im Amt befindlichen Kollegen und dessen Ehefrau für Sonntagabend zu einem privaten Essen in sein Haus in Wachtberg-Pech gebeten. Daraus entwikkelte sich, wie man hören konnte, ein „nettes Zusammensein". Förmlicher und politisch distanzierter verlief gestern vormittag das erste offizielle Delegationsgespräch im Auswärtigen Amt, auf dessen Tagesordnung internationale Fragen standen.

Hier trug Orzechowski die bekannten außenpolitischen Thesen der Warschauer-Pakt-Staaten vor, ohne daß es zu einer wirklichen Diskussion kam. Der Bundesaußenminister äußerte seinerseits Enttäuschung über die unbefriedigende Reaktion der östlichen Teilnehmerstaaten der Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) auf die westlichen Verhandlungsvorschläge vom Dezember 1985. Dabei unterstrich er die große Bedeutung der Überprüfbarkeit. Der vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow angekündigten Bereitschaft zu Verifikationsmaßnahmen müßten nunmehr Taten folgen.

Genscher unterstrich ferner die Notwendigkeit zügiger Verhandlungen über eine weltweite Beseitigung chemischer Waffen und plädierte für einen Verzicht des Warschauer Paktes auf Überlegenheit im konventionellen Bereich. Beide Minister vereinbarten einen vertieften Meinungsaustausch bei der Vorbereitung des Wiener KSZE-Folgetreffens im Herbst. Die Atmosphäre des Gespräches wurde als „offen und sachlich" bezeichnet.

In einer Tischrede beim abendlichen Festbankett in der Godesberger Redoute konstatierte er: „In unserem Gesprächen haben wir rasch als gemeinsamen Grundton gefunden, daß die Beziehungen unserer beiden Länder eine besondere historische und moralische Dimension haben, die uns gemeinsam verpflichtet." Der Warschauer Vertrag, so fuhr der Minister fort, sei und bleibe feste Grundlage der Beziehung. „In seinen Grundlagen und Zielen wissen wir uns einig mit der überwältigenden Mehrheit unserer Bürger."

Genscher appellierte an Orzechowski, angesichts der stark zurückgegangenen Ausreisezahlen wieder mehr „Personen unbestreitbar deutscher Volkszugehörigkeit" die Übersiedlung in die Bundesrepublik zu gestatten. Warschau sollte ebenso auf die Wünsche derer eingehen, „die ihre eigenen kulturellen und sprachlichen Traditionen erhalten möchten".

Brandt stimmte mit dem polnischen Gast in der Absicht überein, die Beziehungen auch in ihrer europäischen Perspektive weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Schätzt die RAF ihre Erfolgschancen für Erpressungsversuche wieder höher ein?

Alarmierende Analyse des Justizministeriums / 200 Personen untergetaucht / Anschläge befürchtet

WERNER KAHL, Bonn

Die Terroristen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) schätzen nach der gescheiterten Freipressung inhaftierter Komplizen im Jahre 1977 jetzt offenbar die Erfolgschancen für neue Erpressungsversuche wieder höher ein. Die akute Gefahr geht aus einer im Bundesjustizministerium vorliegenden neuen Analyse der Sicherheitslage einschließlich der Gefährdung von Personen und Einrichtungen durch die RAF hervor.

Zu dem alarmierenden Lagebericht trug die Erkenntnis bei, daß etwa 200 Personen aus dem Umfeld des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland untergetaucht sind. Von ihnen nehmen die Behörden an, daß ein Teil in Koordination mit der RAF Anschläge vorbereitet und ausführt, andere die Logistik betreiben. Steckbrieflich werden derzeit 29 Männer und Frauen gesucht, die zum „harten Kern" der Terror-Organisation gerechnet werden. Bei mindestens 20 der Gesuchten geht man davon aus, daß sie in der RAF aktiv sind, während der Rest sich ins Ausland abgesetzt haben könnte.

Die Komplizen warten

In den Haftanstalten befinden sich gegenwärtig 40 Mitglieder terroristischer Gruppierungen – die meisten aus der RAF –, von denen eine Anzahl lebenslängliche Freiheitsstrafen verbüßt und von den im Untergrund operierenden Komplizen eine Befreiungsaktion erwartet.

Im Gegensatz zu Äußerungen aus Justizkreisen im vergangenen Jahr, wonach Geiselnahmen zwecks Freipressung von Häftlingen nicht akut seien, weist die neue Analyse jetzt auf diese Bedrohung hin. Außer Bombenanschlägen und Attentaten mit dem Ziel, Repräsentanten zu ermorden, die die auswärtige und innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verbündeten gewährleisten, sind Entführungen anscheinend wieder in die terroristische Anschlagsplanung der RAF aufgenommen worden.

Im „harten Kern" der Terrororganisation sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden offenbar in den vergangenen Monaten mehrere Freipressungsfälle diskutiert worden, bei denen es ausländischen Gruppen gelungen war, gefangene Anhänger zu befreien. Dabei handelte es sich um die Entführung einer Passagiermaschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA im vergangenen Jahr durch schiitische Terroristen. „Daß die Gefangenen freigelassen werden mußten, die Imperialisten keine militärische Lösung wagen konnten, ist ein Sieg für den antiimperialistischen Kampf", erklärte die RAF nach dem Austausch der Passagiere gegen die Häftlinge. Ähnliche Reaktionen erfolgten nach der Freilassung der Tochter des Präsidenten von Salvador, José Napoleon Duarte. Die Präsidententochter Ines Duarte war ebenfalls im vergangenen Jahr entführt und von der Bewegung FMLP im Austausch gegen Gefangene freigelassen worden. Als Vermittler war damals der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski in Mittelamerika aufgetreten. Zwischen dem Umfeld der RAF und der FMLP bestehen nach Berichten aus der linken Szene Kontakte.

Konkrete Anschlagsziele lassen sich jedoch nach den Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden nicht voraussagen. Dagegen gibt es Anhaltspunkte für eine Eingrenzung möglicher Ziele der RAF in der nächsten Zeit in einer kürzlichen Erklärung der Kommandoebene. Die Angriffsstrategie der RAF wird darin so dargestellt: „Das System ist nur zu brechen, indem die Front die konkreten aktuellen Projekte der imperialistischen Strategie bricht." Unter „konkreten aktuellen Projekten" ist nach Auffassung der Sicherheitsanalytiker zu verstehen, daß im Visier der RAF Personen und Institutionen stehen, die militärisch und im Bereich der „inneren Aufstandsbekämpfung" zusammenarbeiten. Dazu rechnen die Terroristen auf militärischem Gebiet unter anderem

„Feind demoralisieren"

- „die Fusion der westdeutschen und französischen Streitkräfte ‚Europäische NATO-Säule'" sowie das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa, „Eucom".
- Im Bereich der sogenannten „Inneren Aufstandsbekämpfung", einem Terminus technicus der Terroristen, konzentriert sich die RAF vor allem auf das Bundeskriminalamt. In einer besonders anhaltenden Gefahrenlage befindet sich nach wie vor die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe. Auf neue RAF-Aktivitäten, die nach der Ermordung des amerikanischen Soldaten Edward Pimental im Sommer 1985 in Wiesbaden abgeflaute Offensive 1986 verstärkt fortzuführen, hatte kürzlich bereits der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, hingewiesen (WELT v. 5. 4. 1986). Als Leitlinie künftiger Aktionen hat die RAF nach Erkenntnissen der Justiz- und Polizeibehörden für die neue Strategie die Parole ausgegeben: „Den Feind demoralisieren, den Apparat erschüttern, die Kriegsmaschinerie stören, sabotieren – aus der Funktion bringen."

Strauß fordert von Bonn Offenheit bei SDI-Vertrag

Im CSU-Landesvorstand erneute Kritik an der CDU

PETER SCHMALZ, München

Um das SDI-Abkommen sollte die Bundesregierung nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß weniger Geheimhaltung betreiben. „Ich bin für mehr Offenheit", erklärte er gestern nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstands in München. Dann würde klar werden, so Strauß, daß sich der größere Block des Abkommens mit Sicherheitsfragen befaßt.

Der CSU-Vorsitzende widersprach damit Äußerungen von Bundesaußenminister Genscher, das Abkommen sei ziviler Art und habe mit militärischen Sicherheitsfragen nichts zu tun. Strauß: „Das ist schlechterdings falsch." Auf die Frage, welche Erklärungen nun gültig und richtig sei, antwortete er: „Meine natürlich". Er erwarte in dieser Sache jedoch ein klärendes Wort des Bundeskanzlers und hoffe, „daß es bald eintrifft". Grundsätzlich erklärte Strauß, er verstehe nicht, weshalb die Sicherheitsprobleme mit einem „noli me tangere", einem „Rühr-mich-nicht-an", behandelt würden, als sei dies ein „unmoralisches Geschäft oder eine kriminelle Angelegenheit".

Wenn die Amerikaner mehr Sicherheit verlangen, sei es unser natürliches, legitimes Recht als NATO-Mitglied, die gleiche Sicherheit zu haben wie die anderen Mitglieder. „Was es hierbei zu verstecken oder zu verschweigen gibt, verstehe ich nicht", sagte Strauß.

Er betonte nochmals seinen Standpunkt, wonach es für die Beteiligung der deutschen Industrie vorteilhafter gewesen wäre, wenn das Abkommen ein Jahr früher unterzeichnet worden wäre. Doch der Bundeskanzler habe zur Bereinigung von Koalitionsproblemen Zeit benötigt. Zur Verhandlungsführerschaft von Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) meinte der CSU-Chef ironisch: „Um die Kirche zu versöhnen, macht man manchmal den Pfarrer zum Posthalter." Uneingeschränkt unterstützte Strauß die Kritik von CSU-Generalsekretär Tandler an einem angeblichen „CDU-Anti-Wahlkampf" (WELT v. 3. 4.). Die Replik von Kanzleramtsminister Schäuble (CDU), der von „kleinlichen Wehklagen aus Altötting" gesprochen hatte, nannte Strauß einen Unsinn, der besser nicht ausgesprochen worden wäre. Man lebe in Bonn offenbar in einem Wolkenkuckucksheim, statt zu sehen, wie die Dinge in Wirklichkeit stehen. Strauß: „Wir sind nicht begeistert, daß immer wieder alle möglichen Ankündigungen kommen. Dieses ewige Gegackere schadet doch nur dem Eindruck einer an sich gar nicht so schlechten Politik, wie sie in Bonn gemacht wird." Ankündigungen über Erhöhungen der Postgebühren und der Tabaksteuer nannte Strauß „Lampions, die offensichtlich dazu bestimmt sind, den Wahlsieg zu erschweren".

Vor der CSU-Sitzung waren Strauß, Tandler, Bundesinnenminister Zimmermann und CSU-Landesgruppenchef Waigel mit dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland zu einem Gespräch zusammengetroffen. Von jüdischer Seite nahmen der Vorsitzende Werner Nachmann, Generalsekretär Alexander Ginsburg, Senator Julius Spokojny und der Präsident des bayerischen Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinde, Simon Snopkowski, teil. Das Treffen war durch umstrittene Äußerungen des CSU-Bundestagsabgeordneten Hermann Fellner ausgelöst worden. Strauß erklärte anschließend, es bestünden keine belastenden Probleme.

Blüm rät Gewerkschaften: Für Arbeitslose einsetzen

WELT-Gespräch mit dem Bundesarbeitsminister

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat an die Gewerkschaften appelliert, ihre Kraft weniger auf Proteste gegen die Politik der Bundesregierung als vielmehr auf die Bewältigung der Beschäftigungskrise zu richten. Gegenüber der WELT sagte der Minister: „Wenn die Gewerkschaften nur halb so viel Kraft – und zwar ohne große Parolen, sondern in der Tagesarbeit – für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor Ort einsetzen würden, dann hätten wir bestimmt eine halbe Million Arbeitslose weniger."

Diese Tätigkeit von Gewerkschaftern und Betriebsräten vor Ort sehe er darin, daß „in jedem Arbeitsamtsbereich sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzen und überlegen, wo neue Aufgaben in ihrem Bereich sind, wo neu eingestellt werden kann, wo Überstunden entbehrlich sind."

Sein Appell gelte auch den Arbeitgebern, sagte Blüm. „Ihre Klage, daß nicht genug qualifizierte Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, richtet sich an ihre eigene Adresse. Wenn die Wirtschaft sich weiterentwickelt, dann kann man sich nicht mehr auf Erstausbildung allein verlassen, sondern da muß auch Weiterbildung betrieben werden."

„Auf Vorrat ausbilden"

Für Qualifizierungsmaßnahmen gebe die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl mehr Geld aus als jede Bundesregierung zuvor. 1982 seien noch 265 000 Personen neu in solche Maßnahmen aufgenommen worde, darunter 55 Prozent Arbeitslose. 1985 seien dies 409 300 Neuzugänge gewesen, darunter 66 Prozent Arbeitslose. Dies sei eine Steigerung um 54 Prozent. Während 1982 3,78 Milliarden Mark für Bildungsmaßnahmen aufgewendet worden seien, liege dieser Betrag 1986 um 35 Prozent höher bei 5,11 Milliarden Mark.

Den Arbeitgebern riet er, jetzt „auf Vorrat" auszubilden, da ab den 90er Jahren Facharbeitermangel herrschen werde. Zwar sei der Scheitelpunkt des Mißverhältnisses zwischen Zu- und Abgängen auf dem Arbeitsmarkt durch die geburtenstarken Jahrgänge gerade passiert worden, dennoch gebe es derzeit jährlich „rund 180 000 Zugänge mehr als Abgänge, so daß der Beschäftigungszuwachs sich nicht unmittelbar im Absinken der Arbeitslosenzahlen niederschlägt. Das wird sich radikal ändern in den 90er Jahren. Da werden weniger auf den Arbeitsmarkt neu hinzukommen als abgehen. So wie jeder gute Unternehmer seine Maschineninvestition plant, so müßte er deshalb eigentlich jetzt ‚auf Vorrat' ausbilden, damit wir in den 90er Jahren jenes qualifizierte Personal haben, das uns erlaubt, unseren Platz in der Weltwirtschaft zu erhalten."

Von Sozialhilfe abkoppeln

Blüm kündigte Strukturverbesserungen in der Kriegsopferversorgung an, die in den nächsten Monaten durch den Bundestag gehen würden:

- „Wir wollen die Kriegsopferfürsorge von der Sozialhilfe abkoppeln. Der 70jährige muß wissen, daß die Leistung für ihn keine Fürsorge ist, sondern eine Entschädigung für ein Opfer."
- „Wir wollen die Ausgleichsrenten anheben, wo sie Gefahr laufen, von der Sozialhilfe überholt zu werden,
- im Berufsschadensausgleich Verbesserungen vornehmen und
- die orthopädische Versorgung anpassen."

Zur derzeit laufenden Befragungsaktion des DGB gegen die Änderung des Neutralitätsparagraphen 116 antwortete der Minister auf die Frage nach dem Ergebnis: „Ich schätze 99,99 Prozent Ja-Stimmen. Und wenn ich gefragt würde, ob ich die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten wollte, würde ich auch mit Ja stimmen. Nur das hat nichts mit dem Paragraphen 116 zu tun." Blüm wies den Vorwurf der Gewerkschaften zurück, daß mit dem Paragraphen 116 die Streikfähigkeit der Gewerkschaften angetastet werde. Er „bleibe dabei, daß die Neue Heimat die Streikfähigkeit gefährdet. Die Gewerkschaften haben jetzt schon drei malmehr Geld für die Neue Heimat geben müssen, als der ganze Streik der IG Metall 1984 gekostet hat."

Kairo und Bonn beraten über Terrorismus

DW, Bonn

Fragen der internationalen Terrorismusbekämpfung stehen im Mittelpunkt eines Besuchs von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) vom 9. bis 13. April in Kairo. Zimmermann folgt einer Einladung des neuen ägyptischen Innenministers Zaki Badr und wird auch von Präsident Mubarak empfangen. Angesichts wieder aufflammender terroristischer Aktivitäten will Zimmermann in Kairo vor allem Fragen der Flugsicherheit erörtern. Die Flugverbindung Kairo–Athen hat sich, was die Sicherheitskontrollen betrifft, als anfällig erwiesen. Vor seiner Abreise wird der Bundesinnenminister am Mittwoch dem Kabinett einen „Sachstandsbericht" zu der Verwicklung Libyens im internationalen Terrorismus geben.

Süssmuth mahnt zur Verantwortung

dpa, Bonn

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) hat zum Auftakt des Weltgesundheitstages zu einem verantwortlichen Umgang mit der Freiheit dem eigenen Körper gegenüber aufgefordert. Das diesjährige Motto „Lebe gesünder – es lohnt sich" gehe alle Bürger an.

Berichtigung

Durch einen Übermittlungsfehler ist im gestrigen Beitrag von Professor Grewe ein Halbsatz entfallen. Wir drucken den letzten Absatz noch einmal ab:

Wer diese Diskrepanz kritisiert (auch unter seinen engeren Mitarbeitern gab es in diesem Punkte Kritiker), darf allerdings nicht außer acht lassen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes damals nichts anderes hören wollte – und, daß Adenauer nicht deswegen ‚von seinen innenpolitischen Gegnern' angegriffen wurde, weil er dem deutschen Volk nicht reinen Wein einschenkte, sondern weil er das – auch in ihrem öffentlichen Sprachgebrauch als tabu geltende – Ziel der Wiedervereinigung nicht energisch genug verfolgt haben.

Auch Bremen für NH-Gutachten

A.G. Bonn

Als zweites SPD-regiertes Bundesland hat sich jetzt auch Bremen für ein neutrales Gutachten über das Neue-Heimat-Vermögen ausgesprochen. In einem Schreiben an Bundesbauminister Oscar Schneider erklärte der Bremer Bausenator, daß im Interesse der Mieter die Gespräche unter Schneiders Federführung fortgesetzt werden sollten. Nordrhein-Westfalen und Hessen haben sich noch nicht geäußert. Schneider, als Koordinator der Bundesländer, will mit weiteren Entscheidungen warten, bis sämtliche Stellungnahmen der Länder vorliegen. Die FDP will in der nächsten Woche erneut eine Aktuelle Stunde im Bundestag zur Entwicklung des NH-Konzerns beantragen.

Attentat: Belohnung von 150 000 Mark

D.D. Bonn/Berlin

Das Attentat auf die Berliner Diskothek „La belle" geht vermutlich auf das Konto ausländischer Terroristen. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Hans-Günter Kowalski, erklärte gestern in Bonn, es gebe keine Hinweise auf deutsche Täter. Die Spur führe „ins Ausland", sagte Kowalski, ohne Einzelheiten zu nennen. Regierungssprecher Ost sprach von „Hinweisen auf internationalen Terrorismus". Für Tips zur Ermittlung der Täter, die den Sprengstoffanschlag auf die Diskothek verübten, hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 150 000 Mark ausgesetzt. Fünf der in Krankenhäusern liegenden Verletzten schweben noch in Lebensgefahr.

Israel bombardiert Palästinenserlager

DW, Beirut

Israelische Jagdbomber haben gestern erneut Palästinenserstützpunkte in den Lagern in Ein el Hileh und Mieh-Mieh bei Sidon in Südlibanon angegriffen. Libanesischen Meldungen zufolge wurden das Lager Ein el Hileh und die nahegelegene Ortschaft Sirubieh, die ebenfalls als Palästinenserhochburg gilt, bombardiert und mit Raketen beschossen. Die Zahl der Opfer sei noch nicht bekannt, hieß es. Die israelischen Flugzeuge sollen nach dem etwa halbstündigen Einsatz unbeschädigt abgedreht haben. Di. Israelis hatten die Region bereits vor zwölf Tagen beschossen. Damals waren mindestens acht Menschen getötet und 20 verletzt worden.

Aus dem Tollhaus

JB. - In einer gemeinsamen Erklärung haben der DGB und die Geschäftsführung der Neuen Heimat dem Bundesbauminister abgesprochen, einen Bericht über die Vermögensverhältnisse der NH anzufordern. Ein solches Begehren ist nach Meinung der gemeinwirtschaftlichen Bankrotteure nur zu rechtfertigen, wenn die Bundesregierung von vornherein zu erkennen gibt, daß sie sich an der Sanierung der NH-Gesellschaften in den Ländern Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen udn Schleswig-Holstein beteiligt.

Dies allein ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Denn die Weigerung, einen Einblick in das Gesamtvermögen der NH zu geben, hindert den Konzern nicht, gleichzeitig öffentliche Hilfe zu fordern. Wenn die betroffenen Bundesländer die gemeinnützige Preis- und Mietbindung der zum Verkauf anstehenden Wohnungen erhalten wollten, müßten sie die sich daraus ergebenden Lasten schon selbst übernehmen, meint die NH.

Bei einem Unternehmen, das händeringend versucht, die selbstverschuldete Krise mit Hilfe Dritter zu überwinden, sind Drohungen dieser Art reichlich starker Tobak. Die NH läßt es jedoch damit nicht bewenden. Wenn die Bundesregierung schon nicht helfen wolle, so möge sie doch endlich Aktivitäten zum Abbau der Arbeitslosigkeit entfalten, um die Lage der konkursreifen NH-Gesellschaft zu verbessern. Von einem Unternehmen, das an inneren Skandalen zu zerbrechen droht, das durch totales Versagen von Management und Aufsichtsrat Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet, ist dies, mit Verlaub, eine Frechheit.

Zur rechten Zeit

HH – Bei Städten und Gemeinden sprudeln die Einnahmen munterer als bei Bund und Ländern. Allein das Steueraufkommen ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Prozent auf 56,3 Milliarden Mark gestiegen. Solche Zuwachsraten können die anderen Gebietskörperschaften, vor allem der Bund, nicht vorweisen. Die früher häufig zu hörenden Klagen, der Bundesfinanzminister saniere zu Lasten der Kommunen, sind weitgehend verstummt. Natürlich ist die Lage nicht überall gleich gut. Dennoch kommt der Appell des Staatssekretärs im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, die Gemeinden sollten ihre Investitionen steigern, zum richtigen Zeitpunkt. Denn gerade bei dem niedrigen Zinsniveau können zum Beispiel Umweltschutzinvestitionen in Angriff genommen werden, die in Zeiten knapper Kassen und hoher Zinsen unterblieben sind. Auch die Einnahmeeinbußen durch die zweistufige Steuersenkung 1986/88 ändert die günstige Ausgangslage nicht entscheidend.

WÄHRUNGSSYSTEM / Keine Spur von Hektik an internationalen Devisenmärkten

Franc blieb stark, weil deutsche Importeure nach Abwertung kauften

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Völlig undramatisch und ohne eine Spur von Hektik haben die internationalen Devisenmärkte gestern auf die erwartete Neufestsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) reagiert. Trotz Aufwertung der D-Mark waren die anderen EWS-Währungen mit Ausnahme des französischen Franc und der Lira sogar etwas teurer als am Donnerstag und Freitag. Der am Wochenende schwache Rentenmarkt hat sich gefangen, und die Aktienbörse tendierte sogar recht fest.

Das Ausmaß der Wechselkurskorrekturen ist hinter den Erwartungen der meisten Devisenhändler zurückgeblieben. Vor allem gilt das für die Abwertung dus französischen Franc und die Aufwertung der D-Mark. Die Kursveränderungen der meisten EWS- Währungen bewegten sich im Rahmen von Schwankungsbreiten, die auch sonst nicht selten sind. Der Kurs des abgewerteten französischen Franc ging lediglich von 32,495 DM am Donnerstag, dem letzten Tag, an dem amtliche Devisenkurse notiert worden waren, auf 31,40 DM zurück.

Er liegt damit am oberen Interventionspunkt. Zu diesem Kurs mußten die Bundesbank gestern Franc verkaufen und die französische Notenbank D-Mark kaufen, um die neuen Wechselkurse zu verteidigen. Die Stärke des französischen Franc, die sich aus Pariser Sicht als Schwäche der D-Mark darstellt, ist nach dem Urteil des Devisenhandels vor allem auf Franc-Käufe deutscher Importeure zurückzuführen, die mit der Bezahlung bis nach einer Wechselkurskorrektur gewartet haben.

Etwas niedriger wurde auch die italienische Lira mit 1,4610 (1,4695) DM notiert. Die übrigen EWS-Währungen erzielten gegenüber der D-Mark sogar leichte Kursgewinne, was ebenfalls damit erklärt wird, daß viele Marktteilnehmer auf eine stärkere Aufwertung der D-Mark spekuliert hatten. Man rechnet allerdings im Devisenhandel damit, daß diese Kursgewinne nach und nach wieder verlorengehen.

Kapitalabzüge aus der Bundesrepublik sind bisher noch nicht zu beobachten gewesen, obwohl niemand erstaunt wäre, wenn Kapital, das in Erwartung einer Aufwertung in relativ niedrig verzinslichen D-Mark-Anlagen gehalten wurde, nun in die Heimatländer mit höherem Zinsniveau zurücktransferiert würde.

Gelegentlich wurde gestern auch darauf spekuliert, daß solches Kapital nun in Dollaranlagen wandern könnte. Da nun für längere Zeit mit Wechselkursstabilität im EWS gerechnet werden kann, wird auch nicht ausgeschlossen, daß sich deutsche Anleger nun verstärkt in hochverzinslichen Anlagen in anderen EWS-Währungen interessieren. Man stellt sich an den Märkten deshalb darauf ein, daß die Konkurrenz höherer Auslandszinsen eine weitere Zinssenkung in der Bundesrepublik blockiert.

Der Rentenmarkt hat sich allerdings gestern nach dem am Freitag erlittenen Kurseinbruch stabilisiert. Die Bundesanleihen- Durchschnittsrendite lag unverändert bei 5,65 Prozent, was angesichts der Schwäche des US-Rentenmarktes und des weiteren Dollaranstiegs von 2,3803 auf 2,3997 bei der amtlichen Notierung nach vorher zeitweilig sogar 2,4150 DM besonders beachtet wurde.

Völlig unbeeindruckt von der Markaufwertung präsentierte sich die Aktienbörse. Auch dort waren keine Auslandsabgaben zu beobachten. Die Aktientendenz war, angeregt auch von der Spekulation auf Berichtigungsaktien der Deutschen Bank, sogar ziemlich fest. Der WELT-Aktienindex stieg von 298.59 auf 301,84 Punkte und damit auf den höchsten Stand seit dem 16. Januar. Aufgrund von Gerüchten über eine Kapitalerhöhung zu attraktiven Konditionen war VW mit einem Plus vom mehr als vier Prozent der Spitzenreiter.

Im Gegensatz zur Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen der Wechselkurskorrektur durch die Börse stand der BDI, dessen Präsident Langmann die Markaufwertung und die Franc-Abwertung gegenüber dem Saarländischen Rundfunk als „eine für die deutsche Industrie nicht günstige Entscheidung" bezeichnete. Gesamttextil meint, das Exportgeschäft der Branche würde schwieriger.

KONJUNKTUR

Stoltenberg ermahnt die Tarifpartner zur Mäßigung

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Neubewertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) verbessert die Chancen für die Bundesrepublik, über 1986 hinaus ein hohes Maß an Geldwertstabilität zu erreichen. „Wir können jetzt für dieses Jahr mit nahezu völliger Stabilität der Lebenshaltungskosten und einer nur geringfügigen Zunahme der Produktionskosten rechnen, wenn die Tarifpartner diesen Prozeß fördern", erklärte gestern Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg.

Eine so günstige Situation habe die Bundesrepublik seit zwei Jahrzehnten nicht mehr erlebt. „Dies ist zusammen mit dem Ergebnis der Haushaltssanierung die Trumpfkarte für eine erfolgreiche langfristige wirtschafts-, währungs- und finanzpolitische Strategie", so der Minister.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft sei freilich, daß alle gesellschaftlichen Gruppen auch weiterhin ihren Beitrag hierzu leisten. Die ersten Tarifabschlüsse dieses Jahres – Banken 4,2, öffentlicher Dienst 4,0 und Bau mit voraussichtlich 3,1 Prozent – trügen dem „in noch ausreichender Weise Rechnung". Für die langfristige Verbesserung der privaten Nachfrage und damit der Kaufkraft der Bevölkerung hält es Stoltenberg für wichtig, daß vor allem die IG Metall zu einem stabilitätspolitisch angemessenen Lohnabschluß bereit sei. Die DGB-Führung sollte nach Ansicht Stoltenbergs ihre propagandistische Kampagne gegen die Beschlüsse des Bundestages zum Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes beenden und statt dessen konstruktiv an einer stabilitätspolitischen Strategie mitwirken.

Das Europäische Währungssystem habe mit dem Beschluß vom Wochenende erneut seine Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auch weltweit sei die Entwicklung der Hauptwährungen wesentlich für die künftigen Wachstumsperspektiven, eine ausgewogenere Handels- und Leistungsbilanzstruktur und die Bewältigung der Schuldenkrise. Die Unterschiede in ökonomischen Grunddaten wären in der Weltwirtschaft nach wie vor ungleich größer als in Westeuropa. Deshalb sieht Stoltenberg, der gestern zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds nach Washington abgereist ist, auf voraussehbare Zeit keine Möglichkeit, in der Weltwirtschaft zu einem System fester Wechselkurse zu kommen.

Die Währungsbeschlüsse sind in der deutschen Wirtschaft überwiegend positiv aufgenommen worden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag spricht von einem wirtschaftlich tragbaren Kompromiß. Die Auswirkungen auf den Export seien wegen der konjunkturellen Erwartungen nicht so schwerwiegend, daß daraus ernste Gefahren für die Wirtschaft drohten. In Bankenkreisen wird die Entscheidung vom Wochenende als Anpassung an die Realitäten interpretiert.

Die Saudi-Strategie

Von ALFRED ZÄNKER, Genf

Immer deutlicher zeichnet sich in den turbulenten Entwicklungen am Ölmarkt eine neue langfristige Strategie Saudi-Arabiens ab. Seit vergangenem Herbst haben die Saudis und ihre Bundesverwandten in Kuwait und Abu Dhabi den Ölpreis durch eine aggressive Verkaufspolitik ohne viel Rücksicht auf die Opec-Partner von rund 30 auf nur noch 10 bis 12 Dollar pro Faß in den letzten Tagen gedrückt, um sich größere Marktanteile zu sichern.

Saudi-Arabien ging damals zu sogenannten Netback-Verträgen über, bei denen der Rohölpreis an die Notierungen für raffinierte Produkte am freien Markt gebunden wird. Das war das Signal zum Ölpreis-Krieg. Ominöse Erklärungen arabischer Politiker halfen, den Preisverfall zu beschleunigen. So warnte der Ölminister der Arabischen Emirate kürzlich wieder, daß das Rohöl auf nur 5 Dollar fallen könnte, wenn man sich nicht bald auf weltweite Produktionsquoten einige.

Ziel der neuen Strategie ist es, die Aussichten für arabisches Öl auf lange Sicht zu verbessern. Als Ölmacht mit den weitaus niedrigsten Produktionskosten und größten Reserven haben die Saudis im freien Wettbewerb am meisten zu gewinnen.

Riad zieht damit die Konsequenzen aus den bitteren Erfahrungen, die das Opec-Kartell bei immer schärferen Produktionseinschränkungen zur Preisstützung gemacht hat. Davon haben schließlich vor allem die Konkurrenten in Nordeuropa und Amerika profitiert, die ihre Marktanteile auf Kosten der Opec ausweiten konnten. Vor zehn Jahren lieferte das Kartell fast zwei Drittel der westlichen Ölproduktion; heute sind es nur noch 40 Prozent. Gleichzeitig sank – bei hohen Preisen – der weltweite Ölverbrauch seit 1978 um zwölf Prozent.

Die Saudis konnten bei dieser Entwicklung nur einen Bruchteil ihrer Lieferkapazität ausnutzen. Ihre Einnahmen fielen von 130 Mrd. Dollar 1981 auf rund 30 Mrd. Dollar. Wachsende Defizite im Außenhandel und im Staatshaushalt haben Riad inzwischen gezwungen, weit über die Hälfte seiner Auslandsguthaben von 150 Mrd. Dollar zu opfern. Ende 1986 werden kaum mehr als 60 Mrd. Dollar verbleiben. Investitionsprogramme und Einfuhren mußten gedrosselt werden. Saudi-Arabien schlitterte in die Rezession.

Im Herbst vergangenen Jahres warf König Fahd deshalb das Steuer herum. Offiziell erstreben die Saudis immer noch Produktionsabsprachen in der Opec und weltweit. In der Praxis suchen sie längst schon eine marktwirtschaftliche Lösung, um bei niedrigeren Preisen wieder an Boden zu gewinnen und die Ölnachfrage anzukurbeln. „Wir müssen langfristig in weltwirtschaftlichen Perspektiven denken, statt nur auf den unmittelbaren Vorteil zu sehen", meint Yamani.

So sollen nun Grenzproduzenten mit hohen Kosten in Amerika und Europa ausgeschaltet werden. Niedrige Preise sollen die Erschließung neuer Vorkommen unrentabel machen. Britische und amerikanische Gesellschaften sind schon dabei, ihre Investitionspläne zu kürzen. Norwegen hat ein Drittel der für 1986 vorgesehenen Investitionen aufgeschoben. Die Rentabilitätsschwelle für neue Nordsee-Projekte liegt bei 15 bis 18 Dollar.

Öl soll anderen Energieträgern gegenüber wieder wettbewerbsfähiger werden. Um diesen Prozeß in Gang zu setzen, bedarf es nach jüngsten Schätzungen eines Preises von etwa 15 Dollar pro Faß – und jedenfalls weniger als 20 Dollar – über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Für Saudi-Arabien wären 15 Dollar „ideal", meint eine Studie der AMEX-Bank in London. Das würde ausreichen, um dem Königreich zu einem größeren Marktanteil und genügend Einnahmen zu verhelfen und wäre gerade noch hoch genug, um auch von den stark verschuldeten Ölländern wie Mexiko verkraftet zu werden.

Riad ist überzeugt, bei dieser Strategie nicht verlieren zu können. Entweder schränken nun die schwächeren Konkurrenten die Erzeugung freiwillig ein, um die Preise zu stützen, oder der Markt erzwingt die Anpassung auf ihre Kosten bei noch niedrigerem Preisniveau. Damit verbindet sich auch die Hoffnung in den neunziger Jahren, wenn sich die Nordsee-Vorkommen erschöpfen, wieder bessere Preise zu erzielen. Wie es zur Zeit aussieht, kann sich Saudi-Arabien für seine neue Strategie durchaus gute Erfolgsaussichten ausrechnen.

AUF EIN WORT



„Zu unserer Gesellschaft gehören nicht nur die, denen es gut geht und die glauben, sich den Verzicht auf weiteren Fortschritt in Wissenschaft und Technik und auf die damit verbundenen Risiken leisten zu können. Zur Gesellschaft gehören auch die vielen Arbeitslosen, deren Hoffnung gerade Wissenschaft und Technik sind."

Prof. Dr. Jan Thesing, Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker, Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Benzinpreis fällt wieder

Bm. **Essen**

Der Versuch der Mineralölwirtschaft, die Preistrichter bei Benzin in einigen Gegenden der Bundesrepublik aufzufüllen, ist offensichtlich im ersten Anlauf gescheitert. Nachdem Aral voranging und die Esso folgte, hat Aral am Montag in Teilen des Ruhrgebietes die Preise um 2 Pfennig je Liter Kraftstoff wieder zurückgenommen. Super kostet jetzt 100,9 statt bis zum Wochenende 102,9 Pfennig. Der Versuch, die Preistrichter vornehmlich in den Ballungsräumen aufzufüllen, wurde damit begründet, daß der Preisnachlaß im März um insgesamt 9 Pfennig je Liter voll zu Lasten der Marge gegangen ist.

TECHNOLOGIE

Deutsche Wirtschaft findet Anschluß an das Weltniveau

A. G. **Bonn**

Die bevorstehende Industriemesse Hannover wird nach Auffassung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber bestätigen, daß deutsche Technologie wieder zur „Weltspitze" zählt. Wie der Minister gestern in Bonn erklärte, seien die steigenden Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) sichtbarer Ausdruck für das Vertrauen in die Zukunft. Nach den bisherigen Schätzungen wurden im vergangenen Jahr etwa 52 Milliarden Mark für diese Zwecke ausgegeben. Das sind etwa 2,8 Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit stehe die Bundesrepublik gemeinsam mit den USA an der Spitze aller Länder.

Die FuE-Aufwendungen der Wirtschaft allein werden für 1985 auf etwa 37 Milliarden Mark geschätzt. Das entspricht gegenüber 1983 einer Steigerung um rund zwölf Prozent. Den größten Anteil an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft haben mit zusammen 84 Prozent nach wie vor die chemische Industrie, der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.

Riesenhuber machte aber auch deutlich, daß einige Bereiche der Spitzentechnologie gegenüber den USA und Japan noch Schwächen aufweisen: so die Datenverarbeitung, die elektronischen Bauelemente, die Nachrichtentechnik und der Büromaschinenbereich. Der Minister empfahl eine Intensivierung des Austausches zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Der relative Rückgang der Technologie-intensiven deutschen Exporte scheine 1984 gestoppt, wenn nicht sogar ins Gegenteil verkehrt worden zu sein.

NIEDERSACHSEN

Wachstum blieb unter dem Bundesdurchschnitt

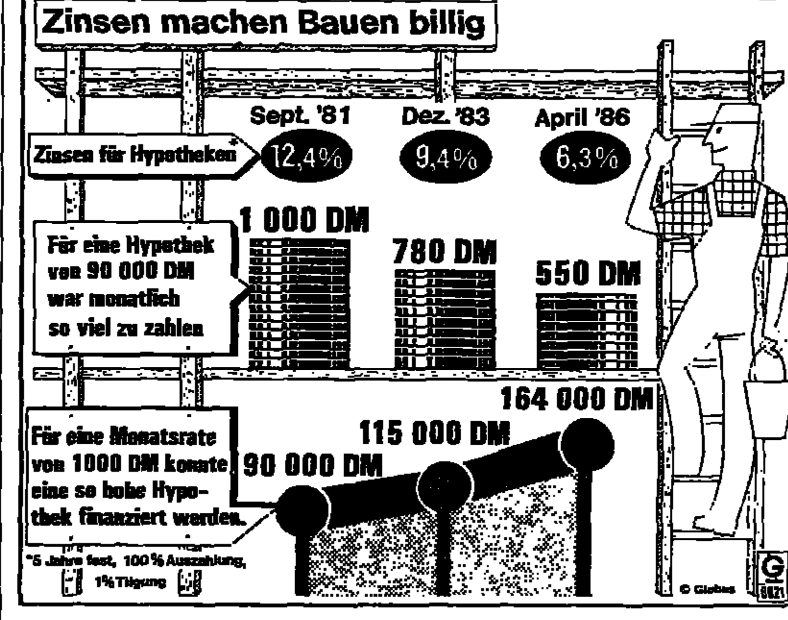
dos, **Hannover**

Das Land Niedersachsen hat 1985 zwar am Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik partizipiert. Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,2 Prozent wurde aber der Durchschnittswert des Bundes (2,4 Prozent) nicht ganz erreicht. Nach Angaben der Norddeutschen Landesbank sind die Gründe dafür in einigen Sonderfaktoren zu sehen, die dem Aufwärtstrend entgegenwirkten.

In ihrer Analyse verweist die Bank auf den „außerordentlich hohen" und seit längerem anhaltenden Kapazitätsabbau in der Mineralölverarbeitung. Ohne den Einfluß dieses Wirtschaftszweiges hätte sich die reale Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen nicht nur um die ausgewiesenen 5,9 Prozent, sondern um 8,6 Prozent erhöht. Nachhaltig beeinflußt wurde das günstige Ergebnis von der positiven Entwicklung der Industrie. Sowohl die Produktion als auch die Ausfuhr von Investitionsgütern erfuhren die stärksten Zuwachsraten. Weiter fortgesetzt hat sich im Berichtsjahr der Anpassungsprozeß in der niedersächsischen Bauwirtschaft. Die Bauproduktion ging erneut stärker zurück als im gesamten Bundesgebiet.

Insgesamt zeichne sich für Niedersachsen im laufenden Jahr eine zum Bundestrend parallele Entwicklung ab. Wegen des anhaltenden Aufwärtstrends in der gesamten Wirtschaft würden die vorhandenen Strukturprobleme in der niedersächsischen Industrie „weniger spürbar", schreibt die Bank. Die Wachstumsdisparitäten des Jahres 1985, die vor allem auf die günstige Entwicklung in den Exportindustrien zurückzuführen waren, seien durch die Belebung der Binnennachfrage weniger deutlich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Es gibt eine Idealkombination für Bauherren: Günstige Preise für Bauland, Preisruhe bei den Bauleistungen und fallende Zinsen für Hypothekendarlehen. Diese Kombinationen sind gegenwärtig nahezu erreicht. Die Baulandpreise sind gefallen, die Baupreise steigen kaum noch, und die Zinsen für Hypothekendarlehen haben sich gegenüber ihrem Höchststand im September 1981 fast halbiert, sie sind auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren zurückgefallen. Die Höhe der Bauzinsen ist für die meisten Bauherren die entscheidende Größe. QUELLE GLOBUS

Bundesbank offeriert neuen Zinstender

Frankfurt (VWD) – Ein neues Wertpapierpensionsgeschäft in Form eines Zinstenders mit einem Mindestbietungssatz von 4,30 Prozent und einer Laufzeit von 35 Tagen offeriert die Deutsche Bundsbank den Kreditinstituten. Wie die Notenbank auf Anfrage weiter mitteilte, müssen die Gebote bis heute 11.00 Uhr abgegeben werden. Die Zuteilung erfolgt am selben Tag. Gutgeschrieben wird der neue Tender am Mittwoch, an dem andere Wertpapierpensionsgeschäfte im Betrag von 16,9 Mrd. DM fällig werden.

Schutz vor Steuerwillkür

Paris (J. Sch.) – Die Franzosen sollen sich gegenüber den Steuerbehörden besser verteidigen können. Zu diesem Zweck will die neue Regierung eine „Charta des Steuerzahlers" ausarbeiten. Das Projekt sieht insbesondere vor, daß bei Steuerverfahren nicht mehr der Angeklagte den Beweis seiner Unschuld zu erbringen hat, sondern daß die Steuerbehörde die Schuld beweisen muß.

Bauschutt verwendbar

Essen (dpa/VWD) – Nur ein Prozent des in der Bundesrepublik anfallenden Bauschutts müßte nach dem heutigen Stand der Technik auf Deponien landen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Ingenieuren der Universität/Gesamthochschule Essen. Von jährlich über 14 Millionen Tonnen Abbruchmaterial – eine Vierteltonne je Einwohner – seien nur die Kunststoffanteile nicht weiterverwertbar. Rund 65 Prozent des Bauschutts könnten nach Ansicht der Fachleute im Straßenbau genutzt werden, weitere 30 Prozent als Füllmaterial in Gruben und Dämmen.

Interesse an Wien

Wien (dpa/VWD) – In Wien wurden in den letzten vier Jahren Industrieansiedlungen mit einem Volumen von 820 Mill. DM registriert. Wie der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mitteilte, liegen deutsche Unternehmen bei den Neuansiedlungen ganz vorne. Während auf deutsche Firmen etwa ein Drittel des in Österreich insgesamt investierten Auslandskapitals entfällt, schätzt der Fonds diesen Anteil in Wien auf 40 bis 50 Prozent.

Belgien senkt Diskontsatz

Brüssel (dpa/vwd) – Die belgische Natinalbank hat als Reaktion auf die Neuordung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) am Montag die Herabsetzung der Leitzinsen um 0,5 Prozent beschlossen. Wie die Zentralbank mitteilte, beträgt der Diskontsatz von Dienstag an 9,25 (bisher 9,75) Prozent und der Lombardsatz 9,75 (10,25) Prozent.

„Baumwollpreise fallen"

Hamburg (dpa/VWD) – Die Weltmarktpreise für Baumwolle, die in den letzten Monaten gestiegen sind, dürften im Verlauf dieses Jahres wieder nachgeben. Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung begründet dies mit zunehmenden Angebotsdruck, der vor allem von den USA ausgehen wird.

Höhere Ölsteuer abgelehnt

Washington (AFP) – Der amerikanische Energieminister John Herrington lehnt eine Erhöhung der Importsteuern für Erdöl ab. Eine entsprechende Erklärung machte Herrington in einer Sendung des amerikanischen NBC-Fernsehens. Der Minister wies damit einen Vorschlag des Gouverneurs von Texas, Mark White, zurück. Minister Herrington dementierte in seiner Fernseherklärung gleichzeitig, daß Vizepräsident George Bush die saudische Führung um eine Drosselung ihrer Ölexporte ersucht habe, um die Ölpreise hochzutreiben.

Knürr amtlich notiert

München (dpa/VWD) – Der erste amtliche Kurs der Vorzugsaktien der Knürr AG, München, betrug gestern an der Münchner Börse 300 DM. Das teilte die Bayerische Vereinsbank mit. Seit Umwandlung des Unternehmens in eine AG im Jahr 1981 waren die Aktien im geregelten Freiverkehr gehandelt worden. Gleichzeitig erhöhte die Gesellschaft ihr Grundkapital von 6,6 auf acht Mill. DM.

INTERNATIONALE ENERGIE-AGENTUR

Der Verbrauch an Schweröl ist weiter zurückgegangen

J. Sch. **Paris**

Die Ölpreis-Baisse hat in erster Linie den Benzinverbrauch beflügelt. Der Schwerölverbrauch dagegen geht weiter zurück. Dies ist dem jüngsten Ölmarktbericht der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zu entnehmen. Die von ihr verfolgte Energiepolitik der fortschreitenden Unabhängigkeit vom Mineralöl scheint damit im industriellen Bereich noch nicht in Frage gestellt zu sein. Hier wirken sich die Investitionen für alternative Energiequellen nach wie vor positiv aus.

Im letzten Jahr war der Ölverbrauch der westlichen Industriestaaten insgesamt um 1,5 Prozent zurückgegangen, dabei der Schwerölverbrauch um 14 Prozent. Für dieses Jahr erwartet die IEA einen Verbrauchsanstieg um 1,2 Prozent auf 34,4 Millionen Faß täglich. Vor einem Monat hatte sie ihn auf erst ein Prozent veranschlagt. Die Revision wird mit dem weiteren Rückgang der Ölpreise begründet.

Der neuen Prognose ist ein Preis von 16 bis 18 Dollar je Faß zugrunde gelegt, was dem Marktstand von Ende März entsprach. Gegenüber dem Vormonat war das etwa 1 Dollar weniger. Im 1. Quartal 1986 ging der Ölverbrauch gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 0,8 Prozent zurück. Unter Ausschluß der Auswirkungen des britischen Bergarbeiterstreiks wäre er aber um fünf Prozent gestiegen, gegenüber 2,3 Prozent im letzten Quartal 1985 und einer zuvor stark rückläufigen Entwicklung.

Das Weltölangebot (ohne Ostblock) vergrößerte sich im 1. Quartal um 0,7 auf 46,1 Millionen Faß täglich, obwohl die Opec nur noch 17,3 (17,6) Millionen Faß bereitstellte.

METALLMÄRKTE / Turbulenzen um den Zinnhandel wirken sich dämpfend aus

Überkapazitäten drücken auf die Preise

adh. **Frankfurt**

Äußerst zurückhaltend hinsichtlich der Bewertung der weiteren Enwicklung an den Metallmärkten gibt sich die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, deren Londoner Tochtergesellschaft Metallgesellschaft Ltd. zu den vier größten Gesellschaften unter den an der Londoner Metal Exchange (LME) operierenden 18 Handelsgesellschaften gehört. Zwar wird erwartet, daß die Metallpreise, wenn die Weltkonjunktur Tritt behält, mittelfristig wieder anziehen werden. In diesem Jahr rechnet aber Vorstandsvorsitzender Dietrich Natus nicht mehr mit einer deutlichen Aufwärtsentwicklung der immer noch gedrückten Preise.

Eine generelle Aufwärtsbewegung werde trotzt der mengenmäßig eigentlich recht guten Niveaus der insgesamt aber stagnierenden Märkte verhindert, da es immer noch überkapazitäten in Bergbau und Verhüttung gebe. Dämpfend wirkten auch die derzeitigen Währungsrelationen, zusätzlich beeinflußten die Turbulenzen um den Zinnhandel die Preise der übrigen Börsenmetalle negativ. Natus erinnert daran, daß sich der Preis von Zink in D-Mark innerhalb der letzten 12 Monaten auf unter 4000 Pfund je Tonne halbiert habe; Nickel, das Hauptlegierungsmetall der Metallgesellschafts-Tochter VDM, entwickelte sich seit Juni 1985 von 17 000 DM je Tonne stetig nach unten und liegt jetzt bei rund 9500 DM je Tonne.

Ausdrücklich betonte Natus, daß das Zinndebakel die Metallgesellschaft nicht so stark treffen werde, wie es angesichts der starken Stellung des Unternehmens an der Londoner Metallbörse eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Denn das Engagement sei noch zu Lebzeiten des Bufferstocks niedrig gehalten worden und man habe in den letzten beiden Jahren ausreichend Reserven gebildet.

Von einer „gewissen Entlastung für die Edelmetallmärkte" spricht die Degussa AG in ihrem jüngsten Marktbericht, obwohl die Zinnkrise noch immer anhalte. Denn die Entscheiung der Londoner Metallbörse, alle offenen Kontrakte Mitte März glattzustellen (zu einem von der Börse festgesetzten Preis) sei ohne die befürchteten Liquiditätsprobleme abgewikkelt worden. Allerdings sehen auch die Beobachter der Degussa die Edelmetallmärkte tendenziell unter Druck. Das derzeit bei Edelmetallen überwiegend etwas höhere Preisniveau als im Vorjahr könne kurzfristig noch nicht als gesichert angesehen werden, heißt es. Bestimmt wird das Geschehen an den Edelmetallmärkten derzeit von der Entwicklung des Rohölpreises ebenso wie von der wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung in den USA.

VOLKSWAGEN

Verkauf von TA nicht bestätigt

VWD, Hamburg

Über Verhandlungen zwischen der Ing. C. Olivetti – Co. SPA, Ivera, und der *Volkswagen* AG, Wolfsburg, über eine mögliche Übernahme der VW-Tochter Triumph-Adler durch den *italienischen Konzern könne keine* verbindliche Auskunft erteilt werden, ist vom Volkswagenwerk zu hören. In der italienischen Presse war berichtet worden, daß Olivetti in Verhandlungen *mit VW über den Erwerb der von* VW gehaltenen Beteiligung von 98,4 Prozent an TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, steht.

Ein VW-Sprecher hatte darauf hingewiesen, daß *es ausgeschlossen sei*, daß ein Verkauf des Aktienpakets bereits beschlossen wurde, da eine solche Entscheidung vom Aufsichtsrat nach Vorschlag des Vorstands zu treffen sei. *Der VW-Aufsichtsrat tritt im* Laufe des April zusammen, um über die Dividendenankündigung zu beraten. VW habe das Engagement bei Triumph-Adler nicht viel Freude bereitet, *insofern* käme der Verkauf dem Konzern sehr gelegen, hieß es bei Beobachtern.

Ölförderung in Norwegen stockt

dpa/VWD/rtr, Oslo/New York

Im Arbeitskonflikt der norwegischen Öl- und Gasindustrie zeichnete sich auch gestern keine Einigung ab. Etwa 1000 bis 1500 Arbeiter sollen von den Bohrinseln an Land geflogen werden. Der Streik, der die norwegische Ölförderung unterbrochen hat, könnte nach Ansicht von US-Exper*ten zu einer Preissteigerung von* über einem Dollar je Barrel (159 Liter) führen. Sollte die norwegische Regierung nicht aktiv in den Arbeitskampf eingreifen, so werde dies als Hinweis *darauf gewertet, daß der Streik einen* Vorwand für die Zusammenarbeit mit den Erdölproduzierenden Ländern (Opec) darstelle, sagte Ölexperte William Randall.

Seit Sonntag früh stockt die gesamte Öl- und Gasförderung in Norwegen, nachdem die Bemühungen *um Schlichtung zur Abwendung* eines drohenden Ölaarbeiterstreiks gescheitert waren. Nach Angaben aus *norwegischen* Regierungskreisen entgehen Norwegen mit jedem Streiktag Einnahmen von 17,8 Mill. Dollar.

FRANKREICH / Balladur verkündet Lockerung der Preis- und Devisenkontrollen – Positive Börsen-Reaktionen

Paris wirbt um Vertrauen für abgewerteten Franc

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zur Absicherung der Franc-Abwertung will *die Regierung in Paris* eine restriktivere Budget- und Kreditpolitik betreiben sowie die Preis- und Devisenkontrolle beträchtlich lockern. Dadurch sollen „echte, gesunde *und dauerhafte Grundlagen" für die* Aufrichtung der französischen Wirtschaft und internationales Vertrauen geschaffen werden, sagte Wirtschaftsminister Balladur. Die internationale *Wettbewerbsfähigkeit* Frankreichs würde sich jetzt verbessern.

Die Pariser Börse reagierte sehr positiv. Die französischen Aktienkurse zogen gestern um 2,6 Prozent an. Der *Franc wurde gegenüber der D-Mark* um nur 3,5 Prozent niedriger notiert als am Donnerstag, was dem Minimum der 5,8prozentigen Abwertungsmarge entsprach.

Mit dem Ziel, das französische Budgetdefizit außerhalb des Schuldendienstes innerhalb der nächsten drei Jahre *auf Null zu reduzieren*, hat die Regierung beschlossen, für dieses Jahr die Staatsausgaben um netto 15 Mrd. Franc zu kürzen. Zu diesem Zweck sollen unter anderem die Beamtengehälter ihrem Gesamtbetrag nach real eingefroren werden. Dage*gen haben die Gewerkschaften* bereits heftig protestiert.

Gleichzeitig will die Regierung die diesjährige Geldmengenvermehrung auf fünf Prozent begrenzen, insbesondere *durch die Halbierung der Geld*aufnahmen des Schatzamtes, das dafür stärker den Kapitalmarkt (Obligationen) in Anspruch nehmen soll.

Gegenüber dem derzeitigen, von der letzten Regierung aufgestellten Ziel von 3,5 Prozent bedeutet das neue Limit nur eine scheinbare Lockerung. Denn die Expansionsrate erreichte zuletzt effektiv an die zehn Prozent. *Das neue Ziel soll im Unter*schied zu bisher sehr „strikt" eingehalten werden. Die dank der Francabwertung möglich werdende Zinssenkungspolitik werde deshalb mit Vorsicht *gehandhabt*.

Die Lockerung der Devisenkontrolle soll vor allem den französischen *Unternehmen erlauben*, „*mit* gleichen Waffen wie ihre ausländischen Konkurrenten zu kämpfen". Insbesondere dürfen sie jetzt ohne Genehmigung im beliebigen Umfang Direktinvestitionen im Ausland durchführen und ausländisches Kapital aufnehmen. Auch brauchen Exporterlöse nicht mehr (zuletzt innerhalb einer Woche) repatriiert werden, während sich die Importeure gegen Kursrisiken durch Termingeschäfte bis zu drei *Monate* absichern dürfen.

Die private Kapitalausfuhr dagegen bleibt grundsätzlich beschränkt, wird nur insofern erleichtert, als sich französische Touristen außer ihrem *bisherigen Freibetrag von 12 000* Franc je Person und Reise bis zu 6000 Franc (zur Zeit 2000 Franc) pro Woche im Ausland durch Kreditkarten beschaffen können. Der Touristenverkehr ist *damit praktisch frei*, aber einer Kapitalflucht bleibt nach wie vor ein Riegel vorgeschoben. Noch offen ist, ob der Markt für ausländische Wertpapiere (Effektendevisen) libera*lisiert wird*.

Auch bei der Preisliberalisierung läßt die Regierung Vorsicht walten. Die Verkaufspreise der Industrie, die noch zu 15 Prozent der behördlichen Kontrolle unterliegen, werden *zwar* bis auf die erstattungsfähigen Arzneimittel und der Bücher freigegeben, ebenso drei Viertel der bisher ausnahmslos blockierten Handelssparten. Dagegen bleiben die Dienstleistungstarife weiter unter Kontrolle.

Für den französischen Lebenshaltungskostenindex bedeutet diese Liberalisierung eine theoretische Bela*stung von etwa einem Prozentpunkt*. Eine weitere Teuerung um einen Punkt entsteht aus der Francabwertung – falls sich die Ölimporte nicht weiter verbilligen. Und schließlich *werden die französischen Agrarpreise* dank der Francabwertung über das EG-Niveau hinaus angehoben werden können. Die Regierung hofft aber, die diesjährige Inflationsrate *trotzdem auf 2,4 Prozent (zuletzt 3,4* Prozent) begrenzen zu können.

Vor allem auch die Unternehmen sind zur Lohn- und Preisdisziplin aufgefordert. Diese Disziplin, so betonte Balladur, werde ihnen durch die Francabwertung erleichtert. Ihre in letzter Zeit vor allem auf dem deutschen Markt stark geschrumpften Gewinnspannen könnten trotz der (teilweisen) Weitergabe des Abwertungseffekts an die Auslandskunden aufgebessert werden.

IWF-TAGUNG / Ringen um mehr Weltbank-Kapital

Entspanntere Schuldenfront

H.-A. SIEBERT, Washington

Beschlüsse, *wie sie vielleicht auf* dem Wirtschaftsgipfel der „Großen Sieben" Anfang Mai in Tokio gefaßt werden, sind nur wirksam, wenn sie allgemeine Zustimmung finden. Zum *Ausloten der Konsensfähigkeit* wünschenswerter Maßnahmen dient besonders die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in dieser Woche in *Washington*.

Den eigentlichen Auftakt bildet heute abend das traditionelle Essen des Zehnerklubs, dem mit der hinzugestoßenen Schweiz die elf wichtigsten westlichen *Industrienationen* angehören. Wenn überhaupt, fallen hier die Vorentscheidungen. Morgen und am Donnerstag tritt dann der Interimsausschuß des IWF zusammen, der aus 22 Finanzministern besteht. Stellvertreter sind die Notenbankchefs derselben Länder. Die Bundesrepublik ist durch Gerhard Stoltenberg und Karl Otto Pöhl vertreten.

Wegen der insgesamt positiven Ausstöße, die von den niedrigeren Zinsen, den gesunkenen Ölpreisen *und der größeren Preisstabilität* ausgehen, kann der Interimsausschuß die weltwirtschaftliche Lageanalyse schneller abhaken. Den USA wird vermutlich eine raschere Haushalts*konsolidierung empfohlen*, während Japan die Wachstumsbremsen lokkern soll. Die deutsche Währungs- und Fiskalpolitik ist zur Zeit unumstritten; nur die Amerikaner dringen weiterhin auf den Abbau *strukturel*ler Hemmnisse.

Wechselkurs-Diskussion

In dem günstigeren globalen Wirtschaftsklima hat die Konfrontation *zweifellos nachgelassen; möglich ist* eine größere Differenzierung in der Schuldenstrategie, zumal da die Baker-Initiative zu fassen beginnt. Neue Kreditfenster werden geöffnet, die eingesetzten Mittel bewirken etwas. Denkbar ist, daß die Minister den Pariser Klub ermuntern, den Schuldner*ländern wieder Ausfuhrkredite* zu gewähren. Als wirklich kritischer Fall gilt eigentlich nur Mexiko, während Brasilien, Argentinien und Venezuela aus dem Gröbsten heraus sind.

Angesichts der erfreulichen Trends wird erwartungsvoll auf die von den USA in Gang gesetzte Diskussion über stabilere Wechselkurse geblickt. Aber James Baker wird kaum den Ton angeben, vielmehr will die amerikanische Delegation, wie ein hoher Beamter der Treasury sagte, „nur zu*hören, um herauszufinden*, was die anderen denken". Und weiter: „Wir sind nach allen Seiten offen; einen bestimmten Dollarkurs oder bestimmte prozentuale Veränderungen *gegenüber anderen Währungen* haben wir nicht im Sinn." Bemerkenswert bleibt jedoch, *daß* in den USA seit dem Wechsel im Schatzamt die politische Bereitschaft besteht, das monetäre System zu ändern. Die Vorbereitung einer Währungskonferenz wird aber mit Sicherheit nicht angeordnet werden.

Zeichen auf Sturm

Am Donnerstag nachmittag und Freitag tagt das Entwicklungskomitee, eine vom IWF und der Weltbank gemeinsam kreierte Ministerrunde. Hier stehen die Zeichen eher auf *Sturm*, da die USA vor den Novemberwahlen keine Entscheidung über eine Kapitalerhöhung bei der Weltbank treffen wollen. Wegen der Kürzungszwänge im eigenen Haushalt *zögern sie auch*, die International Development Association (Ida), die arme Länder mit Billigkrediten versorgt, mit mehr Geld auszustatten.

Nach Schätzungen der Weltbank *muß die achte* Wiederauffüllung der Ida-Kasse mindestens zwölf Mrd. Dollar über drei *Jahre* ausmachen, wovon Amerika *etwa* ein Viertel aufzubringen hätte. Und auch dieser Betrag *würde* nur der sechste Zuweisung entsprechen, da die siebte auf neun Mrd. Dollar gekürzt worden ist.

Die Rechnung der Treasury sieht so aus, daß die Weltbank in den kommenden drei *Geschäftsjahren* jährlich zusätzlich zwei Mrd. Dollar ohne Kapitalaufstockung ausleihen kann, *da „ihre Ressourcen nicht ausgelastet* sind". Indes, die Weltbank hat gerade auch wegen der Baker-Initiative ihr Ausleihevolumen nach oben revidiert: 50 Mrd. Dollar bis 1988, wovon *für Lateinamerika 165 Mrd. Dollar ab*gezweigt würden, und 92 Mrd. Dollar bis 1990. Ohne eine Erhöhung des Kapitals um 40 bis 60 Mrd. Dollar wäre aber schon die erste Phase nicht zu finanzieren.

Vielleicht lenkt James Baker ein, wenn er im Entwicklungsausschuß *Jürgen Warnke und den anderen* Befürwortern einer Kapitalanhebung gegenübersitzt. Denn Bakers Strategie, *wonach* die Schuldnerländer nur durch mehr Wachstum die Finanzkrise überwinden können, läßt sich anders gar nicht verwirklichen.

ITALIEN / Streit um Reform der Sozialversicherung – Eingriffe dringend erforderlich

Rentensystem an der Krisenschwelle

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nachdem auf Parteienebene schon seit Monaten über die Reform der italienischen Sozialversicherung gestritten wird, hat die italienische Zentralbank jetzt alarmierende Zahlen *über den Zustand des Rentensystems* veröffentlicht. Demnach ist die Zahl der Pensionsberechtigten in Italien in den letzten 30 Jahren von vier auf 17 Millionen gestiegen, während die Bevölkerung in der gleichen Zeit nur von 50 auf 56 Millionen zunahm.

Verantwortlich dafür war nicht nur der *Alterungsprozeß der Bevölke*rung, sondern auch die Ausdehnung der staatlichen Pflichtversicherung *auf zahlreiche Berufsklassen, die vor*her nur eine freiwillige Versicherung kannten. Infolge dieser Rentenschwemme stiegen die Jahresausgaben für Pensionszahlungen zwischen *1954* und *1984* von *676 auf 88 000 Mrd.* Lire, das heißt von fünf auf 14,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Wenn *hier keine drastischen Ein*griffe erfolgen, wird den Berechnungen der italienischen *Zentralbank* zufolge, die Ausgabedynamik in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. *Drei Faktoren sorgen dafür, daß* das Rentenvolumen von Jahr zu Jahr anschwillt: der weiter steigende Anteil der Bevölkerung im Rentenalter, die Zunahme der Arbeitsverhältnisse vor allem infolge der *steigenden* Frauenbeschäftigung und die mit den Gehalts- und Lohnsteigerungen verbundene *Erhöhung der* Rentenansprüche.

Diese drei Faktoren werden unter *Zugrundelegung positiver Konjunk*turdaten dazu führen, daß allein im Falle der unselbständig Erwerbstätigen der Anteil des Rentenaufkommens am Bruttoinlandsprodukt von *7,9* Prozent im *Jahre 1984* auf *13,3* Prozent im Jahre 2010 steigen wird. Das heißt, daß der Gesamtanteil der *Renten am Bruttoinlandsprodukt auf* 22 bis 25 Prozent zunehmen könnte.

Die Banca d'Italia hat ausgerechnet, daß ohne Eingriffe das Defizit zum Jahre 2010 von jetzt 2,5 auf 7,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen wird. Gleichzeitig wird sich das Verhältnis zwischen Beschäftig*ten und Rentner auf 1:1 erhöhen*, während es heute noch bei 100:80 liegt.

Um den Kollaps des System zu verhindern, gibt es nach Ansicht der italienischen Zentralbank neben einer stärkeren *Inanspruchnahme* des Staatshaushalts, was als nicht realisierbar gilt, nur noch die Möglichkeit einer Zunahme der Sozialbeiträge, was bis zum Jahre 2010 den heutigen *Anteil* am *Bruttogehalt von rund 35* auf 59 Prozent erhöhen würde. Als dritter Weg bliebe *schließlich* nur eine Reduzierung der Leistungen.

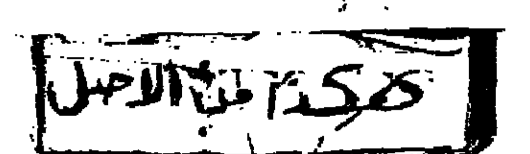
Dazu ist der Untersuchung der Banca d'Italia zufolge sowohl eine *Heraufsetzung des Rentenalters* (heute 55 bei den Frauen und 60 bei den Männern), als auch die Einführung von Höchstgrenzen erforderlich. Außerdem müssen Rentenkumulierungen, wie sie heute häufig sind, stufenweise abgebaut werden.

Höhere Inflation in der Dritten Welt

AP, Washington

Die *Inflation hat im vergangenen* Jahr in den Ländern der Dritten Welt nach dem jüngsten Monatsbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) beträchtlich zugenommen, *während sie in den Industriestaaten* beträchtlich gesunken ist. In den Ländern der Dritten Welt lag die Inflationsrate 1985 bei 49,3 Prozent, was eine Zunahme um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete.

In den 21 Industriestaaten sank sie hingegen in den letzten Jahren stetig; *1982 lag sie bei 7,5*, im vergangenen Jahr bei 4,2 Prozent im Durchschnitt. Die Bundesrepublik gehörte mit einer Rate von 2,2 Prozent zu den Ländern mit den stabilsten Verhältnissen. Spitzenreiter war Japan mit 2,0 Prozent. Die USA verbuchten 3,6 Prozent. Am meisten leidet Lateinamerika *unter der fortschreitenden Geld*entwertung. Sie beschleunigte sich innerhalb des Berichtsjahres um 18,9 Punkte auf 164,2 Prozent. Die höchsten Raten verzeichneten dabei Argentinien mit 672,1, Brasilien mit 227 und Peru mit 163,4 Prozent.



HORTEN

Neue Senkung der Dividende droht

J. G. Düsseldorf

Einen vorerst moderaten Aufstieg aus dem mageren Einzelhandelsjahr 1984 meldet die Horten AG, Düsseldorf, im ersten Rückblick auf 1985/86 (28. 2.) mit einem um 1,2 Prozent auf 2,91 Mrd. DM erhöhten (zuvor um 1,9 Prozent gesunkenen) Umsatz ihrer weiterhin 58 Warenhäuser. Zugleich wurde die Belegschaft auf nun 17 250 (17 630) Vollbeschäftigte gestrafft. Nebst Kooperationspartnern (vor allem die an die Edeka-Gruppe bis 1995 vermieteten Supermärkte), deren Gesamtumsatz weiter auf 750 (775) Mill. DM sank, wurden 3,66 (3,65) Mrd. DM umgesetzt.

Die Erwartung der noch etwa 40 000 Eigentümer von 250 Mill. DM Aktienkapital (gut 50 Prozent BAT-Konzern, knapp 25 Prozent Deutsche Bank/Commerzbank) auf eine zumindest stabile Fortsetzung der im Vorjahr mit Gewinn-Vollausschüttung auf 4 (6) DM gekürzten Dividende wird der Aufsichtsrat auf seiner Bilanzsitzung Anfang Juli aber wohl enttäuschen. Eine Dividendensenkung kündigt der Vorstand (noch verklausiert) damit an, daß die Ergebnisse der beiden Töchter Dogmoch/Ypsilon-Geschenkartikel und Peter Hahn (Modehäuser plus Versandhandel) abermals „nicht zufriedenstellend" ausfielen und nun das positive Warenhaus-Ergebnis „spürbar belasten" werden.

Näheres zu den Problemen dieser beiden Töchter mit gut 150 Mill. DM Gesamtumsatz, bei denen man offensichtlich um schnelle Remedur bemüht ist, wird nicht mitgeteilt. Beredter ist der Vorstand zunächst nur für die auch beim Ertrag im Aufstieg gebliebenen zwei weiteren Diversifikationstöchter: Jacques' Weindepot habe mit 60 (52) Depots, darunter 16 (4) Franchise-Partner, den Umsatz um 18 (8,7) Prozent auf 40 Mill. DM gesteigert; die Touristiktochter wuchs im Reisejahr 1984/85 (31. 10.) um 7,9 (4,1) Prozent auf 93,7 Mill. DM Umsatz.

Restaurant-Flair in den Kantinen

Py. Düsseldorf

Das zur französischen Accor-Gruppe gehörende Gemeinschaftsverpflegungs-Unternehmen RS Catering GmbH, Düsseldorf, sieht die Zeit „herkömmlichen Kantinenessens" als abgelaufen an und will stärker als bisher den Flair des Restaurantbetriebs in die Unternehmen bringen, die ihr von der Größenordnung von 100 bis 2000 Essen pro Tag interessant erscheinen. Das Unternehmen (bisher R.S. Restaurant Service GmbH) hat festgestellt, daß sich die Gemeinschaftsverpflegung über einen externen Gastronomen durchgesetzt hat und will das Wachstum des 1985 um 12 Prozent auf gut 45 Mill. DM gestiegenen Umsatzes 1986/87 weiter beschleunigen.

Nach den Worten des neuen Vorstandsmitglieds von Accor Deutschland und RS Catering-Geschäftsführers Dieter Müller ist RS Catering bundesweit vertreten und bietet eine Dienstleistungspalette von der Zwischenverpflegung bis zum Management-/ Gästecasino. In Deutschland hat die Accor-Gruppe (mit den Hotelketten Novotel, Ibis und Sofitel, der Steakhauskette Churrasco mit 24 Betrieben und 69 Mill. DM Umsatz sowie TR-Menü-Scheck GmbH) einen Umsatz von 290 Mill. DM und einen Gewinn vor Steuern von 10,5 Mill. DM erwirtschaftet.

Mit 1400 Restaurants in Europa ist RS Catering das führende Unternehmen der Branche. Weltweit betreibt die Accor-Gruppe 600 Hotels und 1600 Restaurants in Gemeinschaftsverpflegung und öffentlicher Gastronomie. In 72 Ländern setzten 45 000 Mitarbeiter 1985 rund 3,6 Mrd. DM um.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Helmut Becherer; **Cloppenburg:** Heinz-G. Boch, Straßen-, Erd- u. Brückenbau KG, Cappeln; **Dortmund:** Stockhaus GmbH & Co. Fliesen & Mosaik KG; Stockhaus GmbH; Car Kraftfahrzeugwerkstatt u. -handel GmbH; **Düren:** Stallkamp u. Kraus Kunststofftechnik GmbH, Inden-Pier; **Duisburg:** Alfred Maier, Elektromeister, Oberhausen 12; **Emmendingen:** Breisgau Keramik GmbH, Herbolzheim; **Essen:** System Union Automatisierungstechnik GmbH; Kurt Oelrichs GmbH & Co. KG Eisengießerei u. Maschinenfabrik; **Esslingen:** Betoma Baubetreuungs- u. Planungsges. mbH, Ostfildern 4 – Kemnat; **Frankenberg (Eder):** Erwin Hartmann GmbH, Fabrik f. Arztmöbel, Gemünden/Wohra; **Freudenstadt:** Wolfgang Giesen; **Fürth:** Nachl. d. Johann Krysta, Wilhermsdorf; Anni Jellen, Inh. d. Fa. Josef Jellen, Cadolzburg; **Heilbronn (Neckar):** Nachl. d. Herbert Aurnhammer, Gemmingen; WEIMA Holzmaschinen GmbH, Ilsfeld; **Köln:** Nachl. d. Martin Heinrich Schwenzer; **Merzig:** Autohaus EMKA GmbH u. Co. KG; **München:** Nachl. d. Klaus-Jürgen Werner, Haar; **Wesel:** Nachl. d. Dr. med. Rudolf Wimmar Karl Loose, Dinslaken.

Anschlußkonkurs eröffnet: Betzdorf: Heinrich Walter Breuing, Katzwinkel; **Heidelberg:** Braun KG Spedition GmbH & Co. und Heifu Unternehmensberatung GmbH.

Vergleich eröffnet: Gelsenkirchen: Klaus-Peter Kopreck, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Euskirchen: Imbert Energietechnik GmbH, Weilerswist; Imbert Energietechnik GmbH & Co. KG, Weilerswist; **Heilbronn:** Amos Maschinenbau GmbH & Co., Amos Verwaltungen GmbH u. Amos Landmaschinen GmbH & Co.

METALLGESELLSCHAFT / Nach dreijähriger Pause wieder Dividende – Anspruchsvolles Investitionsprogramm

„Sechs Mark sind noch nicht befriedigend"

INGE ADHAM, Frankfurt

Neues Selbstbewußtsein demonstriert die Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, die mit dem Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) nach dreijähriger Pause mit 6 (zuletzt 4) DM je 50 DM-Aktie die Dividendenzahlung wieder aufnimmt. Daß die Metallgesellschaft wieder auf Wachstum umgeschaltet hat, signalisiert auch das mit 500 Mill. DM anspruchsvolle Investitionsprogramm (wovon in diesem Jahr rund 400 Mill. DM bilanzwirksam werden).

„Der Investitionsschub wird nach den schwierigen letzten Jahren mit Verlusten, mit Bereinigungsmaßnahmen und mit der Konsolidierung der Ertragskraft des Konzerns wieder zur Expansion führen", betonte Vorstandsvorsitzender Dietrich Natus bei der Vorlage des Geschäftsberichts. Er charakterisiert die MG als Gesellschaft, die sehr aufgeschlossen ist, um moderne Formen des Handels, neue Produktionsverfahren, automatische Herstellungsmethoden und neue Produkte zu entwickeln und einzuführen sowie die internationale Zusammenarbeit zu pflegen.

Das angestrebte Wachstum (auch beim Ertrag) soll dort erreicht werden, wo man „Kompetenz und international bewährte moderne Fähigkeiten und Erfahrungen" besitzt. Vor diesem Hintergrund ist auch die Durchforstung von Randtätigkeiten und Minderheitsbeteiligungen zu sehen, wo sich das gebundene Vermögen nicht angemessen verzinse.

Der aus solchen Überlegungen sprechende Aufbruch zu neuen Ufern dokumentiert sich auch in der von der Hauptversammlung am 7. Mai zu beschließenden Schaffung von 25 Mill. DM bedingtem Kapital, das vermutlich noch in diesem Jahr zur Begebung einer Optionsanleihe genutzt werden soll. Daneben sollen wieder 40 Mill. DM genehmigtes Kapital geschaffen werden, nachdem der bisherige Spielraum zum Ende des letzten Geschäftsjahres mit einer Kapitalerhöhung auf 280 (240) Mill. DM ausgenutzt worden war.

Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung im letzten Jahr, das mit einem Ergebnis von 15,03 (14,77) DM je 50 DM-Aktie (nach DVFA) endete und nach den Bereinigungsmaßnahmen der Vorjahre auch erlaubte, das Ergebnis zur Ausschüttung und Rücklagendotierung (15 Mill. DM) zu verwenden, ist es verständlich, daß der auf Ertragswachstum programmierte Vorstand die Metallpreisentwicklung mit Unbehagen sieht.

Es sei aber, so betont Natus, gelungen, die Abhängigkeit von den schnellen Veränderungen der Metallmärkte spürbar zu verringern. „Unsere Handelsbereiche, auch der Chemiebereich, die Verarbeitung, der Transport und die Bank planen anhaltend optimistisch für dieses Jahr", auch Lurgi erwarte bei guten Auftragseingängen (Auftragsbestand derzeit 3,2 Mrd. DM an überwiegend kleineren und mittleren Anlagen, zur Hälfte im Bereich Umweltschutz) einen weiteren Bestandsaufbau. Im Ertrag hinkt der Anlagenbau noch hinter früheren guten Zeiten hinterher, da jetzt Anlagen aus der Schwächephase von vor zwei Jahren zur Abrechnung kommen.

Insgesamt jedoch sind Natus und sein Finanzvorstand Werner Busch überzeugt, daß das „gute Vorjahresergebnis wieder erreicht werden kann".

Natus läßt freilich auch keinen Zweifel daran, daß es darum gehe, die Ertragskraft in allen Bereichen so zu stabilisieren, daß auch in Zeiten ungünstigerer Konjunktur gute Ergebnisse erzielt werden können, „und schließlich sind 6 DM Dividende auch noch nicht befriedigend", unterstreicht Natus, man werde alles tun, um die „Einstiegsdividende" schon für dieses Jahr anzuheben.

Nach den ersten sechs Monaten dieses Geschäftsjahres liegt der Konzern-Weltumsatz bei 6,4 Mrd. DM (plus 5 Prozent); die Produktionskapazitäten seien gut ausgelastet und würden zum Teil erweitert, die Ergebnisse liegen über Vorjahr.

Metallgesellschaft	1984/85	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Welt	14 752	+ 5,2
Konzern	11 207	+ 6,8
dav. Ausland (%)	52	(47)
AG	8 836	+ 5,4
Jahresüberschuß [1]	61	+146,6
in % v. Umsatz	0,55	(0,24)
Cash-flow [2]	279	- 21,4
Sachinvestitionen	190	+ 13,8
Abschreibungen	194	- 32,4
Mitarbeiter	21 384	- 2,7

[1] AG [2] nach Angaben des Unternehmens.

KROMSCHRÖDER / Deutliche Umsatzsteigerung

Mit den Preisen unzufrieden

tl. Bonn

Die seit Dezember 1985 mehrheitlich zur Ruhrgas AG, Essen, gehörende G. Kromschröder AG, Osnabrück, schlägt der am 18. Juni 1986 stattfindenden Hauptversammlung die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 11 DM vor. Damit liegt der Hersteller von Gaszählern und Gassicherheitsgeräten auf Vorjahresniveau.

Für Kromschröder war das Geschäftsjahr 1985 mit einer deutlichen Geschäftsausweitung verbunden. Der Umsatz stieg um 18 Prozent auf 96,2 (81,7) Mill. DM. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 3,09 (2,58) Mill. DM., wovon 0,85 (0,35) Mill. DM zur Stärkung der Eigenkapitalbasis dienen.

Am Umsatzzuwachs waren beide Produktionsbereiche beteiligt. Die Sicherheitsgeräte legten 30 Prozent zu, der Gaszählerumsatz wuchs um 3 Prozent. Der Anteil der Sicherheitsgeräte lag damit bei 59 Prozent vom Gesamtumsatz. Der Exportanteil beider Bereiche stieg auf 35 (33) Prozent vom Umsatz. Den erhöhten Investitionen von 6,2 (5,2) Mill. DM standen Abschreibungen von 4,9 (4) Mill. DM gegenüber. Zum Jahresende waren 732 Mitarbeiter im Unternehmen beschäftigt, 56 mehr als 1984.

Für das Geschäftsjahr 1986 wird mit einer Ausweitung gerechnet, wenn Kromschröder auch die hohen Wachstumsraten des Vorjahres nach eigenen Angaben nicht erreichen wird. Der Umsatz soll die 100 Mill. DM-Marke übersteigen. Das Unternehmen befürchtet allerdings, daß das Ergebnis durch Kostenbelastungen, die aufgrund der derzeitigen schwierigen Preissituation nicht weitergegeben werden können, beeinflußt wird.

Die Zugehörigkeit zum neuen Großaktionär Ruhrgas bietet nach Unternehmensangaben „eine gute Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft des Unternehmens". Im Dezember 1985 hatte die Ruhrgas über die Mainzer Elster AG die Mehrheit der Gasaktivitäten der Gruppe Elster/Kromschröder – zu der noch eine Reihe kleinerer in- und ausländischer Gesellschaften gehört – vom Saint-Gobain-Konzern, Paris, übernommen.

LOUIS LONDON / Verlustreiche Auslands-Engagements

Vergleichsantrag gestellt

nl. Stuttgart

Die auf den Gebieten der Damen- und Kinderoberbekleidung tätige Louis London Moden GmbH & Co., Sindelfingen, hat am Donnerstag beim Amtsgericht Stuttgart Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens gestellt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter wurde der Stuttgarter Rechtsanwalt Hans Ringwald ernannt. Der Vergleichsantrag ist laut Ringwald erforderlich geworden, da das mit den Banken erarbeitete Finanzierungskonzept nicht rechtzeitig zustandegekommen sei. Er gehe davon aus, daß die Firma saniert werden könne, und erwarte, daß in Kürze ein positiver Abschluß der Verhandlungen erzielt werde. Der Geschäftsbetrieb laufe weiter.

Hintergrund der eingetretenen Liquiditätskrise ist, daß sich vor allem verlustreiche Engagements von zwei Produktionsbetrieben in Singapur und Irland „auf die gewohnte Ertragskraft negativ auswirkten". Diese Engagements wurden in den Jahren 1984 und 1985 aufgegeben und abgeschrieben. Die damit verbundenen Produktionsverlagerungen hätten – wie es heißt – in den beiden vergangenen Jahren zu Qualitäts- und Liefereinbußen geführt, wobei außerordentliche Verluste und Liquiditätsabflüsse die Folge gewesen seien.

Das in 1970 von Fritz Konrad Müller gegründete Unternehmen, das in der Bundesrepublik etwa 500 Mitarbeiter beschäftigt, ist mit seiner „jungen Kombinationsmode für trendbewußte Frauen" in eine Art Marktlücke gestoßen und avancierte in relativ kurzer Zeit zu einem der bedeutendsten Damenmode-Anbieter. Zuletzt war für das Geschäftsjahr 1984 ein Umsatz von knapp 280 Mill. DM genannt worden.

Hauptmarke ist nach wie vor „Louis London" mit den Schwerpunkten Strickkleidung und Konfektion. Darüber hinaus sind die Girbaud-Marke „Complements" sowie die hochwertige Kollektion „Chiwitt" im Programm. Ferner werden pro Saison zwei modische Kinderkollektionen erstellt. Der weitaus geringste Teil des Umsatzes stammt aus Eigenproduktion. Die Vorverkäufe für Herbst/Winter 1986 werden mit fast 90 Mill. DM angegeben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wieder 14 Prozent

Stuttgart (nl) – Die Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen, wird für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von unverändert 14 Prozent auf knapp 181 Mill. DM Aktienkapital ausschütten. Das erzielte Ergebnis ermöglichte jedenfalls – wie es in einem Aktionärsbrief heißt – diesen Ausschüttungssatz (HV am 20. 6.). Die Rücklagen sollen wie im Vorjahr nicht dotiert werden. Es wurde ein Jahresüberschuß von 23,2 Mill. DM (minus 10 Prozent) erwirtschaftet. Die nutzbare Stromabgabe war um 5,6 Prozent auf 6,3 Milliarden kWh angestiegen.

Kohlemühlen für China

Düsseldorf (J. G.) – Im Werte von circa 40 Mill. DM hat die Deutsche Babcock Werke AG, Oberhausen, aus China den Auftrag zur Lieferung von weiteren 12 Kohlemühlen für das mit ballastreicher Steinkohle gefeuerte Kraftwerk Shen-Tou erhalten. Auftragsvermittler ist die Prager Firma Skoda-Export. Für das gleiche Kraftwerk lieferte Babcock 1981/82 schon 16 Kohlemühlen kleinerer Bauart.

Neues Erscheinungsbild

Selb (dpa/VWD) – Die Hutschenreuther AG, Selb, nach eigenen Angaben größter europäischer Porzellanhersteller, wird national und international mit einem neuen Erscheinungsbild am Markt auftreten. Wie Vorstandsvorsitzender Roland Dorschner vor Mitarbeitern erläuterte, sollen damit Verbraucher, Handel und Wirtschaft die Zugehörigkeit der insgesamt zehn Hutschenreuther-Marken zur Hutschenreuther AG besser erkennen können. Dorschner umriß die neue Unternehmensstrategie mit qualifiziertem Wachstum, Internationalisierung und Diversifikation. Als konkretes Ziel soll 1990 die 500-Millionen-Umsatzgrenze überschritten werden; 1985 wurden bei einem Plus von gut fünf Prozent 406 Mill. DM Umsatz erzielt.

Marktlücke entdeckt

Rosendahl (hdt) – Der Münsterländischen Molkerei J. Lülf GmbH, Rosendahl, gelang es, Frischmilch und natürlichen Multivitamin-Fruchtsaft im Mischungsverhältnis 50:50 stabil zu einem homogenen Erfrischungsgetränk zu verbinden, das jetzt erstmalig auf dem deutschen und dem benachbarten europäischen Markt angeboten wird. Das neue Fruchtmilchgetränk mit einem sehr hohen Vitamingehalt benötigt keine geschlossene Kühlkette und ist bei normaler Außentemperatur mindestens 6 Monate haltbar. Es kann als gelungenes Beispiel dafür angesehen werden, wie sich ein mittelständisches Familienunternehmen (Umsatz 1984: 105 Mill. DM) mit Innovationen interessante Marktlücken erschließt.

NAMEN

Werner Steingrobe, Geschäftsführer der Diehl GmbH & Co., Nürnberg, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Heinrich Leupoldt, Seniorchef der Pema-Brotfabrik und der Lebkuchenfabrik Heinrich Leupoldt in Weissenstadt im Fichtelgebirge, feiert heute seinen 80. Geburtstag.

Jeß Andersen, Richter am Bundesfinanzhof im IX. Senat, ist zum 31. März auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt worden.

Dieter V. Weng (43) wird Marketing-Direktor Gesundheits- und Haarpflege und International OTC Coordinator der Richardson GmbH, Groß-Gerau. Dr. **Karlheinz Less** (37) wird Plans Group Director „Mundpflege" in Paris. **Rolf-Henning Schon** (44) wird als Marketing-Direktor für die Produktbereiche Mund- und Hautpflege zuständig sein und **Klaus Geldmacher** (43), der als Plans Group Director „Haarpflege und Mundhygiene" nach Paris berufen wurde, wird Leiter der Plans Group.

SEEFAHRT / Maßnahmenbündel der Bundesregierung, um die Situation der Schiffahrtsunternehmen zu verbessern

Die Handelsflotte bekommt eine Chance zum Überleben

Der Verfasser dieses Beitrags ist Ministerialdirektor im Bundesverkehrsministerium und Leiter der Abteilung Seeverkehr. Sein Artikel ist eine Antwort auf die Forderungen, die der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder, Dr. Bernt Kröger, unter dem Titel „Schiffahrt in Not" am 27. März in der WELT erhoben hat.

Von W. HOFFMANN

Verantwortlich für die desolate Situation auf dem Weltschiffahrtsmarkt sind in erster Linie erhebliche, weiter zunehmende Überkapazitäten in allen Bereichen. Diese Lage ist das Ergebnis einer in vielen Teilen der Welt betriebenen Subventionspolitik, die zum Ziel hat, die Beschäftigung der Werften sicherzustellen. Hinzu kommen Subventionspraktiken, die auch zu Kostenvorteilen beim Schiffsbetrieb führen. Versuche, diese Problematik „in den Griff zu bekommen", haben bisher keinen Erfolg gehabt: Einzelstaatliche Maßnahmen sind praktisch wirkungslos – die unterschiedliche schiffahrtspolitische Interessenlage der am Seeverkehr beteiligten Staaten hat bisher ein gemeinsames Handeln unmöglich gemacht. Fazit: Man wird damit leben – gleichzeitig aber auch überleben müssen!

Die Frage ist berechtigt: Wie überleben? Dazu sind in erster Linie unternehmerische Entscheidungen gefordert: Bessere qualifizierte Leistung, marktgerechte Angebote, Kostensenkung. Aber: Wo Maßnahmen anderer Staaten den Wettbewerb so verfälschen, daß die Schiffahrtsunternehmen sich mit kommerziellen Mitteln nicht erfolgreich wehren können, ist staatliches Handeln geboten. Die schiffahrtspolitische Zielvorstellung lautet daher: Die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß privatwirtschaftlich betriebene deutsche Schiffahrtsunternehmen erfolgreich am Markt tätig sein können. Das bedarf der Konkretisierung: Was wurde und was wird getan?

- Zum Ausgleich strukturbedingter Kostennachteile werden seit 1983 wieder Finanzbeiträge an deutsche Seeschiffahrtsunternehmen gezahlt. 1986 und 1987 stehen je 80 Mill. DM zur Verfügung – das bedeutet für ein Schiff mittlerer Größe (rund 9300 tdw) 178 000 DM.
- Zur Förderung von Neu- und Umbauten zahlt der Bund 1986, wie in den Vorjahren, 250 Mill. DM; Neubauten werden mit 12,5 Prozent, Großumbauten seit diesem Jahr mit 20 Prozent gefördert. Das dient der Modernisierung der Flotte. Unsere Handelsflotte ist daher eine der modernsten und leistungsfähigsten der Welt (zur Zeit sind 65 Prozent der deutschen Flotte jünger als zehn Jahre – Weltdurchschnitt 45 Prozent).
- Nach der Ermäßigung der ertragsunabhängigen Steuern 1983/84, die auch den Schiffahrtsunternehmen zugute kam, wird nach Abschluß eines Steuerbelastungsvergleichs geprüft, ob weitere Maßnahmen zur Entlastung der deutschen Reedereien möglich sind.
- Die lange kontrovers diskutierte neue Schiffsbesetzungsverordnung von 1984 ermöglicht den Reedern Flexibilität und damit Kosteneinsparungen, ohne Beeinträchtigung des hohen Sicherheitsstandards deutscher Schiffe.
- Die Entwicklung eines „Schiffes der Zukunft" wurde mit Bundesmitteln in Höhe von 40 Mill. DM gefördert. Die ersten danach konzipierten Neubauten befinden sich in Fahrt und haben weltweit Beachtung gefunden. Sie bringen erhebliche Kosteneinsparungen.
- Wir streben eine Vereinfachung der technischen Schiffskontrollen durch eine Zusammenfassung der Kontrollmaßnahmen bei der See-Berufsgenossenschaft bzw. beim Germanischen Lloyd an. Erhebliche Kosteneinsparungen könnten dadurch erreicht werden. Hierzu ist jedoch die Zustimmung der Bundesländer, die Zuständigkeiten aufgeben müßten, notwendig.
- Mit dem UN-Verhaltenskodex für Linienkonferenzen konnten weitergehenden protektionistischen Tendenzen, insbesondere der Entwicklungsländer, Einhalt geboten werden. Der Kodex sieht vor, daß ein angemessener Ladungsanteil zur Disposition der Schiffe aus den Industriestaaten steht.
- Zusammen mit anderen europäischen Staaten haben wir angemessene Maßnahmen eingeleitet, um marktwidrigen Praktiken von Staatshandelsländern begegnen zu können.
- In der EG unterstützten wir nachdrücklich die Verabschiedung von Vorschriften, die einerseits einen gemeinsamen Schiffahrtsmarkt schaffen, andererseits aber auch gemeinsame Maßnahmen der EG-Staaten gegen Dumping-Praktiken und Flaggenprotektionismus beinhalten. Mit der Verabschiedung ist demnächst zu rechnen.

Man wird zugeben müssen: ein ganzes Paket von Maßnahmen, um die Situation deutscher Seeschiffahrtsunternehmen zu verbessern. Eine gesetzliche oder administrative Ladungslenkung, wie sie gelegentlich gefordert wird, ist aus rechtlichen und wirtschaftspolitischen Gründen nicht möglich. Gegenreaktionen betroffener Staaten würden uns als exportabhängiges Land – und damit auch unsere Schiffahrt – nachhaltig treffen. Trotz aller schiffahrtspolitischer Aktivitäten gilt: Schiffahrt war und ist ein unternehmerisches Risiko. Die deutschen Seeschiffahrtsunternehmen können sich jedoch darauf verlassen: Es werden auch künftig alle notwendigen staatlichen Maßnahmen ergriffen, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß der Bundesrepublik Deutschland eine angemessene Handelsflotte erhalten bleibt.

STOCKMEYER

In Teilmärkten die Nummer eins

hdt. Sassenberg

Mit einem Gesamtumsatz von 438 Mill. DM im Geschäftsjahr 1985/86 (31. 1.) gehört die Stockmeyer-Gruppe, Sassenberg-Füchtorf, nicht nur zu den führenden Anbietern von Fleisch- und Wurstwaren, sondern konnte sich auch in Teilbereichen als die Nummer eins etablieren. Das trifft laut Marktuntersuchung beispielsweise für SB-verpackte Markenware zu, wo ein bundesweiter Marktanteil von fast 14 Prozent festgestellt wurde.

Die Spitzenposition nimmt das Unternehmen ebenfalls im wachsenden Teewurst-Markt ein, wesentliche Erfolge wurden in letzter Zeit auch mit einem neuen Sortiment fettreduzierter Produkte erzielt, das vom ungebrochenen Gesundheitsbewußtsein der Verbraucher profitiert. „Unser Ziel ist und bleibt, für Fleisch- und Wurstwaren generell die Nummer eins in der Bundesrepublik zu werden", lautet die ehrgeizige Devise von Peter zur Mühlen, für Marketing und Vertrieb zuständiges Vorstandsmitglied des westfälischen Familienunternehmens.

BAUMA 86 / Durch Ölpreisverfall drohen der Branche Turbulenzen im Export – Günstigere Bürgschaften gefordert

Für Baumaschinenindustrie stimmen die Daten

DANKWARD SEITZ, München

*Die deutsche Bau- und Baustoff*maschinenindustrie hat vor dem Hintergrund, daß sie schon 1985 trotz eines kräftigen Rückgangs der Bauinvestitionen um real 6,2 Prozent in der Bundesrepublik ihren Inlandsumsatz erstmals wieder um real 3,2 Prozent auf fast 3,1 Mrd. DM steigern konnte, nun allen Grund, der kommenden Zeit zuversichtlich entgegenzusehen. Diese Ansicht vertrat Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider anläßlich der Eröffnung der 21. Internationalen Fachmesse Bauma 86 in München (7.–13. 4.). Nach dem bemerkenswerten Strukturwandel, den die Branche in den letzten 15 Jahren durchmachen mußte, deute jetzt alles darauf hin, daß sie sich auch künftig behaupten und sogar neue Dynamik entwickeln wird.

Zum einen seien die weltwirtschaftlichen Rahmendaten für die Baumaschinen-Industrie, die inzwischen mit gut 5,6 Mrd. DM über 80 Prozent ihres Umsatzes im Ausland erzielt, nach wie vor günstig. Kein Problem dürfte da die DM-Aufwertung nach der jüngsten Neuordnung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) bereiten. Ebenso werde die Branche auch im Inland von der allgemein positiven Konjunkturentwicklung profitieren können, selbst wenn sich die sehr unterschiedlichen Tendenzen in den einzelnen Baubereichen 1986 noch fortsetzen werden. Insgesamt sei aber mit einer Zunahme der Bauinvestitionen zu rechnen.

Besondere Impulse werden im laufenden Jahr, so Schneider, vom Wirtschaftsbau ausgehen. Und auch im öffentlichen Bau zeichne sich eine positive Entwicklung ab. Immerhin hätten die Kommunen für 1986 knapp 26 Mrd. DM (plus 4,5 Prozent) für Baumaßnahmen veranschlagt. Eine Schwachstelle bleibe aber der Wohnungsbau. Mit staatlichen Eingriffen diesen Nachfrageausfall kompensieren zu wollen, bezeichnete Schneider als „verantwortungslos". Denn der *Rückgang der Wohnungsbaunachfrage* sei keine Folge politischer Fehler, sondern ein Zeichen der Normalisierung.

Zweifel am Ende des „tiefgreifendsten Anpassungsprozesses" in der Bauwirtschaft seit Kriegsende äußerte der Präsident der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion. Mit einer nachhaltigen Besserung der Lage könne auch 1986 nicht gerechnet werden, selbst wenn nun „am Horizont *das rettende Ufer allmählich in Sicht* kommt". Doch unter den Baumaschinen-Ausstellern konnte auch Herion Hoffnung verbreiten. Viele Bauhöfe stünden inzwischen aufgrund der Investitionszurückhaltung in den letzten Jahren voll mit überaltertem Baugerät. Nun sei die Zeit für einen „vorsichtigen Neubeginn und für Ersatz*investitionen*" im Baugewerbe gekommen.

So gibt es denn für die Bau- und Baustoffmaschinen-Industrie auch keinen Grund zum Klagen, nachdem es ihr schon 1985 gelungen ist, erstmals seit 1980 wieder ein reales Produktionswachstum von 10 Prozent auf fast 7 Mrd. DM zu erzielen. Im *Inland kann sie für 1986 nach den* Worten des Vorsitzenden der zuständigen Fachgemeinschaft im VDMA, Peter Jungen, schon jetzt mit einem Wachstum von etwa 10 Prozent rechnen. Insgesamt dürfte dies dann „unter Abwägung aller Chancen und Risiken" zu einem Produktionsanstieg von bis zu 5 Prozent führen.

Dies bedeutet für die Branche, so Jungen, jedoch „keine Verschnaufpause". Vor allem aus dem Preisverfall beim Rohöl und vielen anderen Rohstoffen drohten nämlich erhebliche Turbulenzen im Export. Schon in den letzten Jahren hätte der Kaufkraftverlust in den Opec-Staaten die Ausfuhren in diese Länder von einst mehr als 2 Mrd. DM (1982) auf etwa 700 Mill. DM in 1985 sinken lassen. Und diese Entwicklung werde sich *nun noch verstärkt fortsetzen. Ähnli*ches drohe jetzt auch im Geschäft mit der UdSSR.

In diesem Zusammenhang forderte Jungen die Bundesregierung und die Banken auf, ihre Länder-Plafonds für beispielsweise die Türkei, Indien, Pakistan und Brasilien zu erhöhen. Die Vergabe von Hermes-Bürgschaf*ten sollte flexibler gehandhabt* und die Gebühren dafür ermäßigt werden. Die Baumaschinen-Industrie stehe sonst vor der Situation, bestimmte Märkte nicht mehr bedienen zu können.

RAIFFEISEN-WAREN-ZENTRALE RHEINLAND

Ergebnis nicht befriedigend

Py. Köln

Die strukturellen Ungleichgewichte auf den Agrarmärkten und die wachsenden Haushaltsprobleme in der EG lassen nach Ansicht der Raiffeisen-Waren-Zentrale Rheinland EG, (RWZ), Köln, erwarten, daß eine restriktive Preispolitik die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe und der nachgelagerten Handelsstufen vor neue Anpassungszwänge stellt.

Bei sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Sparten des Geschäfts hat sich 1985 der RWZ-Umsatz um 4,8 Prozent auf rund 1,28 Mrd. DM erhöht, wobei der Marktanteil etwa dem der bayerischen BayWa mit einem Umsatz von 5,6 Mrd. DM entspricht. Dem Bezugs*umsatz von 954 (951) Mill. DM stand* ein auf 305 (371) Mill. DM gesunkenes Absatzvolumen gegenüber.

Obwohl die Bezugsmengen um 9,6 Prozent auf 1,7 Mill. t wuchsen, wurde der Umsatz hier nur knapp erreicht, was Wilhelm Brück, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands, mit dem in wichtigen Bereichen des klassischen *Agrar-Bezugsgeschäfts* gesunkenen Preisniveau begründet. Für 1986 erwartet Brück beim Men*genwachstum von 5,5 Prozent* eine Umsatzsteigerung auf 1,3 Mrd. DM.

Obwohl in allen Bereichen – mit Ausnahme des belastenden Mineralölgeschäfts – „schwarze Zahlen" geschrieben wurden, gesteht Brück offen Unzufriedenheit mit dem Gesamtergebnis ein. Bei einem Reingewinn von 0,7 Mill. DM und einer Wa*renrückvergütung in fast gleicher Hö*he auf das Bezugsgeschäft, die zwei Jahre ausgefallen war, sei die Mindest-Zielrendite von 0,1 Prozent (nach Steuern), also 1,3 Mill. DM zuzüglich Warenrückvergütung, noch nicht erreicht.

Bis 1987 soll sich dieses Ziel allen anderen Maßnahmen, auch der Kostenentwicklung, unterordnen. 1985 wurden 7,5 Mill. DM investiert und aus Abschreibungen finanziert, für 1986 sind 17,5 Mill. DM eingeplant – für den Neubau des Verwaltungsgebäudes der in den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Koblenz und Trier sowie im Saarland tätigen RWZ und für die Erweiterung der Getreide*lager-Kapazitäten*.

S. T. Dupont will in den Fachhandel

dpa/VWD, Hannover/Paris

Die Pariser S. T. Dupont, Hersteller exklusiver Accessoires wie Feuerzeuge, Schreibgeräte, Uhren, Lederartikel und Seidentextilien, will ihre Schreibgeräte in der Bundesrepublik künftig über den Schreibwaren-Fachhandel vertreiben. Bisher wurden die Schreibgeräte überwiegend in Juwelierläden verkauft, sagte der neue Geschäftsführer der S. T. Dupont Deutschland GmbH, Köln, Gerd U. Radtke, in Hannover. Dadurch könne bereits im Geschäftsjahr 1986/87 (30. 9.) der Umsatz von Schreibgeräten verdoppelt werden.

Vom Gesamtumsatz von 20 Mill. DM bei Dupont Deutschland entfallen bisher auf Feuerzeuge über 80 Prozent, auf Schreibgeräte zwölf Prozent. Dupont, Tochtergesellschaft der amerikanischen Gillette Co., setzte 1984/85 weltweit umgerechnet rund 165 Mill. DM um. Einschließlich der Töchter *im Ausland* werden *rund* 1000 Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich „Luxusfeuerzeuge" sei Dupont mit einem geschätzten Anteil von 60 Prozent weltweit Marktführer.

DEUTSCHE BANK BERLIN / Wertpapiererträge verbesserten das Ergebnis

Rege Nachfrage nach Baukrediten

tb. Berlin

Bei der Deutschen Bank Berlin AG hat sich das Geschäftsjahr 1986 erfreulich angelassen. Das teilte der Vorstand gestern vor Journalisten in Berlin mit. Mit dem abgelaufenen Jahr ist die Verwaltung dieser hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank sehr zufrieden. Die Vorgaben wurden in allen Geschäftssparten erreicht, teilweise sogar überschritten.

Zwar nahm die Bilanzsumme um 3,3 Prozent auf 7,23 (Vorjahr: 7,47) Mrd. DM ab. Dieser Rückgang ist jedoch auf eine Zurückhaltung im Interbankengeschäft und eine Reduzierung der Geldanlagen in Schuldschei*nen und anderen Namenspapieren* zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich dagegen im Jahresdurchschnitt durch den verstärkten Zufluß von Kundengeldern und eine höhere Kreditnachfrage der Privat- und Firmenkundschaft um fast fünf Prozent.

Die Kundenforderungen stiegen um 50 Mill. DM auf 3,65 Mill. DM, wobei die langfristigen Ausleihungen – mit einem Zuwachs von 16,8 Prozent – das größte Plus aufwiesen. Als wiederum rege bezeichnet die Bank die Nachfrage nach Baufinanzierungen. Das Volumen der Ausleihungen stieg um zwölf Prozent auf 1,33 Mrd. DM. Die Zuwachsraten ergaben sich vor allem aus Finanzierungen für den Erwerb älterer Objekte sowie für Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten. Bevorzugt waren – bedingt durch das niedrige Zinsniveau – längerfristige Zinsfestschreibungen. Insgesamt lag das Kreditvolumen der Bank wegen der Reduzierung von Schuldscheinen mit 4,34 (4,75) Mrd. DM um 8,5 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Das Spargeschäft entwickelte sich nach Angaben der Bank mit plus fünf Prozent günstiger als im Vorjahr. Die Spareinlagen erhöhten sich auf 2,25 (2,14) Mrd. DM. Wegen des Interesses an zinsgünstigen Anlagealternativen und der Bedeutung der langfristigen Spareinlagen für die Refinanzierung des Aktiengeschäfts hat die Bank das Angebot an längerfristigen Sparformen um das Festzinssparen und einen abgezinsten Sparbrief mit zehn Jahren Laufzeit erweitert. Insgesamt nahmen die Kundenverbindlichkeiten auf 4,66 (4,52) Mrd. DM zu.

Der Zinsüberschuß stieg bei leicht verringerter Zinsmarge (3,64 nach 3,77 Prozent) weiter leicht auf 256,9 (253,8) Mill. DM. Die Provisionen erreichten einen Überschuß von 59,1 (44,8) Mill. DM. Das Betriebsergebnis stieg durch die hohe Zunahme des Ertrags aus dem Wertpapiergeschäft und den mehr als verdoppelten Eigenhandelsgewinnen um fast 22 Prozent.

Es wird ein Jahresüberschuß von 120 (56) Mill. DM ausgewiesen. Daraus wurden den offenen Rücklagen 100 (40) Mill. DM zugeführt. Außerdem wird wieder eine Dividende auf das inzwischen um 20 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln auf 100 Mill DM erhöhte Kapital ausgeschüttet.

Bausparen bei den Jüngeren beliebt

geo. Kiel

Die Landesbausparkasse Schleswig-Holstein konnte 1985 mit einem Abschluß von rund 26 500 neuen Verträgen (minus 2,2 Prozent) ihr Vorjahresergebnis nicht erreichen. Das Volumen der Bausparsumme stieg allerdings um 0,2 Prozent auf 793,1 Mill. DM. Der Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, Kurt Tanneberger, kommentierte die Entwicklung als Konsolidierung auf „hohem Niveau".

Wie bei der Vorlage der Bilanz 85 erklärt wurde, nimmt die Attraktivität des Bausparens vor allem in der jüngeren Generation unter 30 zu. Gemessen an der Zahl der Verträge und der Bausparsumme steigerte diese Gruppe ihren Anteil um bis zu drei Prozent.

Bei der Verwendung der Gelder standen Modernisierungen und Instandsetzungen im Vordergrund, während der Erwerb von Bauland, der Neubau und Hauskauf sanken. Insgesamt bewilligte die LBS mehr als 13 000 Kredite, 6,2 Prozent weniger als 1984. Das Volumen sank um 9,6 Prozent auf rund 359 Mill. DM.

WESTLB / Repräsentanz in Peking eröffnet

Türöffner für deutsche Firmen

cd. Peking

Als Servicecenter und Lobby für deutsche Unternehmen versteht sich die Repräsentanz der WestLB in Peking, die jetzt mit einem für Auslandsfirmen in Peking beachtlichen Pomp im Beisein von drei Vorstandsmitgliedern und des nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Karl-Josef Denzer sowie des Wirtschafts*ministers Prof. Reimut Jochimsen* eröffnet wurde.

Die Vertretung, die wie auch die der anderen vier deutschen und 68 anderen ausländischen Bankrepräsentanzen keine eigenen Bankgeschäfte im Land der Mitte betreiben darf – die laufen bei der WestLB weiter über Hongkong – will vor allem Kontakte für mittelständische Firmen Nordrhein-Westfalens, das am deutschen China-Export einen Anteil von mehr als 40 Prozent hat, in China anknüpfen. Hier sehen Jochimsen und Landesbankchef Friedel Neuber dank der jetzt gerade vom Volkskongreß bestätigten Fortsetzung des Wirtschaftsreformkurses mit einigen marktwirtschaftlichen Elementen Chancen für deutsche Unternehmen; dies nicht zuletzt, weil die Chinesen nicht allein auf Aktivitäten der Japaner und Amerikaner angewiesen sein wollen.

China ist, wie Jochimsen und Neuber betonten, besonders an der Verstärkung eigener Exporte in die Bundesrepublik interessiert und an Joint ventures bei Projekten, die für den Export in Drittländer produzieren und die technisches Know how ins Land bringen.

Die beiden Wirtschaftsexperten warnen *zugleich* vor übertriebenen kurzfristigen Hoffnungen auf eine Öffnung des chinesichen Marktes im Zuge der Wirtschaftsreformen. Die WestLB will über ihre Peking-Repräsentanz nicht nur ihre Aktivitäten in der Außenhandelsfinanzierung ausbauen, sondern auch die Projektfinanzierung und internationale Finanzierungen. Ferner ist „Entwicklungshilfe" bei der Verbesserung des chinesischen Finanzwesens geplant.

Verlustquelle Kaiserhof verkauft

dos, Hannover

Die Brauerei Wülfel AG, Hannover, die im Geschäftsjahr 1984/84 (30. 9.) *einen Jahresfehlbetrag von 1,46 (0,81)* Mill. DM und einen Bilanzverlust von 2,4 (0,78) Mill. DM hinnehmen mußte, hat die wesentliche Verlustquelle der vergangenen Jahre, die Vertriebstochter Kaiserhof GmbH, an die Bierverleger-Gruppe Nagel in Elze verkauft. Wülfel-Vorstand Wolfgang Hentschke weist darauf hin, daß im *Rahmen einer Mengenabnahme*verpflichtung Kaiserhof auch künftig Wülfel-Bier vertreiben wird.

Weil jetzt auch die Strukturveränderungen in der Brauerei abgeschlossen sind – die Belegschaft wurde 1984/85 um 45 auf 140 Mitarbeiter abgebaut –, ist Hentschke zuversichtlich, endgültig „Tritt zu fassen". Sowohl beim Ausstoß (plus sieben Prozent) als auch ertragsmäßig sei in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres eine deutliche Besserung zu beobachten. Der Ausgleich des Verlustvortrags werde allerdings noch nicht möglich sein. Im Jahre 1984/85 ging der Absatz der Brauerei um 7,4 Prozent zurück. Der Umsatz verringerte sich auf 31,1 (33,4) Mill. DM. Vom ausgewiesenen Verlust entfielen 0,88 Mill. DM auf Kaiserhof.

ÖFFENTLICHE BRAUNSCHWEIG / Stetiges Wachstum

Günstiger Schadenverlauf

dos, Braunschweig

Ein insgesamt günstiger Schaden*verlauf und kontinuierlich* weitergewachsene Beitragseinahmen kennzeichneten das Geschäft der Öffentlichen Versicherung Braunschweig im Jahre 1985. Nach Angaben des Vorstands erhöhte sich die Beitragseinnahme innerhalb der Gruppe (Landes-Brandversicherungsanstalt, Öffentliche Leben und Öffentliche Sach) um *4,1 Prozent* auf 297 (286) Mill. DM. Die Kapitalanlagen wuchsen um acht Prozent und überschritten erstmals die Milliarden-Grenze; die Erträge daraus nahmen um 8,9 Prozent auf 81,3 Mill. DM zu.

Bei der Landes-Brandversicherungsanstalt ergab sich eine Steigerung der Beitragseinahme um 2,4 Prozent auf 25,1 Mill. DM im selbst abgeschlossenen Geschäft. Die Schadenaufwendungen nahmen auf 16,1 (8,7) Mill. DM *zu*. Dadurch stieg die Bruttoschadenquote auf 64 (38) Prozent. Dennoch schloß das Versicherungsgeschäft positiv ab. Hinzu kommt ein „ansehnlicher Überschuß" im Allgemeinen Geschäft.

In der Lebensversicherung wurden 4746 Verträge mit einer Summe von 230 Mill. DM neu abgeschlossen. Der Bestand erhöhte sich nach der Stückzahl um 0,7 Prozent und nach der Summe um 7,7 Prozent auf 1,8 (1,67) Mrd. DM. Die Beitragseinnahme erreichte 65,3 (67,4) Mill. DM. Der Vorstand rechnet in dieser Sparte wieder mit einem hohen Überschuß (1984: 28,7 Mill. DM).

Die Beitragseinnahme der Sachversicherung stieg im selbst abgeschlossenen Geschäft um 7,1 Prozent auf 197 Mill. DM. Davon entfielen auf die Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung 158 Mill. DM (plus 6,9 Prozent). Der Schadenverlauf in der Autoversicherung war durch einen deutlichen Rückgang der Unfälle mit Personenschäden gekennzeichnet.

In den anderen Zweigen der Sachversicherung war der Schadenverlauf uneinheitlich. Einer starken Abnahme der Schadenbelastung in der *Sturmversicherung stehen erhöhte* Aufwendungen in der Feuer- und in der Leitungswasserversicherung gegenüber. Insgesamt spricht aber der Vorstand der Öffentlichen Braunschweig von einer „erträglichen Schadenentwicklung" und einem wiederum guten Ergebnis.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Belebung des Geschäfts seit der Funkausstellung

Trendwende zum Positiven erhofft

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutsche Unterhaltungselektronik, seit Jahren gebeutelter Wirtschaftszweig mit nun noch etwa 58 000 (1984: 62 000) Beschäftigten, verspricht sich von 1986 einmal mehr eine „Trendwende zum Positiven", so die ZVEI-nahe Gesellschaft zur Förderung der Unterhaltungselektronik. Ihre Hoffnung auf „bescheidenes Wachstum" gründet die Branche auf das Wachstum des privaten Verbrauchs und den Abbau *der eigenen* Lagerbestände (auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren), mit dem der Druck des Überangebots auf die Preise zumindest eingeschränkt wurde.

Zusätzliche Impulse erhofft man sich von der technischen Entwicklung vor allem in zwei Produktbereichen: Der Compact-Disc-Spieler, schon 1985 einer der wenigen Lichtblicke in der unterhaltungselektronischen Landschaft, soll weiteren Aufwind bringen. Auch die neue Farbfernsehgeräte-Generation (mit fla*chem Rechteck-Bildschirm*) hat sich – sogar mit gelegentlichen Lieferengpässen – bereits gut eingeführt. Die Aussicht aufs Satellitenfernsehen verheißt hier zusätzlichen Umsatz; Geräte mit digitaler Signalverarbeitung, die auch für den Empfang solcher Programme vorbereitet sind, erfreuen sich größerer Beliebtheit.

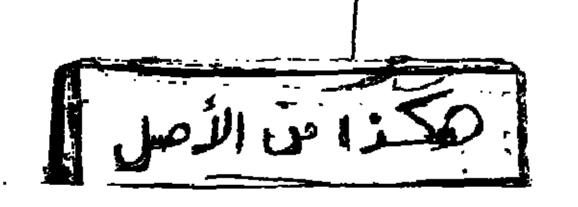
Die leichte Belebung hat sich bereits 1985 abgezeichnet, allerdings erst im letzten Viertel. Daß die Geschäfte sich nach der Berliner Funkausstellung im September „besser als erwartet" entwickelten, konnte den Einbruch der ersten Jahreshälfte („ . . . durch spürbare Kaufzurückhaltung gekennzeichnet") nur teilweise kompensieren. Der Umsatz am In*landsmarkt – darin enthalten auch* die Importe, wesentlich aus Fernost – ging im Gesamtjahr um knapp 3 Prozent auf 14,1 (14,5) Mrd. DM zurück.

Spitzenreiter blieben die Farbfernsehgeräte mit einem Gesamtumsatz von 3,7 (3,8) Mrd. DM. Bei einer Marktsättigung von 86 Prozent der Haushalte – jeder sechste davon besitzt sogar mehr als ein Fernsehgerät – ging der Absatz um fünf Prozent auf 2,81 (2,96) Mill. Einheiten zurück. Davon waren 400 000 Geräte für den Videotext- und 15 000 für den Bildschirmtext-Empfang ausgerüstet.

Selbst das weitaus jüngere Produkt Videorekorder blieb vom festen Griff des Verbrauchers ums Portemonnaie nicht verschont. Bei einer Marktsättigung von erst 28,5 (23) Prozent schrumpfte der Absatz auch hier um 5 Prozent auf 1,46 (1,54) Mill. Geräte. Der gleichzeitige Umsatzrückgang um 7 Prozent auf 2,7 (2,9) Mrd. DM macht die Preisentwicklung nur ungenügend deutlich – streckenweise kam es zu regelrechten Einbrüchen. Sie sind eine wesentliche Ursache für die anhaltenden Ertragssorgen.

Mit einer Umsatzeinbuße um knapp vier Prozent auf ebenfalls 2,7 (2,8) Mrd. DM hat der HiFi-Bereich seinen Rückfall auf den dritten Platz (nach *Video*) der Unterhaltungselektronik wieder wettgemacht. Bei hoher Marktsättigung – drei von vier Haushalten haben eine Stereoanlage – zeichnet sich jetzt die zweite Ausstattungsrunde ab, in der Höherwertiges gefragt ist. Wachstumsträger waren zudem die Compact-Disc-Spieler, deren Absatz sich auf 260 000 (130 000) glattweg verdoppelte. Freilich zeichnet sich auch bei ihnen inzwischen ein rasanter Preisverfall ab.

Gut lief auch das Geschäft mit Autoradios. 4,3 (4,1) Mill. Stück von ihnen *wurden für 1,9 (1,8) Mrd. DM* an den Mann gebracht. Ungebrochen flott verkaufte sich auch die „Henkelware" (Kleingeräte, überwiegend in günstigen Preislagen): Für wieder 8,5 Mill. Einheiten gaben die Verbraucher 1,35 (1,4) Mrd. DM aus.



Auf der Hut

hg – Wehret den Anfängen – nach dieser Devise hat die schweizerische Swatch AG in Biel gehandelt, als sie gegen die Dugena Uhren + Schmuck AG, Darmstadt, jetzt vor dem Düsseldorfer Landgericht eine Einstweilige Verfügung erwirkte: Dugena muß es künftig unterlassen, für ihre Uhren-Hausmarke Prätina mit dem Slogan „Oma's watch is out" zu werben.

Nun mag man diese Reaktion der Eidgenossen übertrieben finden – was kann Dugena, ein Zusammenschluß von Einzelhändlern, der in den letzten Jahren wenig erfolgreich am Markt herumkrebste – vor allem aufgrund der bescheidenen Qualität des Uhrenangebots, heißt es in der Branche – der weltberühmten Swatch denn tatsächlich anhaben? Einem Unternehmen, dem es innerhalb kurzer Zeit gelungen ist, sich mit seinen pfiffig-ausgeflippten Plastik-Uhren einen eigenen Markt aufzubauen, an dem es heute unbestritten als die Nummer eins dasteht? Natürlich brauchen sich die Schweizer vor Dugena nicht zu fürchten. Aber sie müssen auf der Hut sein – sonst macht das Beispiel womöglich noch Schule.

Das könnte in der Tat gefährlich werden. Anders als die Hersteller von Nobeluhren wie beispielsweise Rolex, die sich durch billige Plagiate irritiert fühlen – vor allem, wenn sie von deutschen Kaffeeröstern auch noch beworben werden –, müßte Swatch von Imitationen Marktanteilsverluste befürchten, weil Original und Plagiat im selben Preisbereich angesiedelt sind: Wer hingegen eine echte Rolex will, kauft nicht die Imitation. Freilich sind die Prätina-Uhren keine Swatch-Imitationen – aber Dugena suggeriert mit dem mehrdeutigen Spruch, daß diese nicht nur etwas mit jenen zu tun haben, sondern sogar noch ein bißchen moderner sind: „Herabsetzende bezugnehmende Werbung" nennt es der Swatch-Anwalt. So handeln im allgemeinen solche, die im Wettbewerb aus eigener Kraft nicht ans Ziel kommen – dagegen kann man sich gar nicht früh genug wehren.

POSTWERBUNG / Ministerium aktualisiert Broschüre

Als Einkaufsweg oft genutzt

DW. **Bonn**

Verbraucher schätzen Post von der Werbung, die der Briefträger bringt. Darauf weist das Bundespostministerium in seiner zum zweiten Mal in aktualisierter Fassung veröffentlichten Broschüre „Post von der Werbung" hin.

Im Gegensatz zu häufig vorgebrachten Behauptungen, daß Werbepost von ihren Empfängern unerwünscht sei, „weil sie ja doch nur die Briefkästen verstopft", spreche die tatsächliche Nutzung der Direktwerbung als Einkaufsweg für die hohe Akzeptanz dieses Werbemittels: Jährlich gebe es 20 Millionen aktive Postkäufer, teilt der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) in Bonn mit. Auch frühere Meinungsbefragungen hätten immer wieder zu dem Ergebnis geführt, daß mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Werbepost wünsche.

Darüber hinaus erfährt der Konsument, wer hinter der Werbepost steckt, woher die Adressen für den Versand von Werbepost stammen, wo die Grenzen der Direktwerbung liegen und was man unternehmen kann, um keine Post von der Werbung zu erhalten.

Wie der ZAW ergänzend mitteilt, seien die Streukosten für Werbepost im vergangenen Jahr 1985 um fünf Prozent auf rund 1,9 Milliarden Mark gestiegen. Insgesamt seien in diesem Zeitraum 2,2 Milliarden Stück Massendrucksachen und 0,6 Milliarden Wurfsendungen gegenüber 12,6 Milliarden Briefsendungen von der Post befördert worden. Mehr als ein Drittel der Werbepost werde nicht für den privaten Briefkasten auf den Weg gebracht, sondern sei von der Wirtschaft für die Wirtschaft bestimmt.

Es sei mithin nicht nur falsch, sondern „irreführend", von einer allgemein wachsenden Werbeflut im Briefkasten zu sprechen. Werbungtreibende Firmen seien bald am Ende, wenn sie Werbepost an jedermann verschickten. Einem Möbelhändler zum Beispiel würden die Kosten rasch davonlaufen, wenn er sein Angebot an sämtliche 24,5 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik schickte.

KKB / Pionier beim Kundenkredit versteht sich als Finanz-Dienstleistungsunternehmen

Einstieg der „Arme-Leute-Bank" ins Versicherungsgeschäft ist gelungen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Das anfänglich mitleidige Lächeln der KKB-Bank-Wettbewerber darüber, daß eine – wenn auch profitale – „Arme-Leute-Bank" jetzt auch ins feine Versicherungsgeschäft einsteigt, wich schnell „sportlicher Anerkennung". Seit die mehrheitlich im Besitz der amerikanischen Citybank liegende KKB Bank KGaA mit ihrer Tochtergesellschaft KKB Lebensversicherung AG vor genau einem Jahr auf fremden Wiesen zu weiden begann, ist dieser Futterneid verstummt. Die Bank sieht ihr Konzept und ihre Strategie bestätigt, daß sie mit dem eigenen Versicherungsangebot mehr für den Kunden, selbstverständlich auch für das eigene Unternehmen, leisten kann als zuvor, bestätigt. Schließlich steht auch für Günter Schneider, den Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter der Bank, fest: „Banken haben es immer leichter, Versicherungsprodukte zu verkaufen als Versicherer, die sich mit Bankgeschäften abgeben."

Tatsächlich ist der Einstieg ins Versicherungsgeschäft nur vor dem Hintergrund der von den USA hierher schwappenden Idee der „financial services" zu sehen, der Bündelung von Finanzdienstleistungen aller Art bei einer Anlaufstelle. Geld-, Anlage-, Kredit-, Bauspar- und Versicherungsfragen sollen zusammenlaufen.

Im Finanzbereich für private Haushalte sind Banken und Versicherungen in der Bundesrepublik sowohl aus der Sicht der Kunden als auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis noch wenig untereinander „vernetzt". Kreditinstitute betreiben ihre rund 45 000 Zweigstellen, während die Versicherer ihre Ware Versicherung über rund 40 000 freiberufliche Versicherungsvertreter verkaufen.

Dennoch halten heute Banken, die mit Lebensversicherern kooperieren, bereits mehr als 30 Prozent des Lebensversicherungsgeschäfts. KKB-Banker Schneider: „Unter Kooperationsaspekten sieht man die Chance, durch den Vertrieb neuer oder zusätzlicher Produkte aus der jeweils anderen Branche sowie deren Kombination vorhandene Kundenbeziehungen abzusichern, zusätzliche Kunden zu gewinnen und bestehende Vertriebssysteme auszulasten."

Unter Konkurrenzaspekten freilich versuchen beide, Banken und Versicherungen, im eigenen Vertriebssystem Marktvorteile zu erringen. Da die Geldvermögensbildung bei Versicherungen heute etwa 80 Prozent derjenigen bei Banken beträgt, wobei die Versicherungen einen deutlich höheren Zuwachs erzielt haben, während der der Bank zurückgeht, hat dies manche Institute Konkurrenzprodukte zum Lebensversicherungssparen nachempfinden lassen.

Diesen Weg freilich hat die KKB Bank nicht als zwingend angesehen, eher schon die Gefahr, daß Kreditinstitute Tendenzen zu höherer Flexibilität und Kundennähe nutzen. Das



Institut, bereits in den 20er Jahren Pionier auf dem Gebiet des Konsumentenkredits, versteht sich als Finanz-Dienstleistungsunternehmen für private Haushalte. Versicherungs-Dienstleistungen, bislang als Vermittler an die Vita, die Mannheimer und die Albingia Versicherung weitergereicht, konnte man auch auf die eigenen Mühlen leiten. Nichts sprach dagegen, alles dafür: 3400 Mitarbeiter in 280 Zweigstellen in 177 Städten, davon 80 Prozent in täglichem direktem Kundenkontakt, und die Tatsache, daß von der 7.4 Mrd. DM Bank-Bilanzsumme 5.9 Mrd. DM Privatkredite sind, die zu 96 Prozent durch Privateinlagen finanziert sind, schien dem Management ausreichend Garantie, über Kompetenz und die Kenntnis der Gelddispositionen von 1,25 Mill. Kunden mit zwei Mill. Konten auch Versicherungswünsche zu decken: Kreditabsicherung, Familienversorgung, Baufinanzierung, Altersversorgung, Ausbildungsversicherung. Schneider rechnet fest damit, daß KKB Leben, ausgestattet mit bundesweit angeheuerten Versicherungsprofis, etwa ab dem fünften Jahr den strengen Rentabilitätsmaßstäben der Bank genügen kann.

„KKB Leben hat als Newcomer die Chance, sich unter Rendite- und Absatzaspekten geeignete Produkte herauszusuchen, ohne auch auf traditionelle Bindungen oder Philosophien Rücksicht nehmen zu müssen, meint KKB-Leben-Vorstandsmitglied Erich Riedlbauer. Nach dreijähriger Vorbereitung, neunmonatiger Genehmigungsdauer durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen sowie Tests in 42 Pilot-Zweigstellen brachte das „marktkonforme Tarifwerk" im neunmonatigem Rumpfgeschäftsjahr 1985 rund 4600 Verträge über 75 Mill. DM Versicherungssumme unter Dach, mehr als erwartet. Die Anlaufkosten von KKB Leben (40 Mitarbeiter) wurden mehr als kompensiert; es wurde ein leichter Überschuß ausgewiesen.

So strikt ein Direktvertrieb abgelehnt wird, so offen gibt sich Riedlbauer gegenüber der Zusammenarbeit mit Vertriebsorganisationen, „bei entsprechender Qualität" und den Möglichkeiten, neben dem Verkäufer in der KKB-Geschäftsstelle auch einen eigenen Außendienst zu installieren, vor allem dann, wenn neue Zielgruppen nicht an das bestehende KKB-Banknetz gebunden werden können. Denn: KKB-Kreditkunden sind eine unterdurchschnittlich, Sparkunden eine überdurchschnittlich lohnende Zielgruppe für Lebensversicherungen. Riedlbauer weiß auch: „Beide Zielgruppen haben einen hohen Beratungsbedarf."

Werbung in Printmedien und Fernsehen für KKB Leben wird einstweilen nicht betrieben. Hier verläßt man sich zur Zeit noch auf die Mitarbeiter am KKB-Bankschalter. Es ist noch nicht entschieden, ob die vermenschlichten Tierfiguren, die die Werbung der KKB nun seit 13 Jahren prägen, künftig auch den privaten Versicherungsschutz fördern werden. Schwierigkeiten hätte die betreuende Agentur Baums, Mang und Zimmermann damit sicher nicht.

DEUTSCHER WERBERAT

Die meisten Entscheidungen werden freiwillig akzeptiert

hg. **Bonn**

„Irreführende, strafbare und bei den Verbrauchern unerwünschte Werbemaßnahmen sind sehr selten." Dankwart Rost, Vorsitzender des Deutschen Werberats, lobte gestern in Bonn ausdrücklich die werbungstreibende Wirtschaft, „denn im Verhältnis zur Menge der veröffentlichten Anzeigen und Werbespots haben wir nur wenig zu beanstanden". Obwohl es in der Bundesrepublik Deutschland die perfektesten Vorschriften zur Regelung der Wirtschaftswerbung gebe, akzeptierten die meisten Unternehmen freiwillig Entscheidungen des Werberats, sagte Rost bei der Veröffentlichung der Arbeitsbilanz dieses Gremiums.

Trotzdem hat es im vergangenen Jahr gleich vier öffentliche Rügen für Werbungtreibende gegeben, die sich den Beanstandungen dieses Selbstkontrollorgans der deutschen Werbewirtschaft nicht aus freien Stücken fügen wollten. Dreimal waren, wie es in dem Bericht heißt, Fälle von frauendiskriminierender Werbung die Ursache; betroffen waren die Unternehmen Brachthäuser Bauträger GmbH, Dortmund; Christian Steeb-Werke KG, Sulz/Neckar und Fachversand Müller, Stuttgart. Im vierten Fall rügte das Bonner Gremium, dem zehn führende Experten aller Bereiche der deutschen Werbewirtschaft angehören, die in Mannheim ansässige Industrie Servicegesellschaft „wegen herabwürdigender Darstellung von krankgeschriebenen Arbeitnehmern".

Wettbewerb wird härter

Diese vergleichsweise hohe Anzahl öffentlicher Rügen – über viele Jahre hinweg hat es derlei kaum gegeben – erklärt man sich beim Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) in Bonn mit dem immer härteren Wettbewerb; „da wird eben auch manchmal mit härteren Bandagen gekämpft", sagt ZAW-Sprecher Volker Nickel.

Die richteten sich freilich im Fall einer Rüge gegen ihren Urheber, denn dessen Name werde veröffentlicht – bei normalen Beanstandungen werden die Betroffenen nicht öffentlich angeprangert – und das Ziel seiner Werbung, mit der er sich auf nicht ganz saubere Weise einen Vorteil habe verschaffen wollen, verkehre sich damit ins Gegenteil.

Insgesamt wurden dem deutschen Werberat im vergangenen Jahr 261 Beschwerden von Konsumenten vorgebracht. Bei 87 Vorgängen ergab sich laut Arbeitsbericht, „daß der Werberat entweder nicht zuständig war, ein Gerichtsverfahren bereits schwebte oder daß sich Firmen über Wettbewerber beklagten und selbst den Rechtsweg gehen konnten". Zuständig ist der Werberat grundsätzlich dann nicht, wenn eine Werbung gegen gesetzliche Vorschriften verstößt; er operiert, wie der ZAW-Sprecher erläutert, „in einer Grauzone zwischen unerlaubter und unerwünschter Werbung".

Dienstleistungssektor vorn

Von Verbraucherbeschwerden besonders betroffen war der Dienstleistungssektor, heißt es im Bericht. Auf ihn entfielen 22 Prozent der eingereichten Fälle; es handelte sich zumeist um Werbung für Glücksspiele, Ehevermittlung und Immobilien. An zweiter Stelle rangiert Werbung für den Kauf oder das Abonnement von Presseerzeugnissen; hier seien die Beschwerden allerdings gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Verdreifacht haben sich indes Proteste gegenüber Werbung der Bereiche Installation, Sanitäre Anlagen/Haushaltsgeräte, gegen die sich acht Prozent der Verbraucherbeschwerden richteten. Es folgten die Branchen Heilmittel, Lebensmittel und Bekleidung.

An erster Stelle der betroffenen Werbeträger stehen die Tageszeitungen, was der ZAW damit erklärt, daß sie auch der größte Werbeträger sind; auf sie konzentrierten sich ein Viertel aller Beschwerden. Danach kommen die Publikumszeitschriften (23 Prozent), gefolgt von der Werbung per Post sowie Beilagen/Katalogen/Broschüren.

Beim Werberat kann sich jeder beschweren, der sich über eine bestimmte Werbemaßnahme ärgert. Das kostet nichts. Allerdings ist dessen Tätigkeit auf Wirtschaftswerbung beschränkt, denn schließlich ist der Werberat ja auch eine Einrichtung der Wirtschaft.

Aktien auf breiter Front fester

DM-Aufwertung schreckte die Käufer nicht ab

DW. – Kaufaufträge aus dem In- und Ausland sorgten am Aktienmarkt für ein Wiederaufleben der Aufwärtsbewegung. Viele Börsianer glauben, daß schon in den nächsten Tagen ein neuer Kursgipfel erreicht sein wird. Die Modalitäten der Währungsneuordnung gelten auch in den Augen der Aktienanleger als durchaus verkraftbar. Den Ausländern ist mit dieser Transaktion ein weiteres Mal bewiesen worden, daß die DM eine ständige Aufwertungswährung ist, was auch bei der Anlage in deutschen Aktien ins Gewicht fällt.

Besonders aktiv waren am Wochenbeginn die inländischen institutionellen Anleger, die sich vornehmlich um die Standardaktien kümmerten. Darauf wird auch die kräftige Erholung der Daimler-Aktien zurückgeführt. Sie kommt zweifellos der für Ende April/Anfang Mai in Aussicht genommenen Placierung der Feldmühle-Nobel-Aktien zugute. An der Aufwärtsbewegung nahmen diesmal auch Siemens-Aktien teil. Im Mittelpunkt blieben aber Bankaktien. Während die Deutsche Bank im Anstieg eine Pause einlegte, gerieten nunmehr die lange Zeit vernachlässigten Commerzbank-Aktien in Fahrt. Bei der Deutschen Bank wartet man offensichtlich mit Spannung auf das Ergebnis der AR-Sitzung. Diskussionen über eine bevorstehende Kapitalerhöhung befruchteten weiterhin die VW-Aktien, die einen neuen Höchststand erreichen konnten.

Frankfurt: Binding tendierten nach doppelter Plusankündigung um 45 DM fester. Heidelzement verbesserten sich um 35 DM und Pfaff um 15 DM. Nixdorf verteuerten sich um 10 DM. Adler und Aesculap gaben um 10 DM nach.

Düsseldorf: AEG-Kabel gewannen 2 DM und Audi 3 DM. Balcke-Dürr kletterten um 10 DM und Banning um 8 DM. Mauser büßten 1,50 DM ein. Rheintextil wurden um 5 DM höher taxiert. Nordstern verbesserten sich um 100 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank gingen um 4 DM höher aus dem Markt. Beiersdorf wurden um 2 DM und Phoenix Gummi um 2,90 DM höher gehandelt. HEW lagen um 3 DM und Hapag Lloyd um 1 DM schwächer.

Berlin: DUB-Schultheiss zogen um 10 DM und Herlitz St. um 8 DM an. Orenstein lagen um 5 DM, Kempinski um 4 DM und Herlitz Vz. um 3,50 DM höher. Bergmann gaben um 5 DM und Berliner elektro um 4 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten sich um 12 DM und Energie Oberfranken um 6 DM. Süd Chemie verbesserten sich um 17 DM. Nachgegeben haben AKS um 1 DM, Patrizier um 5 DM und Otto Stumpf AG um 8 DM.

Stuttgart: Daimler verbuchten einen Gewinn von 48 DM und Mercedes erhöhten um 44 DM. DLW und Fuchs machen je 5 DM gut. Schwäbische Zellstoff und Kolb und Schüle stiegen je um 3 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 301,84 (298,58)
WELT-Umsatzindex: 5024 (5851)
Advance-decline-Zahl: 122 (109)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		7.4.	4.4.
H	Aach M Betl. 10	2820	2710
H	Aach. M. Vers. 7	1560	1480
D	Aach. Rück. 9	3050	3010
D	Aseag *4	465G	465G
M	Ack-Gögg. 6	170,5bG	169,5
H	Adca 5	190	191,9
D	Adler 9	316G	315
F	AEG 0	327,5	330,6
D	AEG KABEL 9	450	448
S	Aesculap 9	500bG	501
F	AGAB 5	137	135

		7.4.	4.4.
F	Cobk.Genußsch.	117,9	117,4
D	Conc. Chem. 4,5+5	290	290G
B	Conc. Spinne *0	422G	422G
D	Contigas 7,5	395	400
D	Conti Gummi 3	245,5	236,5
D	Dahlb. St. 7,65	279	278T
D	dgl. Vz. 14,55	430bB	425G
S	Daimler 10,5	1400	1352
M	Deckel AG 0	255bB	250bB
D	Dt. Atl. Tel.10+1	970T	940bGr
H	Doag 5	419	409
D	Dt. Babcock St. 3	225,5	223,5
D	dgl. Vz. 5,5	214	208
F	Dt. Bank 12	876	870

		7.4.	4.4.
H	HEW 5	151,5	152,5
H	Hdl. Lüb. 9	560	560G
Hn	Hann. Papier 5,5	238	243
H	Harmstorf 0	78	77
D	Harpener 11	405	383
F	Hartm. & B.St. 4	1550G	1550
F	dgl. Vz. 4	1290T	1320T
M	Hasen-Bräu 9	1200bG	1200
S	Heidelb. Zem. 7	600	560
M	Heilit & W. 5	278G	278G
D	Hein, Lehm. *0	290	285bG
D	Heinr. Ind. *14+4	712	690
H	Hermoor 0	259bB	240bB
D	Henkel	430	425
F	Henninger 2	170	166

		7.4.	4.4.
F	MAB 6,5	380G	380G
F	dgl. Vz. 6,5	355T	359
D	Mannesmann 4	269T	271,5
F	Mannh. Vers. 8	940	935bB
H	Markt & K. 7	224,5	225
F	MAN St. 7	219,5	217bG
F	dgl. Vz. 6	188	190
F	MAN-Ral. 20,7	581	583bG
S	M.Müll.Weing. *0	350	350
D	Mauser 0	94,5	96
F	Mercedes 10,5	1245	1206
F	Metallges. 0	372	370,5
S	Met. u. Lack 0	134G	133G
S	Müag 6,5	480G	482
F	Moenus 0	111	110

		7.4.	4.4.
	Schiess 0	126	140
	Schlenk 5+1	252TB	255bG
	Schlgu.H.*14	780T	800T
	Schmal.-Lub.1,875	188	184
	Schub. & Salz 0	181	185
	Schw. Zellst. *0	251bB	248
	Securitas *0	1500B	1500B
	Seitz Enz. N. 6	181,7bB	181,8
	SEL 10,5	315	315
	Seitz Wach. *8	860B	860bB
	Siemens 12	705	703,5

		7.4.	4.4.
S	dgl. Vz. 4	165,5	165
S	Würt. Bd. *18	2770G	2750G
M	Würzb. Hofb. *0	367	350
F	Ymos St.	207T	192
F	dgl. Vz. 6	188,5	194T
M	Zahnr. Renk. 7	245	240bG
D	Zanders Feinp. 6	329	323,5
S	Zeag Zement 10	470	475
S	Zeiss Ikon *10	410TG	400TG
M	Zucker & Co. *0	370bG	370G
S	ZWL Gr. & Bet. 8	400	400bB

Freiverkehr

		7.4.	4.4.
H	Oelmühle 10	270	271
Hn	Phywe *0	124	128
B	Pom.Zuckr 37,5	1300T	1300T
D	Rösler 4	350G	350
M	Rückforth St.	6,5TG	6,5TG
M	Rückforth Vz.	4bGr	4TB
H	Schichau Uw.0	135B	138B
S	Schloßg. St. *24	1580	1550G
D	Schumag	409	410T
D	Schuschlag *16	570G	570G
S	Schwabenverl. *0	400TB	405

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

		7.4.	4.4.
M	Abbott Labor	198,5	198
F	L'Air Liquice	260	240
D	Akzo	162	157,5
F	Alcan	75,5	76,4
F	Alcoa	99	99
F	Alg. Bk. Nedld.	522bG	524,5
F	All Nippon Air	11	11
F	Allied Corp.	121	121,5

Renten ohne Anregungen

Nicht so glatt wie die Aktien überstanden die öffentlichen Anleihen die Währungsneuordnung. Wie schon am Wochenende überwogen bei den Papieren mit längeren Laufzeiten die Abgaben vornehmlich aus dem Ausland. Die Kurse wurden bis zu knapp einem halben Punkt zurückgenommen. Ausgehend von den leicht erhöhten US-Zinsen, hat sich der Zinsoptimismus angekühlt. Zum ersten Mal wurde an den deutschen Börsen eine Nullcouponanleihe der Weltbank in den amtlichen Handel eingeführt. Die Emission mit einer Laufzeit bis zum Jahre 2015 ging zu 20,20 Prozent um.

		7.4.	4.4.
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	211G	211
F	4 dgl. o. O.	95,2	95,9
F	8 dgl. 84 m. O.	235G	233
F	8 dgl. 84 o. O.	108,5	108,9
F	3¼ Fuji 84 m. O.	147G	146G
F	3¼ dgl. 84 o. O.	93,5T	93,5
F	3½ Hanwa 84 m. O	144,5G	147
F	3¼ dgl. 84 o. O.	95	95bB
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	214G	210G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,75G	101,75G
F	5¾ Jusco 83 m. O.	285G	287T
F	5¾ dgl. 83 o. O.	100G	100G

	7.4.	4.4.
8½ dgl. 84/91	108,75T	108,75T
5½ Am. Express 79/87	100,1G	100,1
8 Arab.Banking 83/88	103,8	104
10¾ Ard.Sunnd. 81/89	103,1	ausg.
6½ Argentinien 78/88	98,6	98,5T
7½ dgl. 79/89	101G	101
6¾ Asfinag 85/95	103,75	103G
5½ Asiat.Entwbk. 78/88	100,4G	100,4G
7¼ dgl. 79 89	102,65	102,65
10 dgl. 80/90	106,75	106,75
8¾ dgl. 80/90	105,55	105,25G
10 dgl. 81/91	109,25	108,75T

	7.4.	4.4.
8 dgl. 84/92	103,25	104,75
8¼ dgl. 84/92	103	102,75
7¾ Enel 73/88	100,5	100,5
5¾ Euratom 77/87	100,5	100,65
7¾ dgl. 83/93	104,25	104,1
6¾ Eurofima 72/87	101	100,5T
6½ dgl. 73/88	101,75G	101,75G
5¾ dgl. 78/88	100,45G	100,45
6½ dgl. 79/89	101	101,5T
10¾ dgl. 81/91	113,75	113T
9 dgl. 82/92	108,5	109
8¾ dgl. 82/90	111,5T	112G

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

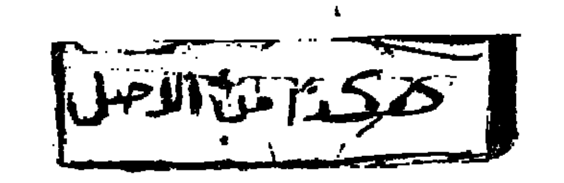
Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Inlandszertifikate

	Ausg. 7.4.	Rückn. 7.4.	Rückn. 4.4.
AAR-UNIV.F.I	178,00	167,92	167,92
Adifonds	77,66	69,20	68,50
Adirenta	25,30	24,56	24,59
Adiropa	105,70	102,62	102,04
Aditec	107,08	101,98	99,82
Adiverba	184,71	175,91	173,48
Aegis Eink.-Fds.	40,57	38,63	38,63
Aegis Wachst.-Fds.	65,37	62,25	62,05
AGI Fonds	170,47	162,35	162,35
Aktiensolo	210,65	200,58	201,34
Albingia Rendite Fds.	52,75	50,04	50,12
Alte Kapital Fds.	39,66	36,88	36,77
Allianz-Rentenfonds	124,34	121,30	121,23
Analytik Fonds	36,43	33,87	34,11
Ara-Rendit.	59,16	57,10	57,09
AriDeka	58,05	55,71	55,44
Assecura I	92,78	92,24	92,24
Austr. Pazifik	53,31	51,76	52,00
Berenberg-U-Fonds	438,08	425,32	425,04
Berenberg-U-Renten	125,81	122,74	122,94
BW-Renta-Univ.	54,76	53,42	53,42
BW-Wertberg-Univ.	137,45	132,48	132,48
Colonia Rentenfonds	52,21	50,43	50,46
Concentra	40,57	39,58	39,30
dbi-Fonds V I	–	58,47	58,47
DekaFonds	57,40	54,77	54,17
DekaRent	34,46	33,46	33,34
DekaSpezial	258,96	246,02	245,59
DekaTresor	61,40	59,90	59,89
DespaFonds	83,56	79,38	79,38
DEVIF-Invest	109,60	104,36	105,97
DEVIF-Rent	57,40	56,63	55,60
DIFA-Fonds	186,18	176,70	176,70
DIFA GRUND	104,02	98,82	98,82
DIT Fonds f. Verm.	72,75	70,98	70,95
DIT Rohstoffonds	78,37	76,09	75,98
DIT Pazifikfonds	106,69	105,58	104,57
DIT Technologiefonds	84,92	82,45	81,88
DIT Fds.f Wdl.u.Opt.A	141,10	137,66	136,44
Dt. Rentenfonds	84,74	83,08	83,08
Dt. Vermögensb. Fds. A	42,59	40,57	40,56
dgl. I	55,00	52,38	52,74
dgl. R	28,07	27,28	27,19
DWS Bayern Spezial	104,10	99,15	97,57
DWS Energiefonds	88,15	85,97	86,06
DWS Provesta	84,05	80,05	79,87
DWS Rohstoff Fds.	83,70	81,62	82,40
DWS Technologie Fds.	93,50	91,19	91,25
Fondak	77,22	73,54	72,76
Fondirent	89,39	87,27	87,11
Fondis	64,61	61,55	60,71
Fondra	120,58	114,84	115,94
FT Accuzins	145,98	141,75	141,66
FT Am Dynamik	25,56	23,39	23,73
FT Frankf. Eff. F	146,44	139,12	139,01
FT Interspezial I	30,11	27,55	27,58
FT Interspezial II	34,85	31,87	31,91
FT Interzins	45,64	44,31	44,31
FT Nippon Dynamik	87,45	80,82	79,12
FT Re-Spezial	193,23	183,57	183,50
Gerling Dynamik	71,50	68,42	68,58
Gerling Rendite	56,60	54,95	54,98
GKD-Fonds	77,70	74,69	74,31
Gothaens	101,45	97,92	97,95
Grundbesitz-Invest.	73,80	69,45	69,45
Grundwert-Fonds	131,73	124,86	124,86
Hbg.-M. Rentenfonds	59,02	56,75	56,74
Hansainternational	57,45	55,51	55,59
Hansaprofin	–	29,15	29,35
Hansarenta	49,81	47,35	47,37
Hansasecur	71,18	67,79	68,22
Hansazins	49,72	48,04	48,04
Hans-Invest	71,30	67,85	67,83
Hi-Fonds Nr. 1	114,80	109,20	109,20
dgl Nr. 2	74,30	70,70	70,70
Industria	64,00	62,14	61,83
INKA-Global	89,90	85,40	85,50
INKA-Rent	55,60	53,80	53,90
INKA-Re-Invest	138,30	134,20	134,10
Investa	73,45	71,65	71,70
Interglobal	154,30	149,80	149,50
Inter-Renta	40,85	39,46	39,70
Intervest	104,25	99,25	99,96
Interkapital	30,00	28,20	28,10
Int. Rentenfonds	89,55	87,37	86,75
Investa	75,20	71,61	71,04
Investors Fds.	16,87	15,68	15,80
Iverafonds	64,04	58,40	58,84
Japan-Pazifik-Fds.	75,84	73,65	73,92
Kapitall. Spezial	144,35	133,52	133,97
Magdeb. W.-Fd.DIT	88,67	84,45	84,10
Medico-Invest	130,34	121,70	121,40
Merkur I	31,15	31,13	31,15
NB Rent	57,96	56,26	56,31
Nordcumulo	80,67	78,32	78,58
Nordrenta Int.	62,90	61,07	61,08
Nordstern-F. DK	52,40	50,63	50,70
Nürnberger Rentenfds.	50,85	48,52	48,46
Oppenh. Int. Rent.	101,90	98,95	98,97
Oppenh. Priva-Rent	115,22	111,85	112,05
Oppenheim-Privat	59,87	57,81	57,96
Oppenheim-Spez. I	131,61	122,77	127,62
Oppenheim-Spez. II	97,82	95,15	95,54
Plusfonds	79,74	75,94	75,26
Privatfonds	73,55	70,85	70,37
Re-Inrenta	171,30	167,09	164,40
Renditdeka	35,49	34,46	34,44
Renak	163,97	155,77	155,77
Rentex	110,34	107,04	107,05
Rentensparfonds	57,64	55,96	55,97
Ring Aktien-Fds. DWS	51,50	49,17	48,98
Ring Renten-Fds. DWS	48,35	46,16	46,14
Säkular-U-Fonds	167,98	163,09	163,09
SMH-Rentenfonds	53,43	51,87	51,96
Südinvest I	73,95	70,45	70,57
dgl. II	85,65	81,00	80,71
dgl. III	27,22	26,43	26,43
dgl. IV	92,22	88,67	89,15
Thesaurent	75,05	73,22	72,66
Thesaurus	251,06	244,94	243,57
Transatlanta	33,43	32,46	32,55
Unifonds	34,90	33,20	33,04
Uniglobal	100,20	95,34	96,45
Unikat	93,05	88,09	88,73
Unirenta	44,20	42,91	42,95
Unispezial I	–	63,86	63,71
Universal-Eff.-F.	96,17	94,28	94,28
Unizins	114,25	110,90	110,87
Verm.-Aufbau-F.	130,12	123,92	123,68
Verm.-Ertrag-F.	105,50	101,44	101,14
VICTORIA Rent-Adig	74,09	71,58	71,60

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	34,50	32,60	32,60
Bond Valor DM	111,47	109,32	109,25
Convert Fund A DM	35,10	33,30	33,30
Convert Fund B DM	104,80	99,70	99,70
CS Money Market DM	1077,99	1077,98	1077,86
Eurinvest DM	94,80	90,90	89,98
Eurunion DM	200,62	184,91	184,19
Formular Sel. DM	84,71	79,20	79,20
GT Inv. Fund DM	67,30	63,70	64,70
Interspar DM	30,09	28,59	28,59
Japan Sel. DM	408,55	382,00	382,00
Unico DM	80,60	78,18	78,34
Amerika-Valor sfr.	547,00	518,00	520,50
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	126,90	117,50	116,50
Bond-Invest sfr.	66,00	64,50	64,75
Bond Valor Yen	10709,00	10506,00	10517,00
Bond Valor $	122,91	120,61	120,35
Bond Valor sfr.	107,25	105,25	105,25
Bond Valor Ster.	107,86	105,85	106,07
Conasec	705,00	669,00	670,00
CSF-Bonds sfr.	79,75	77,00	77,00
CS Money Market $	1150,99	1150,98	1150,78
CS Money Market Ster.	1086,07	1086,06	1085,74
CS Money Market Yen	102314,0	102313,0	102299,0
Convert Valor sfr.	137,50	134,95	135,15
Convert Valor $	146,35	143,61	143,34
Dreyfus $*	14,28	15,07	13,21
Dreyfus Internat. $*	unerh.	unerh.	46,07
Dreyfus Intercont. $*	unerh.	unerh.	46,98
Dreyfus Leverage $*	unerh.	unerh.	20,10
Energie-Valor DM	179,35	170,64	170,26
Europa Valor sfr.	208,75	198,75	199,75
Fonsa sfr.	200,50	195,50	195,00
Founders Growth $*	9,40	9,40	9,56
Founders Mutual $*	10,60	10,60	10,86
Goldmines bil.	–	229,00	225,60
Intercont. Tr. sfr.	–	375,25	374,50
Interswiss sfr.	164,00	163,90	163,50
Intervalor sfr.	96,50	93,00	92,75
Japan Portfolio sfr.	1209,50	1138,50	1163,75
Kemper Growth $*	14,33	13,11	13,31
Pacific-Valor sfr.	187,25	175,75	178,00
Pharmafonds sfr.	340,50	316,00	320,00
Pioneer Fund $*	24,99	22,87	23,11
dgl. II $*	20,64	18,89	19,14
Schweizeraktien sfr.	531,00	503,50	502,25
Sist-Imm. sfr.	1750,00G	1740,00G	1740,00G
Sist 65 sfr.	1370,00G	1360,00G	1360,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2600,00	2560,00	2560,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1380,00	1315,00	1315,00
Swissvalor sfr.	428,50	416,00	415,50
Technology $*	14,58	13,34	13,55
Technogrowth Fd.	109,50	105,39	105,39
Templeton Growth $*	14,25	13,02	13,07
Universal B.S sfr.	82,25	79,00	79,00
Universal Fond sfr.	133,06	128,56	127,99
Ussec	861,00	819,00	827,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 7. 4. 1986

4404 Optionen = 252 050 (206 450) Aktien, davon 557 Verkaufsoptionen = 29 300 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 7-280/60B; 300/49B; 310/40B; 320/35G; 340/20; 10-300/70B; 320/49G; 340/39B; 350/35; 360/32; 380/22; 1-360/28; 380/25; **Agiv** 7-380/36G; 400/20,5G; **BASF** 7-250/80G; 260/70G; 270/60; 280/50; 300/44; 310/34,9B; 320/28,8; 330/25,75; 340/18,95; 350/15; 360/11,1; 370/11B; 380/10G; 400/7,5G; 10-280/66B; 290/65; 300/56,75; 310/55; 320/44; 330/38B; 340/31; 350/29,2G; 370/20; 380/17G; 400/14G; 410/12; 1-340/40B; 360/31; 380/24G; **Bayer** 7-300/64,8; 310/53; 320/43,5; 330/39; 340/35; 350/25; 360/20; 10-310/58,75G; 320/50; 330/45,5; 340/40; 350/29; 370/32; 380/20; 400/17; 410/15G; 1-360/40G; 380/30; 400/26; **BBC** 7-270/30B; 300/10B; **BHF** 7-550/40G; 600/8G; 10-500/57G; 600/18; **Bay. Hypo** 7-550/150; 600/80B; 650/60G; 10-650/65; 700/40; 1-800/20; **Bekula** 7-110/22B; 120/12B; 130/7,1; 140/4B; 10-110/27,5B; 120/18B; 130/10,7; 140/5B; 1-130/17G; 140/8; **BMW** 7-550/56B; 560/50B; 600/30; 650/23B; 700/11,4G; 10-550/60B; 600/35G; 650/30B; 700/20B; 1-700/25,2G; **Bay. Vereinsbk.** 7-500/100B; 600/40; 10-650/55G; 700/20G; **Commerzbk.** 7-300/52G; 320/40; 330/35B; 339,90/30B; 340/29; 349,90/25B; 350/24; 360/18,2; 380/15; 400/13; 10-300/60; 320/50; 340/40; 350/26B; 360/30; 380/25; 400/23; 1-300/79; 380/37; **Conti** 7-180/66B; 190/56; 200/47; 210/38B; 220/31; 10-200/56; 220/45B; 230/41B; 240/30; 260/25; 280/17G; 1-260/28,5; **Daimler** 7-1000/450B; 1180/210B; 1200/250; 1250/200; 1300/150; 1400/100; 1500/80; 1600/45; 1700/41; 1800/20,8; 2000/139; 10-1300/190G; 1400/145; 1500/86; 1600/70; 1700/55G; 1800/45B; 2000/35G; 2500/16; 1-160/100; **Dt. Babcock St** 7-200/47B; 220/25G; 240/15; 10-240/25B; 260/18G; 280/14,6B; **Dt. Babcock Vz.** 10-220/21G; **Deutsche Bk.** 7-770/120; 800/100; 850/80; 900/50; 950/30B; 1000/21; 10-750/180B; 850/100B; 900/75; 950/48,5; 1000/40; 1-900/81G; 950/65G; 1000/55; **Degussa** 7-440/35G; 10-500/30G; **Dresdner Bk.** 7-388/85; 420/70B; 430/55; 440/49; 450/45; 460/44; 468/36; 480/30; 500/27; 550/20; 10-420/89; 460/60B; 480/48G; 500/36; **GHH St.** 7-240/38B; 260/25G; 280/13G; 10-260/34G; 280/19G; 300/15G; **GHH Vz.** 10-220/30G; **Hoechst** 7-300/40; 310/36; 320/24; 330/22; 340/18; 350/17G; 360/11B; 380/8,4; 10-320/35; 350/29G; 360/20; 370/19,9G; 380/19,4G; 400/13,1; 1-340/55B; 360/30G; **Hoesch** 7-150/49,8; 160/35; 170/5; 180/20,8; 190/14,4; 200/10; 210/9,7B; 220/5,4; 10-170/39B; 180/30; 190/23; 200/20B; 220/12B; 1-200/25; 220/15; **Karstadt** 7-400/31B; 420/15,5; 10-440/12,4G; 1-40/20; **Kaufhof** 7-470/60G; **KHD** 7-340/24B; 360/11; 10-330/24,6B; **Klöckner** 7-80/33B; 85/28B; 95/10; 100/7; 110/4,5; 10-90/24B; 100/12; 1-100/16; 110/12; **Lufthansa St.** 7-250/50; 260/30G; 280/27; 300/19G; 310/18G; 10-260/55G; 280/35G; 300/30; 320/20; 1-320/25,5G; **Lufthansa Vz.** 7-240/32G; 280/25G; 300/15; 10-280/34G; 300/28G; 320/19,5; 1-340/15G; **Linde** 7-640/51,25B; **MAN** 7-200/45G; 220/25; 240/9,9G; **Mercedes** 7-1100/200G; 1200/140B; 1300/80; 10-1400/55; 1-1400/71,25G; **Metallges.** 7-400/21; 420/20; 10-472/35; **Mannesmann** 7-240/52B; 255/33,1; 280/22; 300/13,6; 320/9,5; 10-270/39G; 280/31; 300/24,9; 320/15,4; 1-300/30B; 320/21G; **Nixdorf** 7-640/39B; 700/15G; 10-650/41G; 700/21B; **Porsche** 7-1400/5G; **Preussag** 7-250/20; 260/17,5B; 280/10; 10-270/22B; 280/17B; 300/11; 1-280/19G; 300/15G; **RWE St.** 7-187,20/60; 207,20/40B; 227,20/25; 240/17; 260/9,5; 280/6,5G; 10-240/28; 260/15,3; 280/8,6; 1-260/24; 280/15G; **RWE Vz.** 7-237,20/16B; 240/15B; 260/6; 10-230/33B; 240/24G; 260/17; **Schering** 7-600/60B; 650/19; 10-650/21,2; 1-650/25G; **Kali + Salz** 7-270/40G; 340/15B; 350/8B; 10-350/9,5G; 360/8; 1-360/10G; **Siemens** 7-700/75; 708/65; 750/50; 800/34; 850/18; 10-700/82; 750/60; 800/45; 850/25; 1-750/80B; **Thyssen** 7-155/40G; 165/34; 170/32; 175/27; 180/26; 185/24; 190/20; 200/15; 205/10G; 220/8; 10-175/38B; 185/30; 190/28,1; 195/26B; 200/22,9; 205/16B; 220/12; 225/12B; 235/11G; 240/10; 1-200/28; 220/19,9; 240/18; **Veba** 7-280/56,25B; 290/45; 310/35; 320/24,8; 340/18,5; 360/10,4; 380/6,4B; 10-300/45B; 320/35,8; 340/26; 360/19,6; 380/8,2; 1-360/30G; 380/10; **VEW** 7-150/50B; 160/39B; 190/20B; 200/15G; 10-160/45B; 180/33B; 190/29B; **VW** 7-400/250; 420/210G; 450/180G; 460/170; 480/150G; 500/131; 510/130G; 520/116,75; 530/98,75; 540/95; 550/92; 560/90; 570/90; 580/80; 620/62G; 650/41; 680/40G; 700/25; 10-520/144G; 530/124G; 550/119,25; 560/102G; 580/90; 600/75; 650/65; 680/49G; 700/40; 720/36G; 750/30,6; 1-600/100; 650/80B; 700/70; 750/38G; **Alcan** 7-70/10,5; 75/8B; 80/6,5; 10-75/9B; 80/7; 85/4,5; **Chrysler** 1-110/16,8; 120/12G; **Elf** 7-80/8G; 10-75/10B; **General Motors** 7-180/30G; 190/26; 200/18B; 220/12; 10-180/35B; 200/29B; **IBM** 7-340/29; 380/12B; 400/10; 10-360/41; 380/25,8B; 400/25; 1-380/35G; **Norsk Hydro** 7-40/8; 45/4; 50/2,8; 10-40/9; 45/7G; 50/4,4; 55/3; 1-45/9,6; 50/7,2; **Philips** 7-49,50/10,9; 50/10,7G; 55/6; 60/4; 65/2G; 70/1,6; 10-50/14,25; 55/9,5; 60/6,5; 65/4,2; 70/3; 1-60/4; 65/7,4; **Royal Dutch** 7-160/19,9B; 170/13,8B; 180/6,5G; 10-170/15; 180/12G; 1-180/17G; **Sony** 7-55/2,7; 10-5/3G; **Sperry** 7-120/17B; 130/6; 10-130/10G; 140/5G; **Xerox** 7-150/15B; 160/8G; 10-160/14,8B.

Verkaufsoptionen: **AEG** 7-300/3,5; 320/8; 10-300/5; 320/12G; 1-320/15G; **BASF** 7-330/5; 320/7; 10-290/2B; 300/5,4; 310/10G; 320/13; **Bayer** 7-320/5; 340/9G; 10-300/2; 320/5,4; 340/11G; 1-340/15G; **Bay. Hypo** 7-650/10,1G; 10-650/21G; **BMW** 7-540/12,7G; 550/17G; 10-550/25G; **Commerzbk.** 7-300/3; 320/8B; 10-300/10; 320/15; 1-320/19; **Conti** 10-200/3; 220/5G; 1-220/15; **Daimler** 7-1200/12; 1300/40; 10-1200/18G; 1300/550; **Dt. Babcock St.** 7-220/26B; **Deutsche Bk.** 7-800/19,4; 10-800/25,9B; **Degussa** 10-470/6,7G; 480/9G; 500/22G; **Dresdner Bk.** 7-420/7; 10-40/15G; 400/5; 420/10; 1-420/20G; **Hoechst** 7-300/3,3; 310/8G; **Hoesch** 7-170/3; 180/5; 10-160/2,5; 170/5; 180/9,6B; **Karstadt** 7-360/4,4; 10-360/11; **Kaufhof** 10-440/9,4G; 460/20; **Klöckner** 7-90/3; 95/5; 100/8,6; 110/18B; 10-85/3B; 90/3,6; 95/6; 100/9,7G; 1-90/4G; 95/8,6; **Lufthansa St.** 7-260/4; 270/7,5G; **Mercedes** 10-1100/20G; **Mannesmann** 7-260/4; 10-260/7G; 280/15G; 1-260/12G; **Porsche** 7-1200/16G; **Preussag** 7-250/10B; 10-240/14,4; **RWE St.** 7-220/3; 10-220/4,6; **Siemens** 10-700/16G; **Thyssen** 7-185/3; 190/5; 10-170/3; 180/5,9; 190/6; 1-180/8; 190/8,1; **Varta** 7-380/15G; **Veba** 10-300/5; 1-300/10,1; **VEW** 1-190/7; **VW** 7-550/7; 600/10; 10-550/15; 1-550/18B; **General Motors** 7-190/6; 10-180/6G; 190/10,5G; **Norsk Hydro** 7-40/2,8B; 45/4; 10-45/5; 1-45/6,15; **Philips** 7-55/2B; 10-50/2,2B; 55/2,4; **Xerox** 1-150/14,88.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 186,31 (185,67); Elektrowerte: 332,41 (331,32); Autowerte: 808,06 (786,51); Maschinenbau: 184,56 (185,38); Versorgungsaktien: 182,99 (182,68); Banken: 441,40 (437,83); Warenhäuser: 160,61 (160,65); Bauwirtschaft: 515,60 (501,56); Konsumgüterindustrie: 176,79 (175,06); Versicherung: 1595,88 (1553,75); Stahlpapiere: 185,68 (187,78)

Kursgewinner (Frankfurt):

Binding St.	360,00	+45,00	+14,2%
Binding Vz.	360,00	+40,00	+12,5%
Patrizier-Br.	415,00	+30,00	+7,7%
Hemmoor Zem.	225,00	+15,00	+7,1%
Heidelb. Zem.	600,00	+35,00	+6,1%
Pfaff	264,00	+15,00	+6,0%
Autania	400,00	+20,00	+5,2%
Münch. Rück. Inh.	4200,00	+200,0	+5,0%
Seibrotti	49,90	+2,40	+5,0%
Parkbräu	338,00	+16,00	+4,9%

Kursverlierer (Frankfurt):

Brau AG	485,00	-25,00	-4,9%
Riedel-de Haen	969,00	-50,00	-4,9%
Balcke-Dürr	400,00	-20,00	-4,7%
Norddt. Hypo.	272,00	-13,00	-4,5%
Lufthansa Vz.	278,50	-11,00	-3,7%
KHD	316,00	-12,00	-3,6%
O & K	428,00	-16,00	-3,6%
Harpw. Obern. St.	270,00	-10,00	-3,5%
IKB	301,00	-11,00	-3,5%
Allweiler St.	310,00	-10,00	-3,1%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 3000T. **Düsseldorf:** BASF 311, Bayer 330, BHF 525G, Contigas 370, Dresdner Bk. 451, Hoechst 305G, Linde 645G, Nixdorf 610, Rütgers 425, Salamander 315, Schering 572, VEW 182. **Frankfurt:** Adt 55,1, Allweiler St. 280, Allweiler Vz. 224,9, BASF 313, Bayer 350,5, BHF 531T, Commerzbk. 327, Contigummi 232, Dresdner Bk. 453, Hoechst 308, IWK 305, KSB 205T, KSB Vz. 200T, Linde 655bG, Magdeburger Feuer NA 660B, Magdeburger Feuer 1400T, Mainkraft 505, Metallges. 355, Moto Meter 278B, Nixdorf 610, Pfaff 241,5, Salamander 330, Schering 575, VEW 190, Wella 785, Ymos Vz. 188,5. **Hamburg:** Doag 385, Schering 580. **München:** BASF 310bG, Bayer 328bG, Bay. Hdlbk. 470G, Br. Wolfr. 265G, Contigas 375bG, Dresdner Bk. 455, Hoechst 305,5bG, IWK 325, Linde 660, Metallges. 360G, Nixdorf 598bG, Salamander 318TB, Schering 588, Stumpf 176, VAB 2800Br, VEW 176G, Wanderer 605bG.

Bezugsrechte: Frankfurt: Pittler Masch. 5, Br. Vulkan 18.

Devisenmärkte

Das EWS-Realignment wurde am 7. 4. mit Aufatmen zur Kenntnis genommen. Die Veränderungen wurden allgemein als recht erträglich bewertet. Erstaunlicherweise tendierte die DM schwächer gegen das Ir. Pfund, den Belg. Franc und die Dän. Krone. Auch der Holl. Gulden wurde höher notiert. Die Ital. Lire erreichte mit 1,461 einen neuen historischen Tiefstkurs. Lebhaft entwickelte sich der Handel in Franz. Franc. Die Nachbarwährung wurde zum neuen oberen Interventionspunkt von 31,41 amtlich festgestellt. Die Bundesbank mußte dabei 122,5 Mill. verkaufen. Außerhalb der Notiz dürften die Abgaben der Bundesbank und der Banque de France Milliardenhöhen erreicht haben. Der US-Dollar wurde am Morgen bis 2,415 gehandelt, gab aber später auf 2,396 nach. Im Verlauf des Nachmittags wurde der amtliche Kurs von 2,3997 wieder deutlich übertroffen. Das Brit. Pfund profitierte vom Streik in der norwegischen Ölindustrie und kletterte auf 3,494. US-Dollar in: Amsterdam 2,7065; Brüssel 49,0175, Paris 7,6545; Mailand 1645,00; Wien 16,825, Zürich 2,0074, Ir. Pfund/DM 3,041; Pfund/Dollar 1,456; Pfund/DM 3,494.

Devisen und Sorten

7.4.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3957	2,4037	2,3901	2,34	2,44
London[2]	3,487	3,501	3,441	3,43	3,58
Dublin[2]	3,034	3,048	2,978	2,95	3,10
Montreal[1]	1,7262	1,7342	1,7112	1,68	1,78
Amsterd.	88,705	88,925	88,54	88,00	89,75
Zürich	119,44	119,64	119,84	118,50	121,25
Brüssel	4,897	4,917	4,843	4,74	4,94
Paris	31,33	31,49	31,11	30,50	32,25
Kopenh.	27,09	27,21	26,945	26,25	28,00
Oslo	32,325	32,445	31,67	31,50	33,75
Stockh.**	31,94	32,10	31,58	31,25	33,00
Mailand[3]**	1,456	1,466	1,43	1,41	1,51
Wien	14,25	14,27	14,215	14,15	14,37
Madrid**	1,578	1,588	1,548	1,52	1,64
Lissabon**	1,535	1,555	1,448	1,25	1,90
Tokio	1,324	1,327	–	1,29	1,35
Helsinki	44,93	45,13	44,39	44,00	46,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,583	1,637	–	1,20	1,90
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,715	1,734	–	1,61	1,76
Johannbg.*	1,159	1,173	–	0,77	1,02
Hongkong*	30,61	30,89	–	28,50	34,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Ausblicke? Hilmar Hoffmanns „Kultur für morgen"

Mehrwert der Mäzene

Von denen, die sich vor gut 15 Jahren noch fortschrittsgläubig um den großen sozialliberalen Aufbruch in Politik und Kultur scharten, sind viele kaum noch wiederzuerkennen. In apokalyptisches Schwarz gehüllt, *suchen sie den Horizont nach* dem Wetterleuchten der Endzeit ab. An die einstige Euphorie wollen sie nicht erinnert werden.

Zu den wenigen, die auch nach dem dritten Hahnenschrei nichts ableugnen, die auf Kontinuität beharren und *ehrlich Bilanz* zu ziehen versuchen, gehört der Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann. 1979 war sein Buch „Kultur für alle" herausgekommen, eine Art Kompendium sozialdemokratischer Kulturpolitik in einer großen Stadt. Jetzt hat er



„Kultur für morgen" draufgelegt. Fortschreibung? Bilanz des Dazugelernten? Neuer Blickwinkel? Hoffmann, der bekanntlich zum Mißvergnügen vieler Genossen auch unter dem CDU-Oberbürgermeister Wallmann im Amt verblieb, ist in deutlicher Frontstellung zu den „Apokalyptikern" *um Ehrlichkeit und Klarheit* bemüht. Selbst da, wo man ihm weder im ersten noch im zweiten Buch zustimmt, liest man es mit Gewinn als Bestandsaufnahme und Diskussionsschilderung.

Kultur, will das zweite Buch sagen, ist nicht nur etwas Vorhandenes, das allen zuteil werden muß, sondern sie ist *in einer „Leistungsgesellschaft,* der die Arbeit ausgeht", zur dringen*den Notwendigkeit* geworden. Man muß ihr, wo immer sie entsteht und wirkt, die Wege ebnen, sie „ermöglichen".

Hoffmann ist vor allem da interessant und überzeugend, wo er sich konkret mit der Frankfurter Situation beschäftigt. Im ersten Buch hatte er seinen Kulturbegriff noch zu definie*ren versucht (etwa: „Ausdruck und* Mittel der spezifischen Evolution der Menschen, ihrer kontinuierlichen Höherentwicklung und Selbstvervollkommnung"). Im zweiten Buch wird nicht mehr definiert. Es wäre eine Untersuchung wert, zu klären, ob Hoffmanns Kulturbegriff wirklich noch der gleiche ist.

Manches freilich ist ärgerlich. Wenn er einerseits zugibt, daß Kunst ohne privates Mäzenatentum heute nicht überleben würde, gleichzeitig *aber private Spenden als „vom Mehr*wert erwirtschaftete vorenthaltene Steuermittel" diffamiert und sogar das längst der Lächerlichkeit anheimgefallene Modell einer Mitbestimmung des Betriebsrats bei Kunstankäufen durch Unternehmen ins Feld führt. Oder wenn er immer wieder den „bildungsbürgerlichen Kultur- und Kunstbegriff" denunziert, wo er doch genau weiß, daß eben diese Bildungsbürger ihm immer noch die Museen, die (zur Hälfte) Theater und Konzertsäle füllen und ohne ihre (rebellischen, aber immerhin bildungsbewußten) Kinder auch die *vielgerühmte alternative Kultur*szene alsbald verdorren würde.

*Auch die beinahe wie eine Pflicht*übung erscheinende Abkanzelung der Bonner Wende als einer „Wende zu Zensur und Realitätsverbot" überzeugt nicht. Wo immer Hoffmann Beispiele sucht, bei den Goethe-Instituten, in der Filmförderung oder im Bildungswesen – der „herrschende" Staat erscheint da allenfalls in der *Slapstick-Rolle einer ratlosen In*kompetenz, meilenweit entfernt von der kalten, wirklichen Macht in totalitären Staaten.

Sei's drum, der Band – mit einer Unmenge von Zitaten, von Goethe über den gescheiten Italiener Umberto Eco bis zu so umtriebigen Kultur-Multis wie Diether Dehm – liest sich gut und flüssig.

Auch der Verlag scheint dazugelernt zu haben. Im ersten Buch fanden sich – dem Autor sicher nicht *anzulasten – noch Pannen wie diese:* Ein im Register genannter Herr namens „Diether Stoltze" entpuppte sich an den angegebenen Textstellen einmal als der ehemalige „Zeit"-Redakteur Diether Stolze, ein andermal als der Frankfurter Mundartdichter Friedrich Stoltze (gest. 1891), ein drittesmal als ZDF-Intendant Dieter Stolte. Im neuen Buch kommt keiner der drei mehr vor.

JOACHIM NEANDER

Hilmar Hoffmann: Kultur für morgen. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main (Band 3082), 228 Seiten, 11.80 Mark.



Hexe und Mönch in der „Rauhnacht": Lithographie (1924, Ausschnitt) von A. Kubin FOTO: DIE WELT

„Am Abgrund": Zeichnungen von Alfred Kubin im Salzburger Rupertinum

Wasserleichen waren ihm am liebsten

Selbst die „Seele eines Kindes" war ihm nur eine Maske mit Schreckgesicht. *Alfred Kubin (1877–1959) hat* sich sein Leben lang durch seine *künstlerischen Schöpfungen von den* beschädigenden Erlebnissen seiner Kindheit und Jugend zu heilen und zu befreien versucht. Der Erfolg lag in der dauernden Entäußerung der bildlich gefaßten Seelenpein, die Bedeutung für die Welt in den über das persönliche *Leiden hinausgehenden,* allgemeinen Aussagen über das Le*ben. Das zeigt die Ausstellung „Am* Abgrund" mit Zeichnungen von 1897 bis 1935 im Salzburger Rupertinum.

„Ich schaffe nicht aus Vergnügen, sondern um den ganzen Ekel, den ich vor mir selbst und der ganzen Welt empfinde, zu vergessen", sagte Kubin 1902. Das war mehr als nur das Rumo*ren einer schwarzen Strömung unter* der Oberfläche einer bürgerlichen Welt, die scheinbar in Ordnung war, das war die wirkliche Leiderfahrung einer empfindsamen Seele, die sich ständig an der Wirklichkeit wundscheuerte.

Kubin schaute hinter jede Fassade – er sah die Angstträume hinter den Schlafzimmergardinen („Dämmerung" 1901: ein riesiges Insekt hockt auf der *Bettdecke)* und das Lächerliche hinter dem scheinbar Erhabe*nen („Der liebe Gott",* etwa 1900, wo eine Prozession winziger Menschlein zu einer riesigen, absurden Kasperlefigur zieht).

Zunächst stark dem Jugendstil verhaftet, wurde er später zeichne*risch lockerer; als er die Spritztech*nik aufgab, wurde er härter und ausdrucksstärker. Trotzdem sind seine späteren Blätter selten so überzeugend wie die früheren – die alten Inhalte fanden keine neue künstlerische Form.

„Immer wieder auf neue Art variiere ich einen *melancholischen* Grundton, das Elend der Verlassenheit und den Kampf mit dem Unverständlichen", kommentierte Kubin seine Kunst. Bedrohung, Schrecken, Mord und Totschlag, Gewalt und Entsetzen herrschen in seinen Bildern. Mal ist der Tod allegorisch („Vampir" 1918), mal sehr real („Ein Mord", etwa 1920), *und sogar der Historien-Horror* kommt vor („Ermordung Rasputins", 1925). Kubin hatte „verruchte Sachkenntnis" von dem, was er gestaltete. Oft hatte er einem Fischer zugesehen, der ein besonderes Talent im Auffinden von Wasserleichen hatte, und sei*ne düsteren, unreinen und oft* frauenfeindlichen Allegorien lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Seine *wenigen malerischen* Arbeiten („Landschaft mit drei Kreuzen", 1930–36) zeigen, daß seine Obsessionen uns einen begnadeten Koloristen vorenthalten haben, aber er mußte sich halt im Irrgarten der Welt als Zeichner zurechtfinden, wie er schon 1924 festgestellt hatte.

Kubin war aber auch einer, der mit der Energie seines Empfindens und seiner künstlerischen Persönlichkeit den Abgrund zwischen der alten Kunst und der Moderne im Flug der *Phantasie überwand – einer der* letzten der schwarzen Romantiker und einer der ersten Modernen, die die Absurdität der Welt in künstlerische Form brachten. Es ist diese Form, die die Werke für uns heute noch so beklemmend wirken läßt. (Bis 15. Mai, Katalog 180 öS)

GERHARD CHARLES RUMP

„Die lustige Witwe" unter Dohnányi in Brüssel

Im elektrischen Zirkus

Man erinnert sich noch gut an Brüssels letzte „Lustige Witwe": Maurice Béjart hatte sie inszeniert, dabei Hanna Glawari und den *Grafen Danilo im Walzerschritt* über die Schützengräben des Ersten Weltkriegs tanzen lassen. Das war zwar alles nicht wirklich gut, aber vor 20 Jahren ein Schock. Vor allem aber: Béjart hatte über das Stück nachgedacht und kam darauf, daß jene Welt, *die Platz für einen Balkan-Kleinstaat* Pontevedro und seine in Paris sich vergnügenden Landeskinder hatte, mit Lehárs Donaumonarchie für immer untergegangen war.

Ein paar Jahre darauf gab es eine „Lustige Witwe" in Frankfurt, szenisch unbedarft, aber mit Anja Silja als Hanna Glawari und Christoph von *Dohnányi am Pult. Man hatte noch* vor Augen, wie die Silja, eine in den Ballsaal verschlagene Eva, bei ihrem ersten Auftritt in einen Apfel biß und sang „Hab' in Paris mich noch nicht ganz so akklimatisiert ..." Das war immerhin der Beweis, daß ein Luxus-Lehár, wie man ihn von den Schallplatten der Schwarzkopf kann*te (und bald von Karajan noch ken*nenlernen sollte) durchaus auch im Theater möglich war, kümmerte sich nur ein Dirigent wirklich einmal um die Musik.

Nun, bei Brüssels neuer „Lustiger Witwe" im königlichen Zirkus gibt es Wiedersehen mit der Silja und mit Dohnányi, und da sind sie prompt auch wieder *diese elektrisierenden* Momente der Musik Lehárs, die sich *hier vielleicht sogar* noch besser anhört, als sie eigentlich ist. Da tritt Dohnányi im „Weibermarsch" ganz kurz auf die Bremse, halbiert für einen Takt das Tempo, so daß der Rhythmus richtig ins Klappern und Jaulen kommt, als wär's aus einem Stück von Kurt Weill.

Wenn Rossillon von seiner Rosen*knospe im Mai schmachtet und Lehár* die Geigen dazu im Flageolett säuseln läßt, dann klingt das plötzlich nicht mehr nach süßlichem Effekt, sondern nach Tönen, die wahrhaftig nicht mehr von dieser Welt sind. Und bei des Grafen Danilo Erzählung von den „Zwei Königskindern": da vernimmt man Musik, die sich anhört wie purster Gustav Mahler, des Knaben Wunderhorn, in die Operette ver*schlagen.*

Daß ein Mann wie Dohnányi den Rhythmus, die Frechheit, die Eleganz und die Melodik eines solchen Stücks vollendet auskosten kann, nimmt nicht wunder. Das macht er grandios und mit ansteckender Laune. Aber in Lehár so viel gute Musik zu finden, das ist denn doch die köstlichste Frucht dieses Abends.

Brüssel hat sich viel Mühe mit dieser Produktion gegeben, der Intendant Gérard Mortier, früher in Frankfurt und Hamburg Dohnányis rechte Hand, seine alten Beziehungen spielen lassen. Aber auf dem Papier sah die Aufführung wohl doch noch etwas besser aus als in der Wirklichkeit. *Helen Donath* als Valencienne stand, so schön *sie* sang, mit beiden Beinen neben dem Stück und neben ihrer Rolle. Wieslaw Ochman, den man doch als Tenor von gepflegter Sängerart in Erinnerung hat, forcierte heftig und gab sich, nach so vielen *Jahren Sängerleben in Deutschland,* noch immer herzlich wenig Mühe mit *der Sprache. Dale Duesing* ist *zwar* ein Danilo mit Bühnenpräsenz, der die Erotik knistern läßt, aber mit der Stimme hapert es nun leider hörbar.

Jules Bastin, Frankreichs schwergewichtiger Opernkomiker, macht den Pontevedrinischen Gesandten immerhin zu einer *stimmigen Figur.* Aber ohne die Silja als Hanna Glawari *wäre die Aufführung nicht* viel wert. Nun, auch an ihr gehen die Jahre nicht ganz spurlos vorüber; mit dem Ebenbild einer burschikosen Unschuld vom Lande kokettiert sie auch gar nicht mehr. Sie ist vom Scheitel bis zur Sohle die gnädige Frau aus den *Pariser Salons. Und* wenn sie sich mit Danilo so richtig in die Wolle *kriegt, zwei verfeindete* Gesellschaftslöwen aufeinander losgelassen werden, dann fliegen die Fetzen.

Das ist eine der ganz wenigen Szenen, in denen Jürgen Tamchinas Inszenierung (Ausstattung Maren Christensen) stimmt. Tamchina wußte wohl nicht so recht, was er wollte. Da wird ein bißchen mit Requisiten verrätselt, *daß man merkt: er hat zu viel* Ruth Berghaus gesehen. So wird vor der Silja, *wenn sie hinreißend* ihr Viljallied singt, ein Popanz aus alten Klamotten aufgebaut, aus dem nur noch ihr Kopf herausschaut. Aber im übrigen klappt die Regie ziemlich ungeniert zwischen herkömmlichster und heute doch ziemlich unerträglicher Operetten-Chargiererei und ein paar aufgesetzten Gags hin und her. Ernstgenommen hat Tamchina das Stück sichtbar nicht. REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 8., 9., 11., 13., 15., 16., 19., 20. und 24. 4., Karteninformationen: 00322/2181202.

Ohne besonderen Anlaß ein Leckerbissen für Theodor-Storm-Verehrer

Der letzte Ritt auf dem Schimmel

Das Sterbezimmer Storms in Hademarschen liegt heute abend in einer stillgelegten Fabrik. ARD-Autorin Christiane Höllger: „Die Fabrik ist die ‚Kathedrale des 20. Jahrhunderts' und hatte für Storm immer etwas Be*drohliches: Industrialisierung und* Christentum waren nicht sein Fall." Über die Entscheidung, ihren Beitrag heute zu senden, ist sie nicht glücklich: „Lieber wäre mir das hundertste Todesjahr 1988 gewesen".

Theodor Storm erscheint als „intellektueller Schimmelreiter", der seinem Magenkrebs die Kraft zur Vollendung seiner bekanntesten Novelle abtrotzt. Zunächst scheint ihn die Diagnose seiner Krankheit nicht zu erschüttern. „Laß dich das häßliche Wort nicht erschrecken", schreibt er im Mai 1887 seinem Sohn Karl, „viele Menschen haben es viele Jahre lang und sterben schließlich an einer anderen Krankheit." Doch bald versinkt er in Schwermut, aus der ihn aber

Der Schimmelreiter – ARD, 23 Uhr

seine *Familie* herausreißt: Sie inszeniert eine Scheinuntersuchung.

Christiane Höllger und Mit-Autorin Claudia Holldack machen Storms Ringen mit dem Tod zum Ausgangspunkt ihrer Erzählung. Das *wird Storms Leben gerecht; denn der* erklärte Nicht-Christ hatte Todesangst. Ihn plagte die „leise Furcht, daß im letzten Grunde doch nichts Bestand habe, worauf unser Herz baut". Also machte er sich auf die Suche nach ästhetischen Fluchtwegen. Seine „Heimatmanie" (Thomas Mann) ist ein solcher. Die Trennung von seinem geliebten Heimatort schmerzt *ihn* sehr, *als* er *ins* preußische geht.

Ein früher Versuch, gegen die Hoffnungslosigkeit einen Damm zu bauen, ist seine Studentenschwärmerei für Berta von Buchan. Die ver*schmähte Liebe kompensiert Storm* mit poetischer Produktivität, was auch der Film zum Ausdruck bringt.

Der Film beschreibt den Zusam*menhang zwischen Storms Lebensil*lusionen und seinem Todesgrauen. Mit Erland Josephson dürfte ein Schauspieler gefunden worden sein, der diese beiden Seiten zu mimen versteht. CHRISTIAN GEYER

KRITIK

Des Betrügers flexible Moral

Man hat die Moral beim Staat in Verwahrung gegeben", *läßt* Wolfgang Menge seinen Felmy sagen. *Er meint,* in unserem Gemeinwesen werde zuviel durch Gesetz und Verordnung geregelt, so daß die eigentliche Moral verschwinde. Aus dieser These entwickelt er seine Geschichte vom redlichen Unternehmer, der über den Tisch gezogen wird, ohne *sich rechtlich wehren zu können.* Zwischen Moral und Gesetz klafft die Schere. Diese versucht der Geschädigte mittels ausgetüftelter Gaunerstückchen zu schließen, zu seinen eigenen Gunsten, versteht sich: **Unternehmen Köpenick** (Sonntag im ZDF).

*Es handelt sich um eine sechstei*lige Serie. In dieser will Menge unserer, wie es in einem seiner Dialoge heißt, „flexiblen" Moral auf den Grund gehen. Der Autor hat auf die kühle Schilderung der Ereignisse gesetzt und auf die abgefeimten Dialoge *und Monologe seines Protagonisten.* Deren lehrhafter Ton schlägt zwar gelegentlich durch, aber Felmy schaltet ihn rechtzeitig herunter.

Das erste Stück dauerte knappe 45 Minuten, davon weit mehr als die Hälfte für die Ausbreitung der Vorbe*dingungen. So geriet die Geschichte* in Zeitnot. Es drängte sich zusammen, was die Sendung ausmachen sollte: Daß ein Betrogener jetzt andere betrügt, diesmal mit Mitteln, die er aus dem grauen Markt des Kunsthandels entliehen hat.

Das ganze ist prachtvoll erzählt, stimmig und griffig, nur das, was ein Schelmenstück ausmacht, das anerkennende Knurren, das Schmunzeln aus Hirn und Bauch kommend, stellt sich nicht ein. Das Stück ist eben zu *gut geordnet.* V. POLCUCH

Schulfunk für Bank-Knacker?

Der **ARD-Ratgeber Technik** (Sonntag in der ARD) ist berüchtigt, soweit er sich mit der Geldautomaten-*Kriminalität* beschäftigt. *Dies*mal kam der Moderator zum Schluß, daß die elektronischen Gelddienste mit einem „unübersehbaren Risiko" behaftet seien und gab den Tip: Alle Kartenbesitzer sollten die Automaten-Berechtigung ablehnen. Ein heikler Rat des Ratgebers, denn die Automatenknacker von Köln, die An*fang des Jahres ihr Unwesen* trieben, gaben nach Angaben des Sparkassenverbandes diese Sendung als Informationsquelle an.

Unabhängig davon gebietet es die Fairneß, daß man beide Seiten hört. In zwei Fällen stellten sich jedoch nur *Leute als Opfer von Kartenbetrügern* vor und die Banken als böse Geldeintreiber dar. Kein Wort davon, daß die Geldinstitute bei Manipulationen und bei Verlust voll haften, wenn dies rechtzeitig gemeldet wird. Kein Wort auch davon, daß den Opfern in Köln kein Schaden entstand.

Die Bemühungen des Kreditgewerbes, das Risiko einzuschränken, wurden zum Teil unterschlagen oder verdreht. Mit Vermutungen sollte dem Zuschauer suggeriert werden, daß auch der andere Lösungsweg – die Chipkarte – leicht zu knacken sei. So war die Sendung keine ehrliche Verbraucherinformation. T. LINKE

Vogel (CDU) droht der ARD

Als „unsinnig" bezeichnete es der Mainzer Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), daß einige ARD-Anstalten die Konfrontation mit den Ministerpräsidenten suchen würden. Er bezog sich darauf, daß ein Vertreter des Südwestfunks angedroht hatte, Sendeanlagen würden möglicherweise für die Ausstrahlung privater *UKW-Hörfunkprogramme nicht zur* Verfügung gestellt werden, wenn die Einspeisung des ARD-Satellitenprogrammes „1 Plus" unterbleibe. Wenn eine solche Haltung ernst gemeint sei, würde dies „schwerwiegende Konsequenzen" haben, meinte Vogel.

Seine Landesregierung bleibt bei ihrer Rechtsauffassung bezüglich „1 Plus". Vor allem aber werden politischen Bedenken aufrechterhalten. Es könne nicht richtig sein, daß die Intendanten allein die Anzahl der Programme bestimmen und die Parlamente die notwendige Gebührenerhöhung nachzuvollziehen hätten. Es gehe darum, wieviel öffentlich-rechtliche Programme es geben solle. Wenn es zehn *Fernsehprogramme* sein dürften, dann könne er Privatanbietern nur raten, ins Ausland zu gehen, merkte Vogel an.

Die Landesregierung beachtet die einstweiligen Anordnungen der Gerichte, denen zufolge die Ausstrahlung von „1 Plus" nicht zu untersagen sei. Der Rechtsstreit – so Vogel – wer*de aber erst in der Hauptverhandlung* entschieden. Das Programm „1 Plus" kritisierte Vogel inhaltlich. Es sei ein „Programm wie die anderen". Weder ein besonderer europäischer noch ein Kultur-Akzent seien zu erkennen.

A.K.

Des Sängers Markt: Frieden und Umwelt

Seine Stimme klingt, als habe er *mit Nordseewasser gegurgelt* oder sie mit Aquavit und Dünensand geschmirgelt: Hans Hartz (39). Er ist in Dithmarschen geboren und als Sohn eines Blankenesers in Husum aufgewachsen. Schlager und Disco sind dem Nordlicht ein Greuel. Es lag wohl am Dahinsiechen der sogenannten Neuen Deutschen Welle, daß seit *1982 der Wind für ihn günstig* steht, meint er; „Sturm" hieß seine erste Langspielplatte. Heute ist er im ZDF zu hören.

Es war der Ohrwurm von den weißen Tauben, mit dem er haargenau in den Trend der Friedensbewegung hineinpaßte – mit einem Tonfall zwischen Zorn und Trauer, der auch dieser Bewegung *nahelag:* „Die weißen Tauben sind müde. / Sie fliegen lange schon nicht mehr. / Sie haben viel zu schwere Flügel, / Und ihre Schnäbel sind längst leer", *so sangen auch viele* Ostermarschierer Anfang der 80er Jahre.

Seine weiteren Themen sind wesensverwandt, zumindest, was die Zielgruppe betrifft: Umwelt und Ölpest, Geld und Macht, Kriegsangst. Sein Kollege Peter Horton hält Hartz

Tele-Illustrierte – ZDF, 17.15 Uhr

für den bedeutendsten neuen deutschen Rocker. Hartz selbst sieht sich als Sozialkritiker, der aber „den erhobenen Zeigefinger in der Tasche" behält: Die Pose des rockenden Oberlehrers liegt dem zum viertenmal verheirateten Wahl-Berliner nicht.

Er arbeitet mit Christoph Busse zusammen, dem Produzenten und Mit-Texter. Zahlreiche Titel hat er auf Spanisch, Italienisch und Englisch aufgenommen. „Weg von diesem sturmzerzausten Friesen-Image" wollte er, Navigationshilfe dabei leistete ihm unter anderem Vorbild Udo Lindenberg.

Als er sechzehn war, holte die Polizei den Minderjährigen von der Bühne des legendären Hamburger „Star Club" und schickte ihn nach Hause. Er fuhr dann zur See, jobbte hier und da als (gelernter) Zahntechniker, als Alteisenverwerter und Bügler, als Tiefbau-Fiez und alternativer Kindergärtner im Kinderladen.

Er holte im Fachstudium seinen Abschluß als Sozialpädagoge nach *und tingelte weiter über die Dörfer.* „Außer Musik" habe er „nichts in den Griff bekommen", meint er. Busse stellte ihn dann einfach ins Plattenstudio, und siehe: die Marktlücke war gefunden.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 WISO
Moderation: Hans-Ulrich Spree
10.35 100 Karat
11.25 Die Frau des Reporters
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Lebenswege
Jede dritte Ehe geht laut Statistik in die Brüche. Ute Wagner-Oswald befragte ein seit fünf Jahren geschiedenes Paar. Trotz aller Zerrüttung suchte es nach vernünftigen Lösungen – den Kindern zuliebe.
16.45 Die Besucher
2. Teil: Nur nicht auffallen
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Tennis
21.00 Panorama
Themen: Altölrecycling, neuer Personalausweis, Titelhandel
21.43 pro und contra
Zuschauer wählen das Thema der Sendung am 17. April: Waffenschein für gefährliche Hunde, Rauchverbot am Arbeitsplatz oder Straffreiheit für Ladendiebe
21.47 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Storm – Der Schimmelreiter
Fernsehfilm von Christiane Höllger und Claudia Holldack
Mit Erland Josephson, Till Topf, Re*nate Bleibtreu u. a.*
Regie: Claudia Holldack
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Unser täglich Fleisch
Von W. Eimler und N. Kleinschmidt
Fleisch steht bei den Deutschen *fast täglich auf dem Speisezettel,* das Geschäft mit Schweinen und Rindern lohnt sich. In Bayern findet allerdings zur Zeit ein regelrechter Kampf um die Schlachthöfe statt, denn der Konkurrenzdruck ist stark und Großabnehmer beherrschen den Markt.
20.15 Zur Hochzeit viel Glück
Französischer Spielfilm (1968)
Mit Claude Berri, Elisabeth Wiener, Prudence Harrington u. a.
Regie: Claude Berri
21.45 heute-journal
22.05 Die Geschwister Oppermann
1. Teil des zweiteiligen Fernsehfilms von Egon Monk nach dem *Roman von Lion Feuchtwanger*
Mit Wolfgang Kieling, Rosel Zech, Till Topf u. a.
*Der Produzent Gyula Trebitsch er*hielt 1984 die Goldene Kamera von „Hörzu".
0.05 heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Comedy-Serie
Oder: *Regionalprogramme*
18.30 APF blick
18.45 Spezialauftrag
... dann du, Adam Strange
19.45 Love Boat
Anschließend:
Wetterblick, Wochenhoroskop
20.45 ... geheimcode rebecca ...
Teil 4
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 S. T. E. P. IN
Sentimental Journey
23.30 APF blick

1 PLUS

19.00 Nachbar Europa
Protokoll eines Schwertransportes
19.45 eff-eff Autotest
Audi Quattro 200 Coupé, BMW 635, Porsche 944 Turbo
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
2. Polizeistunde
20.40 Die Schwaiers
2. Wochenanfang
21.05 Ansichten eines Clowns
Nach Heinrich Bölls Roman
Mit Helmut Griem u. a.
22.55 Die Taxifahrerin
Französischer Spielfilm (1980)
Mit Christine Boisson u. a.
Regie: Jacques Brel
0.40 Nachrichten zum Sendeschluß

III.

WEST
17.30 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Luc Leysen aus Ghana:
Burgen unter Palmen
20.45 Rückblende
Vor 40 Jahren: Care-Pakete
21.00 Formel Eins
21.45 Spargelfelder
Film von Claire Doutriaux
22.15 Drei vor Mitternacht
Reform im Strafvollzug
Anschl. Nachrichten
22.30 Ich will, wenn ich liebe, allein sein
23.15 Jazz-Fest Berlin 1984

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltas (12)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Kim Philby war der dritte Mann
Dokumentarspiel von Wolfgang Bretholz und Hermann Kugelstadt
22.30 Autor-Scooter
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Edouard und Caroline
Französischer Spielfilm (1951)
Mit Anne Vernon u. a.
Regie: Jacques Becker
21.30 Drei aktuell
21.45 Allerlei Theater

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Sozialplan für Bauern?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Ave Maria
Deutscher Spielfilm (1936)
Mit Beniamino Gigli u. a.
22.40 Biedermeier / Kaleidoskop (1)
23.10 Nachrichten

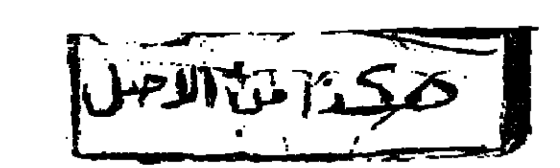
BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
20.00 Reisewege zur Kunst
Der Osten der Türkei
20.45 Die Sprechstunde
Die ambulante Geburt
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Geliebte des französischen Leutnants
Englischer Spielfilm (1981)
Mit Meryl Streep u. a.
Regie: Karel Reisz
23.50 Rundschau

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.15 Jugend-Treff
18.30 295 km auf dem Fluß
Reise vom Aaregletscher an den *Rhein*
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Ich heirate eine Familie
Serie von Curth Flatow
Mit Peter Weck, Thekla Carola Wied, Julia Biedermann, Timmo Niesner, Tarek Helmy u. a.
Regie: Peter Weck
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karichen
19.30 KAZ
Ein Fall mit Klasse
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das Mädchen und der Kommissar
Franz.-ital. Spielfilm (1970)
Mit Romy Schneider, Michel Piccoli, Bernard Fresson u. a.
22.24 RTL-Spiel
22.30 Das geschenkte Herz
Organspenden in Deutschland
23.15 Wetter / Horoskop / Betthupferl



Krieg mit Mundwasser

mar – Das Buch ist von A bis Z amüsant. Schon wer es aufschlägt, kann sich der Komik der Bilder nicht entziehen, obwohl diese Entwürfe von griechischen Säulen, Sonnenauf- und -untergängen, lauschigen Landschaften oder schönen Frauen, die allesamt für ein Mundwasser warben, einst gar nicht komisch gemeint waren. Und wer sich in den Text vertieft, kann sich eines Schmunzelns gewiß nicht erwehren, obwohl er mit aller Ernsthaftigkeit und dem vollen Wortlaut sozialwissenschaftlicher Welterklärung daherkommt.

Das Buch heißt „Odol – Reklame-Kunst um 1900", erschien im Anabas-Verlag und will – so die Autorin Henriette Väth-Hinz – klären, „wie weit die Werbebilder bereits zu Beginn des Jahrhunderts die Bildsprache der Kunst aufnehmen und verwerten und ob die bildende Kunst damit für breite Bevölkerungsschichten nicht nur verfügbar, sondern zugleich ersetzbar wird". Es ist eine Doktorarbeit. Das kann man nicht übersehen. Sie breitet, wie es das Gesetz solcher Arbeiten befiehlt, demonstrativ alle Früchte des Lesefleißes und des Zitiereifers aus. Vor allem aber begnügt sie sich nicht damit, Fakten zusammenzutragen, sondern entdeckt für uns die geheimen Verführer der Jahrhundertwende, um flugs daraus das Weltbild der manipulierten Gesellschaft zu zimmern.

Wir werden belehrt, daß die Künste „vom Reklamebedürfnis der Fabrikanten usurpiert" worden seien. Und daß die Teamarbeit, „diese Zersplitterung und Partikularisierung komplexer künstlerischer Techniken" in der Werbung, „ein Spiegelbild der Zersplitterung und Aufteilung aller Lebensbereiche der modernen Industriegesellschaft" sei. Vor allem aber: „Die Frau wird im Odol-Reklamebild als die Passive, das Objekt dargestellt ... die sich zugleich mit der Ware zum Kauf anbietet."

Schließlich entdeckt die Autorin sogar, daß sich hinter der „Volksbelehrung in Sachen Hygiene durch Reklame und Vorsorgeuntersuchungen in Schule und Militär", die Odol-Hersteller Lingner organisierte, ein politisches Programm verbarg, die „Erziehung zum gesunden, starken und damit wehrfähigen Deutschen".

Fritz Fischer wird also wohl sein Buch über die Ursachen des Ersten Weltkrieges umschreiben müssen. Nicht Preußen war's, sondern das Odol aus dem sächsischen Dresden.

Ohne Hoffnung, aber mit Humor – Zum 75. Geburtstag von E. M. Cioran

Das Unglück, geboren zu sein

Der Rumäne E. M. Cioran, geboren am 8. April 1911 in Siebenbürgen (das damals zur ungarischen Hälfte der Habsburgermonarchie gehörte), seit fünf Jahrzehnten im sechsten Arrondissement von Paris, nahe der Place de l'Odéon, als Einsiedler lebend, ist der einzige ebenbürtige Nachfahre Nietzsches in unserer Zeit. Wie Nietzsche der Sohn eines protestantischen Pastors war, so entstammt Cioran einer orthodoxen Priesterfamilie. Steht hinter jenem die Gestalt Luthers, so wurzelt dieser in der Welt von Byzanz, der griechischen Kirchenväter und der spätantiken Gnosis. Wie Nietzsche ist auch Cioran ein furioser Kritiker sowohl des biblisch fundierten Christentums als auch seiner säkularisierten Ableger: des Fortschrittsglaubens, des Utopismus und aller heilsgeschichtlichen Erlöserlehren.

Er kritisierte all dies schon vor Jahrzehnten, lange bevor das Gerede vom möglichen Untergang der Erde, vom Ende der Emanzipation und von der Sinnkrise zur Mode geworden war. Er tat es überwiegend in Aphorismen, gelegentlich auch in Essays, bisweilen auch in ganzen Aperçus und lapidaren Sentenzen. Sie sind gesammelt in durchweg schmalen Bänden mit suggestiven Titeln wie: „Lehre vom Zerfall", „Syllogismen der Bitterkeit", „Dasein als Versuchung", „Der Absturz in die Zeit", „Vom Nachteil, geboren zu sein", „Die verfehlte Schöpfung", „Gevierteilt".

Diese Bücher erweisen Cioran als einen leidenschaftlichen, ja extremen Denker. Alles, was er sagt, verdankt sich Augenblicken der Erregung, der



Eine moderne Diogenes-Gestalt: E. M. Cioran FOTO: EUROPA-VERLAG

Unausgeglichenheit, ja, des Paroxysmus. Obwohl in der gesamten Geistesgeschichte bewandert und ein eifriger Leser, vibriert jeder Satz vom Pathos eigenen Erlebens: „Man sollte nur Bücher schreiben, um Dinge zu sagen, die man niemandem anzuvertrauen wagt."

Sein Stil ist polemisch, herausfordernd, bisweilen die Grenze zum Skandalösen und Blasphemischen überschreitend. Doch zugleich sagt er das Schockierende in höchster, geschliffener Feinheit, formvollendet, in meisterlich gefügten Sätzen, mit einem ausgesprochenen Sinn für rhetorische Eleganz und rhythmische Finessen. Radikalität des Fragens, provozierende Streitbarkeit, Lust am Paradoxen verbinden sich mit einer literarischen Brillanz, die sich mit jener der französischen Moralisten und Nietzsches messen kann.

Eine eigentümlich hypnotische Wirkung geht von diesen Schriften aus. Cioran überzeugt weniger durch Argumente als durch eine gewisse unnachahmliche Gebärde, eine bestimmte Aura des Stils, die Raffinesse seiner funkelnden Prosa. In einem Satz sagt er mehr als andere in dicken Wälzern.

Ohne Zweifel: Cioran ist ein Philosoph; aber man darf dabei nicht an einen Philosophieprofessor denken. Weder ist er ein Systembauer von der Art der Spinoza, Kant oder Hegel, noch begnügt er sich mit bloßer Sprachanalyse. Er gehört zu den Außenseitern, ist ein Verwandter von Gestalten wie Pascal, Kierkegaard, Leo Schestow und – noch einmal – Nietzsche. Mit ihnen verbindet ihn seine Exzentrik, seine Neigung zum Unbedingten, zum Paradoxen. Alles, was katastrophal und kaputt ist, zieht ihn an: „Das wahre, einzige Pech: das Licht der Welt zu erblicken."

In immer neuen Ansätzen umkreist dieser Spezialist für Untergänge das Fiasko unseres Geborenseins: „Nicht geboren zu sein. Schon der Gedanke daran – welches Glück, welche Freiheit, welche Weite!" Das größte Unglück, das wahre Übel liegt nicht vor uns, sondern hinter uns: der Skandal der Geburt.

Der Fluch, vom Rande Europas nach Paris verschlagen worden zu sein und alle Hauptwerke in einer fremden Sprache verfaßt zu haben, erscheint in dieser Sicht bloß als Chiffre einer tieferen Entfremdung und Absurdität: „Mensch zu sein, ist weniger natürlich als zu sein schlechthin." Sogar der Teufel stellt für uns eine empfehlenswertere Zuflucht dar als unsere Mitmenschen.

Mit feinschmeckerischer Wollust widmet sich E. M. Cioran der für ihn unwiderleglichen Tatsache, daß der Mensch ein Bankrotteur von Anbeginn ist, ein Reinfall des Kosmos, eine metaphysische Pleite. Religionen, Ideologien, Utopien sind nichts als Versuche, diese *condition humaine* illusorisch zu verschleiern.

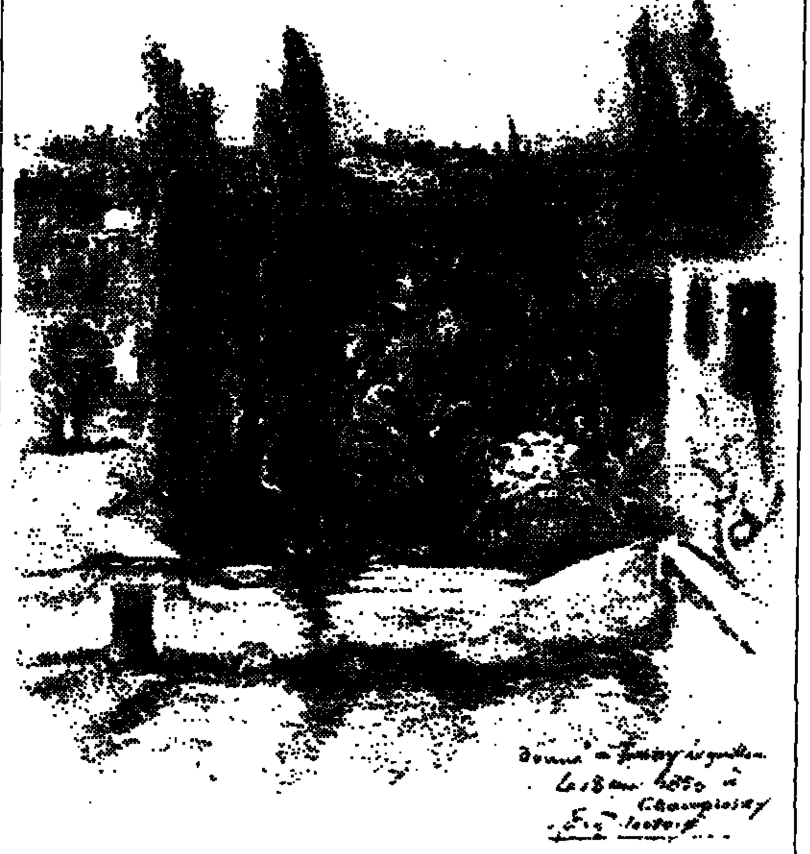
Nur einige wenige Ausnahmen läßt Cioran gelten: Laotse, den Stoiker Mark Aurel und vor allem Buddha. Sie kann er nicht genug preisen, um dann doch wieder zu bekennen, daß er ihnen nicht folgen könne: „Die größte Leistung meines Lebens besteht darin, noch am Leben zu sein. Ich kämpfe nicht mit der Welt, ich kämpfe mit einer viel größeren Macht: mit meiner Weltmüdigkeit." Er vergleicht sich einmal mit einem Anarchisten, der ein Attentat vorbereitet, dann aber unterwegs anhält, um das Alte Testament oder einen Ketzer um Rat zu fragen. „Man lebt nur dadurch, daß man sich weigert, von seinen Leiden erlöst zu werden."

Man könnte meinen, daß ein Autor, der wie besessen über den Schiffbruch des Daseins meditiert und das Prinzip Nicht-Hoffnung verherrlicht, ein griesgrämiges und sauertöpfisches Monster sein müsse. Doch das ist Cioran ganz und gar nicht. Obwohl Pessimist, geht von seinem Denken eine undefinierbare Heiterkeit aus, die sich in unzähligen Bonmots niederschlägt: „Schlaflosigkeit ist die einzige Form von Heldentum, die mit dem Bett vereinbar ist." Oder: „Es tut wohl zu denken, daß man sich töten kann. Kein Thema ist beruhigender: sobald man sich ihm nähert, atmet man auf."

Der Skeptiker erweist sich zugleich als Mystiker: „Diese Spur von Licht in jedem von uns, die von jenseits unserer Geburt herrührt, sie gilt es zu bewahren, wenn wir uns mit jener fernen Klarheit wieder verbinden wollen, von der wir nie wissen werden, warum wir von ihr getrennt wurden."

E. M. Cioran ist ein in die Ewigkeit verliebter Humorist, ein lächelnder Melancholiker, der sich auf die liebenswürdige Kunst versteht, auch noch die traurigsten Dinge auf charmante Weise auszusprechen. Dieser bisweilen als „Nihilist" verkannte Außenseiter und Einzelgänger ist eine moderne Diogenes-Gestalt. Er verkörpert, auch wenn er närrisch zu sein scheint, den Typus des antiken Weisen, der frei ist, weil er die Wonnen der Einsamkeit und Bedürfnislosigkeit entdeckt hat. Was die Mächtigen, die Funktionäre, die Betriebsamen und Lehrstuhlinhaber entbehren, steht ihm reichlich zur Verfügung: Er hat Zeit, weil er nie mit der Zeit gegangen ist. Er vollendet heute sein 75. Lebensjahr.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER



Auch die Natur hat Augenblicke: „Jardin de Champrosay" (vor 1853) von Delacroix, aus der Pariser Ausstellung FOTO: KATALOG

Paris: Berühmte „Pastelle des 19. Jahrhunderts"

Schönheit der Illusion

Sanft fällt das Licht im Louvre durch die schwer gerafften Vorhänge auf die Pastelle von Delacroix, die den dramatischen Auftakt der Ausstellung „Pastelle des 19. Jahrhunderts" bilden, wobei drei Pastellstudien zum Bild „Der Tod von Sardanapal" das Auge sofort gefangennehmen. Dieses Bild (heute im Louvre) hatte beim Salon von 1827 mit seiner freizügigen Darstellung äußerst heftige Kritik hervorgerufen. Ausgehend von einer Byronschen Tragödie sieht man Sardanapal gelassen auf einem Prunkbett ruhen, während um ihn herum seine Eunuchen, seinem Befehl gemäß, dabei sind, seine Haremsfrauen, Pferde und Hunde umzubringen. Die Studien nun strahlen nichts von dem aus, was an dem Bild mißfallen kann, nämlich die Überladenheit, eine gewisse Bombastik, die eigenartige, aus Kitsch und Morbidität gemischte Atmosphäre.

Dagegen bestechen sie durch das Brio ihrer Farben (vor allem Blau, Rot, Braun), die im endgültigen Gemälde nicht in ihrer vollen Vehemenz erhalten sind; sie nehmen gefangen durch ihre subtilen Schattierungen in warmem Braun oder kaltem, fast stechendem Blau, wobei die weiße Kreide ihre Akzente auf die Muskelerhebungen der Arme und der Brust setzt.

Anfänglich vor allem bei der Porträtmalerei eingesetzt, ändert sich im Zeitalter der aufkommenden Photographie die Anwendungsweise der Pastell-Technik. Denn sie erlaubt dem Künstler, die Impressionen des flüchtigen Augenblicks besser festzuhalten, als es die schwerfälligere Ölmalerei gestattet. Mit Brillanz ist dies Delacroix in seiner Studie einer nach hinten überfallenden Frau gelungen. Und wo gibt es einen auf das Papier leicht hingeworfenen Fuß, der im Sinne eines pars pro toto so viel vermittelt wie die Studie zum Fuß des Sklaven rechts auf dem Sardanapal-Bild?

Sensibilität, romantische Zuwendung zur Natur verraten dagegen die Landschaftspastelle des Impressionistenvorläufers Paul Huet, die von ferne an Watteau und Fragonard erinnern. Peter Handke schreibt in seiner „Geschichte eines Bleistifts": Das Bedürfnis nach Schönheit muß veröffentlicht werden; es ist res publica. Hier wird diesem Bedürfnis entsprochen, wobei dies in erster Linie durch die bekannten Größen der Malerei wie Renoir, Degas und Manet geschieht. Eigentliche Entdeckungen sind hier keine zu machen. Aber das Bewußtsein für kunstkritische Qualität wird geschärft.

So verzaubert Degas mit einer 1869 entstandenen, duftig leichten Meerlandschaft, einer Symphonie in Grau, überspielt von Grün, Blau, Orange, mit einem Dampfschiff und kleinen Booten als winzigen Punkten in der Ferne. Aus dem gleichen Jahr stammt der „Strand mit drei Segelbooten in der Ferne" – eine klassische Komposition der Illusion, bei der das Wasser Spiegelbild des Himmels ist und umgekehrt die fließende Trennung zwischen beiden einzig durch frei schwebende Boote markiert wird.

Natürlich fehlen von Degas die obligaten Ballettänzerinnen und Frauen bei der Toilette nicht, wie meist mit einem kritischen, fast bösen Auge beobachtet. Eine Ausnahme bildet dabei das Pastell „Nach dem Bade, eine Frau reibt sich den Nacken", das von vollendeter Eleganz und Harmonie ist.

Welten liegen dagegen zwischen dem dramatisch komponierten Sonnenuntergang von Delacroix mit seinen intensiven Farbkontrasten und Boudins „Abend am Strand", zartfarben und von einer wolkig leichten Poesie. Eines der schönsten Blumenbouquets der Malerei des Okzidents ist im letzten Saal zu sehen, das „Feldblumenbouquet in einer Vase mit langem Hals" von Odile Redon, der bei seiner Kunst die Logik des Sichtbaren in den Dienst des Unsichtbaren gestellt hat.

Dies leitet dann über zu der geheimnisvoll-visionären, in durchdringendem Grün-Blau gehaltenen nächtlichen Parklandschaft des Belgiers Degouve de Nuncques. Und dann nehmen die Visionen überhand; ein durch die Landschaft schreitender Buddha von Redon, ein fratzenhaftes menschliches Seeungeheuer und schließlich sogar ein im Schneetreiben verlorener Forscher, der sich krampfhaft an einem Bambus festhält (sic!), beides von Levy-Dhurmer.

Am besten man geht schnellstens zum Ausgang und schreitet die ganze Ausstellung noch einmal ab. (Bis 9. Juni; Katalog 160 FF.)

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Berliner VS-Verband: Droht die Abspaltung?

dpa, Berlin

Eine Abspaltung des Berliner VS-Landesverbandes ist nach Ansicht von Günter Grass bei den Vorstandswahlen am kommenden Donnerstag nicht zu erwarten. Die Berliner Sektion des VS (Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier) scheint jedoch, wie aus einer Dokumentation des kommissarischen Vorsitzenden, Hannes Schwenger, hervorgeht, stark empört zu sein über die Flügelkämpfe auf dem kürzlichen Bundeskongreß des VS in Berlin. Dabei war Hans Peter Bleuel in einer Kampfabstimmung gegen die Berlinerin Anna Jonas als Vorsitzender des Gesamt-VS wiedergewählt worden.

Deutsche Lichtbildner gründen Akademie

dpa, Leinfelden-Echterdingen

Als Fotografische Akademie hat sich die Gesellschaft Deutscher Lichtbildner konstituiert. Sie gilt als älteste freie Fotografenvereinigung Deutschlands. Die neue Namensgebung beschloß die seit 1919 bestehende Gesellschaft auf ihrer Mitgliederversammlung in Leinfelden-Echterdingen (Kreis Esslingen), wohin auch der juristische Sitz der Gesellschaft verlegt wurde (vormals Baden-Baden). Vorsitzender ist Prof. Gottfried Jäger (Bielefeld).

Buchmesse Buenos Aires mit deutscher Beteiligung

dpa, Buenos Aires

Unter dem Thema „Technik und Wissenschaft" beteiligen sich 110 Verlage aus der Bundesrepublik an der 12. internationalen Buchmesse von Buenos Aires, die bis zum 21. April dauert. Nach der Buchmesse in Mexiko und der Biennale in São Paulo ist die Messe in der argentinischen Hauptstadt die bedeutendste Bücherpräsentation Lateinamerikas.

Römische Festung in Ägypten freigelegt

dpa/UPI, Aswan

Das Fundament einer römischen Festung aus dem ersten Jahrhundert nach Christus ist in der Nähe der südägyptischen Stadt Aswan freigelegt worden. Dies berichtete die Zeitung „Al Ahram" (Kairo). Die Ausgrabung sei bedeutend, weil das Fundament „vollständig erhalten und eindeutig zuzuordnen" sei, zitierte das Blatt ägyptische Archäologen in dem Gebiet. Danach habe der römische Kaiser Vespasian (69 bis 79 n. Chr.) den Bau der Festung veranlaßt. Ebenfalls ausgegraben wurden die Überreste einer römischen Kirche (möglicherweise aus dem vierten Jahrhundert).

Chinesisches Wörterbuch mit 20 000 000 Zeichen

dpa, Peking

Das bisher umfangreichste etymologische Wörterbuch der chinesischen Sprache ist in Druck. Das achtbändige Werk enthält 56 000 Stichworte mit insgesamt 20 Millionen Schriftzeichen und geht damit noch über das berühmte „Kangxi Lexikon" hinaus, das unter der Herrschaft der Qing-Dynastie (1644–1911) ediert wurde. Das neue Wörterbuch, dessen letzter Band bis 1989 auf dem Markt sein soll, erläutert die Herkunft und den Begriffswandel der chinesischen Zeichen sowie ihre Verwendung in den klassischen Schriften.

„Fundevogel" erhält Preis für Literaturkritik

dpa, Frankfurt

Der mit 5000 Mark dotierte Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik geht an die Redaktion der Kinder- und Jugendbuchzeitschrift „Fundevogel" (Frankfurt). Die Auszeichnung ist eine Stiftung des Börsenblatts für den Deutschen Buchhandel und wird in diesem Jahr zum zehnten Mal vergeben.

Franco Corelli 65

Franco Corelli mußte man singen sehen, nicht nur hören allein, um seine volle Wirkungsmacht zu begreifen. Er sah aus wie das Wunschbild eines Tenors, und das machte ihn zur Idealfigur auf der Opernbühne: Ein Gary Cooper sozusagen als „Troubadour", ein Gregory Peck als Carmens Sergeant. Corellis Stimme (und Aussehen) bestimmte vorzüglich die weiblichen Herzen. Aber Corelli verstand es als einer der wenigen auch, Manricos verteufelte Stretta (im „Troubadour") in der Originaltonart zu singen und sich jede Marschelerleichterung durch Transposition zu versagen. Das imponierte selbst Herbert von Karajan. Er machte den robusten Sänger zum Verdi-Helden von Salzburg. Sonst war Corelli eher an der New Yorker Metropolitan heimisch, wo man seinen Singappeal am höchsten (und höchst bezahlt) einzuschätzen wußte. Er war ein Bilderbuchsänger. Daß Corelli, der ewige Jüngling des wundervollen tenoralen Geschmetters, heute schon 65 sein soll, überrascht sehr.

gtl.

Zürich: „Maria Stuart" mit M. Becker und A. Fink

Der Dame einen Tusch

Es ist im Züricher Schauspielhaus etwas sehr Seltenes gelungen. „Maria Stuart", das immer erfolgreiche Theaterstück, verpuffte mit viel äußerem (nicht innerem) Glanz und ohne jede innere oder äußere Spannung. Daran vermochte selbst der starke Beifall am Schluß nichts zu ändern, ebensowenig wie die vereinzelten Buhs, die ertönten, als der Regisseur, Direktor Gerd Heinz, erschien.

Nicht daß „Maria Stuart" Schillers stärkstes Drama wäre. Goethe zum Beispiel hat das Duell der beiden Königinnen als das „Spiel der zwei Huren" abgetan. Aber dieses Stück ist sicher das am besten konstruierte Theaterstück von Kritik. Es spielt sich wie von selbst. In Zürich war „Maria Stuart" immer ein Erfolg gewesen, hauptsächlich weil Maria Becker meist die Elisabeth, einmal auch die Maria, spielte. Ihre erste Elisabeth lieferte die Becker ab, als sie noch nicht einmal 30 war. Und sie wurde die stärkste Darstellerin dieser Rolle in unserem Jahrhundert, neben – sicher nicht hinter – Hermine Körner, Max Reinhardts Elisabeth. Auch dieses Mal ist sie immerhin noch beachtlich.

Schiller hat Geschichte immer nur als Vorwand genommen. Die Figuren seiner Stücke sind mit ihren historischen Vorbildern nicht identisch. Das gilt auch für die Königinnen Maria und Elisabeth. Sie waren zur Zeit des Geschehens (des Stücks) 45 bzw. 54 Jahre alt, also für damalige Zeiten ältere Frauen. Bei Schiller sollen sie 25 bzw. 30 sein. Nach dem zu schließen, was bei ihm dabei herausgekommen ist, hatte Schiller recht. Nach dem zu schließen, was bei Heinz herausgekommen ist, hatte Heinz bitter unrecht, die Rollen mit Darstellerinnen zu besetzen, die bald 70 Jahre alt sein werden.

Daß die beiden so hergerichtet sind, daß sie zwar nicht jung, eher alterslos erscheinen, ist nicht entscheidend. Das Entscheidende ist (da helfen weder Schminke noch Kostüme noch Striche etwas): Ältere Damen sprechen und handeln nicht so wie die Gestalten Schillers. Keine ältere Maria jubelt, wenn sie aus einem Schloß, in dem man sie gefangenhält, in einen Park gelassen wird („Eilende Wolken! Segler der Lüfte!"), keine ältere Elisabeth würde so takt- und taktlos mit ihren Ministern umspringen.

Hinzu kommt die unbefriedigende Regie. Heinz läßt dadurch Tempo vortäuschen, daß die Schauspieler fast ständig Stakkato sprechen müssen – das Tempo des Stücks liegt natürlich in seinem rasanten, unaufhaltsamen Ablauf. Heinz geht nur auf Effekte aus und dabei so weit, daß er in zwei Akten den Vorhang vorzeitig fallen läßt nach einem, wie ihm scheint, besonders effektvollen Ausbruch – der Rest der Akte hinkt dann hinterher. Zudem wird Pathos mit Lautstärke verwechselt. Der Höhepunkt des Stücks, der Streit der Königinnen, von innerer und äußerer Dramatik platzend, wird zu einem Oratorium, bei der die Personen, die nicht gerade dran sind, unbeteiligt herumstehen und auf ihr Stichwort warten.

Einige Randfiguren werden übrigens ausgezeichnet gespielt. Zu erwähnen wäre etwa Renate Steiger oder Jodoc Seidel sowie Peter Ehrlich, der seinen Leicester weniger wie üblich als Schönling und Liebhaber anlegt denn als Intrigant. Oder Wolfgang Stendar als Burleigh, der nicht Bösewicht ist, eher Schreibtischtäter. Am stärksten der Shrewsbury von Hans Dieter Zeidler, eher in einer unwichtigen Rolle. Aber bei ihm ist alles klar und irgendwie bedeutend.

Sie alle sprechen Schiller. Nicht Schiller spricht die Maria der Agnes Fink. Sie ist alles andere, aber eine Königin von Schottland ist sie nicht. Ihre letzte große Szene ist ergreifend, gewiß, aber hier kann man an Schiller nicht vorbei. Die Katastrophe des Abends: Sven-Eric Bechtolf als Mortimer. Ständig verhetzt, nicht weil er sich in einen Kampf auf Leben und Tod stürzt, sondern eher wie einer, der den nächsten Zug nicht versäumen will. Man versteht kein Wort, das er maschinengewehrartig herausschleudert, und schon gar nicht die Gestalt.

Da ist übrigens noch eine extra komponierte Musik (Armin Brunner). Etwas Überflüssigeres gibt es nicht. Nach dem herrlichen Ende, das nach den Worten „Der Lord läßt sich entschuldigen ..." eine ratlos verzweifelte und einsame Elisabeth zurückläßt, in der von Schiller genial erdachten Stille – ein Tusch. Wir sind in der Operette angelangt.

CURT RIESS

Nächste Aufführungen: 9., 12., 13., 15., 17. und 18. 4.; Karteninformationen: 00411 / 2511111.

Kritischer Start: Die Filme der DEFA im 40. Jahr

Ein fader Gänsebraten

Man wünsche sich für 1986, das 40. Jahr der DEFA, vor allem „erregende, interessante, künstlerisch gelungene Filme aus unseren Ateliers in Babelsberg", schrieb Helmut Lange, Chefredakteur der Ostberliner Zeitschrift „Filmspiegel", kurz vor der Jahreswende. Doch sein Wunsch wurde bislang nicht erfüllt. Die fünf DEFA-Spielfilme, die in den vergangenen drei Monaten Premiere hatten, bekamen mehr oder weniger kräftige Schelte von der Kritik. Eine Ausnahme bildete lediglich „Das Haus am Fluß" von Roland Gräf, der allerdings mit seiner altmodischen Sozialkritik in der „DDR" kein Publikumserfolg wurde.

Um drei Leistungssportler der Nordischen Kombination geht es in dem Streifen „Startfieber" von Konrad Petzold. Einmütiges Urteil der „DDR"-Filmkritik: „Konfuser Bildsalat, der mühsam aneinandergeklebt wurde." Und die Ostberliner Wochenzeitschrift „Sonntag" schrieb sogar: „Es scheint mir kein Zufall mehr, daß unsere Kinematografie mit Filmen, die in sportlichen Regionen angesiedelt sind, wenig Fortune hatte ... Es gelang nie, die unbestrittene sportliche Dramatik zu einem auch nur annähernden Äquivalent auf der Leinwand zu führen, es blieb geistig alles kleinkariert."

Geistig kleinkariert ist auch Claus Dobberkes neuer Film „Drost": er schildert mehrere Tage im Leben seines Titelhelden, der nach 35 Jahren mit hohen Ehren aus dem Dienst als Offizier der Kasernierten Volkspolizei und der NVA entlassen wird und sich als Bürgermeister eines kleinen Dorfes vor neue Aufgaben gestellt sieht. Er ist ein sozialistischer Held, wie ihn die SED sich wünscht. Der Film jedoch, ein Beitrag zur Wehrertüchtigung, verbreitet Langeweile, so daß, wie ein Ostberliner Kinoleiter klagte, die Besucher „scharenweise" das Filmtheater verlassen.

„Ein fader Gänsebraten" lautet das Urteil des „Sonntag" über den historischen DEFA-Beitrag „Die Gänse von Bützow", den Frank Vogel nach der gleichnamigen Schnurre von Wilhelm Raabe, einer Travestie auf das Revolutions- und Fortschrittsverständnis in deutschen Landen, drehte. „Wo sollen junge Leute hingehen, wenn's draußen kalt ist und sie knutschen wollen?" fragte die satirische Ostberliner Zeitschrift „Eulenspiegel". Antwort: Sie gehen in „Junge Leute in der Stadt". DEFA-Regisseur Karl Heinz Lotz drehte ihn nach einer literarischen Vorlage des 1932 im Rhein ertrunkenen proletarischen Schriftstellers Rudolf Braune. Braune schrieb, wie andere der KPD angehörende oder nahestehende Autoren, Tendenzliteratur. So machen auch die beiden anfangs unpolitischen Helden von „Junge Leute in der Stadt", Emanuel und Susi, unter dem Eindruck der Agitation von KPD-Genossen eine Wandlung durch. Lotz' Film wurde jedoch wegen seiner ansatzweise originellen Bildsprache und seines chaotischen Handlungsablaufs verrissen.

Mitte der 50er Jahre gab die Leitung des „DDR"-Filmwesens (Anton Ackermann, Albert Wilkening u. a.) die Devise aus „Mehr bessere Filme". Qualität, so sagte man, setze „Kontinuität und Breite der nationalen Filmproduktion voraus". Davon ist auch 30 Jahre danach noch immer nichts zu sehen.

HARALD BUDDE

Erfolg: Das US-Musical „The Rink" in Bielefeld

Rummel auf Rollschuhen

Das in Bielefeld als europäische Erstaufführung inszenierte US-Musical „The Rink" (Die Rollschuhbahn) ist eines jener Brodway-Wegwerfprodukte, das eine Modeströmung clever benutzt. Als vor ein paar Jahren die Piers des New Yorker Hafens zu Rollschuhbahnen umfunktioniert wurden, auf denen jung und alt zur Disco-Musik ihre Runden drehten, als in vielen Restaurants das Personal auf Rollschuhen die Steaks und Sandwiches den Gästen servierte, da ließen auch die Unterhaltungsmedien nicht auf sich warten.

Das Erfolgsteam John Kander und Fred Ebb („Cabaret", „Zorba") gab seiner neuen Show kurzerhand den Titel „Die Rollschuhbahn". Das Stück hat mit Rollschuhlaufen so viel zu tun wie die Operette „Im weißen Rößl" mit Pferden und Pferderennen. Die Rollschuhbahn in einem heruntergekommenen Rummelpark an der US-Ostküste ist lediglich Folie für einen tausendmal dramaturgisch ausgeschlachteten Mutter/Tochter-Konflikt: Szenen einer Verwandtschaft.

Die an die kalifornischen Blumenkinder verlorengegangene Tochter kehrt geläutert zu ihrer alleinstehenden Mutter zurück. Sie trifft auf eine zynisch-resignierte Frau, die gerade die gemeinsam geerbte Rollschuhbahn verkaufen will. Eine Überdosis Küchenpsychologie, versetzt mit Songs von Liebe und Renitenz, von Schmerz und Erinnerung, führt Mutter und Tochter zurück in die Vergangenheit. Sie lösen sich von ihr, rauchen gemeinsam einen Joint, der sie frei für die Zukunft macht.

Die collagenhafte Szenenfolge war als Personality-Show für Liza Minelli und die vor allem in den USA bekannte Show-Größe Chita Rivera geschrieben. Sie nutzten die Szenen als Spielmaterial für ihre vielseitigen Talente. Sechs weitere Schauspieler in Drei- und Vierfachrollen, mal auf Roll-, mal in Steptanzschuhen, mal in hochhackigen Damenpumps oder Nonnentracht sind lediglich Stichwortgeber fürs nächste Star-Solo.

Für Bielefeld hat man in Jane Comerford und Gay MacFarlane zwei in der Bundesrepublik lebende australische Künstlerinnen gefunden, die ihren Job verstehen. Die hauseigenen Kräfte unter der Regie von Markus Weber und der musikalischen Leitung von William Ward Murta standen ihnen wenig nach. Der Beifall war heftiger als bei der Premiere am Brodway, wo das Stück trotz Starbesetzung nur mäßigen Erfolg hatte. Im Stadttheater Bielefeld scheint das Musical gegen pessimistisches Nofuture-Denken ein Kassenknüller zu werden.

ALBIN HÄNSEROTH

KULTURNOTIZEN

In Kleve findet zum 13. Mai die „Deutsch-Niederländische Kulturbörse" statt (22./23. April).

Der amerikanische Film „The Hitcher" erhielt beim Kriminalfilmfestival von Cognac den Großen Preis.

Der 2. Comic-Salon findet vom 29. Mai bis 1. Juni in Erlangen statt.

Mit „Asterix, Mickey Mouse & Co", einer Geschichte des Animationsfilms, wird das Deutsche Filmmuseum in Frankfurt am 13. April wieder seine Ausstellungstätigkeit beginnen.

„Südostasien aktuell" ist der Titel einer neuen Zeitschrift des Instituts für Asienkunde in Hamburg (Rothenbaumchaussee 32), die sich mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien der Asean-Länder und der Länder Indochinas beschäftigt.

György Ligeti wurde der Grawemeyer Award der Universität von Louisville zugesprochen.

Mit 10 000 Mark ist der Kinder- und Jugendbuchpreis dotiert, den Oldenburg für ein Erstlingswerk ausgeschrieben hat.

Unverplombt kommt kein Italien-Wein ins Land

Hochkonjunktur für Lebensmittelchemiker / Sorgentelefon in NRW

PETER SCHMALZ/DW. **München**

Transporter mit italienischem Wein dürfen, als Folge des Giftskandals, nur noch mit Zollplomben versehen in die Bundesrepublik einfahren und müssen unverzüglich das Zollamt ihres Bestimmungsortes ansteuern. Dort werden die Weine abgeladen und so lange festgehalten, bis deutsche Lebensmittelchemiker die Rebensäfte als unbedenklich identifiziert haben.

Im Münchner Hauptzollamt stapeln sich die ersten Ladungen. „Wir haben aber noch genügend Platz, soviel Wein kann gar nicht kommen", sagte Zollmitarbeiter Hans Ücker gestern zur WELT. Nur bei Tankwagen ist das Verfahren komplizierter: Mangels Lagermöglichkeit im Zollamt werden die Tanker von einem Zollbeamten zu der Bestellfirma begleitet, wo der Inhalt in einen Tank „abgeschlaucht" wird. Der Tank wird versiegelt, der Wein unter Verfügungsverbot gestellt.

Nach Beobachtungen der Zöllner tröpfelt der Nachschub aus Italien jedoch nur noch. Kamen Donnerstag und Freitag zwölf Weinlaster nach München, so traf gestern morgen nur eine kleine Lieferung aus Südtirol ein. Der Skandal zeigt Wirkung. „Der italienische Wein bleibt in den Regalen stehen, es wird sehr lange dauern, bis das verlorene Vertrauen der Kunden zurückgewonnen ist", meinte gestern ein Münchner Weinhändler. Beim österreichischen Glykol-Skandal sei das vergleichbar gewesen.

Gefährlicher als Glykol

Inzwischen fahren die beiden bayerischen Landesuntersuchungsämter in München und Würzburg Sonderschichten. Ihnen liegen bereits 600 Proben vor, von denen bis gestern vormittag 212 untersucht waren. Bei sechs Weinen war der Befund positiv, in einem weißen Bauernschoppen wurde der bisherige bayerische Spitzenwert von 2,8 Gramm Methanol pro Liter Wein festgestellt. Nach Ansicht des Präsidenten des Landesuntersuchungsamtes, Professor Ernst Coduro, sollte man grundsätzlich „jetzt vom italienischen Wein die Finger lassen", bis die Untersuchungen abgeschlossen sind.

Welche Menge ist tödlich?

Der nun aufgetauchte Giftwein aus Italien ist ungleich gefährlicher als der österreichische Glykolwein. „Bei Glykol ist uns kein einziger Erkrankungsfall nachweislich bekannt", erklärte gestern Ministerialrat Hans-Ulrich Erpf, im bayerischen Innenministerium zuständig für Verbraucherschutz. „Dagegen ist Methanol echt giftig und kann über Sehstörungen zur Blindheit und bei hoher Dosis zum Tod führen." In Italien wurden bereits 20 Todesfälle registriert. Umstritten ist in Expertenkreisen nur noch die tödliche Menge. Man geht von 30 bis 40 Gramm aus, allerdings soll ein Weintrinker bereits nach dem Genuß von elf Gramm Methanol gestorben sein.

Methanol wurde früher aus Holz destilliert und war als „Holzgeist" bekannt. In den wirtschaftlich schlechten Zeiten nach dem Krieg wurden auch in der Bundesrepublik Vergiftungsfälle bekannt. Mittlerweile wird der Stoff synthetisch aus Kohlendioxid und Wasserstoff produziert und gehört zu den gebräuchlichen chemischen Substanzen. „Methanol steht in jedem Labor", meint Ministerialrat Erpf.

Ein „Sorgentelefon" für verunsicherte Weintrinker hat der nordrhein-westfälische Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) in Düsseldorf eingerichtet. Unter der Rufnummer 45 66 481 (Vorwahl 0211) können sich besorgte Bürger rund um die Uhr über den aktuellen Stand der Liste der möglicherweise mit Methanol vergifteten italienischen Weine informieren. Nach Angaben von Matthiesen soll die Liste ständig auf den neuesten Stand gebracht werden.

LEUTE HEUTE

Wiegenlied für Prinzen

Prinzessin **Diana** (24), die Frau des britischen Thronfolgers **Charles** (37), strahlte und bedachte den jungen Komponisten am Sonntag mit königlichem Applaus: „Es war herrlich. Vielen Dank für Ihre Komposition", sagte sie und schüttelte dem 14jährigen **Philip Boyden** herzlich die Hand. Der Junge mit der Brille hatte für Prinz **Harry**, den jüngsten Sproß der königlichen Familie, ein Wiegenlied verfaßt. Es erlebte jetzt in der walisischen Stadt Cardiff seine Uraufführung mit dem Nationalen Kinderorchester, dessen Schirmherrin die Prinzessin ist. Das Gute-Nacht-Lied für den 18 Monate alten Prinzen ist die erste Komposition des jungen Mannes, der seit seinem fünften Lebensjahr Geige spielt. Er hatte das Lied als 12jähriger zur Feier von Harrys Geburt am 15. September 1984 geschrieben. Der junge Komponist sagte zu seinem Opus primum: „Ich habe versucht, die Melodie so angenehm wie möglich zu machen – so wie es sein müßte, damit ein weinendes Baby einschläft."

Die „Premier Mine" bricht alle Rekorde: Hier wurde einst der größte Diamant der Welt gefunden

In einer Mine nordöstlich der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria werden seit mehr als 80 Jahren die schönsten und größten Schmuckdiamanten der Welt aus den 1,7 Milliarden Jahre alten Gesteinsmassen gesprengt. Noch unter Tage werden die Brocken zerkleinert (Foto).

FOTO: SVEN SIMON

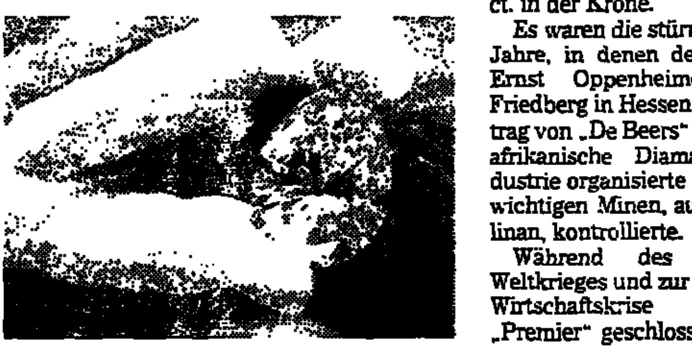
Allein vor Ort mit Millionen Karat

Für Sprengmeister At de la Rey steht Sicherheit obenan. Der Nachkomme des berühmten Generals der Burenkriege weist auf die Jutesäcke mit dem Diesel-getränkten Ammoniumnitrat und die dünnen Kupferkabel als Zündschnüre – Voraussetzung für eine risikolose Sprengung. Als wir das unterirdische Ausbildungszentrum „Clemsweet" besichtigen, erhält eine Gruppe weißer Minenarbeiter gerade „Nachhilfeunterricht". Mehr als eine Million Schichten wurden bisher in der „Premier Mine", einer der berühmtesten Diamantenminen der Welt in Cullinan, ohne Unfälle gefahren.

Seit 20 Jahren ist de la Rey jetzt bei „Premier", einer von 500 weißen Angestellten. Die 3200 Schwarzen, die hier arbeiten, stammen überwiegend aus der näheren Umgebung. Durch einen verlassenen Tunnel gelangen wir bis zum Rand des „Big Hole", blicken 300 Meter nach oben, sehen über den fast senkrechten Wänden die Bäume, die ihre dürren Äste in den Himmel recken. Wilde Tauben gurren durch die Stille. Plötzlich werden sie von einer Detonation aufgeschreckt. Wie jeden Tag findet in „Premier" um 15.30 Uhr die große Sprengung statt. Bisher wurden die Ingenieure bei Bohrungen bis 1000 Meter Tiefe fündig, doch vermuten sie Vorkommen bis 3000 Meter.

Begonnen hat die Geschichte von Cullinan um die Jahrhundertwende. Damals war es noch eine Farm und gehörte einem eigenbrötlerischen Buren, Willem Prinsloo, der jeden Prospektor von seinem Grund vertrieb. Erst seine Erben, durch den Burenkrieg verarmt, verkauften das Gebiet für damals 52 000 Pfund an ein von Thomas Cullinan und dem Prospektor Perceval Tracey gebildetes Syndikat.

An einem Januarabend vor achtzig Jahren sah Manager Wells im Schein der untergehenden Sonne an der Seitenwand der Mine ein Glitzern und entdeckte so den bisher größten und reinsten Diamanten der Welt, 3106 Karat (ct.) schwer und so groß, daß eine Männerfaust ihn nicht umschließen konnte.



Traum für zwei Millionen Mark

FOTO: DPA

Die damalige Transvaal-Regierung kaufte den Stein für 150 000 Pfund als Geburstagsgeschenk für König Eduard VII. Um Diebe zu täuschen, wurde der Diamant als normales Postpaket nach London geschickt, im Safe des Schiffes eine Attrappe deponiert. Englands König war enttäuscht über das unscheinbare Äußere des Steins: „Hätte ich ihn gefunden, ich hätte ihn als Glas mit dem Fuß beiseite geschoben."

In der Diamantenschleiferei Ascher in Amsterdam wurde ein winziger Einschuß gefunden und der Stein deshalb gespalten. Beim ersten Ansatz zersprang die Stahlklinge, beim zweiten Mal fiel der Stein auseinander und Ascher in Ohnmacht. Die neun großen und 96 kleineren Steine gehören heute zum britischen Kronschatz, der größte mit 516,5 ct. befindet sich als „Stern von Afrika" im Zepter, der zweite, 317,4 ct. in der Krone.

Es waren die stürmischen Jahre, in denen der junge Ernst Oppenheimer aus Friedberg in Hessen im Auftrag von „De Beers" die südafrikanische Diamantenindustrie organisierte und alle wichtigen Minen, auch Cullinan, kontrollierte.

Während des Ersten Weltkrieges und zur Zeit der Wirtschaftskrise mußte „Premier" geschlossen werden. Als 1944 die Förderung wiederaufgenommen wurde, mußten aus 189 Meter Tiefe erst mehr als vier Milliarden Liter Wasser gepumpt werden, um die Mine auszutrocknen. 1947 begann man Diamanten unter Tage abzubauen. Zwei senkrechte Schächte wurden in den 1000 mal 500 messenden Kimberlit-Krater getrieben, in 500 Meter Tiefe durch einen horizontalen Tunnel miteinander verbunden.

Von oben begann der Abbau durch Sprengungen. Das diamanthaltige Gestein wird durch Schächte geleitet, von einem Felszerkleinerer erfaßt, über weitere Schächte in den Verbindungstunnel und von dort zu den beiden Hauptschächten befördert. Immer tiefer wird der Schacht, 445 Meter sind bereits erreicht. Das an die Oberfläche beförderte zerkleinerte Gestein in Größen unter 32 Millimeter Durchmesser wird aussortiert, alles Kimberlit zwischen 32 und 60 Millimeter erneut zerkleinert. Größere Gesteinsbrocken vorher durch Röntgenstrahlen auf große Diamanten durchleuchtet.

Letztlich läuft jedes Gestein in einem Waschvorgang über schräge, mit einer dicken Schmierschicht bedeckte Rütteltische. Die wasserabweisenden Diamanten bleiben darauf zurück und werden nach Farbe und Größe sortiert. Noch täglich wird wenigstens ein Rohdiamant größer als 10 ct. gefunden. 5,3 Millionen Tonnen Kimberlit werden im Jahr gefördert, rund zwei Millionen Karat gewonnen – 0,3 Karat pro Tonne Gestein.

Doch es sind andere Rekorde, die „Premier" zur berühmtesten Mine der Welt machten: Unter den seit 1903 gefundenen 78 Millionen Karat Rohdiamanten waren etwa 300 Steine mit einem Einzelgewicht von über 100 ct.; und ein Viertel aller jemals gefundenen Steine von mehr als 400 ct. Berühmte Namen sind hier vertreten: So stammt der ursprünglich 426,5 ct. große „Niarchos" von dort, der 69,4-Karäter, den Elizabeth Taylor zur zweiten Hochzeit von Richard Burton bekam, wie auch der birnenförmig geschliffene, traumhaft schöne 25karätige „Transvaal Blue".

MONIKA GERMANI

„Die Schlange" wurde in Indien gefaßt

AFP/dpa, **Bombay**

Der 42jährige Franzose Charles Sobhraj, der beschuldigt wird, in zehn asiatischen Ländern mindestens 15 Menschen, darunter westliche Touristen, ermordet zu haben, ist am Montag in der westindischen Stadt Goa gefaßt worden. Der Sohn eines Inders und einer Vietnamesin war am 16. März aus dem Hochsicherheitsgefängnis Tihar in Neu-Delhi ausgebrochen. Er hatte seine Wächter mit präparierten Süßigkeiten betäubt.

Sobhraj, der als hochintelligent, aber vermutlich psychisch krank gilt und der wegen früherer Ausbrüche aus asiatischen Gefängnissen den Spitznamen „die Schlange" trägt, wartete in der Haftanstalt in Neu-Delhi auf das Ergebnis eines Auslieferungsgesuches Thailands, wo ihm unter anderem die sogenannten Bikini-Morde zur Last gelegt werden. Er soll junge Touristinnen getötet haben, deren nur mit Bikinis bekleidete Leichen im Jahre 1976 vor Bangkok aus dem Meer geborgen wurden. Dem Mann, dessen kriminelle Laufbahn vor zwei Jahrzehnten in Paris begann und über dessen Leben in Asien bereits zwei Bestseller erschienen, droht in Thailand die Todesstrafe.

Anschläge auf Bundesbahn

rtr, **München**

Auf verschiedenen Strecken der Bundesbahn sind in Bayern in der Nacht zum Montag Anschläge verübt worden. An vier Stellen wurde durch Eisenstücke, die von Brücken auf die Oberleitungen herabgelassen worden waren, die Stromversorgung der Bahnen gestört sowie Oberleitungen und Lokomotiven beschädigt. In der Nähe der Anschlagsorte wurden Flugblätter gegen die Wiederaufarbeitungs-Anlage in Wackersdorf und Aufschriften mit der Parole „WAA – nie" gefunden.

Zu Tode gesteinigt

dpa/UPI, **Athen**

In der iranischen Stadt Qom wurde am Sonntag eine Frau wegen Ehebruchs und Anstiftung zum Mord an ihrem Ehemann öffentlich zu Tode gesteinigt. Wie die Teheraner Zeitung „Kayhan" berichtete, wurde der Geliebte der Frau 20 Minuten vor Beginn der Steinigung auf dem Platz vor dem Rathaus gehenkt. Das Paar war von einem islamischen Gericht zum Tode verurteilt worden.

Frau ignorierte Räuber

dpa, **Sachsenheim-Hohenhaslach**

Kühlen Kopf behielt eine Postangestellte, die gestern morgen in Sachsenheim-Hohenhaslach (Baden-Württemberg) von drei maskierten Räubern bedroht wurde: Die Frau ließ sich von der Pistole des einen Mannes überhaupt nicht beeindrucken, drückte in aller Seelenruhe den Alarmknopf und marschierte gemessenen Schrittes aus der Schalterhalle. Daraufhin ergriffen die drei Unbekannten in einem in Stuttgart gestohlenen Fahrzeug die Flucht.

Jangtsekiang „stirbt"

dpa, **Peking**

Chinas längster Strom, der Jangtsekiang, treibt nach Meinung von Experten einer Umweltkatastrophe entgegen, schreibt die Wochenzeitung „Beijing Review" in ihrer neuesten Ausgabe. Fachleute erwarten, daß der Fluß ökologisch umkippt, wenn nicht bald energisch gegen die unkontrollierte Einleitung von Abwässern eingeschritten wird.

ZU GUTER LETZT

„Ich mußte mal, weiß aber nicht, wann ich zurückkomme" oder „Die Büroräume sind heute wegen Vergasung von Küchenschaben bis 10.30 Uhr geschlossen" und „Ich mußte mal zum Gericht und weiß nicht, wann ich zurückkehre." Hinweistafeln in polnischen Amtsstuben und Geschäften, gesammelt von der Zeitung „Glos Wybrzeza" in Stettin.

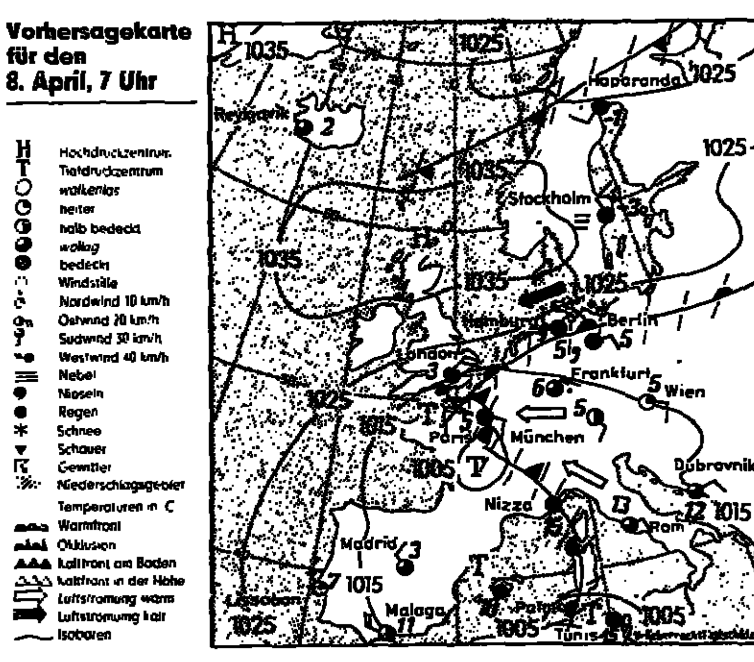
WETTER: Freundlich und warm

Lage: Eine Tiefdruckrinne, die vom westlichen Mittelmeer bis nach Frankreich reicht, verlagert sich kaum. An ihrer Ostseite fließt vorübergehend warme Mittelmeerluft in den größten Teil Deutschlands.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden vereinzelt etwas Regen, sonst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 15 bis 20 Grad, im Norden 12 bis 15 Grad, nachts 4 bis 9 Grad. Im Norden frischer bis starker, sonst mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Zunächst noch freundlich und warm, abends Bewölkungszunahme und Temperaturrückgang.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.41 Uhr*, Untergang: 20.08 Uhr; **Mondaufgang:** 6.52 Uhr, Untergang: 20.34 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	6	Sp
Bielefeld	6	bd
Braunlage	3	Sp
Bremen	6	Sp
Dortmund	10	bw
Dresden	12	bd
Düsseldorf	10	bw
Erfurt	6	Ne
Essen	7	bw
Feldberg/S.	6	bw
Flensburg	3	bd
Frankfurt/M.	13	bw
Freiburg	8	bw
Garmisch	20	be
Greifswald	5	bw
Hamburg	5	bw
Hannover	6	Sp
Kahler Asten	2	Ne
Kassel	7	bd
Kempten	19	be
Kiel	3	bd
Koblenz	12	bw
Köln-Bonn	12	bw
Konstanz	13	he
Leipzig	8	bd
List/Sylt	4	bd
Lübeck	5	bd
Mannheim	14	bw
München	19	be
Münster	7	bd
Norderney	4	bd
Nürnberg	17	he
Oberstdorf	19	he
Passau	18	he
Saarbrücken	10	bw
Stuttgart	13	bw
Trier	11	bw
Zugspitze	-3	be

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	22	be
Amsterdam	6	bd
Athen	26	he
Barcelona	11	be
Belgrad	25	he
Bordeaux	8	bw
Bozen	18	bw
Brüssel	5	R
Budapest	23	he
Bukarest	25	he
Casablanca	14	bw
Dublin	4	S
Dubrovnik	24	be
Edinburgh	5	bw
Faro	13	he
Florenz	22	bd
Genf	6	bd
Helsinki	5	he
Hongkong	22	bd
Innsbruck	19	bw
Istanbul	15	he
Kairo	25	he
Klagenfurt	15	he
Konstanza	22	he
Kopenhagen	5	bw
Korfu	24	be
Las Palmas	19	he
Leningrad	6	he
Lissabon	10	bw
Locarno	7	R
London	3	bd
Los Angeles	15	he
Luxemburg	8	bd
Madrid	6	he
Mailand	13	R
Malaga	14	he
Mallorca	14	bw
Moskau	3	Ne
Neapel	24	he
New York	7	bd
Nizza	14	bw
Oslo	4	bw
Ostende	4	bw
Palermo	21	be
Paris	7	R
Peking	20	wl
Prag	13	bw
Rhodos	24	he
Rom	22	he
Salzburg	15	bw
Singapur	32	bw
Split	22	he
Stockholm	0	he
Straßburg	7	bw
Tel Aviv	24	he
Tokio	12	bw
Tunis	23	bw
Valencia	11	bw
Varna	24	wl
Venedig	18	he
Warschau	7	bw
Wien	19	bw
Zürich	13	be

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Furcht vor Terrorakten

K. R. **Rom**

Italien fürchtet derzeit den Rückgang bei den Buchungen vieler USA-Touristen, denen Italien nicht mehr geheuer vorkommt. Laut „New York Times" haben 30 Prozent der amerikanischen Kunden ihre Vorbestellungen für den geplanten Urlaub auf der Apenninenhalbinsel gestrichen. Grund dafür ist in erster Linie die Furcht vor den Terrorakten im Mittelmeerraum, wie zuletzt der Anschlag auf die TWA-Maschine bei Athen oder die Affäre um das Kreuzfahrt-Schiff „Achille Lauro" im Oktober letzten Jahres. Hinzu kommt der im Vergleich zum Vorjahr gesunkene Dollarkurs und neuerdings die ausufernde Affäre um den mit Methanol verseuchten Wein.

Rund 50 Millionen ausländischer Touristen besuchen alljährlich Italien. Zwar kommen nur fünf Prozent davon aus den Vereinigten Staaten. Sie tragen jedoch mit 17 Prozent erheblich zu den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr bei.

Politiker-Pärchen als Bordellbesitzer?

Aktaufnahmen im Herrenmagazin: Das ging selbst Hollands liberaler Partei zu weit

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

„Diskrete Entspannung: in integrer, angenehmer Atmosphäre. Der richtige Service für Sie als Geschäftsmann – Guide Service Nederland." Unter diesem Namen und mit jenem eben zitierten Slogan warb nicht ein auf Seriosität bedachtes Callgirl in der niederländischen Presse unter einer der zahlreichen Rubriken „Kontakte und Bekanntschaften". Hinter der Anzeige mit dem eindeutig zweideutigen Text verbirgt sich das in Holland derzeit bekannteste „Politiker-Pärchen" Lorette Welter (30) und Arnoud Cevaal (37), beide Mitglieder der in Den Haag zusammen mit den Christdemokraten regierenden liberalen „Partei für Freiheit und Demokratie" (VVD). Cevaal ist sogar als Sekretär dieser Partei und führender Berater des Fraktionsvorsitzenden Ed Nijpels tätig sowie Kandidat auf der VVD-Wahlliste für die Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres.

Diese jüngste Enthüllung und die daraus resultierende Vermutung, daß das seit Tagen die Schlagzeilen Hollands beherrschende liberale Politikerliebespaar nun auch noch ein kleines Bordell betreiben könnte, brachte in der sonst so toleranten Partei das Faß jetzt endgültig zum Überlaufen. In einer eigens einberufenen Sondersitzung „für ganz besondere Fälle" beschloß der VVD-Parteivorstand am Wochenende in Den Haag, den bisherigen Parteisekretär fristlos zu entlassen. Auch sein Platz auf der Liste wurde umgehend gestrichen. Seine Geliebte, die ebenfalls bei der VVD als persönliche Referentin eines Abgeordneten beschäftigt ist, soll in Kürze ebenfalls den Dienst bei der Partei quittieren müssen.

Denn das, wie es scheint, in so vielerlei Hinsicht geschäftstüchtige Pärchen hatte erst kürzlich mit einer anderen Aktion „Erotik im Parlament" für erhebliches Aufsehen und teilweise Entrüstung in der niederländischen Öffentlichkeit gesorgt. So ließen sich Lorette und Arnoud in der neuesten niederländischen Ausgabe des Männermagazins „Playboy" nicht nur in äußerst gewagter und wenig verhüllender Pose in einem Whirlpool des Haager Prominentenhotels „Desindes" ablichten, sondern posierten zusammen außerdem in einer anzüglichen Pose im Haager Parlament: Die VVD-Referentin zeigt dabei viel Haut und schwarzen Straps, über die die Hand des Parteisekretärs zärtlich gleitet.

Doch diese Aufnahme war selbst dem Parlamentspräsidenten Dick Dolman zuviel. In einem Brief beschwerte er sich persönlich beim VVD-Fraktionschef Ed Nijpels über diesen von ihm nicht zu akzeptierenden „erotischen Ausrutscher" im Hohen Hause. Auch die gesamte VVD ist von den Wellen, die die „Plaboy-Affäre" in Holland schlägt, völlig überrascht. „Wenn das uns mal keine Stimmen kostet", heißt es besorgt bei den Liberalen.

Nach der „Gesteinskur" um dreißig Jahre jünger

KURT POLLAK, **Wien**

In Österreich scheint man der uralten Sehnsucht nach einem Rezept zur Erlangung ewiger Jugend um einen gewaltigen Schritt nähergekommen zu sein. Wie schon häufig bei gravierenden Entdeckungen zum Wohle der Menschheit spielt auch diesmal der Zufall die Hauptrolle, als der Waldbesitzer und Furnierholz-Fabrikant Robert Schindele (54) aus der Ortschaft Kicking-Gansbach in der Wachau (Niederösterreich) auf das „Jugendelixier" stieß.

Robert Schindele scheint den „Stein der Weisen" gefunden zu haben, als er vor vier Jahren einen durch seine Wälder führenden Wirtschaftsweg mit Schotter bestreuen ließ, um seine Holzfahrzeuge auch bei Schlechtwetter einsetzen zu können. Anfang Oktober 1985 bemerkte er zu seinem Erstaunen, daß sich die neben der Vorstraße stehenden und schon sehr geschädigten Tannen, Fichten und Laubbäume wie durch ein Wunder völlig erholt hatten. Der Waldbesitzer informierte die zuständige Forstbehörde, die eine geologische Untersuchung des Gesteins anordnete. Es stammt aus einem Steinbruch, der gleichfalls Robert Schindele gehört.

Es stellte sich heraus, daß die Steine einen hohen Anteil von Kalium und Magnesium aufweisen. Das mineralhaltige Geröll hatte offensichtlich für die Regenerierung der sterbenden Bäume gesorgt. Wind und Regenfälle hatten dazu beigetragen, daß das Gesteinsmehl von der Schotterstraße in den Wald gelangte und dort als „Wunderdünger" wirkte. Heute kann das Waldgebiet am Jauerling oberhalb der Donau in der Wachau als gerettet angesehen werden.

Robert Schindele erhielt Erlaubnis, eine Gesteinsmühle zu errichten, deren Produkte jetzt schon in alle Welt – selbst in die Vereinigten Staaten – exportiert werden. Die Vorräte aus dem Steinbruch – etwa 20 Millionen Tonnen – reichen nach Schätzungen des Niederösterreichers aus, um sämtliche gefährdete Wälder Europas zu düngen und vor dem Absterben zu bewahren.

Doch vor zwei Tagen wartete der Österreicher mit einer neuen Sensation auf. Sein mineralhaltiges Gesteinsmehl könne nicht nur die Wälder retten, glaubt er beweisen zu können, sondern auch die biologische Zeituhr des Menschen um 20 bis 30 Jahre zurückdrehen. Er hat es am eigenen Leib erfahren, und wieder stand der Zufall Pate: Der seit Jahren von Gicht geplagte Mann mit schlohweißem Haar erfuhr von einem befreundeten Arzt, daß dieser täglich eine Messerspitze des Gesteinsmehls einnimmt, um seine Vitalität zu bewahren. Daraufhin machte sich Schindele selbst zum Versuchskaninchen und schluckte sein als Walddünger bewährtes Gesteinsmehl in größeren Dosen.

Nach dreimonatiger „Gesteinskur" berichtete Robert Schindele gestern der WELT: „An mir vollzog sich ein wahres Verjüngungswunder. Nicht nur meine Gichtbeschwerden verschwanden völlig, auch meine chronischen Blähungen, unter denen ich seit 20 Jahren nach einer Fleischvergiftung litt, hörten auf. Und das überraschendste: Mein schlohweißes Haar wurde von Tag zu Tag schwärzer und dichter. Heute ist mein Kopfhaar bereits zu zwei Drittel kohlrabenschwarz wie in meiner Jugendzeit. Ich selbst fühle mich um 30 Jahre jünger ..."

Der auf wunderbare Weise verjüngte Waldbesitzer, der nicht in den Ruf eines Scharlatans oder Geschäftemachers gelangen will, konsultierte einige Ärzte, die ihm die überraschende Verjüngung bescheinigten und selbst nach dem Wundermittel griffen. Seither regnet es Dankschreiben aus aller Welt. Und seitdem bekannt wurde, daß das Mineralgestein mit einem hohen Anteil von Molybdän auch als Potenzmittel wahre Wunderdinge vollbringen soll, kann sich Schindele vor Anfragen nach seinem Mittel kaum mehr retten.

Schindele, der das Wundergestein zum Spottpreis von 30 Pfennig pro Kilogramm verkauft, ist nach Ansicht zahlreicher „Junggewordener" unbedingt „nobelpreisverdächtig". Ob der Genuß des Jugendelixiers gesundheitliche Nachteile oder Spätfolgen mit sich bringt, bestreitet Schindele unter Berufung auf mehrere Ärzte. Inzwischen hat er sein Gesteinsmehl beim österreichischen Patentamt angemeldet.